

Wortprotokoll

35. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 13. Juni 2013

Inhalt:

Fragestunde:

L-8101/1-XXVII: Anfrage der Abg. Wageneder an Landesrat Dr. Haimbuchner (Seite 5)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 9)

Geschäftsanträge:

Beilage 892/2013: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine 2. Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau

Redner/innen: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 10)
Abg. Präs.Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 10)
Abg. Wageneder (Seite 10)
Abg. Promberger (Seite 11)

Beilage 894/2013: Initiativantrag betreffend eine Novellierung des Wasserrechtsgesetzes 1959 zur rascheren Realisierung von Hochwasserschutzprojekten

Redner/innen: Abg. Rippl (Seite 12)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 13)
Abg. Präs.Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 14)
Abg. Dipl.-Päd. Hirz (Seite 15)

Beilage 895/2013: Initiativantrag betreffend eine Beschleunigung des Oö. Hochwasserschutzprogramms

Redner/innen: Abg. Mag. Jahn (Seite 16)
Abg. Präs. KommR Sigl (Seite 18)
Abg. Dipl.-Päd. Hirz (Seite 19)
Abg. Nerat (Seite 20)

Ersatzwahl in den Kontrollausschuss

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 896/2013: Gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 Oö. LGO 2009 betreffend die Hochwasserkatastrophe 2013

Berichterstatter/in: Abg. Präs. KommR Sigl (Seite 22)

Redner/innen: Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 22)

Abg. Mag. Jahn (Seite 26)
Landesrat Dr. Haimbuchner (Seite 28)
Landesrat Anschober (Seite 30)
Abg. Pühringer (Seite 35)
Abg. Höckner (Seite 37)
Abg. Schaller (Seite 39)
Landesrat Hiegelsberger (Seite 42)
Abg. Promberger (Seite 45)
Abg. Reitsamer (Seite 46)
Abg. Nerat (Seite 50)
Abg. Tausch (Seite 53)
Abg. Pilsner (Seite 54)
Abg. Peinsteiner (Seite 56)
Abg. Wageneder (Seite 58)
Abg. Gattringer (Seite 59)
Abg. Pilsner (Seite 63)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 64)
Abg. Dipl.-Päd. Eidenberger (Seite 66)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 68)
Abg. Dipl.-Päd. Eidenberger (Seite 69)
Abg. Schwarz (Seite 70)
Abg. Schillhuber (Seite 74)

Beilage 887/2013: Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Natur- und Landschaftsschutz betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Oö. Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2013)

Berichtersteller/in: Abg. Ing. Mahr (Seite 75)

Redner/innen: Abg. Ing. Mahr (Seite 75)
Abg. Makor (Seite 76)
Abg. Mag. Stelzer (Seite 80)
Abg. Wageneder (Seite 84)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 85)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 87)
Abg. Affenzeller (Seite 89)
Abg. HR Dr. Csar (Seite 91)
Abg. Müllner (Seite 93)
Abg. Ing. Mahr (Seite 94)
Landesrat Dr. Haimbuchner (Seite 95)
Abg. Makor (Seite 101)

Beilage 888/2013: Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaft EZ 230, GB 45304 Holzheim, im Ausmaß von 11.340 m² im Stadtgebiet von Leonding

Berichtersteller/in: Abg. KommR Frauscher (Seite 103)

Redner/innen: Abg. KommR Frauscher (Seite 103)
Abg. Schaller (Seite 103)

Beilage 889/2013: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landarbeitsordnung 1989 geändert wird (Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2013)

Berichtersteller/in: Abg. ÖkR Brunner (Seite 104)

Redner/innen: Abg. ÖkR Brunner (Seite 104)
Abg. Bauer (Seite 104)
Abg. KommR Ing. Klinger (Seite 105)

Beilage 890/2013: Bericht des Verkehrsausschusses betreffend die Genehmigung der sich aus der Finanzierung der von der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH in den Jahren 2013 bis 2017 zu errichtenden Durchbindung der Straßenbahn Gmunden als StadtRegioTram nach Vorchdorf bis 31. Dezember 2030, der sich aus der in den Jahren 2013 bis 2015 vorgesehenen Beschaffung von 11 Neufahrzeugen für die drei Meterspurbahnen der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH im Wege der Bestellung der Verkehrsleistung ab dem Jahr 2016 sowie der sich durch die Zurverfügungstellung von Landesmitteln in Höhe von 5 Mio. Euro für die Realisierung der ersten Bauetappe (Verlängerung der Lokalbahn vom Seebahnhof bis zum Klosterplatz) in den Jahren 2013 und 2014 ergebenden Mehrjahresverpflichtungen sowie die Ermächtigung der Oö. Landesregierung zur Übernahme einer Landeshaftung für die für diese Bau- bzw. Beschaffungsmaßnahmen von der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH abzuschließenden Finanzierungsgeschäfte

Berichtersteller/in: Abg. Pilsner (Seite 106)

Redner/innen: Abg. Promberger (Seite 107)
Abg. Pühringer (Seite 108)
Abg. Schwarz (Seite 109)
Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 110)
Abg. Rippl (Seite 112)
Landesrat Ing. Entholzer (Seite 113)

Beilage 891/2013: Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung zur Durchführung und Förderung des Aussiedlungsprojekts im Rahmen des Hochwasserschutzprojekts Enns-Enghagen

Berichtersteller: Abg. Wageneder (Seite 114)

Beilage 892/2013: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine 2. Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau

Berichtersteller/in: Landesrat Hiegelsberger (Seite 115)

Beilage 895/2013: Initiativantrag betreffend eine Novellierung des Wasserrechtsgesetzes 1959 zur rascheren Realisierung von Hochwasserschutzprojekten

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Jahn (Seite 115)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 891, 892 und 895/2013

Redner/innen: Abg. Stanek (Seite 115)

Abg. Bauer (Seite 116)
Abg. Dipl.-Päd. Astleitner (Seite 117)
Abg. Schwarz (Seite 118)
Abg. ÖkR Brunner (Seite 119)

Vorsitz: Präsident Sigl
Zweite Präsidentin Weichsler-Hauer
Dritter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl und Hiesl, die Landesräte Anschober, Ing. Entholzer, Dr. Haimbuchner, Hiegelsberger, Mag. Hummer und Mag. Strugl, MBA

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Mag. Steinkellner, Abg. Peutlberger-Naderer und Abg. Dr. Röper-Kelmayr

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer/in: Mag. Dr. Michaela Schönbichler-Meißner

(Beginn der Sitzung: 10.09 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte die Gespräche auf jenes Maß zu reduzieren, die es auf jeden Fall ermöglichen, die Sitzung des Oberösterreichischen Landtags auch entsprechend abzuführen. Ich darf die 35. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags somit eröffnen und Sie alle sehr herzlich dazu begrüßen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung mit Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer an der Spitze, die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und die anwesenden Bundesräte. Natürlich begrüße ich besonders herzlich und freue mich darüber, dass wir auch wieder eine Anzahl von Persönlichkeiten aus Oberösterreich bei uns hier auf der Zuschauergalerie haben. Ich begrüße hier die Schülerinnen und die Schüler der HBLA, der Höheren Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft Elmberg mit ihren Lehrkräften sehr herzlich bei uns. Und ich begrüße ebenfalls sehr herzlich bei uns die FPÖ vom Bezirk Ried im Innkreis. Natürlich begrüße ich die Bediensteten des Hauses und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und die Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung sind entschuldigt Herr Klubobmann Mag. Günther Steinkellner, Frau Landtagsabgeordnete Gisela Peutlberger-Naderer und Frau Landtagsabgeordnete Dr. Julia Röper-Kelmayr.

Die amtliche Niederschrift, meine Damen und Herren, über die 34. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags liegt in der Zeit vom 14. bis 28. Juni 2013 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile Ihnen mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Weiters teile ich Ihnen mit, dass im Geschäftsordnungsausschuss Frau Abgeordnete Barbara Tausch zur ersten Schriftführerin dieses Ausschusses gewählt worden ist.

Schließlich gebe ich noch bekannt, dass mir von der Zweiten Präsidentin des Oberösterreichischen Landtags, Gerda Weichsler-Hauer, ein Schreiben zugegangen ist, wonach der Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss in seiner Sitzung am 6. Juni 2013 einstimmig beschlossen hat, die Tätigkeit von Frau Abgeordneten Barbara Tausch zur Kenntnis zu nehmen, die Ausübung der leitenden Stellungen von Landesrat Mag. Dr. Michael Strugl zu genehmigen und meinen leitenden Stellungen zuzustimmen. Diese Beschlüsse bringe ich gemäß Paragraph 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetzes und gemäß Paragraph 4 Ziffer 6 dieses Gesetzes über den Verfassungs-, Verwaltungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oberösterreichischen Landtags dem hohen Haus damit zur Kenntnis.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Den Wortlaut der mündlichen Anfragen bzw. den Wortlaut der mündlichen Anfrage haben wir bereits auf Ihren Plätzen aufgelegt. Ich ersuche Frau Abgeordnete Maria Wageneder ihre mündliche Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner zu richten. Bitteschön Frau Abgeordnete Wageneder!

Abg. **Wageneder:** Herr Landesrat Dr. Haimbuchner! Seit Ihrem Amtsantritt als Wohnbaulandesrat kritisieren Sie die Ausgaben im Bereich der Wohnbeihilfe als zu hoch, unter anderem

auch wegen falscher Angaben bei der Antragsstellung. Sie haben mehrmals betont, die Korrektheit der getätigten Angaben bei Ansuchen verstärkt kontrollieren zu wollen. Seitens der Wohnbauförderabteilung wird nun teilweise die Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung verlangt, obwohl im Antrag selbst schon sehr deutlich auf die strafrechtlichen Folgen von falschen Angaben hingewiesen wird. Auf welche gesetzliche Grundlage wird die zusätzliche Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung bei Wohnbeihilfeansuchen gestützt?

Präsident: Bitte Herr Landesrat Dr. Haimbuchner!

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Herr Präsident, werte Kollegen aus der Landesregierung, hoher Landtag, liebe Besucher auf der Tribüne, Frau Kollegin Wageneder! Ich bedanke mich sehr herzlich für diese Frage. Das ist eine sehr gute Frage und vor allem ist mir das auch wichtig, das hier in aller Öffentlichkeit auch zu beantworten, nachdem das Wohnbaubudget zirka 290 Millionen Euro beträgt, die Wohnbeihilfe sich hier mit einem sehr großen Anteil niederschlägt und deswegen hier auch ganz wichtig ist, dass wir sparsam, effizient und wirtschaftlich auch vorgehen. Die Rechtsgrundlagen sind im Wohnbauförderungsgesetz vorgesehen und zwar Paragraph 6, Paragraph 24 und Paragraph 26 Wohnbauförderungsgesetz. Und ich darf Ihnen vielleicht noch etwas dazu sagen, dass das nicht meine Idee war, eidesstattliche Erklärungen einzuführen, sondern das gibt es schon seit langer Zeit und zwar seit dem Jahr 2000 und wie Sie wissen, im Jahr 2000 war ich noch nicht Landesrat, da war ich nicht einmal Gemeinderat in meiner Heimatgemeinde.

Und zwar dürfte das unter Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider gewesen sein, vor allem um hier ein größeres Bewusstsein für die Meldepflicht zu schaffen. Und ich sage Ihnen, zitiere Ihnen anonym jetzt aus einer Information aus dem Jahr 2006 für Landesrat Kepplinger. Und damals war folgende Information für Herrn Landesrat Dr. Kepplinger: Frau R. hat am 11. August 2004 um Wohnbeihilfe angesucht. Frau R. wurde für ihren Vierpersonenhaushalt, ein Erwachsener plus drei Kinder, der geschiedene Gatte war bereits abgemeldet, ab 1. September 2004 bis 31. August 2005 eine Wohnbeihilfe in Höhe von 219,29 Euro bewilligt. Am 24. Februar 2005 haben wir eine anonyme Mitteilung erhalten, dass bei Frau R. seit der Trennung von ihrem Gatten ständig ihr Lebensgefährte Herr H. wohnt. Frau R. hat auf unser diesbezügliches Anschreiben eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, dass sie mit ihren Kindern in der Wohnung alleine wohnt.

Frau R. hat in dieser Erklärung aber darauf hingewiesen, dass eventuell beabsichtigt ist, dass ihr Lebensgefährte nach der Geburt des vierten Kindes bei ihr einzieht. Im Juli 2005 haben wir die Geburtsurkunde ihres vierten Kindes erhalten und im ZMR die Anmeldung ihres Lebensgefährten per 26. April 2005 festgestellt. Da Herr H. 2004 über ein Monatseinkommen in Höhe von 2.286,03 Euro verfügte und Frau R. über 1.631,03 Euro, musste die Wohnbeihilfe rückwirkend per 1. Mai 2005 eingestellt und die bereits für Mai und Juni ausbezahlte Beihilfe in Höhe von 522,28 Euro zurückgefordert werden. Also wie Sie sehen, habe das nicht ich eingeführt. Ich habe betont, dass wir das auch weiter so fortführen, weil es natürlich auch vor allem Meldevergehen geben kann aus Versehen und auch aus anderen Gründen, wie Sie sich denken können. Und die Grundlagen habe ich Ihnen bereits genannt. Und auch die damaligen Stichproben haben sich auf diese Grundlagen bezogen, auch schon bei meinen Vorgängern.

Präsident: Dankeschön! Gibt es eine Zusatzfrage? Bitteschön Frau Abgeordnete Wageneder!

Abg. **Wageneder**: Ja, bitte! Aber auf welcher gesetzlichen Grundlage basiert der Umstand, dass das Wohnbeihilfenverfahren eingestellt wird, wenn diese zusätzliche Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung nicht erfolgt, obwohl schon sämtliche Voraussetzungen erfüllt sind, die aufgrund des Wohnbauförderungsgesetzes sowie der Wohnbeihilfen-Verordnung vorge-schrieben sind?

Präsident: Bitte Herr Landesrat Dr. Haimbuchner!

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Also ganz deutlich noch einmal, ich habe Ihnen die Grundlagen genannt, warum die eidesstattliche Grundlage von uns verlangt wird, und zwar nur stichprobenartig. Sie wird nicht überall verlangt, sondern stichprobenartig, das möchte ich betonen. Und zwar nicht nur in den Fällen, die Sie genannt haben für Alleinerziehende, sondern auch in anderen Fällen kann eine derartige eidesstattliche Erklärung verlangt werden und wird auch verlangt. Das ist auch nichts Unübliches. Ich sage Ihnen auch warum das ein Vorteil ist zum Teil für den Förderwerber, denn wenn derartige, aufgrund von anonymen Anzeigen, Umstände geschildert werden, die Anlass dazu geben, dass die Angaben unrichtig sind, gibt man dem Förderweber auch noch einmal die Möglichkeit das auch richtig zu stellen und präventiv darauf hinzuweisen. Wenn das nämlich nicht der Fall wäre, müsste ich unter Umständen eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übermitteln. Und ich glaube für den Förderwerber ist die geprägte Vorgangsweise eine, sagen wir einmal, administrativ höflichere.

Präsident: Bitte sehr Frau Abgeordnete Wageneder, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Wageneder**: Gehe ich dann hier in der Annahme richtig, dass Sie eine eidesstattliche Erklärung nur dann verlangen, wenn Sie Mitteilung erhalten, dass die Angaben im Förderantrag unkorrekt sind?

Präsident: Herr Landesrat Dr. Haimbuchner!

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Wenn wir erstens einmal vermuten, dass die Angaben nicht richtig sind, weil wir Hinweise darauf haben, dass diese Umstände nicht stimmen oder weil wir auch im Akt sehen, das sind ja sozusagen oft Anträge, die jedes Jahr gestellt werden, wo sich maßgeblich etwas geändert hat und wo wir vermuten, dass hier die Angaben auch nicht richtig sein können, dann geben wir die Möglichkeit, auch das mit einer eidesstattlichen Erklärung richtig zu stellen. Und ich habe Ihnen auch eine Information übermittelt, auch zitiert, anonym zitiert, aber den Fall gibt es tatsächlich, aber Sie wissen, ich darf das natürlich nur anonym hier machen, dass das natürlich auch entsprechende Folgen nach sich zieht.

Also Sie sehen, dass das durchaus auch einen Sinn haben kann. Sie dürfen auch nicht vergessen, wir haben nicht die Möglichkeit, dass wir mit dem Innenministerium in die Wohnungen schauen und sagen, was sich dort abspielt. Wenn wir aber einen begründeten Verdacht haben, dann gehen wir diesem Verdacht nach. Und hier gibt es eben auch die Möglichkeit einer eidesstattlichen Erklärung. Für den Förderweber ist es meines Erachtens auch das Geschicktere, als wie wenn wir in anderen gelagerten Fällen vielleicht sogar einen Akt an die Staatsanwaltschaft übermitteln müssten.

Präsident: Dankeschön! Gibt es weitere Zusatzsagen? Bitte Frau Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer**: Herr Landesrat, ich gehe davon aus, dass also Vermutungen nicht wirklich eine grundlegende Materie sind, warum eine eidesstattliche Erklärung verlangt wird von eurer Seite. Ich würde dich bitten uns zu nennen, welche objektiven Kriterien sind ausschlaggebend, damit eine eidesstattliche Erklärung verlangt wird?

Präsident: Herr Landesrat, bitte!

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das sind keine Vermutungen, sondern es sind Anzeigen und wie Sie wissen, muss eine Behörde auch Anzeigen nachgehen. Das ist vollkommen logisch, auch in einem Rechtsstaat noch dazu, wenn es um Fördergelder geht und aufgrund der von mir genannten Grundlagen und aufgrund dieser Grundlagen auch Ihr Parteikollege, der Herr Landesrat Kepplinger und ich glaube auch Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider eine eidesstattliche Erklärung verlangt hat, aufgrund dieser Grundlage verlange ich auch eidesstattliche Erklärungen. Ich glaube, was für den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider gegolten hat und für den Landesrat Hermann Kepplinger auch gegolten hat, das gilt auch für den freiheitlichen Landesrat, noch dazu, wenn sich die gesetzliche Grundlage nicht geändert hat. Ich habe Ihnen sehr deutlich, sehr klar und sehr nachvollziehbar geschildert, worum es uns hier geht, wie gesagt wir können das nur auf diese Art und Weise überprüfen. Sie wissen, dass auch im Verfahren vor den Gerichten eidesstattliche Erklärungen entsprechend zählen und wenn es Anzeigen gibt, dann tun wir nicht aufgrund der Anzeigen ein Verfahren einstellen oder wie auch immer, sondern dann tragen wir diesen Sachverhalt an den Förderwerber heran und geben ihm die Möglichkeit, das mit einer normalen eidesstattlichen Erklärung richtig zu stellen.

Und das ist ein sehr unkomplizierter und ein sehr unbürokratischer Weg und hat vor allem einen präventiven Hintergrund, um noch einmal darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig das ist. Und ich habe Ihnen den Fall auch geschildert, es gibt übrigens hier mehrere Fälle, die ich Ihnen vorlegen könnte, wo man gesehen hat, dass nach dem Verlangen einer eidesstattlichen Erklärung dann entweder eine korrekte Meldung erfolgt ist und dann auch die Wohnbeihilfe entsprechend gekürzt werden musste, weil ein Lebensgefährte oder eine Lebensgefährtin zum Haushaltseinkommen dazuzählt. Also Sie sehen, dass das natürlich dann auch einen Sinn macht.

Ich kann ja nicht mit der Innenministerin, wenn etwas angezeigt wird, die Wohnung betreten, das will ich auch gar nicht in dem Sinn, aber wir müssen das kontrollieren. Es geht hier um zig Millionen Euro von Steuergeld und ich bin dazu da, damit dieses Steuergeld auch effizient, wirtschaftlich und den Gesetzen gemäß korrekt auch eingesetzt wird.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer**: Danke.

Präsident: Danke. Eine weitere Zusatzfrage kommt von Frau Mag. Buchmayr, bitteschön.

Abg. **Mag. Buchmayr**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche konkreten Maßnahmen könnten Sie noch zur Überprüfung vornehmen? Gibt es da noch welche?

Landesrat **Dr. Haimbuchner**: Es gibt natürlich auch Möglichkeiten einer weiteren Überprüfung, Hausbesuche am Morgen, die gibt es. Wir haben hier auch Mitarbeiter des Wohnbauressorts beauftragt, dass hier auch entsprechend Hausbesuche gemacht werden. Da wird halt dann angeklopft oder angeklingelt und man versucht dann eben auch im Einvernehmen mit dem Förderwerber die Sach- und Rechtslage korrekt zu erarbeiten.

Präsident: Dankeschön. Es liegt keine weitere Wortmeldung beziehungsweise Anfrage mehr vor. Ich schließe damit die Fragestunde. Danke, Herr Landesrat.

Ich komme damit zum nächsten Bereich, Zuweisung des Eingangs. Ich ersuche Herrn Schriftführer Landtagsabgeordneten Wolfgang Stanek den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Stanek:** Zuweisung des Eingangs in der Landtagssitzung am 13. Juni 2013. Beilage 892/2013, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine zweite Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 5 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 893/2013, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Finanzierungsbeschlüsse für wettbewerbliche Vergaben von Verkehrsdiensten im Kraftfahrverkehr in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Diese Beilage wird dem Verkehrsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 894/2013, Initiativantrag betreffend eine Novellierung des Wasserrechtsgesetzes 1959 zur rascheren Realisierung von Hochwasserschutzprojekten. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Und schließlich die Beilage 895/2013, Initiativantrag betreffend eine Beschleunigung des Öö. Hochwasserschutzprogramms. Auch diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Präsident: Danke Herr Schriftführer für die Mitteilungen. Die vom Herrn Schriftführer vorgelesenen Beilagen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt und auch auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt.

Weiters teile ich mit, dass wir Ihnen auch die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2012 auf Ihren Plätzen aufgelegt haben. Wobei ich besonders auf das Übermittlungsschreiben verweisen möchte. Ich habe gemäß den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 die Beilage 885/2013 dem Finanzausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlägt die Oberösterreichische Landesregierung im Rahmen ihres Antrages vor, die Beilage 892/2013 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 892/2013 handelt es sich um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine zweite Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne daher über den Antrag, dass der Beilage 892/2013 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer das Wort erteilen.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Landtagspräsident hat bereits darauf hingewiesen, dass es sich um den zweiten 15a B-VG Vertrag betreffend Bund-, Ländervereinbarung für den Hochwasserschutz an der Donau handelt. Es handelt sich für Oberösterreich um die Überflutungsgebiete Enns-Englagen, St. Georgener Bucht und Machland Nord. In Summe erhalten wir aus dieser Vereinbarung für oberösterreichische Projekte 33,9 Millionen Euro aus Bundesgeldern. Die Situationen in den letzten Tagen haben uns eindeutig gezeigt, dass wir dort Handlungsbedarf haben. Mit diesen Maßnahmen hoffen wir, dass wir diese Gegenden, ich habe sie auch besucht im Zuge des Hochwassers, dass wir diese Gegenden beziehungsweise die Menschen, die dort zu Hause sind, und die Liegenschaften entsprechend schützen können.

Ich darf ganz generell, obwohl ich mich dann bei der Hochwasser-Debatte als Anlass der gemeinsamen Erklärung des Landtags ohnedies melde, festhalten, dass wir mit dieser Maßnahme, mit diesem 15a B-VG Vertrag einmal mehr unter Beweis stellen, dass wir in Oberösterreich all jene Bürger, wo ein technischer Schutz möglich ist, auch wirklich schützen wollen. Wir haben das in den letzten zehn Jahren bewiesen, denn in Oberösterreich sind Schutzwasserbauten von immerhin 685 Millionen Euro Gesamtbausumme errichtet worden.

Da kann beim besten Willen niemand sagen, da haben wir nichts getan oder da haben wir zu wenig getan. Zu wenig, den Vorwurf wird es immer geben, weil es einen hundertprozentigen Hochwasserschutz nie geben wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit diesen Maßnahmen wieder einen weiteren Schritt zu einem hochwassersicheren Oberösterreich gehen und ich bitte Sie daher diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und ihn auch inhaltlich zu beschließen. (Beifall)

Präsident: Danke. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Doch, bitte sehr, Herr Präsident Adalbert Cramer.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer**: Ja, sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen aus dem Oberösterreichischen Landtag, liebe Besucher auf der Galerie! Selbstverständlich stimmen wir diesem Antrag zu. Er ist eine Fortsetzung von den bereits in den vergangenen Jahren begonnenen Bauten entlang der Donau und wie also die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, haben diese Bauten bereits jetzt sehr viel Leid verhindert. Sehr viel Leid und auch sehr viel Kosten, die durch keine Baumaßnahme so günstig bewerkstelligt werden könnte. Daher bin ich froh, dass weitergebaut wird und dass in Zukunft die Menschen, die an diesen Flüssen leben, weiter geschützt werden. Vielen Dank!

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Maria Wageneder. Ich erteile es ihr.

Abg. **Wageneder**: Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Ja, das jüngste Hochwasser kam völlig überraschend und schon nach zwölf Jahren wieder, das zeigt wie brisant dieses Thema ist. Es kann beim Hochwasserschutz gar nicht schnell genug mit der Umsetzung der Maßnahmen gehen. Unvorstellbar, wenn der Machlanddamm nicht so weit errichtet worden wäre, die Schäden wären wieder enorm groß gewesen. Großen Dank auch an alle, die da mitgeplant und mitgebaut haben.

Die Klimaexpertin Helga Kromp-Kolb sagt: „Wir werden in Zukunft häufiger noch und in kürzeren Abständen mit Hochwasserereignissen rechnen müssen.“ Das heißt auch, dass die

Umsetzung der weiteren Maßnahmen wirklich schnell gehen und schnell fertig werden soll. Es ist wieder ein weiterer Schritt diese 15a B-VG Vereinbarung und es ist auch wichtig, dass wir das heute dringlich beschließen. Es geht hier um 33 Millionen Euro, die uns der Bund zur Verfügung stellt für die Jahre 2017 bis 2023. Und in Oberösterreich werden damit, der Herr Landeshauptmann hat es schon gesagt, die Hochwasserschutzmaßnahmen in der St. Georgener Bucht, in Enns-Englagen und in Machland Nord umgesetzt werden.

Ich hoffe auch, dass sich bei der Umsetzung dieser weiteren Maßnahmen alle Grundstückseigentümer hier kooperativ zeigen. Wir haben ja gesehen, dass mangelnde Kooperation eines einzigen Grundstückseigentümers zum Beispiel in Obertraun wirklich fatale Auswirkungen hatte. Deshalb rufe ich auch alle Anrainer und Anrainerinnen zur Solidarität auf hier mitzuwirken, dass ein gemeinsamer effizienter Hochwasserschutz gelingt. Das Land Oberösterreich hat hier wirklich vorbildliche Arbeit geleistet. Es sind verschiedene Maßnahmen schneller fertig geworden als ursprünglich geplant war und in diesem Zusammenhang danke ich auch Landesrat Rudi Anschober hier für seinen unermüdlichen Einsatz für den Hochwasserschutz. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Sabine Promberger, bitteschön.

Abg. **Promberger:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gibt es natürlich die Zustimmung zur Dringlichkeit. Wir haben gesehen, wie notwendig die Maßnahmen waren, die alleine schon mit dem Machlanddamm getroffen sind, der ja unglaublich schnell verwirklicht worden ist. Auch die mobilen Hochwasserschutzanlagen haben sich bewährt und so ist es auch an der Zeit, diese Projekte, die jetzt ausfinanziert sind mit dieser 15a B-VG Vereinbarung, so schnell wie möglich voranzutreiben.

Es wird ja jetzt auch mit den betroffenen Gebieten und ich habe gerade heute die Möglichkeit gehabt noch mit dem Bürgermeister einer betroffenen Gemeinde zu sprechen, natürlich wird jetzt geschaut, passt da alles mit den Projekten, wie sie berechnet worden sind, welche Erkenntnisse erzielt man aus diesem Hochwasser 2012 und 2002, da hat man gesehen, welche Gebiete betroffen waren und wie Maßnahmen beziehungsweise Dämme halten oder auch nicht halten und verstärkt werden müssen. Das ist ganz wichtig, darum werden wir dem auch die Zustimmung geben.

Darüber hinaus haben wir gesehen, es gibt noch viele andere Gebiete, die auch ziemlich schlimm betroffen waren und auch für diese gilt es so schnell wie möglich in die Planungsphase zu kommen und dann die Realisierung in einem ähnlichen Tempo weiterzuentwickeln wie die des Machlanddamms. Man hat gesehen die Kosten aus dem Jahrhunderthochwasser 2002, war ein Schaden von 1,1 Milliarden Euro. Die Kosten, die uns der Hochwasserschutz kostet, sind vergleichbar gering damit. Und ganz abgesehen von dem menschlichen Leid, das daraus resultiert und die Unsicherheit und die Verunsicherung in der Bevölkerung, also werden wir diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen und hoffen, dass weitere Projekte so schnell wie möglich geplant und dann umgesetzt werden. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete. Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schliesse daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 892/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Danke, ich stelle die Einstimmigkeit fest. Somit ist dieser Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 894/2013 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 894/2013 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eine Novellierung des Wasserrechtsgesetzes 1959 zur rascheren Realisierung von Hochwasserschutzprojekten. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 894/2013 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Rippl. Ich erteile es ihm.

Abg. **Rippl:** Verehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Bürgermeister aus Langenstein, Herr Aufreiter! Zur Beilage 894/2013, Initiativantrag betreffend die Novellierung des Wasserrechtsgesetzes 1959 zur rascheren Realisierung von Hochwasserschutzprojekten wird die Landesregierung aufgefordert, eine Novellierung dieses Gesetzes an die Bundesregierung heranzutragen, damit Verhandlungen mit Grundeigentümern und -eigentümerinnen über gütliche Übereinkunft schneller zu einem Abschluss gelangen und für die Fälle eine Enteignung durchgeführt werden kann.

Ja, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! So tragisch es ist, es müssen sich solche gewaltigen Naturkatastrophen ereignen, dass noch zusätzlich rasche Schutzmaßnahmen und auch Mittel dafür aufgebracht werden, um dies zu verhindern. Ich möchte meine Bestürzung über die furchtbaren Ereignisse in den letzten Tagen zum Ausdruck bringen und all denen, die Leid und Schaden durch die Überschwemmungen erlitten haben, mein Mitgefühl ausdrücken und allen Helferinnen und Helfern und allen Einsatzkräften meinen Dank aussprechen.

Aber zum Antrag, ich als Obmann-Stellvertreter des Wasserverbandes Mattig in der Gemeinde Lengau, im Bezirk Braunau, wir haben die größten Rückhaltebecken in Oberösterreich. In Lengau mit über eine Million Kubikmeter, in Teichstätt Ost und West über zwei Millionen Kubikmeter, also gesamt drei Millionen an Fassungsvermögen und hier geschah dies zwar in zähen Verhandlungen mit den Grundeigentümern, aber sie waren bereit und da möchte ich meinen Dank aussprechen, diesen Nutzgrund abzutreten, damit das gesamte Mattigtal geschützt werden kann.

Aber es gibt auch sehr viele Projekte, bei denen die Planungen, die Einreichungen, ja sogar die Finanzierungen gesichert sind. Heute steht es auch von meinen Kollegen in der „OÖ Warte“. Bürgermeister Leimer hat ein Projekt, einige hunderttausend Kubikmeter könnten hier rückgehalten werden, ein Grundeigentümer verweigert dies seit 2006. Bürgermeister Stranzinger aus Polling und viele andere haben fertige Projekte und es kommt leider nicht zur Umsetzung dieser Projekte, weil eben diese gütliche Einigung nicht erzielt werden kann oder wie die letzten Ereignisse in Walding zeigten, wo auch Grundeigentümer sich wehren, dass hier Schutzmaßnahmen getroffen werden können.

Viele Bürgerinnen und Bürger wären durch die aktuelle Hochwasserkatastrophe weit weniger oder gar nicht betroffen, wenn derart blockierte Projekte realisiert werden könnten. Das Wasserschutzgesetz 1959 sieht nämlich vor, dass eine Enteignung beziehungsweise die zwangsweise Räumung eines Nutzrechtes für ein Wasserbauvorhaben von überwiegend öffentlichen Interesse nur dann zulässig ist, wenn zwischen den Beteiligten keine gütliche Einigung erzielt werden kann.

Durch die geforderte Gesetzesnovelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll daher der Zeitraum beschränkt werden, in dem Verhandlungen mit Grundeigentümern und Grundeigentü-

merinnen geführt werden können, bis es zur Einleitung eines wasserrechtlichen Enteignungsverfahrens kommt.

Zudem sollten die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, dass derartige Enteignungsverfahren schneller abgehandelt werden können, denn wir machen und wir kennen dies im Straßenbau, oder wenn die RAG, oder die Ferngas, Leitungen verlegt, dann geht das innerhalb weniger Jahre und es kommt zu dieser Maßnahme.

Verwundert bin ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem von den Bürgermeisterkollegen, dass dieser Antrag nicht unterzeichnet wird und ich glaube, wir sollen hier zusammenstehen, dass wir die Probleme, die wir von den Bezirken kennen, dass hier schärfere Maßnahmen getroffen werden.

Und gerade aus den letzten Pressemeldungen von Landesrat Anschober oder von dir, Maria, jetzt angekündigt, wo eine schnellere Beschleunigung herbeigeführt werden soll und könnte, bitte ich alle Fraktionen, der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. Ich glaube, alle Betroffenen würden dies positiv aufnehmen, damit eine rasche Umsetzung dieser Maßnahmen zur Verwirklichung kommt, denn es ist zum Wohle der Bevölkerung. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Thomas Stelzer.

Abg. Mag. Stelzer: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Wenn so wie es jetzt in den letzten Tagen war, leider über viele unserer Landsleute die Naturgewalten hereinbrachen, im wahrsten Sinn des Wortes, und dann wahrscheinlich das Wort Hilflosigkeit nur sehr schwach umschreibt, was die Betroffenen empfinden, dann ist es, glaube ich, einmal zuallererst unsere Aufgabe, als nahe politische Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Bevölkerung dafür zu sorgen, dass aus der Hilflosigkeit keine Hoffnungslosigkeit werden muss, sondern dass wir eben, so wie es auch der Herr Landeshauptmann heute schon zu Beginn angesprochen hat, dass wir rasch helfen, rasch Schäden aufarbeiten, rasch Schäden beseitigen und den notwendigen Schutz voran treiben, aber gleichzeitig dazusagend, dass wir wohl wissen, dass wir der Natur als Menschen wahrscheinlich nie zur Gänze beikommen werden, dass sie uns letztendlich immer auch in ihrer Launenhaftigkeit einen Schritt voraus sein wird, dass wir aber uns darum bemühen, und das tun wir auch in der heutigen Sitzung sehr rasch, das Menschenmögliche und das, was wir uns jetzt auch technisch vorstellen können, was wir machen können, zu tun, mit den Beschlüssen, die zuvor schon im Dringlichkeitsantrag gesagt wurden und dann letztlich auch mit den Dingen, die heute noch auf der Tagesordnung stehen.

Und wir werden auch mehr Unterstützung seitens des Bundes und auch der EU brauchen, damit wir die Schutzmaßnahmen, die wir uns vorstellen, wenn ich auch an den Bereich entlang der Donau, Eferdinger Becken, und und und, denke, wenn wir die schneller haben wollen. Und da sind wir uns auch einig, und ich glaube, diese Einigkeit ist es auch, was die Menschen, vor allem die Betroffenen, denen natürlich unser großes Mitgefühl gilt, was die von uns erwarten. Dass wir jetzt uns nicht in einzelnen kleinen Quereleien verlieren, sondern dass wir geeint, als politische Vertretung, vorgehen, so geeint wie es uns auch die Bevölkerung vorgemacht hat.

Und da ist auch ein Danke dafür zu sagen, dass auch die Nachbarschaft, die Vereine, die vielen Helferinnen und Helfer in den Organisationen, in den Feuerwehren, in den Rettungsorganisationen, letztlich auch beim Bundesheer und wo immer sie zur Stelle waren, dass sie

diese Einigkeit auch demonstriert haben. Und ich glaube, es ist mehr als ein gutes Signal, sondern es ist auch spürbar für die Leute in unserem Land, dass wir diese Einigkeit heute hier auch in den wichtigen Beschlüssen, die auch Gelder auf die Straße bringen, dass wir die auch zeigen.

Und wenn dann einmal die ärgsten Schäden beseitigt sind und Leid gelindert werden konnte, dann wird es natürlich weiterführende Untersuchungen und Gespräche geben müssen, ob man in den Rahmengesetzgebungen etwas machen muss und kann. Da wird zum Beispiel die Raumordnung betroffen sein, da wird es möglicherweise im Naturschutz Themen geben, da wird es vielleicht auch im Wasserrechtsgesetz, so wie es hier angesprochen wurde, ein Thema geben, wobei ich schon sagen möchte, wir sind zumindest im Zugang etwas vorsichtig, wenn es heißt, jemand nutzt mutwillig ein Recht aus, denn entweder der Gesetzgeber räumt ein Recht ein und im Fall des Eigentums ist es sogar verfassungsrechtlich geschützt und es sind nicht sehr viele Rechte, die bei der Person verfassungsrechtlich geschützt sind, oder er räumt das Recht nicht oder eingeschränkt ein. Und daher möchte ich niemand, auch seitens der Behörden, in die missliche Lage bringen, beurteilen zu müssen, ob jemand ein ihm zustehendes Recht mutwillig ausgenützt hat oder nicht, aber natürlich möchten wir zur Beschleunigung beitragen.

Das Dringlichste ist aber und daher werden wir hier, bei diesem Antrag, keine Dringlichkeit geben, das Dringlichste ist, dass wir jetzt dafür sorgen, dass niemand das Gefühl haben muss, am Boden liegen bleiben zu müssen, dass jeder wieder aufstehen kann, Perspektive hat, dass die Schäden behoben werden und dass wir auch möglichst den Schutz vorantreiben, der gegeben werden kann. Und ich bitte sehr, dass wir bei diesen großen Maßnahmen dann auch die Einigkeit haben. (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Dr. Adalbert Cramer. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen aus dem Landtag, liebe Gäste auf der Galerie! Vielleicht ganz kurz vorweg, wir werden der Dringlichkeit zu diesem Antrag nicht zustimmen und das aus mehreren Gründen.

Wir halten diese, wie soll ich sagen, Anlassgesetzgebung, unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse, die vor wenigen Tagen und Wochen stattgefunden haben, für nicht sinnvoll. Diese Thematik, und der Klubobmann Stelzer hat es ja bereits angesprochen, bedarf sicher einer weitergehenden und umfassenderen Betrachtung, als dass man hier rasch mit ein paar Federstrichen ein Gesetz ändern kann.

Es ist natürlich auch aus rechtlicher Sicht, ich bin zwar kein Jurist, aber man hat mir gesagt, dass es gar nicht so einfach ist, in die Eigentumsrechte der Menschen einzugreifen. Das Eigentumsrecht ist ein verfassungsrechtlich gesichertes. Und zu sagen, wir machen eine Enteignung, wenn der sich nach einem halben Jahr nicht bereiterklärt hat seine Gründe herzugeben, dann wird er enteignet, so einfach kann man es sich nicht machen. Und auch der Begriff Mutwillig, er hat mutwillig etwas verhindert und wird dann dadurch bestraft, dass er im Katastrophenfall nichts bekommt. Das halten wir rechtlich nicht für opportun.

Wir werden diesem Antrag der Dringlichkeit nicht zustimmen und werden im Ausschuss dann sicher intensiv darüber beraten. Selbstverständlich ist es der Wunsch aller Beteiligten, etwaige geplante und notwendige Projekte so rasch wie möglich auf Schiene zu bringen, aber das natürlich unter Einhaltung der gesetzlich oder auch der auf Grundgesetz festgeschriebenen

Vereinbarung der einzelnen Bürger, die da leben, denn keiner verlässt, nur weil es ihm so lustig ist, seine angestammte Heimat, seine angestammte Wohnung, sondern es sind viele Gründe, die einen veranlassen können, dort nicht so rasch weg zu ziehen. In diesem Sinne der Dringlichkeit heute ein Nein. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es sitzt uns allen noch der Schrecken der letzten Tage in den Knochen, genauso auch wie das Zittern, ob die Dämme halten und wie weit das Wasser steigen wird. Und wir haben jetzt Gewissheit. Die Geschehnisse der letzten Tage werden als Jahrhundertflut Nummer Zwei in die Geschichte Oberösterreichs eingehen in diesem Jahrhundert.

Man kann es so beschreiben, die Flut ist vorbei, die Katastrophe hat für viele Menschen aber erst begonnen. Und was bleibt sind enorme Schäden, sind tragische Schicksale, was bleibt, ist aber auch ein überwältigender Eindruck der Welle der Hilfsbereitschaft der Menschen, der Einsatz der Hilfsorganisationen, aller Helfer und Helferinnen in den Gebieten, die betroffen waren und vor allen Dingen auch was die Spendenbereitschaft der Mitbürger und Mitbürgerinnen betrifft.

Und was bleibt, ist auch die Gewissheit, und mein Vorredner Kollege Stelzer hat es schon gesagt, dass natürlich auch die Natur nur begrenzt beherrschbar ist und dass die Naturgewalten natürlich auch nur begrenzt vorhersagbar sind. Das Ausmaß der Naturgewalten liegt also nur bedingt im Einflussbereich des Menschen, umso weniger als durch den Klimawandel die Wetterextreme noch auch entsprechend zunehmen werden.

Ich glaube, dass wir uns alle einig sind, dass der Hochwasserschutz weiter verstärkt werden muss. Ich glaube, dass Oberösterreich aus der Flutkatastrophe 2002 gelernt hat, das von Rudi Anschober initiierte Hochwasserschutzprogramm ist das größte der Landesgeschichte Oberösterreichs mit bereits 500 umgesetzten Projekten und die haben auch gewirkt und haben Ärgeres verhindert. Ich glaube, sie haben sich bewährt und zwar insofern, weil ja das Hochwasser diesmal wesentlich mehr Wasser mitgeführt hat als das Hochwasser 2002 und die Schäden trotzdem deutlich geringer sind.

Ich glaube, dass wir uns einig sind, dass wir auch für die Zukunft die Lehren aus diesem Hochwasser ziehen werden müssen, dass wir weiter in den Hochwasserschutz investieren müssen und dass wir gemeinsam, mit den Menschen vor Ort, auch entsprechende Lösungen suchen wollen, das ist ja auch der Grund, warum wir heute auch eine gemeinsame Erklärung in diesem hohen Haus noch beschließen werden, wo sich ja alle Fraktionen gefunden haben.

Konkret zu dem Antrag, der heute hier vorliegt, ist es so, dass die SPÖ, in Fällen ohne Einigung, Grundstückseigentümer schneller enteignen möchte, beziehungsweise in besonderen Fällen von den Förderungen aus dem Katastrophenfonds ausschließen möchte. Ich verstehe die persönliche Betroffenheit, die dahinter steht, aber ich glaube, ganz ehrlich gesagt, dass es zu diesem Zeitpunkt ein falsches Signal nach außen ist. Aber damit das klar ist, wir Grüne sind sicherlich für rasche Verfahren im Bereich der Hochwasserschutzmaßnahmen und ja, es gibt natürlich ein kollektives Interesse, ein übergeordnetes kollektives Interesse an Schutzmaßnahmen und wir brauchen effiziente und rasche Verfahren. Und es ist auch die Aufgabe des Rechtsstaates, diese Verfahren und Grundlagen entsprechend zu schaffen, aber ich glaube, dass man auch hier mit Augenmaß vorgehen sollte und nicht jetzt diese Situation sozusagen benützen sollte, gleich mit einer Enteignungskeule zu drohen.

Und ich lehne es auch ab, Menschen von der Förderung aus dem Katastrophenfonds im Nachhinein auszuschließen. Ich möchte betonen, dass die Betroffenen ja den legalen Rechtsweg beschritten haben und es steht ja in diesem Antrag auch drinnen, dass die Landesregierung aufgefordert wird, dass jene, die mutwillig verhindert haben, dass es Hochwasserschutzprojekte gibt, von den Förderungen ausgeschlossen werden sollen. Ich möchte das eigentlich der Landesregierung nicht zumuten zu entscheiden, was eigentlich mutwillig verhindert heißt. Ich glaube, dass das eigentlich ein Schnellschuss ist, aufgrund der Situationen, die wir in Oberösterreich vorfinden.

Und in einer Situation, in der das Land zusammenhält, in der das Land zusammenarbeitet, in einer Situation, wo den Betroffenen auch geholfen werden soll, ist es, glaube ich, der falsche Zeitpunkt über einen Förderausschluss im Nachhinein zu diskutieren und es widerspricht auch ein Stück meinem Rechtsverständnis. Ich glaube, dass das Gemeinsame und die Solidarität heute im Vordergrund stehen sollen.

Und abschließend, ich glaube, dass das viel größere Problem eigentlich die Bauwidmungen im Hochwasserschutzgebiet sind. Ich glaube, dass hier die Politik handeln muss, dass wir dem einen entsprechenden Riegel vorschieben sollen, dann brauchen wir im Nachhinein nicht über Enteignungen diskutieren und dann brauchen wir im Nachhinein auch nicht über Streichungen von Fördermaßnahmen diskutieren. Deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schliesse daher die Wechselrede und ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 894/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Danke. Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise daher die Beilage 894/2013 dem Umweltausschuss zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 895/2013 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 895/2013 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eine Beschleunigung des Oö. Hochwasserschutzprogramms. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 895/2013 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Ich darf Frau Klubobfrau Mag. Jahn das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher! Es ist eigentlich kaum vorstellbar, was es heißt, wenn im eigenen Haus der Keller geflutet ist, das Wohnzimmer geflutet ist, der Garten geflutet ist, was das an Kraft kostet, an Energie, die Möbel, die kaputt sind, hinauszuräumen, den Schlamm weg zu bringen, vielleicht wieder ganz von vorne anfangen zu müssen, weil es letztendlich sogar um Aussiedlungen dann geht. Ungeheure persönliche Kraft, ungeheure nervliche Belastung, die dieses Hochwasser jetzt wieder verursacht hat.

Ich glaube, was die Menschen jetzt brauchen, die Betroffenen jetzt brauchen ist, dass sie ganz klar, rasch und wirksam Hilfe bekommen, Förderung bekommen, um ihre Schäden tatsächlich auch so weit wie möglich finanziell abdecken zu können. Und sie brauchen Zuversicht, dass dort, wo es derzeit noch keine ausreichenden Hochwasserschutzmaßnahmen

gibt, es in absehbarer Zeit für sie auch einen Schutz oder ein anderes, gegebenenfalls Aus-siedelungsprogramm, gibt. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Und diese Fragen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werden sehr sehr viel Geld kosten. Da geht es um die Finanzierung, und aus unserer Sicht sind hier vier Punkte in den Vorder-ground zu rücken, die wir in diesem Antrag, der ja ein gemeinsamer, von drei Fraktionen, jetzt auch ist. Vier Punkte, auf die es sich zu konzentrieren gilt und für die der Landtag auch die Beschlüsse fassen soll. Zum Einen die Aufstockung der budgetären Mittel über den Bund, zum Zweiten, die Maastrichtkriterien dürfen für Hochwasserschutzmaßnahmen und für Dar-lehensaufnahmen nicht gelten.

Entscheidend ist aber auch, dass die Gemeinden und die Verbände, die entsprechende Pro-jekte einreichen, dass für die auch zusätzliches Geld für ihre Interessentenbeiträge zur Ver-fügung gestellt wird, denn eine einzelne Gemeinde kann es sich nicht leisten, dass sie bis zu 20 Prozent eines derartigen riesen Projektes, als Gemeinde, auch noch schultert. Und der vierte Punkt, dass es zur Verfahrensbeschleunigung auch der entsprechenden personellen Ressourcen im Landesdienst bedarf, denn jetzt sehen wir, dass die Landesbediensteten, Sachverständige, Juristen, in einem Ausmaß belastet und überlastet sind, dass es teilweise auch dadurch nicht mehr möglich ist, Verfahren in einer entsprechenden kurzen Zeit abwi-ckeln zu können beziehungsweise dem Projektinteressenten entsprechende fachliche Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Und es ist ja sehr viel geschehen mit dem Machlanddamm, mit der Finanzierung von Hoch-wasserschutzprojekten in den letzten Jahren. Da haben wir gemeinsam auch an einem Strang gezogen. Ich freue mich auch darüber, dass der Bund bereits angekündigt hat, dass die jährliche Hochwasserhilfe von 160 auf 200 Millionen Euro aufgestockt werden soll. Und ich freue mich auch darüber zu hören, dass die sogenannte St. Georgener Bucht schon frü-her umgesetzt werden soll, als dass in dem 15a-Vertrag, der ja bereits lange verhandelt war, nämlich ab 2017, dann erst vorgesehen ist.

Wichtig ist, dass es auch und das wurde angekündigt, hier ziehen alle an einem Strang, da will ich mich überhaupt nicht in den Vordergrund stellen, dass es rasche Planungen für den ganzen Bereich Linz-West, Eferdinger Becken, Goldwörth, Walding, Ottensheim, dass hier rasch die entsprechenden Planungen stattfinden.

Warum ich noch einmal darauf aufmerksam machen möchte, ist, weil ich das Projekt St. Georgener Bucht aus der eigenen Betroffenheit heraus sehr gut kenne und da gehe ich noch einmal darauf ein, was Kollege Hirz jetzt gesagt hat. Seit 2005 ist dieses Projekt in Planung. 2009 konnte es dann entsprechend eingereicht werden.

Es ist aus finanziellen Gründen heraus, weil natürlich die finanzielle Enge da ist seitens des Landes und des Bundes, immer wieder auch zu Verzögerungen gekommen. Es ist zu Ver-zögerungen gekommen, weil auch die Landesbediensteten völlig überlastet sind, bei der Fülle an Verfahren entsprechend Hilfestellung zu geben. Und es ist zu Verzögerungen ge-kommen, weil Grundeigentümer, und zwar einzelne Grundeigentümer nicht bereit waren, zu einer vernünftigen Ablöse ihr Grundstück zur Verfügung zu stellen.

Und auch der Landesrat Anschöber hat ja selber angekündigt, dass hier die rechtlichen Maßnahmen verstärkt gehören. Es gibt hunderte von Grundeigentümern, die bereit sind und zu vernünftigen Bedingungen ihre Grundstücke abgeben, damit ein entsprechender Hoch-wasserschutz geschaffen werden kann. Und wenn es mit Einzelnen nicht gelingt, innerhalb

eines halben Jahres eine gütliche Lösung herbeizuführen, dann ist wohl das Mindeste, dass man darüber nachdenkt, wie man das rechtlich dann so verschärft, dass Ablöseverfahren und Enteignungsverfahren dann rascher umgesetzt werden können, meine Damen und Herren. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Erster Präsident Viktor Sigl.

Abg. Präsident KommR **Sigl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin an sich recht froh und auch stolz darauf, dass der Oö. Landtag quasi als Generalthema dieser heutigen Landtagssitzung das Thema Hochwasserkatastrophenschutz, Beseitigung von Leid und diesen Themenbereich so umfassend abarbeitet. Ich bin es deswegen, weil zum Einen wir damit einlösen, was viele sagen, nämlich dass in Oberösterreich niemand im Stich gelassen wird und ich bin es deswegen, weil einmal mehr damit bewiesen ist, dass ein föderales System, das wir darstellen als Exekutive, als Legislative, als Bundesland Oberösterreich, ganz einfach das wirklich richtige Rezept ist, um bürgernah, rasch und damit auch richtig zu handeln.

Und die Dringlichkeitsanträge, die wir jetzt behandelt haben und auch den, über den ich kurz sprechen möchte, sind in sich eine runde Angelegenheit in der Form, dass wir sehr konzentriert vorgehen, dass wir das Thema Hochwasserschutz nicht nur von allen Seiten her beleuchten, sondern auch die Maßnahmen entsprechend von allen betroffenen und beteiligten Situationen her setzen.

Und ich möchte mich bedanken zum Einen für das sehr rasche Handeln der Oö. Landesregierung, dass sie im Rahmen einer Soforthilfe zehn Millionen Euro für die Menschen in den betroffenen Gebieten zur Verfügung gestellt hat, zum Zweiten auch beim Bund für das rasche Erklären, eine Milliarde Euro für diesen Bereich der Katastrophenentwicklung und -beseitigung zur Verfügung zu stellen. Ich bedanke mich vor allem aber auch bei unseren 28.000 Freiwilligen, Einsatzkräften und Helfern und Helferinnen, die uns geholfen haben, bisher dieses Thema gut zu händeln. Diese letzten Wochen waren für die Familien in den betroffenen Gebieten, aber natürlich auch für die Einsatzkräfte eine absolute Herausforderung. Ich habe selber in meinem Bezirk klarerweise vieles an Bereichen wahrgenommen, um hier im Bereich der Einsatzleitungen mitzuhelfen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei unseren Bezirkshauptleuten und bei ihren Führungsstäben, die das Krisenmanagement bravourös gemacht haben. Ich habe das erlebt bei uns im Bezirk Perg mit unserem Bezirkshauptmann Werner Kreisl, der Tag und Nacht mehr oder weniger im Einsatz gewesen ist und man hier wirklich gespürt hat, dass diese föderalen Strukturen das einzig wirklich profunde Mittel sind, solchen Katastrophen auch organisatorisch seitens der Gesellschaft hier entgegen zu wirken.

Der Machlanddamm, meine Damen und Herren, hat vieles an Leid verhindert. Das stimmt. Wir haben aber auch gemerkt, dass in den Bereichen, wo wir ihn noch nicht haben, das Leid kräftig gekommen ist, wirklich kräftig gekommen ist. Und selbstverständlich suchen die Menschen, die sozusagen sehen, dass auf der etwas weiter unten gelegenen Seite geschützt wurde und bisher heroben noch nicht geschützt wurde, die sagen natürlich mit Recht, wann sind denn wir jetzt noch intensiver dran bei diesem Thema Schutz? Und darum bin ich froh, wenn unserem Ausbauprogramm des Hochwasserschutzes wir hier im wahrsten Sinne des Wortes noch einmal ein Schäufelr drauf legen und noch einmal Gas geben. Ich habe das selber in Luftenberg gesehen, ich habe es in Langenstein gesehen, wo wir natürlich von den

Menschen gehört haben, wartend, bitte helft uns jetzt. Dort habt ihr schon geholfen, da haben wir gesehen, das wirkt, helft uns jetzt auch.

Und darum bin ich froh, dass es diesen Antrag gibt und ich bin auch dafür, genauso wie meine Fraktion, dass wir dieses Thema dringlich behandeln, weil es ganz einfach jetzt wirklich notwendig ist, nicht loszulassen. Die Menschen müssen jetzt nicht nur spüren, dass man ihnen hilft beim Wegräumen dieser Problematik, sondern dass man ihnen überhaupt hilft, dass solche Ereignisse doch weitgehendst in der Zukunft nicht mehr möglich sein sollen. In diesem Sinne ersuche ich das hohe Haus, hier auch die Dringlichkeit mitzutragen und sie zu bestätigen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Gottfried Hirz das Wort.

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Hochwasserschutz hat in den vergangenen Jahren in Oberösterreich ganz hohe politische Priorität gehabt. Die gegenwärtige Hochwasserkatastrophe zeigt, dass diese Priorität auch richtig gesetzt war.

Ich habe zuerst schon gesagt, obwohl die Katastrophe mehr Wasser als 2002 gebracht hat, sind die Schäden weniger. Das ändert natürlich nichts, dass diejenigen, die jetzt entsprechend vom Hochwasser betroffen waren, natürlich auch hier unser Mitgefühl haben und dass natürlich auch es notwendig ist, dass möglichst unbürokratische und schnelle Hilfe für diese Personen auch zur Verfügung gestellt wird.

Aber man muss auch sagen, dass natürlich tausende Personen von dem Leid der Zerstörung und der Verwüstung verschont geblieben sind und zwar deswegen, weil rechtzeitig auch Maßnahmen gesetzt worden sind, und 500 Hochwasserschutzprojekte in Oberösterreich umgesetzt worden sind. Und neben den Dämmen und den mobilen Anlagen hat es natürlich viele Investitionen in Richtung Rückhaltebecken und Renaturierungsmaßnahmen gegeben. Die haben sich bestens bewährt, wie die ersten Detailanalysen zeigen. Ich glaube, dass die Strategie und die Umsetzung des Hochwasserschutzes in Oberösterreich stimmen.

Für mich ist eines der eindrucksvollsten Beispiele natürlich der Machlanddamm. Der Machlanddamm ist das größte Hochwasserschutzprojekt Mitteleuropas. Hat glaube ich zehntausende Leute vor dieser Katastrophe bewahrt. Und wenn ich daran denke, dass die ersten Planungen von einem Umsetzungszeitraum von zehn bis zwölf Jahren gesprochen haben, dann bin ich wirklich froh, dass es zu dieser enormen Beschleunigung des Baus gekommen ist im Zuge der Konjunkturpakete 2009 und 2010 und dass es gelungen ist, hier wirklich in einer Rekordbauzeit von vier Jahren diesen Machlanddamm hochwassersicher zu errichten, und das trotz Wirtschaftskrise und Sparpaket.

Und ich glaube, dass es wirklich richtig war, hier nachhaltig zu investieren. Im Übrigen muss man auch dazusagen, unabhängig von der Mittelbereitstellung des Bundes, das heißt, das Land Oberösterreich hat hier selbst die Mittel vorgestreckt. Und ich glaube, dass diese nachhaltige Investitionspolitik doppelt sinnvoll ist, erstens einmal, weil in der Wirtschaftskrise Arbeitsplätze gesichert worden sind und zweitens einmal, weil viele Menschen vor der Katastrophe gerettet werden konnten.

Das Zweite, Kollege Erich Rippl hat es schon gesagt, es sind ja viele Rückhaltebecken gemacht worden, alleine im Bereich Mattighofen drei Millionen Kubikmeter Wasserrückhaltebe-

cken. Und ich bin schon der Meinung, dass das wirklich gewirkt hat, insofern, dass Mattighofen und auch das KTM-Werk da entsprechend verschont worden sind.

Ich sage noch dazu, für die Grünen hat es natürlich auch Priorität und ich glaube nicht nur, dass wir mit Dämmen weiterkommen, ich glaube auch nicht nur, dass wir Rückhaltebecken brauchen, sondern wir brauchen auch entsprechende Retentionsräume. Das heißt, wir müssen den Flüssen auch wieder die Möglichkeit geben, wenn sie mehr Wasser führen, sich einen bestimmten Bereich auch wieder zu nehmen. Das heißt, es wichtig ist, dass die Menschen mit der Natur vor den Risiken der Natur geschützt werden.

Ich glaube, dass die oberösterreichische Landespolitik alles daransetzt, den größtmöglichen Schutz zu verwirklichen. Die Schwarz-Grüne Regierungskoalition hat ja bereits auch entsprechende Initiativen für die Beschleunigung und Verstärkung gesetzt. Auf der einen Seite wird jetzt einmal eine Bestandsaufnahme gemacht, wo es entsprechende Schäden gibt und beschädigte Hochwasserschutzanlagen werden entsprechend wieder in Stand gesetzt. Die sich in Vorbereitung befindlichen baulichen Projekte sollen bis 2016 umgesetzt werden. Das heißt, ein entsprechendes Beschleunigungsprogramm ist schon akkordiert.

Natürlich soll es auch entsprechende Verhandlungen mit dem Bund diesbezüglich geben. Landesrat Anschöber hat ja auch entsprechende Gespräche mit Bundesministerin Bures geführt und die hat sich ja auch sehr, sehr positiv zum Hochwasserschutzprogramm Oberösterreichs geäußert und auch das Beschleunigungsprogramm begrüßt. Vereinbart worden ist, dass die Gesamtplanung für das Eferdinger Becken noch in den nächsten Wochen ausgeschrieben wird und vereinbart ist auch, dass in den nächsten zehn Jahren 400 Millionen Euro für Hochwasserschutzprojekte entlang der Donau zur Verfügung stehen sollen. Ich bin auch überzeugt, dass Bundesminister Berlakovich, der ja 2007 uns schriftlich zugesagte Mittel um 8,4 Millionen Euro gekürzt hat, auch da zu der Erkenntnis kommen wird, dass das eine Entscheidung ist, die so nicht aufrecht erhaltbar ist. Und schließlich und endlich geht es auch noch um die Frage der Maastricht-Relevanz, was die Ausgaben betrifft. Aus dem Landesbudget hat Landeshauptmann Pühringer letzte Woche erklärt, dass es ja nicht so sein kann, dass Mittel für den Hochwasserschutz maastrichtschädlich verrechnet werden oder uns angerechnet werden. Ich schließe mich dieser Sicht der Dinge vollkommen an. Es ist ja auch ein Teil im Antrag, der heute hier vorliegt und der ja auch von uns entsprechend unterstützt wird.

Das heißt, wir Grüne sagen Ja zur konsequenten Weiterarbeit am oberösterreichischen Hochwasserschutzprogramm. Ich möchte aber auch persönlich noch darauf hinweisen, dass ich glaube, dass wir auch eine globale Sicht der Dinge haben sollten. Der Kampf gegen den Klimawandel und für die Umsetzung der Energiewende ist wahrscheinlich die nachhaltigste Maßnahme, die wir überhaupt setzen können. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Alexander Nerat.

Abg. **Nerat:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste auf der Galerie! Der Klimawandel ist bereits gefallen und man hört immer wieder, dass durch den Klimawandel ja die Anzahl dieser Hochwässer so steigt. Ich habe mir die Mühe gemacht und habe nur jetzt einmal von den letzten gut 100 Jahren die Anzahl jener Wässer, die in meinem Heimatbezirk Perg als Großereignis eingeschätzt worden sind, aufgeschrieben. Ich beginne mit 1899, 1920, 1923, 1940, 1954, 1965, 1975, 1981, 1985, 1991, 2002 und jetzt 2013. Also ich kann jetzt nicht unbedingt eine Häufung feststellen, aber eines ist ganz klar, jedes dieser Ereignisse ist natürlich eines zuviel.

Und ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung berichten, es ist nicht lustig, wenn man so wie ich selbst 2002 im Wohnzimmer steht, dann fällt endgültig der Strom für die Pumpen aus und das Letzte, was Sie tun, bevor Sie Ihr Haus verlassen, ist, Sie machen die Fenster auf, damit Ihnen das Treibgut nicht die Fenster auch noch zusammenschmeißt. Das ist kein gutes Gefühl. Und ich verstehe, was in den Menschen vorgeht, die so was immer wieder erleben müssen, die auch erleben müssen, dass sie keinen technischen Hochwasserschutz haben zum Unterschied von anderen Gemeinden. Ich verstehe die Enttäuschung, ich verstehe den Zorn. Alles das ist nur zu menschlich und mir sehr gut verständlich.

Ich finde aber eines sehr gefährlich. Ich finde gefährlich, wenn man hier einem gewissen Zug nachgibt, der nicht zu Unrecht der Politik, gerade im Hinblick auf den Hochwasserschutz immer wieder zum Vorwurf gemacht worden ist. Jedes Mal, wenn es passiert, tritt die Politik auf und sagt, wir helfen jetzt sofort und gleich. Und jedes Mal hat man gesehen, dass kein Ereignis mit dem anderen vergleichbar ist.

Der angesprochene Machlanddamm ist sicherlich ein Bauwerk von, ich möchte beinahe sagen, epochaler Bedeutung für meinen Heimatbezirk Perg. Man muss natürlich auch die Frage stellen, warum trotz wirklich exakter planerischer Vorarbeit nicht die Erwartungen zu 100 Prozent erfüllt worden sind. Zu 99 Prozent ja, zu 100 Prozent nicht. Wir sprechen jetzt davon, relativ kleine, aber nicht unwichtigere Projekte wie die St. Georgener Bucht zu machen, in einer anderen Größendimension redet man vom Eferdinger Becken.

Die Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen diesen Baumaßnahmen ist absolut das Wichtigste, was man machen kann. Wir sind irgendwann einmal am Ende der Kapazitäten. Es lässt sich auch Hochwasserschutz nicht unendlich erhöhen und vergrößern, und so weiter und so fort und vor allem die Wassermenge wird ja durch die zusätzliche Eindeichung nicht weniger, sofern man nicht notwendig die großen Retentionsflächen zur Verfügung stellen kann.

Wir haben ein kleines Problem, weniger inhaltlich mit diesem Antrag, wir haben ein Problem damit hier mit der Dringlichkeit. Die Dringlichkeit, die nämlich dazu führen kann, dass hier Schnellschüsse gemacht werden. Und Schnellschüsse haben vor allem eines, sie sind selten sehr zielgenau. Wir sind der Meinung, dass dieses Thema einfach derartig wichtig ist und in seinem Umfang und in seiner Bedeutung für die Bevölkerung derartig umfassend und wichtig ist, dass wir hier keine Schnellschüsse brauchen, sondern dass wir, wie auch schon bisher, da gilt auch mein Dank sehr den bisher ausführenden Personen, wie bisher eine wirklich seriöse und auch tiefgreifende Untersuchung, Planung so weiter zu führen. Es hat keinen Sinn und es ist meiner Meinung nach nicht eine Vorstellung von wirklich seriöser Politik, den Menschen hier etwas zu versprechen, zu sagen, ja jetzt machen wir es gleich, obwohl wir wissen, gleich geht hier einmal gar nichts, denn diese Maßnahmen sollen ja auch nachhaltig Sinn machen.

Grundlegende Zustimmung, ja selbstverständlich zu den Inhalten, Zustimmung zum weiteren Ausbau des Hochwasserschutzes in Oberösterreich. Grundlegende Zustimmung, aber nicht auf Basis eines Schnellschusses, nicht auf Basis eines, verzeihen Sie mir den Ausdruck, doch gewissen Populismus. Danke schön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 895/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialde-

mokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und als ersten Tagesordnungspunkt zu den Ersatzwahlen in den Kontrollausschuss. Über Vorschlag des Klubs der SPÖ-Landtagsabgeordneten wird eine Änderung der Mitgliedschaft im Kontrollausschuss anstelle von Abgeordneten Erich Rippl vorgeschlagen. Die Präsidialkonferenz hat durch einstimmigen Beschluss einen Wahlvorschlag lautend auf Frau Zweite Präsidentin Gerda Weichsler-Hauer erstattet. Die Wahl erfolgt gemäß den Bestimmungen der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 durch Zustimmungserklärung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem verlesenen Wahlvorschlag Ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden und darf auch feststellen protokollarisch, dass meine Person somit zum Mitglied des Kontrollausschusses gewählt wurde, wofür ich mich herzlich bedanke von dieser Stelle.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur gemeinsamen Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß Paragraf 36 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung aus 2009 betreffend die Hochwasserkatastrophe 2013. Diese gemeinsame Erklärung liegt als Text mit der Beilagennummer 896/2013 auf Ihren Plätzen auf. Ich ersuche Herrn Präsidenten Viktor Sigl über diese gemeinsame Erklärung zu berichten.

Abg. Präsident KommR **Sigl**: Danke schön, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese gemeinsame Erklärung ist auch ein sehr kräftiges Signal des Bundeslandes Oberösterreich insgesamt, wenn es darum geht, zusammen zu stehen, wenn es darum geht, die richtigen Schritte auch zur richtigen Zeit zu setzen und vor allem auch zu formulieren. Diese gemeinsame Erklärung darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen.

Beilage 896/2013, Gemeinsame Erklärung aller Abgeordneten zum Oö. Landtag gemäß § 36 Oö. LGO 2009 betreffend die Hochwasserkatastrophe 2013. (Liest den Text der Beilage 896/2013.)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich eröffne die Wechselrede über die gemeinsame Erklärung. Als erster Redner ist Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer zu Wort gemeldet.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Die erste und wichtigste Botschaft, die dieses Haus mit all den Parteien, die hier vertreten sind, heute an die Bevölkerung zu geben hat, ist ein einfacher, schlichter Satz. Wir lassen die betroffenen Menschen in diesem Land nicht im Stich.

Das ist das ganz Entscheidende. Diese Sicherheit sollen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben und all die, die vom Hochwasser betroffen sind, verdienen diese Zusage auch, weil sie ja nichts dafür können.

Wir werden nicht nur helfen. Wir werden rasch helfen. Wir werden unbürokratisch helfen. Natürlich sind Vorschriften bei der Vergabe von Steuergeldern klar einzuhalten, aber wir wissen, dass die rasche Hilfe notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gebühren den betroffenen Opfern, nein, sie müssen sich auf uns verlassen können.

Ich habe in diesen Tagen, in denen ich die Opfer des Hochwassers besucht habe, viele verzweifelte Gesichter gesehen und ich habe dafür großes Verständnis. Wenn mir eine Frau erzählt, Herr Landeshauptmann, wenn Sie gestern hier gewesen wären, dann hätten Sie mit mir zugeschaut, wie Hab und Gut im Wasser davongeschwommen ist.

Oder, wenn ich an die Bäckerei in Aschach denke, wo mir der Betreiber sagt: Herr Landeshauptmann, schauen Sie, vor zwei oder drei Jahren alles neu eingerichtet. Das kommt zur Müllentsorgung.

Ja, das waren Eindrücke und Erlebnisse, die bringt man, Gott sei Dank, nicht so schnell aus dem Kopf. Ich habe sie noch aus dem Jahr 2002 bei mir gespeichert. Daher ist es ganz wichtig, dass wir in aller Klarheit nochmals sagen, wir lassen niemand im Stich.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zweite Botschaft ist ebenso klar. Wir werden weiterhin in den Schutz investieren, dort wo uns das möglich ist. Es ist aber auch fair dazuzusagen, wir haben im letzten Jahrzehnt in diesem Land Schutzwasserbauten im Ausmaß von 685 Millionen Euro, das sind umgerechnet fast zehn Milliarden Schilling, das muss man sich vorstellen, investiert.

In erster Linie oder zum Löwenanteil Bundesgelder, aber immerhin, wenn man die Interessenten, die wir ja weitgehend über BZ bezahlt haben, zusammenzählt, auch 40 Prozent in etwa vom Land.

Und es war sinnvoll, dass wir es getan haben. Die Schutzwasserbauten haben den Härtestest bestanden. Natürlich wird da und dort nachjustieren sein. Die Problematik eines Schutzwasserbaus besteht ja darin, dass man den Test nur im Ernstfall machen kann. Dass man erst im Ernstfall draufkommt, ob Nachjustierungen notwendig sind, Veränderungen notwendig sind.

Wir werden daher genau analysieren, was ist zu tun, wo ist nachjustieren, aber heute schon können wir sagen, sie haben sich bewährt, die Bauten, die wir gesetzt haben.

Zweitens, dazu haben wir ja heute schon einen 15a-Vertrag hier im Landtag gehabt. Wir werden die baureifen Projekte beschleunigen und realisieren. Wir werden uns überlegen müssen, wie man in Zukunft dort, wo man Probleme hat, eine fertige Planung zu realisieren, aber gehindert wird daran, schneller zur Realisierung der Bauten kommt.

Das ist legitim und wir werden eine gesamthafte Analyse durchführen. Herr Kollege Anschober als zuständiger Referent und ich haben das am Dienstag in einer Pressekonferenz dargelegt, eine Art Masterplan, was kann sinnvoll in diesem Land noch geschützt werden?

Wir wissen, dass wir Grenzen haben. Wir haben rechtliche Grenzen. Wir haben technische Grenzen, insbesondere von der Statik. Wir haben Grenzen, was das vorhandene Land betrifft, das man benötigt, um Bauten durchzuführen. Ja, und wir haben natürlich auch Grenzen, die uns Stadt- und Ortsbilder und dergleichen setzen.

Aber was innerhalb der Grenzen realisierbar und verwirklicht ist, das wird in einem mittelfristigen Programm umgesetzt. Dort wo der Schutz möglich und sinnvoll ist, dort wird er auch gebaut. Natürlich muss man in Einzelfällen vor allem punktuell, weil wir eine Machlandsituation ja nirgends mehr haben, punktuell auch die Frage der Absiedlung ernsthaft prüfen, wo dies der vernünftige Weg ist.

Und dass Absiedelungen durchaus letztendlich auch von den Bürgern akzeptiert werden, das haben uns die Absiedelungsprojekte im Machland ja gezeigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde in der Debatte der letzten Tage immer wieder auch die Frage der Mitschuld oder Schuld der Kraftwerke in den Raum gestellt.

Ich bin daher mit der Generaldirektion des Verbundes in Verbindung getreten und habe für diese Landtagssitzung um eine Aussage des Verbundes gebeten. Ich habe den Verbund aufmerksam gemacht, dass diese Aussage auch hier im hohen Haus protokolliert wird und dass sie daher halten muss. Auch im Ernstfall, wenn es da und dort zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommen sollte.

Der Verbund verweist in seiner an mich gerichteten Information, dass die Betriebsweise seiner Kraftwerke selbstverständlich an Bescheide gebunden ist. Diese Bescheide sind nicht allgemein, sondern regeln ganz genau, welche Maßnahmen wann zu treffen sind.

Es kann gesagt werden, dass das jüngste Hochwasserereignis in Oberösterreich im Ausmaß größer eines HQ150 gewesen ist. In allen Donaukraftwerken wurde jederzeit bescheidmäßig und bescheidkonform gehandelt. Die vorliegenden Bescheide wurden zur Gänze eingehalten. Grundsätzlich wird bei Kraftwerken im Hochwasserfall ein Zustand eingestellt, der die rasche und ungehinderte Wasserabfuhr gewährleistet.

Bei extremen Hochwässern so, als gäbe es kein Kraftwerk. Bescheide und deren Einhaltung sorgen auch für die Auflösung von Interessenskonflikten. So mag es möglich sein, dass in Bereichen oberhalb eines Kraftwerkes ein früheres Absenken des Stauraums erwünscht wäre als in Bereichen unterhalb eines Kraftwerkes.

In jedem Fall ist festzuhalten, dass Kraftwerke keine negativen Auswirkungen auf ein Hochwasserereignis haben dürfen.

Das heißt also, der Verbund erklärt hier gegenüber dem Landtag, und ich habe dem Generaldirektor gesagt, dass ich diese Erklärung im Landtag und in der Regierung abgeben werde, dass er bescheidkonform im Rahmen der bescheidmäßig ausgefertigten Wehrordnung gehandelt hat.

Es wird das vielleicht zur einen oder anderen Überprüfung führen, aber mir ist es wichtig, dass ein Unternehmen, an dem noch dazu im großen Ausmaß die Republik Österreich beteiligt ist, in dieser kritischen Situation eine klare Aussage trifft. Daher habe ich diese Stellungnahme eingefordert. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich wird der von mir schon erforderte Masterplan im Besonderen, aber auch die Hilfe, die notwendig ist, die Finanzen des Landes entsprechend fordern.

Ich habe keine genauen Berechnungen, aber die vom Herrn Kollegen Anschöber und mir vorgelegten Planungen oder Skizzierungen für die Zukunft werden einen ungefähr gleich hohen Betrag wie in der Vergangenheit, etwa zwischen fünf und 600 Millionen Euro Bundes-, Landes- und Interessentenmitteln erfordern, wenn alles, was wir derzeit als machbar einschätzen, sich auch als machbar erweist, das ist für die öffentlichen Haushalte für die nächsten zehn Jahre eine gewaltige Herausforderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Hochwasser 2002 hat nur dem Land Oberösterreich, da ist der Bundesanteil an den Interessenanteilen weg, durch die Hilfe und durch die Schutzwasserbauten über 500 Millionen Euro gekostet.

Wenn Sie etwa 40 Prozent von jetzt geschätzten 500 Millionen Euro rechnen, dann kommen Sie in etwa hin, was das erneut kosten kann. Dazu kommt die Finanzierung aus dem Katastrophenfonds, von dem wir beim heutigen Ansuchenstand noch keine Aussage machen können, in welcher Höhe die Hilfen notwendig sein werden.

Ich kann Ihnen weiters mitteilen, dass mit Brüssel bereits geklärt ist, ich war gestern beim Bund, dass Ausgaben für den Hochwasserschutz maastrichtneutral gestellt werden, das heißt, unsere Maastrichtverschuldung nicht beeinflusst. (Beifall)

Allerdings beeinflussen sie natürlich unsere tatsächliche Verschuldung. Das darf nicht verkannt werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir unsere Stabilitätsziele bis 2016 auch trotz der Ausgaben für das Hochwasser erreichen können.

Wir werden uns zu treffen haben, wie wir diese Mehrausgaben finanzieren, ob wir erhöht Kredite aufnehmen, oder ob wir anderswo einsparen, ob wir, weil wir für das Hochwasser viel bauen, andere Dinge etwas später bauen, das wird hoffentlich konsensual zu entscheiden sein in den nächsten Monaten, wenn wir einen Überblick haben über das Ausmaß der Schäden im Konkreten.

Die Einhaltung der Maastrichtziele wird, so wie wir aufgestellt sind, finanziell kein Problem sein, ob wir den ausgeglichenen Haushalt 2016 in der Tat dann schaffen, das kann erst beurteilt werden, wenn das Schadensausmaß vorliegt.

Nur eines sage ich ganz klar, obwohl ich ein strenger Finanzreferent bin, Sicherheit, Hilfe und Schutz der Bevölkerung geht vor Stabilität der Finanzen. (Beifall) Das ist zwar an sich ein Widerspruch, weil die Stabilität der Finanzen auch die Stabilität der Hilfe garantiert, aber so wie wir budgetär dastehen, können wir es uns leisten im Ernstfall auch die Fremdausgaben, die Darlehensaufnahmen unter diesem Titel, nur unter diesem Titel, auch zu erhöhen, wenn es der Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung erfordert.

Selbstverständlich haben stabile, stabile Finanzen auch weiterhin ein hohes Ziel, weil es dabei um die Belastung kommender Generationen geht und die müssen wir in jedem Augenblick im Gedächtnis haben. Da tragen wir eine große Verantwortung für übernächste Generationen. Wir werden unsere Finanzziele, die wir in der mittelfristigen Finanzplanung hier in diesem Hause beschlossen haben, daher nicht aufgeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss den vielen Helferinnen und Helfern dieser Hochwasserkatastrophe, den Feuerwehren, dem Roten Kreuz, den Samaritern, der Wasserrettung, der Bergrettung, die im Salzkammergut im Einsatz war, den vielen Zivilhelfern aus der Zivilgesellschaft, allen, die in diesen Tagen zusammengestanden sind meinen ganz besonderen Dank sagen.

Und ich sage Ihnen ganz ehrlich und offen, es war ein bedrückendes Erlebnis, wenn man in Schärding am Inn steht, in Ebensee steht, in Goldwörth steht und an vielen anderen Orten in diesem Land und die Wassermassen und die relative Hilflosigkeit der Menschen sieht. Es war aber ein beeindruckendes Erlebnis, wenn man sieht, wie nach der großen Flut des Wassers auch die große Flut der Solidarität und Hilfe ausbricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir dürfen und können auf die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wirklich stolz sein, wenn es darauf ankommt, dann steht Oberösterreich zusammen. Das kann von diesem Hause heute für seine ganze Bevölkerung erklärt werden.

Wir haben das eindrucksvoll 2002 erlebt und wir haben das eindrucksvoll in diesen Tagen erlebt. Das war beeindruckend. Und wenn oft gesagt wird, wir leben in keiner guten Zeit und wir leben in der Zeit der Entsolidarisierung und so weiter und so fort, ich sage, wir haben Gegenteiliges erlebt, dann, wenn es darauf ankommt, dann stehen die Bürgerinnen und Bürger Oberösterreichs zusammen. Ich sage allen dafür ein ganz großes Dankeschön. Die Familie Oberösterreich hat sich als stabil erwiesen. (Beifall)

Ja, meine Damen und Herren! Über 40.000 Helfer von Organisationen, Rotes Kreuz, Feuerwehr und so weiter, waren im Einsatz. Tausende und Abertausende aus der Zivilgesellschaft sind zusammengestanden. Mir ist beim Anblick dieser Hilfsgemeinschaft das Wort von Karl Jaspers eingefallen, der sagt: Heimat ist, wo ich mich wohl fühle. Heimat ist, wo ich nie allein gelassen werde.

Gerade der zweite Satz, dieser Formulierung, hat sich in den Tagen des Hochwassers einmal mehr bewiesen. In Oberösterreich werden Menschen in Not von ihren Mitbürgern nicht allein gelassen und in Oberösterreich werden Menschen in Not von der Politik nicht im Stich gelassen. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Landeshauptmann, vor allem auch für die Information seitens der Kraftwerksbetreiber, die für uns natürlich auch entsprechend wichtig ist.

Bevor ich der Frau Klubobfrau Mag. Jahn das Wort erteilen darf, darf ich noch auf unserer Zuschauergalerie die jungen Damen und Herrn von ElMBERG begrüßen. Schön, dass Ihr hier seid. Mich freut es auch ganz besonders, dass der Herr Bürgermeister von Langenstein, als einer der betroffenen Gemeinden, auch diese Debatte mit begleitet und mit anhört.

Frau Abg. Jahn, Sie haben das Wort.

Abg. Mag. Jahn: Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und werte Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Ich darf namens der sozialdemokratischen Fraktion im Oberösterreichischen Landtag allen Betroffenen zum einen unser Mitgefühl, unser tiefes Mitgefühl für diese Situation zum Ausdruck bringen und vor allem unsere Hochachtung dafür, wie sie in dieser dramatischen Situation auch damit umgegangen sind und damit umgehen. Ich bedanke mich bei allen Einsatzkräften, allen voran den Freiwilligen Feuerwehren, die in diesen Tagen teils Übermenschliches geleistet haben und teilweise immer noch leisten. Genauso bei den anderen Einsatzkräften, bei der Polizei, über das Rote Kreuz, dem Samariterbund, und auch nicht zuletzt das Bundesheer, wo es eingesetzt wurde, alle, die hier ihren Einsatz geleistet haben, denen gilt, glaube ich, unser gemeinsamer Dank. Wie schon angeführt, auch den vielen anderen freiwilligen Helferinnen und Helfern als Nachbarn, als Freunde, als Bekannte und die von den Freiwilligenzentren einfach angefordert, auf Anforderung auch mitgeholfen haben, hier entsprechend zu helfen und aufzuräumen.

Meinen allerhöchsten Respekt möchte ich auch den Krisenstäben zum Ausdruck bringen, Bürgermeister, Bezirkshauptleute, Einsatzleiter der Einsatzorganisationen haben in einer Art und Weise koordiniert und präzise gehandelt, wie ich glaube, dass uns das international kaum jemand nachmachen kann. Wenn man sich ansieht, was derzeit in Deutschland auch

in dieser Hochwassersituation an der Elbe alles abläuft, wie dort teilweise Leute auf sich selbst gestellt sind, dann wissen wir, wir haben in Oberösterreich wirklich viel zu Stande gebracht. Das zeigt auch, dass wir nach dem Hochwasser 2002, glaube ich, wirklich in einer gemeinsamen Kraftanstrengung, dass in Oberösterreich sehr, sehr gute Arbeit geleistet wurde, um die Einsätze bei solchen Katastrophen wirklich zu optimieren. Das war ja einer der zentralen Punkte, der damals auch angegangen wurde, wie können diese Einsätze so optimiert werden, dass rasch koordiniert vorgegangen wird, dass einer vom anderen weiß, was zu tun ist, was getan werden muss, dass man auch gemeinsame Entscheidungen trifft? Das ist, glaube ich, in dieser Frage mittlerweile seit dem Hochwasser 2002 optimal gelungen.

Allerdings komme ich schon darauf zurück, was auch schon angesprochen wurde, es hat einen Teil in Oberösterreich gegeben, das ist jener westlich von Linz, wo wir wissen, die besonders betroffenen Gemeinden Walding, Ottensheim, Goldwörth und auch im Eferdinger Becken. Einen Teil, wo nicht nachvollziehbar war, das ist ja der Hintergrund, was Sie jetzt auch angeführt haben, Herr Landeshauptmann, dafür, dass es dort natürlich zutiefste Verzweiflung darüber gegeben hat, wie kann das denn sein, dass innerhalb von so kurzer Zeit, innerhalb von Stunden die Hochwassersituation sich so dramatisch entwickelt? Warum sind wir nicht entsprechend, warum haben die Prognosen hier nicht gepasst, wie konnte das alles passieren? Da, glaube ich, neben dieser Erklärung des Verbundes braucht es schon dringendst lückenlose Aufklärung, ich hoffe, dass diese lückenlose Aufklärung auch entsprechend umgesetzt wird.

Es ist auch eines gelungen seit dem Jahr 2002, nämlich sehr, sehr viele wichtige Hochwasserschutzmaßnahmen, ich komme gerade aus dem Bezirk, wo die zentralste und teuerste Hochwasserschutzmaßnahme seit 2002 umgesetzt worden ist, nämlich der Machland-Damm. Auch die übrigen Retentionsbecken etc, die man umgesetzt hat, das war möglich durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten seit dem Hochwasser 2002. Diese gemeinsame Erklärung bringt zum Ausdruck, dass im Fall einer solchen Katastrophe wir in Oberösterreich tatsächlich alle an einem Strang ziehen. Es laufen ja mittlerweile auf Basis der jetzigen Erfahrungen bereits wieder umfangreiche Vorbereitungen, sowohl seitens der Bundesregierung, als auch bei den zuständigen Ressorts der Landesregierung. Ich glaube, wer miterlebt hat, viele von uns haben ja vor Ort bei Besuchen der Einsatzkräfte usw., bei den Krisenstäben miterlebt, wie die Betroffenen und auch die Einsatzkräfte teilweise am Ende ihrer Kräfte waren, an ihre Grenzen gekommen sind. Welche Verantwortung es für so einen Krisenstab ist, zu entscheiden, soll jetzt ein Ortsteil mit 1.000 Leuten evakuiert werden oder wie lange können wir zuwarten, bis man das Signal zur Evakuierung gibt? Das ist ja eine ungeheure Verantwortung, wir haben das erlebt, die Kollegin Astleitner und ich im Bezirk Perg, soll im Ort Mitterkirchen, soll der Zivilschutzalarm ausgelöst werden oder nicht? Hier einfach gemeinsam zu signalisieren, das, glaube ich, ist das Entscheidende dieser gemeinsamen Erklärung heute, es gibt eine gemeinsame Anstrengung aller Parteien, die im Land Oberösterreich, um solche Situationen in Zukunft, so weit das nur irgendwie möglich ist, zu entschärfen, dazu wird es auch notwendig sein, dass man den Hochwasserschutz noch weiter ausbaut, auch hier gibt es ja bereits einige Zusagen. Ich würde vorschlagen, dass wir so wie im Jahr 2002 auch wieder einen ständigen begleitenden Unterausschuss einrichten, sodass der Landtag laufend informiert ist und sich auch entsprechend einbringen kann mit seinen Erfahrungen aus den einzelnen Regionen heraus, ich hoffe da auch auf Ihre positive Unterstützung.

Als Abgeordnete aus dem Bezirk Perg möchte ich auch noch auf ein paar dieser Hochwasserschutzmaßnahmen aufmerksam machen, die dort im Zuge auch der jetzigen Erfahrungen wieder sichtbar geworden sind. Die St. Georgener Bucht haben wir heute schon besprochen,

da gehe ich wirklich davon aus, dass sich die medial angekündigte Vorverlegung, das Vorziehen dieser Projekte, das Beschleunigen dieses Projektes vor dem Jahr 2016 auch tatsächlich stattfindet. Es war ein Drama, als ich am ersten Tag im Bezirk unterwegs war, alle gehofft haben von Mauthausen ostwärts, dass der Machland-Damm hält. Fast ein Nebengleiches war es in der ganzen Berichterstattung, dass westwärts von Mauthausen in drei Gemeinden hunderte Objekte unter Flut stehen, dort natürlich die Verzweiflung enorm war. Wobei man eines sagen muss, es haben dort auch die Einsatzkräfte, sie waren unglaublich gut vorbereitet, das hat mich einfach so beeindruckt, wie gut das alles vorbereitet war, die haben das in aller Ruhe, sie wussten schon, dass sie geflutet werden, daher konnten sie sich vorbereiten, es ist auch sehr, sehr gut gelungen. Also diese Maßnahme in der St. Georgener Bucht muss von der Beschleunigung her höchste Priorität haben.

Der zweite Punkt, ich bin eine Mauthausenerin, dort waren wir geschützt durch den Machland-Damm, ich rufe in der Früh an, wie schaut es denn heute aus? Aufatmen bei den Feuerwehren, jetzt ist der Pegelstand auf 8,50 Meter gesunken, 8,80 Meter war sozusagen die kritische Grenze, nur zehn Minuten später wieder Krisensituation, der Aist-Damm, der auf der anderen Seite ist, der Aist-Damm lässt durch. Innerhalb von kürzester Zeit, innerhalb von Minuten in Wahrheit wurden dann die Entscheidungen getroffen, wie sichert man jetzt diesen Damm? Wäre dieser Damm nicht gesichert worden, ich war dann selber dort, als das Wasser schon durchgelaufen ist, wäre dieser Damm nicht gesichert worden, dann wäre der ganze Ort von hinten wieder überflutet worden, wenn dieser Damm nicht gehalten hätte. Alle haben zusammen geholfen, innerhalb kürzester Zeit wurden Tonnen von Kies auf ein untergelegtes Flies drübergeschüttet, um den Damm entsprechend zu sichern. Der Damm ist seit 1968 da, das heißt, er ist dringend sanierungsbedürftig, auch dieses Projekt bitte ich ganz, ganz dringend in die Planungsmaßnahmen aufzunehmen, weil es ungeheuer viele Menschen auch sind, die dort geschützt werden müssen.

Ein Punkt ist auch noch in Saxendorf, das wissen wir auch alle, wo der neue Damm sozusagen natürlich teilweise noch nicht so gut gesetzt ist, um diesen Dimensionen entsprechend standhalten zu können, davon gehe ich aus, dass das im Rahmen der Machland-Damm GmbH auch entsprechend abgearbeitet wird.

Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen, der auch schon Thema war, nämlich in Grein gibt es 46 Objekte, die nicht geschützt sind durch den Machland-Damm, die jetzt auch unter Flut gestanden sind, für diese 46 Objekte muss eine Lösung gefunden werden, darum ersuche ich sehr dringend, Herr Landesrat Anschober.

Zusammengefasst, glaube ich, die gemeinsame Erklärung, die wir heute hier abgeben, ist auch schon ein gemeinsames Bild darüber mittlerweile, was in den letzten Tagen schon an Vorbereitungsarbeiten letztlich gelaufen ist, ein gemeinsames Signal an die Bevölkerung, in so einer Situation halten wir in Oberösterreich zusammen, hier gibt es gemeinsame Anstrengungen, hier könnt ihr euch auf uns verlassen. Das, glaube ich, können wir alle hier gemeinsam teilen, in diesem Sinne hoffe ich, dass wir wirklich das zu Stande bringen, was wir uns heute hier gemeinsam vornehmen. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Klubobfrau, für deine Ausführungen. Ich darf Herrn Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner das Wort erteilen.

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, hoher Landtag! 2002 ist mir in Erinnerung geblieben, ich war damals ein junger Student mit 24 Jahren, ich habe das erste Mal ein Jahrhunderthochwasser selbst auch miterlebt, bis dort hin kannte man ja die Hoch-

wasserkatastrophen vor allem aus dem Jahr 1954, aus den Erzählungen von den Großeltern zum Beispiel, die sehr oft bei starkem Regen von 1954 auch gesprochen haben. Diese Bilder von 2002 haben sich bei mir auch nachhaltig eingeprägt, es hat wohl niemand, auch ich nicht erwartet, dass sich so ein Jahrhunderthochwasser elf Jahre später, 2013 wieder ereignet und Teile von Oberösterreich verwüstet. Für die vom Hochwasser 2002 betroffenen Bürger, Opfer muss eine derartige Bedrohungslage schon furchtbare Erinnerungen geweckt haben. Eine Katastrophe ist es wohl, wenn die schlimmsten Befürchtungen, im Rückblick auf 2002, 2013 abermals Realität werden, wenn das eigene Hab und Gut im Schlamm versinkt oder weg geschwemmt wird.

Mir hat ein Betroffener erzählt, dass nicht nur der materielle Verlust schmerzt, sondern mit dem Hochwasser auch der eine oder andere Gegenstand im wahrsten Sinn des Wortes weggeschwemmt wird, mit dem man besondere Erlebnisse, besondere familiäre Erinnerungen auch verbunden hat. Opfer, die von derartigen Naturgewalten in Oberösterreich betroffen sind, können auf Hilfe zählen, diese Hilfe in Oberösterreich hat es sehr rasch gegeben, diese Hilfe ist auch noch nicht zu Ende, die Hilfe durch die Freiwilligen Feuerwehren, durch das Rote Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Bergrettung, durch die Exekutive, durch das Österreichische Bundesheer, diese Hilfe wurde vor allem durch Idealismus getragen. Idealismus, das ist etwas, das kann man nicht kaufen, Idealismus, das kann man nur leben, deshalb auch an dieser Stelle ein aufrichtiger Dank an alle unermüdlichen Helfer. Ausnahmesituationen zeigen, dass die Solidarität in unserer Gesellschaft noch immer funktioniert, dass diese Solidarität noch immer intakt ist, die gelebte Solidarität, nicht die verordnete, die gelebte Solidarität aus innerer Freiheit, die durch Verantwortungsbewusstsein den Nächsten entgegen gebracht wird, ist ein maßgebliches Fundament unserer Gesellschaft. Solidarität erwarten sich die Bürger zu Recht, auch von der Politik, Absichtserklärungen, Regierungsbeschlüsse und entsprechende Ankündigungen hat es schon gegeben. Neben dieser Solidarität, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen die Bürger in unserer Heimat aber auch offene Worte, ich sage auch an dieser Stelle, es bedarf auch Mut zur Wahrheit.

Unsere Heimat, unsere Landschaft wurde einst durch Flüsse geformt und modelliert, bei Starkregenereignisse verlassen die Flüsse ihr Bett und gehen genau wieder dort hin, wo sie einst ausufern konnten, es wurden dort Räume nutzbar gemacht, die auch mit einem gewissen Risiko verbunden sind. Der Mensch aber kann sich nicht einfach aus der Natur herausnehmen, ich persönlich befürworte daher vor allem auch den vorsorgenden, den passiven Hochwasserschutz durch Vergrößerung des Retentionsraumes, die Renaturierung hart verbauter Uferbereiche macht Sinn. Oft wird man angesprochen draußen in der Natur, in diesen Regionen, was wird denn da eigentlich gemacht, früher hat man die Flüsse reguliert, jetzt steht wieder ein Bagger da, jetzt wird wieder etwas gemacht, was hat das für einen Sinn? Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hat sehr viel Sinn, wir brauchen auch diese natürlichen Retentionsflächen, man kann nicht alles manuell, konventionell schützen. Man muss sich auch hier der Natur bedienen, deswegen ist eben die Sicherung von Uferandstreifen und von Überflutungsflächen ein Gebot der Stunde, hier wurde auch in Oberösterreich in den vergangenen Jahren sehr viel ressortübergreifend, abteilungsübergreifend verwirklicht. Es gibt ja auch schon wieder weitere Projekte, Wasserbau, Naturschutz usw., wo man sich geeinigt hat auch wieder diese Projekte zu finanzieren. Das macht tatsächlich auch einen Sinn, das ist auch wichtig.

Auf der einen Seite können die Naturgewalten großes Leid über den Menschen bringen, auf der anderen Seite können wir von der Natur auch lernen, damit wir auch unser oberstes Ziel erfüllen können, die Menschen in diesem Land, die Bürger in diesem Land auch entsprechend zu schützen. Eines ist ganz wichtig, wie gesagt, der Mensch kann sich aus der Natur

nicht einfach herausnehmen, der Mensch kann auch nicht lieber Gott spielen. Die Politik kann den Menschen auch nicht alles versprechen, man kann höchstens zusagen, man kann sich bemühen, man kann den Bürgern mitteilen, dass wir das Beste versuchen, trotzdem wird uns die Natur immer überlegen sein, die Natur wird uns immer die Grenzen aufzeigen. Was ist der Mensch gegenüber der Natur? Deswegen ist es in diesen Stunden auch wichtig, mit beiden Beinen fest am Boden zu stehen, sich genau anzuschauen, welche Maßnahmen sind tatsächlich notwendig, wie können wir auch weiterhin den Menschen helfen, und zwar so helfen, dass es einen Sinn macht, dass sich die Menschen auch geschützt fühlen? Das ist unser oberstes Ziel, ich glaube, Oberösterreich hat in diesen Stunden bewiesen, dass es einen entsprechenden Zusammenhalt gibt in unserer Gesellschaft, dass diese Solidarität eine ist, die aus innerer Freiheit auch getragen ist, die aus Eigenverantwortung auch wahrgenommen wird. Das sieht man auch, dass die Menschen in unserem Lande Verantwortung übernehmen, Eigenverantwortung auch leben, hier sollten wir die Menschen auch entsprechend unterstützen, das werde ich in dem Rahmen machen, wo ich zuständig bin, wo ich helfen kann, da tue ich das selbstverständlich aus innerster Überzeugung. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Landesrat Dr. Haimbuchner. Ich darf auf unserer Zuschauergalerie begrüßen, die jungen Damen und Herren des Stiftsgymnasiums Wilhering. Ich hoffe ihr fühlt euch wohl bei uns und es ist interessant für euch. Wir diskutieren über das Thema Hochwasser insgesamt und zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Rudi Anschober.

Landesrat **Anschober:** Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich möchte ich am Beginn auf die Situation der Betroffenen eingehen. So wie viele andere habe ich mit sehr, sehr vielen Betroffenen gesprochen in diesen verheerend harten Tagen und harten Zeiten. Es geht auf der einen Seite darum, dass wir natürlich das Mitgefühl artikulieren und leben, aber noch mehr geht es darum, was von meinen Vorrednern schon kurz ausgeführt wurde. Nämlich um die Hilfe. Da zu sparen, das wäre das falscheste Sparen, das man durchführen kann. Es geht um Solidarität, es geht um Unterstützung. Es geht für viele um existenzielle Fragen. Es geht um die Frage, ob ein Wiederaufbau vor Ort möglich ist. Oft sind es Häuser, die betroffen sind. Wo schon Schulden drauf sind, weil man saniert hat nach 2002. Viel Geld dafür gebraucht hat. Jetzt in einer sehr, sehr, sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation steht. Da heißt es Solidarität zu üben. Da heißt es zusammen zu stehen. Da ist der Satz, der von Beginn an in Oberösterreich geprägt wurde, der entscheidende. Nämlich, dass bei uns Niemand im Stich gelassen wird. Dass wir an jeden Einzelnen in dieser Situation denken und nicht nur denken, sondern diese Solidarität auch leben. Auch finanziell mit breiter Unterstützung und mit breiter Hilfe leben.

Das Zweite, was ich herausarbeiten möchte am Beginn, bevor ich zu meiner Ressortzuständigkeit und den entsprechenden, auch in Zukunft geplanten Maßnahmen komme, ist der Dank an die Helferinnen und Helfer einerseits, was die Einsatzkräfte betrifft. Ich habe es nicht so ganz verstanden, wie die Debatte teilweise in der Öffentlichkeit geführt wurde. Mein Eindruck war, da hat es ein sehr gutes Ineinandergreifen der unterschiedlichen Gruppen gegeben. Mein Eindruck war, da hat sich jeder leidenschaftlich und jede leidenschaftlich bemüht und engagiert. Davon war ich begeistert und ich war fast noch mehr begeistert davon, was ich in vielen, vielen Bereichen und das sind keine Einzelfälle, erlebt habe. Auch von freiwilligen Helferinnen und Helfern. Für mich eigentlich das Schönste, was ich seit langem in der Politik erlebt habe, war die Situation, um nur ein Beispiel herauszugreifen, in Ottensheim.

In Ottensheim, wo 100, 150 Jugendliche, die ja oft so pauschal irgendwie hingestellt werden als diejenigen, die interessiert es nicht, Solidarität gibt es nicht und für die anderen einsetzen gibt es auch nicht, nein, nein, nein. Ganz das Gegenteil ist bei dieser Generation der Fall.

Die halten zusammen, die leben Solidarität. Und Ottensheim war so ein Ort, wo das so schön sichtbar wurde. 100, 150 Jugendliche, die sich von sich aus organisiert haben. Die beschlossen haben, die aus der Region kommen, da will ich unterstützen, dieses Wochenende, diese paar Tage opfere ich, da bin ich dabei. Die geschaufelt haben, die mit der Feuerwehr kooperiert haben. Die mit den Soldaten zusammen gearbeitet haben. Die gekocht haben, die vorbereitet haben, die unterstützt haben, die getröstet haben. 100 oder 150, je nach Zeit, Jugendliche. Das ist eine Qualität. Das ist Kapital für ein Land. Das zeigt in einer Krisensituation, wie wir zusammenhalten können. Das ist ein Geist, den wir uns auch über die Krise hinaus mitnehmen müssen und mitnehmen werden in unser zukünftiges Zusammenleben in diesem Land. (Beifall)

Das Dritte ist der Schutz. Ja, es war vielfach eine Feuertaufe. Es war die Bewährungsprobe, die große Bewährungsprobe für viele Hochwasserschutzmaßnahmen, die wir mit viel, viel Steuergeld verwirklicht haben. Vor allem seit dem Jahr 2005. Seit 2005 realisieren wir das größte Hochwasserschutzprogramm der Landesgeschichte. Wir haben über 500 Projekte mittlerweile fertig gestellt. Das Ergebnis, das wir bisher feststellen können, wir evaluieren jedes einzelne Projekt: Wie hat es funktioniert? Damit wir auch lernen für die Zukunft. Krise ist ja auch eine Möglichkeit, um einen Lernprozess durchzuführen. Wir haben festgestellt: Ja, sie haben gewirkt. Sie haben funktioniert. Dieser Kurs des naturnahen Schutzes, der nicht auf Kanalisierungen, auf harte lineare Bauten setzt, sondern der den Fließgewässern wieder mehr Platz gibt, der das Tempo herausnimmt aus dem Abfluss, der Retentionsräume wieder schafft bzw. vorhandene sichert, der Rückhaltebecken, 55 große in Oberösterreich, bereits verwirklicht hat, und der nur mehr dort lineare harte Maßnahmen wie Dammstrukturen unmittelbar am Fluss realisiert, wo das nicht anders möglich ist, weil die Bautätigkeit unmittelbar bis an das Fließgewässer führt. In Grein, in Mauthausen, in Urfahr und so weiter und sofort, kann man nicht anders schützen. Aber das ist nur in diesen Fällen unser Weg.

Das Grundmotto ist seit 2005: Wir schützen uns vor den Risiken der Natur gemeinsam mit der Natur. Wir schaffen wieder Räume. Wir geben der Natur wieder Platz. Wir geben den Fließgewässern wieder Platz, um in Katastrophenfällen geschützt auszufern zu können und damit keine Zerstörung zu verursachen. Irgendwohin muss das Wasser. Es war dieses Mal mehr Wasser als im Jahr 2002. Das ist dramatisch. Wir hatten in Schärding einen Pegelstand, der um über zwei Meter über dem Niveau von 2002 gelegen ist. Wir hatten an der Donau etwa ein Meter höhere Pegelstände als im Jahr 2002. Viele können sich noch erinnern. 2002, hat es geheißen, das war jetzt eine einzigartige Hochwasserkatastrophe. Nein, leider nicht. Elf Jahre später erleben wir das zweite Jahrhunderthochwasser. Die zweite Jahrhunderthochwasserkatastrophe. Ich denke, und ich komme am Schluss noch dazu, auch das muss uns nachdenklich machen, weil die Statistik offensichtlich nicht mehr mit dem überein stimmt, was die Natur an Wirklichkeiten schafft.

Es ist gelungen, dieses Hochwasserschutzprogramm. Es hat funktioniert. Dort, wo es bereits Wirklichkeit ist. Dort wurde Leid reduziert, dort wurden Schäden reduziert. Überall dort, wo es verwirklicht wurde und auch das kann man durchaus mitdenken und mitdiskutieren und als Mitargument mit ein bringen, obwohl es das schwächste in dieser ganzen Reihe ist: Es ist auch ein Konjunkturimpuls, der verwirklicht wird. Wir haben rund 4.500 Arbeitsplätze mit diesem bisherigen Hochwasserschutzprogramm in Oberösterreich verwirklicht. Haben Wertschöpfung investiert, die auch in der Region bleibt. Aus meiner Sicht das beste Beispiel, das augenscheinlichste, ist eben der Machlanddamm, von dem wir aus den Fernseh Bildern ja nur die harten Dammbauten kennen. Aber in Wirklichkeit war es viel mehr. Es war ein großes freiwilliges Absiedlungsprogramm. 253 Objekte, die freiwillig abgesiedelt wurden. Das muss man sich vorstellen. Das ist ein kleines Dorf. Ein Dorf ist es, das gegangen ist und gesagt

hat, ich bin bereit, eine einmalige Situation, dass ich gefördert werde, dass ich begleitet werde auf der Suche nach einem neuen Wohnraum. Meine Heimat zu verlassen, das ist kein einfacher Schritt. Weil die Betroffenen gewusst haben, wir können nicht alles verbauen. Wir brauchen die Retentionsräume. Und weil sie gewusst haben, Machlanddambewohnerinnen und -bewohner wissen, dass es nur ein Frage der Zeit ist, bis das nächste Wasser Realität ist. Wir haben im Machlandbereich in Summe mit diesem durchaus naturnahen Projekt 182 Millionen Euro investiert. Viele waren erstaunt, dass man für Hochwasserschutz so viel Geld in die Hand nimmt. Aber wir hatten 2002 dort Schäden von 500 Millionen Euro. Heute schätzen wir, dass es 20 Millionen Euro, vielleicht etwas weniger, sein werden. Das heißt, abgesehen vom Leid, was die wichtigste Argumentationslinie ist, denke ich, was das wichtigste überhaupt ist, es ist uns gelungen, mit dieser Investition gigantische Schäden zu vermeiden und damit hat sich dieses Projekt auch wirtschaftlich und auch volkswirtschaftlich innerhalb kürzester Zeit gerechnet.

Was wollen wir in Zukunft tun? Wir haben bereits erarbeitet in den Grundstrukturen und das ist, glaube ich, für viele Kolleginnen und Kollegen in der Region eine sehr gute Nachricht, ein umfassendes Beschleunigungsprogramm für den Hochwasserschutz in Oberösterreich. Und zwar soll dieses reichen bis allerweitestens und allerspätestens ins Jahr 2030. Wir brauchen dafür rund 900 Millionen Euro, um dieses Programm flächendeckend in ganz Oberösterreich verwirklichen zu können. Das ist eine Fortschreibung des derzeitigen Budgets. Das macht in Summe aufgegliedert bis zum Jahr 2030 rund 380 Millionen Euro aus. Wir werden also zusätzliche 520 Millionen Euro in die Hand nehmen müssen. Geteilt durch Bund, Land und dort, wo sie können, die Gemeinden. Das sind enorme Summen. Da wird es uns prioritär, und da sind wir jetzt schon dabei, um die Bestandsaufnahme gehen. Um die bestehenden Dammstrukturen etwa. Haben die dem Hochwasser Stand gehalten? Wo müssen wir sanieren? Denn wir müssen fit sein. Niemand weiß, wann das nächste Wasser kommt. Das kann in 30 Jahren sein, das kann aber auch in 3 Wochen sein. Niemand von uns kann es beurteilen. Das heißt, die Schutzfunktion muss raschestmöglich wieder hergestellt werden. Das ist Punkt eins.

Zweitens: wir haben eine Serie von umsetzungsreifen Projekten, die wir noch heuer starten wollen. Obertraun ist so ein Beispiel. Das Projekt wurde lange aufgehalten. Wir können mit Obertraun und wir wollen mit Obertraun noch im heurigen Jahr mit dem Hochwasserschutz starten. Schärding ist ein ähnliches Projekt. Auch Schärding wollen wir prioritär umsetzen. All diese Projekte, das ist rund ein Dutzend an Projekten, fällt in diese Kategorie. Wir sind aber auch dabei, große Projekte zu finalisieren. Was die Genehmigungsverfahren betrifft. Da zählt etwa das Großprojekt, das größte Rückhaltebecken Oberösterreichs in der Wartberger Au, dazu. Das wird ein Becken, das rund drei Millionen Kubikmeter Wasser aufnehmen wird. Das doppelte von Teichstätt. Ihr wisst, Teichstätt ist derzeit das größte in Oberösterreich und hat eine enorme Kubatur. Ist mittlerweile ein Naturschutzgebiet. Das heißt, das hat einen doppelten Sinn. Rückhaltebecken dienen dazu, in Krisensituationen das Wasser aufzunehmen und dann nur langsam gedrosselt wieder abzugeben und damit einen künstlichen, aber doch naturnahen Puffer und Speicher darzustellen. Das wird die große Palette der Zukunftsprojekte.

Dann kommen wir zur Donau. An der Donau haben wir den Machlanddamm fertig. Wir haben jetzt noch zwei Lücken. Im Bereich östlich von Linz, das ist der Bereich Enns-Enghagen und das ist der Bereich der Sankt Georgener Bucht. Kollegen und Kolleginnen haben es ja bereits angesprochen. Wir haben heute den 15a-Vertrag dazu. Ich hatte gestern die Möglichkeit mit dem Infrastrukturministerium zu sprechen, wo wir mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und ich möchte auch sehr offen sagen, mit der Ministerin eine sehr, sehr gute

Kooperation haben. Bereits kommuniziert wurde, dass wir auch diese Projekte weiter beschleunigen wollen. Das heißt, sobald Projekte genehmigungsreif vorliegen, werden wir schauen, dass die rasch im Genehmigungsverfahren verwirklicht werden. Und dann soll es und wird es nicht an der Finanzierung und an den Zeitplänen scheitern, sondern, so bald sie so weit sind, ist Baubeginn. Dann geht es los. Dann geht es in Richtung Umsetzung. Das wird schon noch dauern, aber wir wollen keinen Tag dabei verlieren und wir sind uns da eins mit dem Ministerium.

Der letzte Punkt. Das ist der schwierigste. Das muss man den Betroffenen ganz offen und ehrlich sagen, ist der Bereich westlich an der Donau, westlich von Linz. Donau westlich von Linz ist das Eferdinger Becken, auf der einen Seite und die ganz akut betroffenen Gemeinden an der Donau wie Goldwörth, wie Walding, wie Ottensheim. Wir haben sehr, sehr rasch denke ich, reagiert. Die Frau Ministerin war mit mir gemeinsam am Freitag in der Katastrophenwoche vor Ort. Wir haben dann zu diesem Zeitpunkt bereits den Startschuss getätigt für den Hochwasserschutz in dieser Region. Es ist bereits ein Großprojekt in Vergabe, wo es darum geht, möglichst präzise jetzt schon in den nächsten Monaten zu erarbeiten, wie kann dieser Schutz auf unterschiedliche Art und Weise ausschauen? Unmittelbarer Schutz technischer Übersiedlungsbereiche. Es wird ganz stark darum gehen, Retentionsraum zu erhalten und wieder auszubauen. Es wird auch mit Sicherheit ein Angebot geben. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Da geht es immer um Freiwilligkeit, damit es keine Verwechslungen gibt, ein Angebot für freiwillige Absiedlungen geben. So wie im Machlandbereich. Ich hoffe, dass es da auch Verständnis gibt in der betroffenen Region. Es wird selbstverständlich dort, wo es nicht anders geht, auch harte lineare Maßnahmen, etwa durch mobile Dämme, geben müssen. Aber da müssen wir jetzt die Experten arbeiten lassen. Zeithorizont sind zwei Jahre. Bis dort hin soll aber nicht nur das Projekt vorliegen, sondern auch das Finanzierungs- und das Umsetzungskonzept. Es ist kein Projekt, das von heute auf morgen verwirklicht werden wird. Aber was ich versprechen kann, das ist, dass wir mit aller Kraft an diesem Schutz arbeiten. Und zwar mit Zeitdruck, mit Tempo.

Wie wichtig dieses Tempo ist, hat uns, ich komme noch einmal zurück, der Machlanddamm gezeigt. Wir hätten eine Bauzeit von zwölf Jahren geplant gehabt. Wären wir dabei geblieben, wäre es eine Katastrophe gewesen. Weil, dann hätte uns mitten in der Bautätigkeit dieses Hochwasser erwischt. Das hätte bedeutet, wieder massive Zerstörungen im Bereich der Siedlungen, aber dieses Mal auch Zerstörungen des Baus, des Projektes als solches. Das heißt, wir hätten eine doppelte Zerstörung gehabt. Wir waren Jahre früher fertig. Glück haben wir gehabt. Aber es war eine richtige Entscheidung, Finanzierungen und Bautätigkeiten vorzuziehen, weil beim Hochwasserschutz geht es oft um Monate, manchmal um Wochen und manchmal kann es um Tage gehen. Es kann ganz knapp sein. Darum auch da das Ziel, möglichst rasch zu sein.

Was jetzt folgt sind die Budgetverhandlungen mit dem Bund. 900 Millionen Euro ist keine Kleinigkeit. Auch für ein starkes Bundesland wie Oberösterreich keine Kleinigkeit. Mein Ziel wäre es, dass wir einen 15a-Vertrag Länder-Bund schaffen, in dem wir uns gegenseitig für einen bestimmten Zeithorizont zum Beispiel von zehn Jahren dazu verpflichten, erhöhte Budgets aufrecht zu erhalten. Damit es nicht, ich unterstelle ja niemanden etwas, überhaupt nicht, aber vielleicht in ein paar Monaten nach einer Wahl, mit Budgets wieder anders ausschaut. Wir müssen uns darauf verlassen können. Wir brauchen Planbarkeit, Sicherheit, Verlässlichkeit. Wir müssen den Bürgern, denen wir jetzt sagen, du kriegst im Jahr 2021, 2018 und du 2017 den Schutz, denen müssen wir ehrlich in die Augen schauen können. Wir müssen daran glauben können, dass das der Wahrheit entspricht, was wir ihnen sagen. Das geht

nur dann, wenn wir eine Finanzgarantie haben. Da wäre aus meiner Sicht ein 15a-Vertrag sehr, sehr vernünftig.

Schon angesprochen wurde die Beschleunigung von Verfahren. Ich habe schon eine Evaluierung in Auftrag gegeben. Wie können wir flotter werden? Es gibt das Wasserrechtsgesetz einiges her. Auch was die Eigentumsfragen betrifft. Ich würde sagen, wir setzen uns da in Ruhe, mir wäre da eine fraktionsübergreifende Lösung am liebsten, zusammen und überlegen, wie schaffen wir diese Beschleunigungen? Wenn wir den politischen Willen haben, finden sich Wege. Auch, sage ich ganz offen, in bestehendem Recht. Aber da sind wir dann im Ausschuss. Das werden wir mit den Experten dort, denke ich, vernünftig miteinander diskutieren.

Ein ganz großes Anliegen ist mir, es ist da 2004, 2005 schon einiges passiert, aber wir müssen weiter nachjustieren, die Frage der Bautätigkeit in Risikogebieten. Ich persönlich verstehe es wirklich nicht, warum es möglich ist, dass in manchen Gebieten, wo wir wissen, dass sie gefährdet sind, nach wie vor Bautätigkeiten stattfinden. Ich glaube, es muss bundesweit ein Bauverbot in roten Zonenbereichen geben. (Beifall) Und zwar wirklich bundesweit. Ich glaube, dass das gemeinsam verankert gehört in einer Kooperation zwischen den Ländern und dem Bund. Da geht es nicht um Gesichtverlust, wer überrollt wen, sondern da geht es darum, dass wir endlich eine pragmatische, starke, verlässliche Lösung schaffen. Weil sonst wird beim nächsten Mal wieder die gleiche Diskussion kommen. Wir müssen es schaffen, da jetzt Mut zu zeigen und die richtigen Schritte zu tun.

Letzter Punkt oder vorletzter Punkt. Das ist die Frage, Vorwürfe, was den Betrieb des Kraftwerks Ottensheim betrifft. Ich habe heute die vom Landeshauptmann kommunizierte Information des Verbundkonzerns gehört. Das freut mich, aber ich möchte es mir selbst anschauen. Ich habe deswegen eine Überprüfung, eine externe Überprüfung dieser Vorwürfe, in Auftrag gegeben. Ich habe keine Hinweise, dass es tatsächlich zu irgendeiner Manipulation gekommen ist. Aber Vorwürfe, die da sind und die so schwerwiegend sind, denen muss man nachgehen. Die muss man aufklären. Das sollen nicht die Betroffenen machen, sondern das soll jemand Dritter machen, der nicht in Verdacht steht, dass er irgendeine Befangenheit oder sonst irgendetwas hat. Das, was da raus kommt, das verspreche ich und das garantiere ich, wird schonungslos offen gelegt. Das ist ein öffentliches Anrecht. Das ist ein Anrecht der Betroffenen und das gehört ganz einfach geklärt und das wird geklärt.

Letzter Punkt, ich habe es schon gesagt. Jetzt hatten wir zwei Mal in elf Jahren eine Jahrhundertkatastrophe. Nach der Statistik dürfte das nicht passieren. Die Natur hält sich nicht an die Statistik. Warum ist das so? Jetzt können wir trefflich diskutieren. Manche sind Klimaskeptiker, auch in diesem Haus. Manche nehmen die Warnungen ernster. Tatsache ist, dass es immer mehr Hinweise gibt. Formulieren wir es einmal so. Das Potsdamer Klimaforschungsinstitut hat sich vor zwei Tagen sehr weit hinausgelehnt und hat gesagt ja, sie sehen einen ganz eindeutigen Zusammenhang. Temperaturerhöhung auf diesem Planeten, Veränderungen des sogenannten Jetstreams. Das sind die sehr großen Windelemente, die wir haben und die offensichtlich durch die Temperaturveränderung verschoben werden. Dann ist es ein Zufallsparameter. Wo es passiert, wann es passiert und was ganz genau passiert. Tatsache ist und das Potsdamer Klimaforschungsinstitut ist das renommierteste in Europa, dass Witterungssituationen extremer werden. Tatsache ist zweitens, und ich habe gestern den Chef der Zentralanstalt für Meteorologie hier in Linz gehabt, der zuständig ist für Salzburg und Oberösterreich. Er hat es mit anderen Worten, aber ähnlich formuliert. Er hat gesagt, wir wissen nicht, wie viel mehr Hochwasserkatastrophen wir haben werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, wir wissen nur, dass dann, wenn etwas passiert, es gra-

vierender wird. Es extremer wird. Die Dimension eine größere wird. Das muss uns einfach nachdenklich machen. Das heißt, wir müssen zwei Bereiche sehr offensiv angehen. Einerseits die Anpassung und Hochwasserschutzprojekte sind klassische Anpassungsprojekte an eine Veränderung in unserem Planeten. Wir dürfen aber das Zweite nicht vergessen und das ist der Klimaschutz selbst und da wäre es nicht akzeptabel, wenn manche weiter sagen würden, so lange es China nicht tut, machen wir es auch nicht und sich einer auf den anderen auf diesem schönen Planeten ausredet.

Es geht darum, es hier, jetzt und heute zu tun, es vorzuleben, dass es funktioniert, dass es durchaus auch ein wirtschaftliches Erfolgsmodell ist, wenn man es vernünftig macht, wenn man es auf eine gute kooperative, dialogorientierte Art und Weise macht und dann haben wir zumindest unseren Beitrag geleistet und das ist aus meiner Sicht unsere Verantwortung. 100 Prozent Schutz wird es am Ende des Tages vor Naturkatastrophen nie geben. Wenn es ganz arg kommt, ist die Natur stärker. Das wissen wir, das haben wir erlebt. Viele Menschen haben es noch viel brutaler als wir in diesen Zeiten erlebt. Aber unsere Verantwortung ist, das Menschenmögliche zu tun, dass diese dramatischen Situationen nicht noch mehr werden und dass die Schäden dabei kleiner werden. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Martina Pühringer.

Abg. Pühringer: Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben gesagt, in Oberösterreich wird niemand im Stich gelassen. Dem ist so und das unterstreiche ich zu 100 Prozent und ich sage, es ist ein guter Brauch in Oberösterreich, dass einer dem anderen hilft.

Das haben wir nicht nur 2002 beim Hochwasser bewiesen, sondern jetzt wurde dies auch unter Beweis gestellt und ich darf vorweg dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und dem zuständigen Referenten für Katastrophenschutz und Feuerwehr Herrn Landesrat Max Hiegelsberger danke sagen.

Es wurden viele genannt, bei denen sich bedankt wurde. Ich möchte mich auch bedanken beim Landeskrisenmanagement hier im Landhaus, in der Landesleitzentrale, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes, bei der freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz, beim Bundesherr, bei der Polizei, für diese Koordinierung und das hat den raschen Erfolg und die gute Koordinierung hier möglich gemacht, dass man den Menschen so schnell wie möglich geholfen hat und das war auch schon eine Lehre aus 2002. Da hat es dieses Landeskrisenmanagement in dieser Form hier im Landhaus nicht gegeben. Allen ein herzliches Danke. Sie haben ab dem 2.6.2013 24 Stunden durchgehend hier hervorragende Arbeit geleistet. Ein herzliches Danke. (Beifall)

Wir haben viele Zahlen gehört. Was auch sehr stark betroffen wurde in diesem Hochwasser in der vergangenen Woche war die Landwirtschaft. Laut der ersten Schätzung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich sind 10.500 ha betroffen. Landwirtschaftliche Nutzflächen wurden überflutet. Davon 2.400 ha Grünland, 7.400 ha Ackerfrüchte und 700 ha Gemüse, Kartoffeln, Erdbeeren und das ist tragisch, weil im Vergleich zum letzten Hochwasser, also vor elf Jahren 2002, das war im August, da war schon ein Großteil der Ernte herinnen und gerade beim Gemüsebau und im Ackerbau ist es jetzt sehr schwer möglich.

Erstens kann man zum Teil noch nicht einmal hinein, weil noch der Schlamm und vieles da ist, aber mit welchen Früchten man hier noch einen Ertrag erwirtschaften kann, weiß man nicht. Und dieses Ausmaß ist tragisch. Es gibt ja bei Schäden in landwirtschaftlichen Kultu-

ren maximal 40 Prozent Entschädigung und das ist eine große Herausforderung und das wird eine finanzielle Prüfung für viele Betriebe sein, die sehr stark betroffen sind.

Wir waren alle betroffen, wie sie, die das draußen vor Ort gesehen haben und mitgearbeitet und mitgeholfen haben. Was mich auch betroffen gemacht hat ist, nicht so wie dieses Leid, das man sieht und wenn Hab und Gut davon schwimmt, sondern eine Aussage einer Ministerin in Wien bei einer Pressekonferenz, die in Zeiten, wo man nicht gewusst hat, wie hoch die Pegelstände gestiegen sind, Ebensee war von der Umwelt abgeschnitten, also nicht erreichbar, der Traunsee ist gestiegen und, und, und vieles mehr. Halten die Dämme? Also man war in einer Ausnahmesituation.

Man ist in der Früh bald aufgestanden, hat den Radio eingeschalten, den Fernseher, was wieder alles passiert ist und in einer solchen Situation, das hat mich wirklich verwundert, hat eine Ministerin in Wien bei einer Pressekonferenz gesagt, ein Ausmaß oder warum das jetzt so katastrophale Schäden sein werden oder schon sind ist, weil von 2002 bis 2007 nichts geschehen ist, und das möchte ich nicht so stehen lassen.

Weil es wurden nach dem Hochwasser 2002 die Arme aufgekrepelt und es wurde hier geplant, gebaut und ab 2005 begonnen, also in dieser Regierung von 2002 bis 2007 ist sehr wohl etwas geschehen und wir haben es heute schon gehört. Es wurden vom Land und Bund 675 Millionen Euro investiert und ich finde das toll und ganz notwendig, um hier auch die Menschen zu schützen. Wie notwendig dies war haben wir ja schon gehört und jetzt gesehen.

Es gibt Schuldzuweisungen, wer hat Schuld, was war Schuld? Es ist keine Schuldzuweisung. Ein stark betroffener Ort war die Gemeinde Ebensee. Hier ist der Rindbach über die Ufer getreten, der war ein wilder Bach. Die Traun ist über die Ufer getreten und zu guter Letzt hat sich der Traunsee noch zurückgestaut und das ist auch eine Frage von Naturschutz, nämlich früher war das so. Da ist, wie man bei uns zu Hause im Salzkammergut gesagt hat, da ist der Bach wieder gereinigt worden. Da ist alles, was angewachsen ist, ob Steine anschwemmt worden sind, da ist einfach wieder einmal sauber gemacht worden, um dieses Bachbett zu vergrößern und es ist keine Schuldzuweisung.

Und es ist beim Rindbach aus Naturschutzgründen jahrlang nichts mehr passiert. Ob das jetzt der ausschlaggebende Punkt war, warum es in Ebensee Ortsteile erreicht hat, die noch nie mit Hochwasser zu tun hatten bzw. erwischt worden sind, das möchte ich nicht sagen. Aber man muss auch den Naturschutz so handhaben und so festlegen, dass er die Natur schützt, aber auch den Menschen.

Ich habe mir da jetzt groß aufgeschrieben, bei wem bedanke ich mich? Ich schließe mich dem Dank meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an. Ich habe heute in der Früh in den Salzkammergut Nachrichten einen Leserbrief gelesen und von dem möchte ich kurz die Hälfte vorlesen, weil er das widerspiegelt, was ich mit meinen Dankesworten Ihnen sicher nicht sagen kann und zwar:

Am Sonntag den 2. Juni 2013 begann das Unfassbare. Der Hang hinter unserem Haus in Kasten-Reindlmühl, ist in der Gemeinde Altmünster, das vor rund 30 Jahren erbaut wurde, begann zu rutschen und bewegte sich auf unser Haus zu. Die Freiwillige Feuerwehr Reindlmühl war bereits zehn Minuten nach abgesetztem Notruf an Ort und Stelle und begann gemeinsam mit uns und unseren Nachbarn mit der Sicherung der Bäume sowie mit der Absicherung der rückwärtigen großen Fenster.

Dies geschah unter Einsatz von Leib und Leben, da der Hang im Rutschen war und die Bäume gefährlich schwankten. Wir wurden von unserem Haus, in dem sieben Personen, davon drei Kinder, wohnen, evakuiert und hatten einige qualvolle Tage und Nächte, in denen wir nicht wussten, ob die Mure uns in das Haus eindringt oder nicht.

Dank der großartigen Absicherung ist dies Gott sei Dank nicht eingetreten und zum Schluss schreibt die Familie, es tut gut zu wissen, dass man in solchen Situationen nicht allein ist und dafür sage ich allen Helferinnen und Helfern, die ehrenamtlich in Nachbarschaftshilfe oder von Berufswegen hier unterstützt haben danke und ich freue mich, dass wir alle, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hier diese gemeinsame Erklärung der Abgeordneten zum Oberösterreichischen Landtag betreffend der Hochwasserkatastrophe 2013 beschließen und ich freue mich, dass es nach wie vor gilt, dass einer dem anderen hilft in Oberösterreich. Das ist ein Brauch, den wir auch uns beibehalten. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Jürgen Höckner.

Abg. **Höckner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, so wie viele andere Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Saal bin natürlich auch ich in meinem Bezirk in Eferding unterwegs gewesen. Nicht nur einmal, nicht nur zweimal, sondern neben meiner politischen Funktion habe ich auch Koordinierungsaufgaben der Abfallentsorgung mehrmals täglich durchgeführt und ich habe natürlich auch die Hochwassersituation in den verschiedensten Perspektiven und mit all ihren Facetten erleben müssen.

Und ich habe, meine Damen und Herren, mitverfolgt, wie Sie auch wahrscheinlich, in welcher unterschiedlichen Weise die Betroffenen diese Situation gemeistert haben. Die Einen, die das Hochwasser schon gekannt haben, die eigentlich sehr gut damit umgegangen sind. Die Anderen, die das erste Mal damit konfrontiert waren und natürlich zum Teil sehr hilflos dagestanden sind, aber auch Menschen, die am ersten Tag oder am zweiten Tag noch voller Energie waren, haben gesagt, das packen wir und am dritten Tag waren sie gebrochen.

Also solche Erlebnisse haben wir alle so denke ich miterleben müssen und es waren Ausnahmesituationen und es war eine Zeit der höchsten Sensibilität und die vollstes Verständnis abverlangten. Und wenn hier der Dank heute ausgesprochen wurde und noch wahrscheinlich wird an alle Hilfsorganisationen, an die Menschen von Team Österreich und, und, und, dann möchte ich eines hier hervorheben.

Mir ist aufgefallen, wie professionell unsere Hilfskräfte, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Samariterbund, mit diesen menschlichen Situationen umgegangen sind. Das war nicht immer einfach, weil natürlich in der Verzweiflung natürlich auch einmal ein Rundumschlag gemacht wurde, auch in Richtung Hilfskräfte und noch einmal auch in diesem Sinne ein Dankeschön an die Besonnenheit, die hier ausgestrahlt wurde.

Zum Thema Hochwasserschutz. Ich habe es im Landtagsausschuss schon deponiert. Meine dringlichen Anliegen für den Bezirk Eferding und ich bin jetzt einmal vorsichtig froh und dankbar, dass hier nicht nur das Land Oberösterreich, sondern auch der Bund erkannt hat, dass der Bezirk Eferding neben den vielen anderen Gebieten natürlich in Oberösterreich einen umfassenden Hochwasserschutz benötigt. Und ich darf dazusagen, in Eferding ist man sich der Situation durchaus bewusst, dass nicht an jedem Meter und an jeder Stelle ein mobiler Hochwasserdamm errichtet werden kann. Einen 100-prozentigen Schutz kann es nicht geben. Das ist unseren Menschen im Bezirk natürlich bewusst.

Es gibt halt auch verschiedenste Möglichkeiten und ich möchte auch den Experten keinen Rat geben, außer wie ich im Landtagsausschuss gesagt habe, dass die Bevölkerung und Personen aus dem Bezirk Eferding, aus den betroffenen Regionen insgesamt natürlich mit einbezogen werden sollten.

Eines möchte ich sagen. Zu einem umfassenden Hochwasserschutz gehört auch eine rechtzeitige, abgestimmte, eine offene Information der Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger, die in diesen Gebieten leben, dass man sich im Fall des Falles auch rechtzeitig vorbereiten kann, wenn man weiß, der Wasserpegel steigt.

Ich möchte kurz auch, es wurde schon erwähnt von der Kollegin Martina Pühringer, die Gemüsegelder, die landwirtschaftlichen Flächen, wirklich nur vereinzelt ansprechen. Aber so dann und wann hört man, naja, was redet denn ihr mit euren paar Gemüsepflanzen, aber meine Damen und Herren, ich glaube hier in diesem Saal brauche ich es nicht extra zu erwähnen, da hängen Existenzen dran. Nicht nur die der Landwirte, sondern auch Arbeitsplätze und es hängen auch Betriebe dran, wo Leute nur in diesem Bereich natürlich hier beschäftigt sind. Das möchte ich einfach hier unterstreichen.

Ich komme noch einmal ganz kurz zurück auf die Informationsmaßnahmen und ich denke, da ist einiges schon angesprochen worden, zur allgemeinen Information. Vielleicht ist es wirklich sinnvoll, neben den jetzt sehr raschen und begrüßenswerten Informationsveranstaltungen zum Thema Katastrophenhilfe, welche Hilfe kann ich jetzt kurzfristig erwarten, dass man auch allgemeine Informationen bringt und vielleicht damit nicht so lange wartet.

Zum Thema, was wir heute schon gehört haben, die Rolle der Kraftwerke, die Flutungen, aber auch ganz simple Sachen, die jetzt sehr simpel klingen. Warum ist es zum Beispiel nicht sinnvoll, dass ich während des Hochwassers sofort meinen Keller auspumpe, die Folgen und so weiter? Ich habe erst gesagt, manche kennen diese Situation schon. Andere, die neu zugezogen sind, haben dafür momentan kein Verständnis und müssen leider dann böse Überraschungen erleben.

Aber auch meine Damen und Herren, das Thema Ölheizungen in diesen Gebieten. Auch das müssen wir offen und ehrlich ansprechen. Es verursacht natürlich für die Betroffenen, aber auch für die Region hohe Kosten hier diese Entsorgungen im Nachhinein dann durchzuführen und bis hin zum Rückbau bzw. Retentionsmaßnahmen, die gerade im Bezirk Eferding keine einfache Sache sein werden.

Ganz kurz, weil ich angesprochen habe, ich war mit den Abfallentsorgungen in meinem Bezirk, mit den Koordinationsaufgaben befasst. Hier möchte ich wirklich auch noch einmal einen Dank aussprechen. Nicht nur an die Hilfskräfte, das unterstreiche ich natürlich doppelt und dreifach, aber auch an die Entsorgungsbetriebe, mit denen wir wirklich sehr gut, konstruktiv und unkompliziert zusammenarbeiten haben dürfen.

Das war auch nicht immer einfach. Sie müssen sich vorstellen, alleine die Firma Zellinger wenn ich die hier erwähne, die hat drei Bezirke zu entsorgen gehabt und hier die Container so kurzfristig aufzustellen. Alle Achtung, wie professionell hier vorgegangen wurde und auch, ich möchte das auch hier in diesem Rahmen machen, ein Dankeschön an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Altstoffsammelzentren.

Wir haben am Tag darauf wirklich alle Altstoffsammelzentren geöffnet in unserem Bezirk und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sofort gesagt jawohl, wir sind da. Eine hat sogar

ihren Urlaub abgebrochen und das möchte ich auch hier voranstellen. Das ist wirklich eine lobenswerte Sache.

Ein Dank nochmals an alle Organisationen. Das Thema Jugend ist schon angesprochen worden. Das möchte ich auch unterstreichen. Das war toll, wie viele Meldungen wir bekommen haben. Landjugend und so weiter, die sich sofort bereiterklärt haben. Die junge ÖVP bis hin zu anderen Jugendorganisationen, die gesagt haben wir möchten helfen und das ist wirklich eine tolle Sache und ich glaube ein sehr gutes Signal für die Zukunft. (Beifall)

Abschließend für den Bezirk Eferding möchte ich einmal sagen, weil da auch manchmal so ein bisschen eine Kritik im Raum steht. Ja die Politiker, wenn so etwas ist, dann kommen sie daher in ihren Anzügen und lassen sich sehen. Ich möchte ganz demonstrativ und bewusst sagen Dankeschön auch an alle Landesräte, an den Landeshauptmann, dass sie sich die Zeit genommen haben in die Bezirke zu den Gebieten zu kommen, denn nur wenn man sich vor Ort ansieht, welche Geschichten da ablaufen, kann man dann auch reagieren und agieren. Und ich muss wirklich sagen die Leute, die Gespräche gehabt haben mit den Politikern, waren sehr erfreut und waren sehr froh, dass sie das gehabt haben. In diesem Sinne Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hans Karl Schaller.

Abg. **Schaller:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Zeit des Aufräumens hat teilweise begonnen. Die ersten Reparaturen, der Wiederaufbau fängt an und was man natürlich da braucht ist die finanzielle Unterstützung. Und das ist wirklich ein tolles Gefühl, wenn man da im Oberösterreichischen Landtag steht und hören darf, dass praktisch quer über alle Parteiengrenzen hinweg das so ist, dass wirklich die Menschen im Vordergrund stehen und dass es ein klares Bekenntnis gibt dazu, die finanziellen Unterstützungen, dass man die zur Verfügung stellt.

Ich glaube aber auch, was wichtig ist draußen bei den Menschen, das ist nicht nur alleine die finanzielle Unterstützung, sprich das materielle, das ist alles wieder ein bisschen ersetzbar, aber ich glaube, was die Menschen wirklich draußen brauchen, das ist auch eine Betreuung einerseits, wenn man sich die Bilder ansieht, der ideelle Schaden, der teilweise da ist, also für Dinge, die einfach nicht wieder bringbar sind, wie da die Menschen darunter leiden und ich glaube es gibt noch einen dritten Punkt.

Das ist auch meine Erfahrung aus dem Hochwasser 2002. Man muss den Menschen auch die Ängste nehmen, die da sind. Ich weiß das selber, ich habe damals sehr viele betroffene Arbeitskollegen gehabt. Das ist Wahnsinn, wenn die in die Firma gekommen sind und haben gesagt, weißt du, was sich geändert hat bei mir?

Wenn es nur ein bisschen zu regnen beginnt, ein bisschen, kann die Frau nicht mehr schlafen, steht nur mehr draußen und hat Angst davor, dass es mehr oder weniger zu so einer Hochwasserkatastrophe kommt. Und ich bin froh, dass es auch ein klares Bekenntnis gibt zu diesem Hochwasserschutz, den man wirklich gestalten muss. Es braucht einen Masterplan, wie Rudi Anschöber das heute schon gesagt hat, das ist wirklich nur begrüßenswert, aber genauso begrüßenswert ist es, wenn man da sich zusammensetzt, dass man das gemeinsam miteinander entwickelt und in Folge dann auch umsetzt.

Man hat ja gehört, es ist ein Mosaik von Maßnahmen notwendig. Mir hat wirklich das gut gefallen, dass man das einmal ehrlich anspricht, diese rote Zonen. Das kann doch nicht sein, dass nach wie vor man überlegt dann, wenn es wieder ein bisschen weg ist das Ganze, wenn wieder ein paar Jahre verstrichen sind, dass man dann hergeht und sagt, na ja sollte man sich vielleicht doch überlegen, ob man dort das eine oder andere nicht umwidmen kann und Bautätigkeiten genehmigen sollte.

Das Zweite, was im Kommen ist, dieses Rückbauen, ich bin auch der Meinung, man muss auch den Mut haben, gewisse Flächen aufzugeben, für Überschwemmungsgebiet zu sorgen. Da muss man auch ganz klar reden, und zwar wirklich auch offen und freundschaftlich mit der Landwirtschaft. Auf der einen Seite, dass man sich überlegt bei solchen Flächen, welche Bewirtschaftungsformen sind hier noch möglich und man muss auch darüber reden, welche Entschädigungen wenn etwas passiert, vorweg sind möglich? Nicht dass immer hintennach diese Ungeduld dann aufkommt, was mache ich? Und ich habe mir deinen Vortrag angehört über neue Teiche. Das ist ja wirklich unglaublich, neue Teiche wie man sie vor hat. Und darum ist es wichtig, dass man sich da auch die Experten dazu einlädt. Das sind ja wirklich High-Tech-Produkte. Also das ist nicht nur irgendetwas aufschütten ein bisschen, sondern das sind High-Tech-Produkte. Ich habe mir es ganz einfach erklären lassen, neue Teiche wirken im Grunde genommen wie Babywindel oder Kinderwindel, sie saugen auf und leiten das Wasser nach außen ab, der Popo bleibt trocken, auch da würde dann praktisch das Land drinnen trocken bleiben. Für mich sehr verständlich, aber es ist unglaublich, welche Entwicklung es da bei diesem technischen Hochwasserschutz gegeben hat.

Ich habe und weil da heute ein bisschen eine Aufregung gekommen ist, weil das Wort Enteignung gefallen ist. Ich stehe dazu und sage eines, wir leben alle in einem Rechtsstaat und es ist völlig klar, dass in einem Rechtsstaat alle und jeder mehr oder weniger die Rechtsmittel dazu ausnützen dürfen, völlig klar. Aber ich glaube man muss sich auch überlegen was ist, wenn heute so eine Art Gefahr in Verzug ist bzw. wenn das Allgemeinwohl vor dem Individualwohl kommt? Da gibt es schon diese Ausdrucksweise, dass man sagt, das wahre Problem sind nämlich wirklich die Dauer der Behördenprozesse. Ich teile das, was die Genossin Jahn gesagt hat, es ist aber nicht nur das, was die Kollegin Jahn gesagt hat, sondern wir haben dort überall zu wenig Leute, (Unverständliche Zwischenrufe) ach so, weil ich Genossin gesagt habe, Entschuldigung Kollegin, kleiner Ausrutscher, Entschuldigung und die legitimen Rechtswege, ja auch diese Spiralen der Instanz, wo man sich fragt, wenn wirklich so etwas passiert, wenn wirklich Gefahr in Verzug ist, ob es da nicht eine Möglichkeit gibt, dass man darüber nachdenkt, ob man das nicht wirklich verkürzen kann?

Ich sage ein einfaches Beispiel, das ist jetzt eine Kleinigkeit. Aber ich habe mir vor zwei Tagen in Ebelsberg, da gibt es eine ganz kleine Gemeinde, also in Linz eine kleine Siedlung, Waldbothenweg heißt das, das sind nur 16 Häuser. Aber die haben halt seit vier Jahren, seit vier Jahren haben die das Problem, dass dort die Mauer, wo es zu den Feldern hinaufgeht, dass die so klein ist, dass immer, da braucht es nur ein bisschen regnen, es die ganz Erde hinabschwemmt und das geht bis in die Garagen hinein. Seit vier Jahren geht das, dass man da einen Deal, einen Kompromiss sucht mit der Landwirtschaft. Weil es geht um das, dass man dort einen Graben macht, dass man den asphaltiert, dass das in den Bach hinein rinnen kann. Es ist nicht möglich. Da habe ich mir gedacht, das darf doch nicht wahr sein, da geht es um so einen kleinen Graben und das dauert bereits vier Jahre. Mit einem bisschen guten Willen muss doch das möglich sein. Und da denke ich mir dann auch oft, an was scheitert das? Die Finanzierung steht seit 2009. Es geht einfach darum, dass der zuständige Landwirt diesen Gestaltungsvertrag nicht unterzeichnet. Ist irgendwie schade. Da denke ich mir aber dann auch, na ja wenn es mit gutem Reden nicht geht, wenn es mit den Argumen-

ten nicht geht, wenn die Finanzierung steht, die Ablösen stehen und er will nicht, dann ist ja das ein Justamentstandpunkt. Und kann man dann nicht hergehen und irgendetwas einleiten, dass man sagt, es können doch nicht die 16 Hausbesitzer, die unterhalb wohnen, bei wirklich jedem Regen, rinnt das mehr oder weniger hinunter und das sind die Betroffenen.

Eine Sache, die ich einbringen möchte und die mir wichtig ist. Und zwar es hat gestern glaube ich im Parlament einen Entschließungsantrag gegeben von Seiten der Sozialdemokratie. Man hat da glaube ich unter dem Punkt Entwicklung und Maßnahmen betreffend die Hochwassersituation in Österreich, gelingt es da eine Regelung für betroffene Mitarbeiter zusammenzubringen. Und das tut mit wirklich leid, warum auch immer, ich habe auch noch nicht nachgefragt, aber da ist der Passus drinnen, und an dem ist es dann gescheitert, warum es von der ÖVP nicht angenommen wurde, und zwar die unterschiedliche Regelung für Arbeiter und Angestellte, wenn sie selbst von einer Naturkatastrophe betroffen sind, dass man die beseitigt. Das ist abgelehnt worden. Ich verstehe das nicht. Ich weiß schon, die Angestellten, die Begründung hat mich gestört, wir wollen nicht, dass Arbeiter und Angestellte gleich sind. Aber das kann es doch nicht sein. Ich weiß die Angestellten haben da den Paragraph 8 Absatz 3 drinnen, wo sie praktisch frei haben. Wir, die Metaller, weil ich aus dieser Branche komme, wir haben auch frei, wir haben es in unserem Kollektivvertrag geregelt, aber sehr viele Arbeiter haben das eben da drinnen nicht geregelt und da freut es mich aber auch dann, weil wir haben nicht nur Metaller in der voest alpine, dass wir gemeinsam mit dem Unternehmen auf Interessensebene mehr oder weniger beschlossen haben, wenn ein Mitarbeiter wirklich betroffen ist von dieser Maßnahme, dann kriegt er Freizeit bezahlt. Sehr einfach gewesen, ist mehr oder weniger erledigt, hat mich gefreut.

Das Zweite, was nimmer so, Gratulation toll, was die Regelung für Freiwillige ist. Meine Damen und Herren, ich habe da wirklich schön langsam ein Problem. Ich habe da auch mit dem Unternehmen bei uns geredet, rechtlich völlig klar, die sind Mitglieder bei der Feuerwehr und beim Roten Kreuz, das ist eine freiwillige Geschichte, ist ein Ehrenamt, alles klar. Selbst wenn das Unternehmen sagt, na dich brauche ich, kannst nicht weg, auch klar, ich kann nicht die Anlagen abstürzen lassen, das muss schon koordiniert gehen. Aber was mich dabei verwundert ist das, wir haben als ersten Schritt einmal klar gestellt, alle, die bei diesen Freiwilligenorganisationen sind, kriegen frei. Sie müssen aber sich einmal Urlaub nehmen, Zeitausgleich, DF, VF was immer es da gibt. Und jetzt reden wir im zweiten Schritt und das ist für mich das Bedauerliche, ob wir nicht irgendetwas finden können, damit wir diese Kolleginnen und Kollegen unterstützen. Das kann doch nicht sein. Ich habe ein schlechtes Gefühl dabei. Ich habe ein schlechtes Gefühl dabei, wenn ich mich jetzt dann in meinen Urlaub begeben, liege vielleicht zehn Tage im Mühlviertel in der Sonne, ich hoffe dass das Wetter schön wird und dann weiß ich ganz genau, mein Feuerwehrkollege, der jetzt drei Wochen im Einsatz war, 15 Tage Urlaub abgebucht hat, kann nicht mehr in Urlaub gehen, aber ich liege dort. Und das war so der Grundanstoß, warum ich das da sage, dass ich sage, da muss man darüber nachdenken. Ich glaube, die Form war auch verheerend. Es muss doch möglich sein, wenn heute Wirtschaft, Sozialpartner, Interessensvertreter, die Politik, wenn sich die an einen Tisch zusammensetzen, dann muss doch das möglich sein, dass man genau für die Leute, von denen wir alle sagen, super, danke, aber dass wir da eine Regelung finden, weil ich glaube, das Ehrenamt hat irgendwo auch einmal seine Grenzen. Es kann doch nicht sein, dass sich der 15 Tage Urlaub nehmen muss für uns, für unsere Interessen. (Beifall)

Und ich glaube von diesem Ehrenamt profitieren wir alle. Alle profitieren davon. Und ich habe das so gemacht, dass ich gesagt habe, ich weiß jetzt, damals ist mir das auch angekreidet worden von meiner eigenen Interessensvertretung, dass sie gesagt haben, das kannst du doch nicht machen, du verstößt gegen das Gesetz. Das war mir damals ziemlich wurscht.

Wir haben damals „voestler helfen voestlern“ gehabt und ich habe aufgerufen, freiwillig, wer nicht mithelfen kann, der soll einen Tag Urlaub freiwillig spenden. Und denen, die eben keinen Urlaub haben, dass die auch praktisch oder die den Urlaub hergeben, dass man dies in irgendeiner Form verquicken kann, dass man das dann einbringen kann, dass die das mehr oder weniger kriegen. Und ich weiß damals, wie wir das gemacht haben, wo die voest, ich habe das leider nur für die voest-Mitarbeiter machen können, wie wir abgesoffen sind, es sind in Summe, in Summe ist das dann in Geld umgewandelt worden, die Bereitschaft ist wirklich groß, weil da sind 1,8 Millionen Euro damals zusammengekommen. Und ich habe auch einmal umgefragt, hätten wir da ein Problem, wenn wir einen Tag Urlaub auf freiwilliger Basis, ich weiß es gibt ein paar, die haben wirklich keinen Tag mehr, aber wenn wir das machen würden? Und da ist die Zustimmung sehr groß. Ich weiß, das widerspricht dem Urlaubsgesetz, darum sage ich ja, es wäre so wichtig, dass man sich da zusammensetzt, Wirtschaft, Unternehmen, Politik, Interessensvertreter. Ich glaube, dass wir da was zusammenbrächten im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen. Mir ist das einfach wichtig gewesen, das euch ebenfalls mitzuteilen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Als nächstem Redner darf ich Herrn Landesrat Max Hiegelsberger das Wort erteilen.

Landesrat **Hiegelsberger:** Geschätzte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist glaube ich der Zeitpunkt ganz passend, dass wir nach den Worten von Kollegen Schaller da etwas dazu äußern. Und zwar die Situation ist Gott sei Dank nicht so, wie sie jetzt da heraußen geschildert wurde.

Seit dem Jahr 2007 haben wir die Regelung in Oberösterreich, dass wir ab dem vierten Tag 50 Prozent der Entgeltfortzahlung für die Unternehmen dort übernehmen, wo diese Beschäftigten auch bei der AUVA pflichtversichert sind. Das ist eine Grundregel und seit 2007, geschätzter Kollege, war das noch niemals schlagend, ist noch nie schlagend geworden. Also wir haben diese Situation Gott sei Dank nicht, denn wir haben da eine sehr gute Regelung im Katastrophengesetz bei uns oder in der Abwicklung, dass in der Ersthilfe die Feuerwehren, und denen gebührt wirklich der ganz große Dank auch bei dieser Hochwasserkatastrophe wiederum, dass sie dort den Ersteinsatz sehr professionell übernehmen. Dann wenn sich das Hochwasser zurückzieht, dann das Bundesheer in Erscheinung tritt und für länger dauernde Einsätze dort das Bundesheer zur Verfügung steht. Ich denke, das ist eine sehr gute Form der Abwicklung, die hat sich bewährt.

Und wir hatten im Jahr 2002 keine Notwendigkeiten, ab 2007 eine gesetzliche Regelung und im Jahr 2013 auch keine Notwendigkeit. Also wir sehen, dass die derzeitigen Regelungen sehr gut funktionieren und ich denke, dabei können wir es deswegen belassen, weil es ja diese Woche ein Gespräch unter den Bundesländern im Innenministerium gegeben hat und es gibt kein einziges Bundesland in Österreich, dass eine vergleichbare Regelung wie Oberösterreich hat. Also auch hier sehen wir, dass wir uns sehr wohl um jene, die in den Einsatz gehen, Gedanken machen und das auch sehr gut umsetzen können, wenn es dort zu finanziellen Belastungen kommt.

Und ein weiterer wichtiger Faktor, das wurde von dir hier auch angesprochen. Ab einer gewissen Zeit im Einsatz können auch die Firmen nicht mehr auf ihre Mitarbeiter verzichten. Also wir haben auch die Situation, das wurde von dir auch hier angesprochen, das heißt, das stellt sich etwas einfacher dar, der Mitarbeiter, der einen Arbeitsplatz hat, der ist nur deswegen nicht dort, weil er dann immer Zeit hat für andere Dinge, sondern er ist deswegen dort, weil er dort wertvolle Arbeit verrichtet und da können irgendwann die Unternehmen nicht

mehr auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzichten. Das ist der zweite wesentliche Grund.

Ja ich habe letzte Woche auch ein sehr gutes Zitat gelesen, vielleicht einige andere auch, was steckt letztendlich dahinter im gesamten Katastrophenschutz? Dass wir Unbeherrschbares vermeiden und dass wir Unvermeidbares beherrschen sollen! Und da steckt eigentlich das Wesentliche drinnen. Wir können es nicht garantieren und wir können es schon gar nicht versprechen. Es ist unmöglich, das hat uns die Situation in der letzten Woche wieder gezeigt. Ich war dann am Sonntag mit einem Geologen im Bereich des Steyrtales unterwegs und dieser Landesgeologe hat zu mir gesagt: „Eigentlich stellt diese Hochwasserkatastrophe alles auf den Kopf, was wir bisher an Berechnungen herangezogen haben, wo wir mit dem Wasser rechnen konnten“. Wir haben dort im Steyrtal in Vorderstoder und so weiter, zirka 35 kleinere Vermurungen und wir haben dort die Situation, dass wir Wasseraustritte an Stellen hatten, wo überhaupt noch nie Wasser aufgetreten ist. Also wir haben einfach eine Situation wo, die Natur uns vorzeigt, dass wir uns immer nach der Natur zu richten haben und das umgekehrt nie funktionieren wird.

Und es hat deswegen zu 100 Prozent funktioniert, weil es keinen einzigen Personenschaden gegeben hat. Und wissen Sie, wir können jetzt Vieles hinterfragen, auch im Landesparlament herinnen, nur da hat sich schon gezeigt, dass dieser Katastrophenschutz in seiner Gesamtheit wirklich perfekt funktioniert. Und wenn ich sage in der Gesamtheit, dann meine ich hier die behördliche Einsatzleitung, sowohl beim Land als auch auf den Bezirkshauptmannschaften, gekoppelt mit der technischen Einsatzleitung, wiederum beim Landesfeuerwehrkommando angesiedelt und bei den Bezirkskommanden in Oberösterreich. Das heißt, diese Abstimmung und diese Koordinierung hat auf einem Niveau funktioniert, wo uns viele beneiden.

Und das kann ich auch sagen weil ich ja letzte Woche am Ende unserer Hochwasserkatastrophe, auch Elsass, eine Partnerregion von uns, anwesend war und die sich ganz heiß für unsere Vorgangsweise bei diesen Maßnahmen dort interessiert haben und völlig begeistert waren, wie wir die Stäbe zusammensetzen, wer aller vor Ort ist, wer Entscheidungen trifft und auch hier hat sich bewährt, wie vielfach heute schon erwähnt wurde, eindeutig auch, dass wir von unten weg arbeiten. Alles was die Ortsebene nicht entscheiden kann, geht auf den Bezirk und alles was der Bezirk nicht entscheiden kann, geht aufs Land. Und trotzdem ist die Gesamtkoordinierung beim Landesstab. Das heißt, wir brauchen natürlich die örtlichen Wissenden, die besser dort beobachten und letztendlich auch in der Entscheidungsfindung genauer sind als wir am Land, was denn gerade notwendig ist an zusätzlichen Einsatzleistungen, vor allem dann, wenn das Bundesheer in Erscheinung treten sollte.

Und auch hier haben wir eine leicht unsägliche Diskussion hinter uns. Wurde denn das Bundesheer zu spät einberufen, warum wurden sie nicht angefordert? Das Bundesheer ist nicht eingerichtet und auch nicht ausgestattet für den Hochwassereinsatz, solange das Wasser vorhanden ist. Es ist richtig, dass wir in Ebensee bereits am Sonntag schweres Bergegerät hatten aufgrund der Wassertiefe und selbstverständlich dort, wo es um Personenrettungen geht, waren die Fluggeräte im Einsatz. Aber das Bundesheer kann dann seine Stärke richtig zeigen, wenn sich das Wasser zurückzieht. Und da waren bereits ab Montag 700 Mann verfügbar, ab Dienstag bereits in Schärding und in anderen Gebieten in Oberösterreich unterwegs. Also es hat sich auch hier gezeigt, dass wir sehr koordiniert, sehr bald informierend an alle Einsatzstäbe diese Informationen hinausgegeben haben und damit sichergestellt war, dass selbstverständlich auch das Bundesheer in der gesamten Schlagkraft dort, wo es benötigt wird, auch in den Einsatz gehen konnte.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist hier die Zusammenarbeit der Organisationen. In den Stäben sind auch bei uns am Land sowohl natürlich die behördliche Einsatzleitung im Rahmen der IKD, weiters das Bundesheer mit einem Verbindungsoffizier, der Feuerwehrverband mit einem Verbindungsoffizier, das Rote Kreuz und die Polizei. Und das sichert die kompetente Schlagkraft auch im Katastrophenfall. Und wir wissen, dass genau diese Abstimmung einen Großteil dieser positiven Abarbeitung auch der Katastrophe 2013 letztendlich auch bewirkt hat. Und hier darf ich mich wirklich beim Landesfeuerwehrverband und bei den freiwilligen Feuerwehren sehr herzlich bedanken. 32.600 Mann waren zirka von der Feuerwehr im Einsatz, 3.500 vom Roten Kreuz und vom Arbeitersamariterbund, zirka 1.200 Mitglieder des Bundesheeres, die Polizei und dann sehr, sehr viele, das wurde heute schon erwähnt, aus Team Österreich oder dem ULF.

Das heißt wir haben hier eine sehr starke Bündelung auch der notwendigen Einsätze, die dadurch möglich ist, weil die örtlichen Gegebenheiten gekannt werden. Und daher spreche ich mich wie immer, es wurde nur anders interpretiert, für dezentrale Strukturen auch im Feuerwehrwesen aus. Und wenn man sich die Rutschungen in Großraming, im Pechgraben ansieht, dann war es dort die Voraussetzung, dass wir Menschen haben, die die Strukturen, die die örtlichen Gegebenheiten kennen. Dort wurde um 21.30 Uhr eine Leitung gelegt zum Wegpumpen des überschüssigen Wassers. Der Feuerwehrkommandant hat mit dort bestätigt, dass von den 60 Mitgliedern man wahrscheinlich 15 Mitglieder um diese Zeit noch in das Gelände schicken kann, weil sonst niemand mehr die örtlichen Gegebenheiten so genau weiß und auch nicht zuordnen kann. Das heißt, die dörflichen Strukturen und die regionalen Strukturen, auch in unserem Sicherheitssystem, bewirken eine rasche, kompetente und vor allem professionelle Hilfe auf höchstem Niveau.

So ist es wichtig und das ist dann der weitere Schritt, dass wir nach der Abarbeitung der Katastropheneinsätze natürlich auch in die Reparatur gehen. Und wir wissen, dass wir keine Unwetter und Katastrophen verhindern können, wir können nur versuchen das bestmögliche daraus für die Menschen zu machen. Dazu ist der Katastrophenfonds eingerichtet, der zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von Landesmitteln gespeist wird. Und auch hier geht die Abarbeitung sehr, sehr zügig. Wir werden bis heute zirka 100 Anträge herinnen haben. Im Jahr 2002 haben wir insgesamt 24.000 Anträge bearbeitet. Wir rechnen diesmal mit zwischen 10.000 und 15.000 Anträgen die zu bearbeiten sein werden. Die durchschnittliche Auszahlungssumme war zwischen 10.000 und 15.000 Euro pro Schadensfall und die Dauer, und das ist ein wichtiger Punkt glaube ich für alle Betroffenen, die Auszahlung war durchschnittlich im Jahr 2002 19 Tage. Also das heißt wir können hier wirklich sehr unbürokratisch, sehr schnell und vor allem in der Wirksamkeit für die Betroffenen auch sehr effektiv arbeiten.

Somit zeigt sich, dass sowohl in der Katastrophenabarbeitung, dann wenn das Hochwasser eingetreten ist, als auch jetzt in der Reparatur die Systeme in Oberösterreich wirklich hocheffizient, unbürokratisch und im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger funktionieren und daher darf ich allen, die in diesen Bereichen tätig sind, sowohl vom behördlichen Einsatzstab als auch den Einsatzorganisationen, der Polizei und dem Bundesheer, wirklich ein herzliches Danke aussprechen. Wir wissen, dass wir in einer Solidargemeinschaft erst dann wirklich zu Tragen kommen, wenn diese Systeme auch aufeinander abgestimmt funktionieren. Und das hat funktioniert. Daher herzlichen Dank an alle. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Sabine Promberger.

Abg. **Promberger**: Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Ja ich komme aus Ebensee und das war eine der hauptbetroffenen Gemeinden dieser Katastrophe. Und wir waren einige Zeit von der Außenwelt abgeschnitten und wir waren sehr froh, dass das Bundesheer, drei Lastwagenfahrer, gleich zu Beginn der Katastrophe bei uns waren, weil wir hatten dann doch den Rettungstransport nach Bad Ischl sicherzustellen. Und das wäre mit den Lastkraftfahrzeugen die wir am Gemeindeamt haben bzw. die die Feuerwehr hat, einfach nicht möglich gewesen.

Es waren durchaus dramatische Situationen, auch mit Rindbach, mit dem abgeschnittenen Ortsteil, den wir hatten. Und die Kollegin Pühringer hat schon angesprochen mit dem Naturschutz, ich glaube ein Aspekt, der fehlt noch zur Gänze und der trifft den Bereich des Inneren Salzkammergutes aber auch Bereiche des Bezirks Kirchdorf ganz wesentlich, und zwar ist das die Waldbewirtschaftung. Durch die Stürme, die wir gehabt haben, ist der Wald, der bei uns als Schutz- und Bannwald einfach vorhanden ist oder vorhanden sein muss, nicht in der Form vorhanden, wie es sein sollte. Der Borkenkäfer hat das seinige dazu getan und das erste Mal ist uns das im Jahr 2010 bei diesem Hochwasser bzw. bei diesem Regen, der relativ kurz gedauert hat, bewusst geworden, es ist nicht nur das Gestein, auch die Bäume haben sich gelockert und haben die Straßen und die Flüsse verlegt. Und das war auch ein Grund im Rindbach, die Verklauungen, die stattgefunden haben, dadurch ist dann der Rindbach aus seinem Bachbett getreten schlussendlich und hat die Ortschaft Rindbach in einer Art und Weise betroffen, wie wir sie bisher nicht kannten.

Wir haben dann ein paar Tage später wieder das Bundesheer angefordert, sie sind wieder gekommen und wir haben eine Brücke entfernt. Das ist bei uns ein großes Thema, gerade diese Brücken, die einen Steher in der Mitte haben, neigen leider immer zu Verklauungen. Und auch da ist es wichtig, dass wir nicht nur die Schutzmaßnahmen bauen, wo wir immer wieder Unterstützung vom Land und vom Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl kriegen, auch von den anderen Referenten natürlich auch, sondern da ist die Betreuung dieser Schutzeinrichtungen ein weiterer Punkt, der dann nicht immer so hinlief, das muss man ganz ehrlich sagen, wie das gewünscht wird, weil einfach die Ausräumungsarbeiten, sprich der Schotter und das Gehölz, das sich dort ansammelt, durchaus öfter passieren könnten, was leider aus Kostengründen nicht passiert. Und da sind auch die Bundesforste ganz stark bei uns gefordert, die einfach 94 Prozent unseres Gemeindegebietes in Ebensee besitzen, dass sie diese Maßnahmen auch rechtzeitig machen, dann könnte man solche Sachen sicher verhindern.

Ein Thema, das heute auch bereits angesprochen wurde, sind die Öltanks und Ölheizungen. Wir hatten mehrmals das Problem, dass direkt am Traunsee ein Besitzer eine Ölheizung hat, die leider geflutet wurde und wir haben nicht im ganzen Gemeindegebiet eine Trinkwasserleitung durch die Gemeinde, sondern viele Hausbrunnen. Und auch dort haben wir ein Problem gehabt mit Ölheizungen, Öltanks, die einfach ausgelaufen sind, die einfach irgendwann geflutet worden sind und dann Beeinträchtigungen dargestellt haben, aber auch da haben wir Landeshilfe gehabt. Es waren die Feuerwehr, die Rettungsorganisationen, bei denen man sich, glaube ich, global bedanken kann.

Ich möchte das nur noch ergänzen, bei uns war es die Bergrettung, nachdem wir auch Leute evakuieren mussten, nachdem uns ein Teil unserer Straße, die zu diesen Wohnungen und Häusern geführt hat, verlassen hat, herzlichen Dank! Und auch die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, speziell unsere Gemeindemitarbeiter, waren auch Tag und Nacht im Einsatz und haben das Unmögliche möglich gemacht, weil das Bundesheer haben wir gekriegt, nur ohne Gerät und das war dann die Aufgabe unseres Bauhofleiters, der das innerhalb kürzes-

ter Zeit, nämlich am Abend noch organisiert hat, sodass am nächsten Tag in der Früh diese Aufräumungsarbeiten und Wegrissarbeiten tatsächlich stattfinden können haben.

Die Aufgabe ist es natürlich bei den Heizungen zu schauen, dass man die Ölheizungen, die gefährlich sind, die dem Standard nicht mehr entsprechen, möglichst versucht durch Beratung wegzubringen. Was wirklich schön zu sehen war, war die Solidarität unter den ganzen Betroffenen, das ist nicht nur in Ebensee, das ist natürlich in allen anderen Orten genauso gewesen. Menschen, die selber extrem vom Hochwasser betroffen waren und gesehen haben, sie können im Moment nichts tun, sind garantiert beim Nachbarn gestanden und haben dort geholfen und gerettet, was noch gerettet werden konnte. Das Altstoffsammelzentrum war von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet, sodass wir gleich entsorgen haben können. Es ist uns leider noch ein großer Schaden entstanden an der Kläranlage, der Teil der Straße, der weggerissen worden ist, hat leider zwei 110-kV-Leitungen mitgenommen, sodass die Kläranlage bei uns außer Betrieb gesetzt war. Glücklicherweise funktioniert alles wieder, aber das waren noch die Sachen, die dazugekommen sind.

Und dann der Rückstau, das große Thema auch für viele Wohnungen im Rindbach, das mit dem Hochwasser, das wäre sich noch ausgegangen, aber der Rückstau, der dann durch den Traunsee passiert ist, wo es leider ein technisches Gebrechen bei der Schleuse gegeben hat, wo nur zwei aufgegangen sind statt drei und der See dann um 17 Zentimeter pro Stunde gestiegen ist. Und wenn man die Fläche des Traunsees, die ja allgemein bekannt ist, kennt, kann man sich ungefähr vorstellen, welche Wassermassen da tatsächlich die Traun gebracht hat, und der Rückstau, der hat dann leider noch das übrige getan.

Es war auch die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler ganz gewaltig, die haben da mitgeholfen das Traunseeufer zu reinigen, die waren bei Menschen im Einsatz, die überflutete Häuser und Keller ganz einfach gehabt haben. Da muss man wirklich sagen, alle Hochachtung davor, das hat problemlos funktioniert. Sie haben teilweise nicht einmal mehr angerufen, sie sind einfach im Ort dort gewesen, wo die Hilfe gebraucht wurde. Es waren auch viele Firmen, die uns mit Wasser versorgt haben, so es notwendig war, die uns aber teilweise Arbeitsgeräte, Autos, Lastwagen, Bagger kostenlos zur Verfügung gestellt haben. Und da hat man gesehen, es funktioniert der Zusammenhalt und das ist dann auch in der Katastrophe eine ganz schöne Situation natürlich. Und wir hatten das Glück, dass wir nach dem Hochwasser 2002 den Damm verstärkt bekommen haben bzw. ausgebaut und das hat sicher bei uns im Ort größere Schäden verhindert. Deshalb ist es wichtig, dass natürlich alle Gemeinden, die das noch nicht haben, auch in schnellster Zeit zu einem Hochwasserschutz kommen. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Markus Reitsamer.

Abg. Reitsamer: Werte Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Jahrhunderthochwasser hat viele Landesteile von Oberösterreich schwer getroffen. Überflutete Häuser und Munabgänge haben uns wiederum in ganz dramatischer Weise die Auswirkungen des Klimawandels aufgezeigt. So massiv die Schäden in unserem Bundesland auch sind, eines hat sich auch wiederum gezeigt: Überall in Oberösterreich gab es helfende Hände, die angepackt haben. Der schon angesprochene Zusammenhalt in der Bevölkerung, die Einsatzleistung der Kameraden der Feuerwehr und des Bundesheeres und der anderen Rettungsorganisationen und die große Hilfsbereitschaft unzähliger Freiwilliger waren vorbildlich. Dafür ein wirklich besonderes Dankeschön allen Männern und Frauen, die hier mitgeholfen haben und

die mit ihrem Mut und mit ihrem Einsatz noch Schlimmeres verhindert haben. Danke, dass sie in ihrer Freizeit für uns da sind, und Sicherheit und Hilfe für die Bevölkerung bringen.

Die Situation war und ist eine große Belastungsprobe für die vom Hochwasser betroffene Bevölkerung, für die Einsatzkräfte und für die unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer. Manche sind noch im Einsatz und tun ihr Menschenmögliches, um die Folgen und die Auswirkungen dieses Jahrhundertereignisses zu beseitigen und die Menschen bei ihren Aufräumarbeiten bestmöglich zu unterstützen. Deutlich sichtbar wird die enorme Bedeutung von Hochwasserschutzmaßnahmen. Die großen Anstrengungen auch seitens unseres Umweltlandesrates Rudi Anschober sowie sein unermüdlicher Einsatz für einen Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen haben Gott sei Dank Wirkung gezeigt. Vom Machlanddamm bis hin zu regionalen Rückhaltebecken haben diese die Belastungstests bravourös bestanden. Ohne diese bereits jetzt gesetzten Maßnahmen wäre die Gesamtsituation, und das wurde bereits angesprochen, wirklich viel, viel dramatischer ausgefallen. Es ist daher ein Gebot der Stunde, den Ausbau weiterer Hochwasserschutzmaßnahmen massiv voranzutreiben und das Hochwasserschutzprogramm des Landes Oberösterreich rasch weiterzuführen. Hier darf jetzt nicht gespart werden!

Leider ist die Freiwilligenpolitik oftmals immer erst dann auf der Tagesordnung, wenn es zu Katastrophen kommt. Der Einsatz der vielen unermüdlichen Freiwilligen passierte schnell, solidarisch und rücksichtsvoll. Dies sollte sich die Bundesregierung auch zu Herzen nehmen und ebenso rasch und vor allem gemeinsam, über Parteigrenzen hinweg, für die Absicherung der Freiwilligen agieren. Der unermüdliche Einsatz für andere darf jedenfalls keinen Nachteil für die eigene Existenz haben. Ich denke, da sind wir uns alle einig, dass freiwilliges Engagement niemanden Nachteile bringen darf. Daher braucht freiwillige Hilfe entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sind völlig unterschiedlich geregelt. Unfallversicherung, Kündigungsschutz, erweiterte Urlaubsansprüche und Entgeltfortzahlungen sind solche Themen.

Der so dankeswerte und mit Sicherheit sehr kräftezehrende Einsatz zur gegenseitigen Unterstützung braucht auch Anerkennung und Existenzsicherung. Im Katastrophenhilfsdienst muss die Abgeltung bei längeren Einsätzen oder die Kostenübernahme bei Verdienstentgang und Einkommensverlust bundesweit geregelt werden. Hier ist die Bundesregierung aufgerufen, gemeinsam mit den Hilfsorganisationen, wie Bergrettung oder Feuerwehr, ein Bundesgesetz zu schaffen. Damit all jene engagierten Freiwilligen auch tatsächlich abgesichert werden, einerseits in der so wichtigen Katastrophenhilfe, aber auch im Alltagsleben der vielen Freiwilligen in den Vereinen. Denn auch die Unfall- und Haftpflichtversicherungen sind für alle Freiwilligen in den Vereinen nicht gleich geregelt.

Hier braucht es endlich die verlässliche Absicherung aller freiwilligen Tätigkeiten, etwa im Falle eines Unfalls und bei Haftpflichtfragen. Sollte diese Bundesregierung auch angesichts dieser dramatischen Katastrophe keine ausreichenden gesetzlichen Regelungen mehr zustande bringen, muss wohl eine neue Bundesregierung einen neuen Anlauf machen. Die Grünen werden sich jedenfalls auch auf Bundesebene dafür stark machen, dass diese Absicherung tatsächlich kommen wird. (Zwischenruf Abg. Nerat: „Die Bundesregierung kommen wird?“) Die Absicherung, na, Herr Kollege, gut aufpassen!

Besonders betroffen war auch meine Heimatgemeinde Bad Ischl und das Salzkammergut. Und ich möchte hier vielleicht ein paar persönliche Eindrücke auch wiedergeben. Die Kollegin Promberger hat schon geschildert, Ebensee war stark betroffen. Bad Ischl war Gott sei Dank nur in einzelnen Teilbereichen betroffen. Aber wo das Wasser rein gekommen ist, da hat es

ausgegeben. Ich hatte die Ehre im gemischten Krisenstab der Feuerwehr und der Stadtgemeinde Bad Ischl teilnehmen zu dürfen, als Zuschauer und als Berater, wo sie mich gefragt haben. Und das war wirklich toll zu sehen, wie die Zusammenarbeit hier zwischen behördlicher und technischer Einsatzleitung relativ gut und klaglos funktioniert hat. Klar ist die technische Einsatzleitung vorher da, die Feuerwehr ist immer vorher da, die fahren dann einmal ordentlich diesen Stab hoch. Der Bürgermeister wird dann informiert und dann geht die Geschichte relativ rasch in den Regelbetrieb über. Das freut mich besonders. Weil ich kann mich erinnern, einige Jahre zuvor war da doch auf einigen Seiten noch ein gewisser hinhaltender Widerstand, ob wir das wirklich in dieser Form brauchen. Da haben wir eh die Feuerwehr und die Feuerwehr macht das relativ gut und professionell und die behördliche Einsatzleitung hat sich halt dann dazugesetzt.

Der Bürgermeister war halt dann dabei und hat das irgendwie auch kommuniziert nach außen, aber so die richtige Zusammenarbeit, die hat noch nicht so funktioniert. Mittlerweile geht das gut, sehr gut. Und es freut mich auch, dass gerade in meiner Heimatgemeinde es gelungen ist, dass die Mitglieder des Stabes, auch der Bürgermeister, die guten Katastrophenschutzseminare des Landesfeuerwehrverbandes mittlerweile besuchen und sich hochschulen lassen. Die haben erkannt, wie wichtig es ist in einer Krise ordentlich agieren und nicht nur reagieren zu müssen. Also ein großer Dank auch an meine Heimatgemeinde, die also wirklich, glaube ich, kann ich schon sagen, als kleine Vorbildgemeinde auch fungieren kann, als Mustergemeinde, Vorbild auch für andere Gemeinden. Ich weiß, in anderen Gemeinden funktioniert es auch schon relativ gut, aber da haben wir sicher noch in gewissen Teilbereichen Nachholbedarf.

Was mir noch aufgefallen ist, dass es interessanter Weise trotz dieser Hochwassermassen uneinsichtige Personen gibt, vor allem Kraftfahrer, die meinten, mit meinem Kraftfahrzeug, wenn da ein bisserl ein Wasser ist, da kann ich durchfahren. Das hat dazu geführt, dass wir in Mitterweißenbach, das ist also zwischen Ischl und Ebensee, Leute am Dach vorgefunden haben, auf einer Wiese, da ist er dann auf dem Dach oben gesessen und hat geschrien: „Helft mir! Helft mir! Es geht nichts mehr!“ Das ist eh klar, weil er ist abgesehen. Die sind reingefahren, obwohl Absperrungen da waren, absolute Fahrverbotstafeln, zum Teil auch von der Exekutive. Die Leute sind vorbeigefahren, weil er muss zur Arbeit, weil er fährt da jeden Tag und da fährt er einfach. In Mitterweißenbach war „a Ruh“. Da ist er in der Wiese gesessen am Dach.

Und das hat zum Teil wirklich zu unnötigen Aufwendungen der Feuerwehren geführt, weil diese Idioten, diese Idioten mussten dann zum Teil in dramatischen Rettungseinsätzen geborgen werden. Also das ist wirklich nicht notwendig. Und ich hoffe und ich habe da mit der Exekutive gesprochen, dass diese Uneinsichtigen, Idioten möchte ich zurücknehmen, (Zweite Präsidentin: „Das nehme ich gerne zur Kenntnis!“), dass diese uneinsichtigen Personen auch zur Anzeige gebracht werden, weil das behindert den Rettungseinsatz und führt zu einem Mehraufwand. Die Feuerwehren haben genug zu tun und die brauchen nicht noch Leute von Dächern herunter retten, von Autodächern, wo sie es wissen, dass sie nicht mehr hineinfahren dürfen; das dazu.

Was mir auch gefallen hat und was sich wirklich bewährt hat, waren die Hochwasserpegelmessstände in Bad Ischl. Es ist uns gelungen, gemeinsam mit dem Büro Anschöber für Bad Ischl zwei Pegelmessstände zu bekommen, die schon seit vielen Jahren hier in Betrieb sind. Es war zuerst Probetrieb und ich habe mich dann auch mit anderen Kollegen dafür eingesetzt, dass wir das für Ischl brauchen. Weil wir am Zufluss von zwei Flüssen liegen, Abfluss vom Wolfgangsee ist die Ischl und der Zusammenfluss die Traun. Das ist immer ein bisserl

so eine heikle Geschichte. Dann hat sich diesmal auch gezeigt, da staut es dann rück und überschwemmt dann Teile des Stadtgebietes. Ich möchte das vielleicht herzeigen, man wird es nicht überall sehen. (Abg. Reitsamer zeigt dazu eine Grafik auf dem iPad.) Ich habe mir da eine Grafik mitgenommen und zwar ist das der Pegelmessstand der Ischl, Zusammenfluss zwischen Ischl und Traun.

Was vor allem dramatisch ist und das hat es wirklich in diesem Ausmaß bisher nicht gegeben, ist dieser unwahrscheinlich schnelle Anstieg, diese unwahrscheinliche Spitze. Das riesenhafte Ausmaß dieses Niederschlages hat dazu geführt, dass auch die Feuerwehr überrascht war, obwohl wir hier eine Vorwarngrenze und eine Alarmgrenze haben. Innerhalb kürzester Zeit ist es übergangen und zwar so dramatisch, wie es überhaupt noch nie übergangen ist. Und es hat auch leider in meiner Heimatgemeinde den gerade in Bau befindlichen neuen Bauhof überschwemmt. Also diese dramatische Spitze, diesen Anstieg, der zu immer kürzeren Reaktionszeiten auch bei den Feuerwehren führt, hat es in diesem Ausmaß noch nicht gegeben. Trotzdem sind wir froh, dass wir diese Pegelmessstände haben. Weil es führt dazu, dass die Feuerwehren rechtzeitig alarmiert werden, dass sie dann auch noch reagieren können und rechtzeitig vor Ort sind, wenn die Menschen Hilfe brauchen.

Sicherheit ist den Menschen in Oberösterreich zweifellos ein wichtiges Anliegen. Um eben für alle Arten von Katastrophen, also nicht nur Hochwasser, sondern überhaupt für Krisensituationen, gut gerüstet zu sein, braucht es nicht nur Mut, sondern auch den Willen sich gut darauf vorzubereiten. Wie schon angesprochen, wird diesem vorbeugenden Katastrophenschutz noch nicht überall die aus meiner Sicht notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. Und nach den Katastrophen nimmt das Interesse daran mit der zeitlichen Distanz zu diesem Schadensereignis oftmals rapide ab.

Der Oberösterreichische Zivilschutzverband bietet hier zahlreiche Informationen und Aktionen an. Nun soll die bewusste Eigenvorsorge und die Selbstverantwortung der Bevölkerung in Oberösterreich noch weiter verstärkt werden. So wurde unter der Leitung des Zivilschutzverbandes das Netzwerk für Sicherheit und Zivilschutz ins Leben gerufen. In diesem Netzwerk „Sicheres Oberösterreich“ werden zukünftig alle Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes noch besser aufeinander abgestimmt, um für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung zu sorgen. Und ich bin stolz darauf, dass das gelungen ist, dieser Zusammenschluss, die Kräfte zu bündeln, weil nur gemeinsam kann man hier etwas erreichen.

Auch den Gemeinden und ganz speziell den Bürgermeister*innen mit ihren Krisenstäben kommt nach dem Katastrophenschutzgesetz, und ich habe das schon ein paar Mal gesagt, hier eine ganz zentrale Entscheidungsverantwortung im Krisenmanagement zu. Der Zivilschutzverband ist gerade dabei, die Gemeinden bei der Vorbereitung auf diese Krisenbewältigung top aufzustellen. Wir wollen Oberösterreich fit für das Krisenmanagement machen, wir wollen Oberösterreich als Musterbundesland aufstellen in Österreich, was den Katastrophenschutz betrifft. Und dazu wird ihnen ein maßgeschneiderter und praxiserprobter Katastrophenschutzkoffer in die Hand gegeben werden. Da sind wir jetzt gerade bei den Vorbereitungen.

Dieses Unwetter, dieses Katastrophenunwetter und die Unwetter der vergangenen Jahre haben eindrücklich nochmals gezeigt: Die Auswirkungen des Klimawandels machen vor keiner einzigen Haustüre halt! Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir in Zukunft immer wieder Umweltkatastrophen in immer kürzeren Abständen erleben werden. Und darauf sollten wir uns nach Möglichkeit bestens vorbereiten. Vielen Dank! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Bevor ich in der Rednerliste fortsetze, darf ich die Damen und Herren, Pensionistinnen und Pensionisten der Chemie Linz bei uns ganz herzlich willkommen heißen. Wir wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt und hoffentlich eine angenehme Diskussion, die Sie mitverfolgen können. Ich darf als nächstem Redner Herrn Kollegen Alexander Nerat das Wort erteilen.

Abg. **Nerat:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ja, es scheint wirklich so ein Brauch zu werden, auf ein Jahrhunderthochwasser folgen vor allem die Jahrhundertreden und in diesen Reden war heute auch schon oft und ausgiebig von den Leistungen der Feuerwehr auch die Rede. Ich möchte es nur noch ein bisschen genauer ausführen, denn ich denke, jeder von uns kennt natürlich die Feuerwehr, nicht alle sind Mitglieder einer Feuerwehr, wenige sind aktiv bei der Feuerwehr, aber doch möchte ich anhand meiner kleinen Landfeuerwehr, der ich angehöre, einmal darstellen, wie denn so ein Hochwasser-einsatz eigentlich aussieht für uns.

Es stimmt, und die Kollegin Jahn hat das in Ihrer Wortmeldung erklärt, Sie war begeistert, wie zum Beispiel die Kameraden aus Langenstein vorbereitet waren auf das aus Ihrer Sicht unabwendbare Ereignis. So sind es natürlich die Feuerwehren im Rahmen ihrer Katastrophenpläne im Regelfall immer, sehr gut vorbereitet, man weiß ja, was auf einen zukommt, glaubt man zu wissen, eine gewisse Unschärfe gibt es. Für uns begann der Einsatz am Samstag in der Früh mit den ersten Besprechungen für den Aufbau des mobilen Hochwasserdammes im Bereich Mauthausen, da sind die ersten zwei Stufen aufgebaut worden, da waren wir um ungefähr 22:00 Uhr fertig. Der erste Arbeitstag war einmal von 9:00 Uhr morgens bis 22:00 Uhr abends. Das ging ja noch so in etwa. Am Sonntag wurde es dann schon ein bisschen kritischer, man hat um 7.00 Uhr begonnen wiederum mit der Einrichtung, dann füllen von Sandsäcken und die Einsatzzentrale herrichten und so weiter und so fort. Inzwischen hat das Wetter zum typischen Hochwasseraufbauwetter gewechselt, weil am Samstag hat noch die Sonne gescheint und am Sonntag brauchten wir uns über eventuelle Überhitzungserscheinungen bei der Mannschaft keine Sorgen mehr zu machen. Weil es war für eine wirklich umfassende Wasserkühlung von oben und von unten ausreichend gesorgt worden vom Petrus. Da haben wir dann gewerkt bis um 3.00 Uhr morgens, da haben wir dann nämlich schon die ersten Geschichten gehabt mit den Aistthemen die bereits angesprochen wurden, wo man unter anderem auch eine 24-Stunden-Dammwache eingerichtet hat.

Die Dammwache wurde auch nach dem Besuch des Geologen, nachdem man festgestellt hat, die Dämme sehen nicht mehr recht gut aus, aus Gewichtsgründen dann per Fahrrad und Fußstreife vorgenommen. Ein einziger auch so ein Schaulustiger hat sich mit einem Traktor auf den gesperrten Damm verirrt. Ich möchte nicht sagen, welcher Gemeinderatsfraktion die betreffende Person in Mauthausen angehört. Er hat gesagt, er hat es nicht gelesen.

Montag dann wieder um 7.00 Uhr ging es weiter bis 1.30 Uhr, da haben wir dann schon diverse Pumparbeiten ausgeführt, wiederum lief die Dammwache. Dienstag war dann von 3.00 Uhr morgens bis 23.00 Uhr, das war dann der Tag, wo wir die ersten beinahe Dammbüche zu beklagen hatten und das natürlich sehr schwierig war, unter anderem hat man die Böschungen mit Materialien noch zusätzlich absichern müssen, pro Bruchstelle zwischen zwei bis 500 Tonnen, die hat man aber erst einmal abholzen müssen, also wir durften uns zuerst als Holzfäller betätigen und dann haben wir das ganze geschützt. Mittwoch ging es dann noch einmal von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr, schon fast ein Kurzeittag, da ist dann noch einmal ein Pumpwerk ausgefallen, da haben wir dann noch einmal schnell eine Pumpe mit 12.000 Litern pro Minute angesetzt. Und am Donnerstag war es dann von 08.00 bis 18.00

Uhr, da fanden sich noch ein paar Kameraden, die in Langenstein ausgeholfen haben. Damit war der Einsatz beendet, alles wunderbar.

Wer könnte davon ausgehen, dass bei solchen Einsätzen, bei solchen Einsatzdauern nicht noch Schäden am Gerät entstehen? Schäden am Gerät heißt, man braucht Neubeschaffungen, Neubeschaffungen heißen, man braucht Geld, Geld brauchen heißt, den meisten Bürgermeistern kannst du bei einem leeren Sack nicht recht rumwühlen, also muss die Feuerwehr das doch zu einem guten Teil oft aus eigener Tasche bezahlen und da beginnt ein für mich absolut unverständlicher Vorgang. Nämlich, dass es nicht möglich ist, und da denke ich mir wirklich, in Wien gehen die Uhren anders und da muss ich genau die Bundesregierung kritisieren, dass es nicht möglich ist, sich endlich dazu durchzuringen, dass die Feuerwehren von der Mehrwertsteuer befreit werden, weil das ist eigentlich der größte Witz, dass ein jeder, der einen Gewerbeschein hat, beinahe jeder bitte, die Umsatzsteuerbefreiten ausgenommen, kann sich die Vorsteuer wiederholen. Die Feuerwehren müssen genau so wie die Gemeinden die Steuern zahlen. Nur als Feuerwehr habe ich nicht die Möglichkeit, irgendwelche Konstruktionen zu entwickeln, wie sie lange Jahre ja auch vom Land Oberösterreich sehr gefördert worden sind, diese Infrastrukturvereine, die dann irgendwie trotzdem nicht mehr so ganz Klasse waren.

Also warum kann man da nicht einfach mal klaren Tisch machen und sagen, es ist ja widersinnig eine Vereinigung, ein Ehrenamt das natürlich sich auch zum guten Teil aus Steuergeldern finanziert, aus Spendengeldern finanziert, dann von der Mehrwertsteuer einmal auszunehmen? Das ist ja beinahe seltsam, wenn man sagt, da kommt das Geld von Wien, da wird recht groß darüber geredet, jetzt gibt es ein paar Millionen Euro mehr oder viele Millionen Euro mehr, ich will das nicht abwerten, keinesfalls und dann holt sich die Frau Finanzminister zwanzig Prozent schnurstracks über den Umweg der Mehrwertsteuer wieder zurück. Das erscheint mir nicht sonderlich logisch. Es ist ein seltsamer Kreistransfer, das könnte man sich wirklich ersparen. Es wäre meine Bitte natürlich vor allem an die Vertreter der SPÖ und der ÖVP hier auch auf Ihre Regierungsmitglieder entsprechend Einfluss zu nehmen und zu sagen, macht da was, das ist sinnlos, das ist nicht nur sinnlos, das ist widersinnig, das wäre ein guter Schritt in eine richtige Richtung.

Und ein zweites Thema, was jetzt beim Hochwasser immer wieder gefallen ist, ist der „Klimawandel“, wir bestreiten keinesfalls als Freiheitliche, dass es einen Klimawandel gibt. Wir geben nur zu bedenken, es hat immer wieder Klimawandel gegeben und wie ich eingangs bei einer Wortmeldung erklärt habe, wie oft dass es im letzten Jahrhundert Hochwässer gegeben hat, zeigt das sehr deutlich, dass man wohl dieses furchtbare Ereignis nicht dem Klimawandel in die Schuhe schieben kann. Ich glaube eher, dass es ein Problem ist, ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie es geheißen hat damals, bei der Eröffnung des Kraftwerks Abwinden/Asten. Da hat es geheißen, da gibt es unterseits überhaupt kein Hochwasser mehr, weil jetzt ist diese Kraftwerkskette geschlossen. Das Kraftwerk wurde 1979 eröffnet, 1981 hatten wir im Haus neben der Donau wieder das Wasser drinnen gehabt. Also das hat nicht ganz so funktioniert. Und ich kann aus den Zahlen nicht herauslesen, dass die Kraftwerke dafür gesorgt hätten, dass es weniger Hochwässer gibt, das keinesfalls. Ich kann aber auch aus den Zahlen nicht herauslesen, dass es zu einer Häufung der Hochwässer kommt durch den aktuellen Klimawandel. Wo ich übrigens noch darauf hinweisen möchte, so ganz unumstritten ist es auch nicht, ein Statistiker namens Björn Lomborg hat nämlich berechnet, dass mit den derzeitigen Maßnahmen man den Klimawandel, den globalen Temperaturanstieg, diese berühmten drei Grad bis ins Jahr 2100 in den nächsten 87 Jahren um 16 Tage verzögern kann.

Das ist natürlich schon unglaublich, in den nächsten 87 Jahren können wir den Klimawandel, diesen Temperaturanstieg um ganze 3 Grad Celsius sozusagen verzögern. Jetzt könnte man sagen, das ist nicht schlecht, dann haben wir ungefähr die Jahresdurchschnittstemperatur von Bozen, ich könnte damit leben. Aber wie auch immer, es zeigt sehr deutlich, da werden Milliarden von Mitteln eingesetzt, da geht man so weit, dass jeder, der den Klimawandel oder die geltende Theorie des Klimawandels in den Zweifel zieht, ja sich schon auf einer schwarzen Liste findet. In Deutschland jetzt passiert, Umweltbundesamt in Dessau hat eine Liste herausgegeben, wo schön aufgeschrieben sind, Journalisten, Wissenschaftler, Politiker, alle diejenigen, die sich selbst als nicht Mitheuler dieser Klimawandelhysterie bezeichnen, die hat man auf eine schwarze Liste geschrieben. Eigentlich müsste man sagen, für einen kritischen Journalisten sicher eine Ehre da drauf zu stehen. Aber es hat natürlich enorme Auswirkungen, das ist ja schon fast ein jakobinischer Gesinnungsterror, was da abläuft.

Ich denke, es gibt immer wieder Schwankungen im Klima und dass sich momentan etwas ändert, das ist richtig, das ist überhaupt kein Thema. Ich bin aber dagegen, jetzt den Klimawandel als Hauptschuldigen für die jetzige Hochwasserkatastrophe schon wieder hinzustellen. Wir müssen uns viel mehr überlegen, ob die Art und Weise der Verbauung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat und die auch immer noch stattfindet und damit meine ich nicht nur die Flussverbauung, damit meine ich ja auch diese ständige Zunahme von Oberflächenversiegelung, ob diese Verbauung überhaupt nicht die ganze Ursache ist für diese Katastrophen oder dieses schnelle Kommen. Es hat zwar jetzt immer geheißen die Donauhochwässer werden immer spitzer, sie werden immer schneller, kurze, schnelle Wellen.

Dieses Jahr war es eigentlich ein langsamer, breiter Rücken. So ganz hält sich die Natur scheinbar nicht an irgendwelche Prognosen oder Berechnungen. Aber was ich glaube, was wir beitragen können, ist wirklich darauf zu achten bei den Neubebauungen, es ist ein Problem, das schon oft angesprochen wurde, es wird immer noch in roten Zonen gebaut, zwar unter Auflagen, aber es ist zum Beispiel nicht möglich und es ist meines Wissens nach auch vom Gesetz her nicht möglich, dass ich sage, ich habe ein Grundstück in der roten Zone, das verfügt über die entsprechende Widmung, ich möchte dorthin bauen, kann aber nicht darauf verzichten, dass ich Ansprüche aus dem Katastrophenfonds geltend mache.

Ich würde das sogar umdrehen, wer dort bauen will muss unterschreiben, dass er im Falle einer Katastrophe keinen Anspruch erhebt. Das wäre fair, das würde auch dem entsprechen, ich sage, es soll ein jeder selber wissen, was er tut. Ich bin an der Donau aufgewachsen bis zum Jahr 2002, das war bei uns das letzte große Hochwasser, wo wir es im Haus gehabt haben. Ich habe in meinem Leben sechs Hochwässer, an die ich mich definitiv erinnern kann, also wo es wirklich teilweise bei den Fenster raus- und reingekommen ist. Wenn man damit aufwächst, ist man es gewohnt, aber ich habe erlebt, dass es in Ortsteilen oder überhaupt in Gebieten, wo solche Hochwässer unbekannt waren, die Menschen wirklich traumatisiert waren. Das ist unvorstellbar, da erlebt man Geschichten, wo die Leute wirklich, wo man sagt solche Bären, denen man es nie zugetraut hätte und die sind am Ende ihrer Kraft, ihrer physischen und auch psychischen Kraft und das ist das Erschütternde.

Und ich glaube, in diese Richtung muss es einfach laufen, da müssen wir auch noch mehr aufklären, wir müssen auch noch mehr darauf achten, auch im Sinne der Bauordnung, wir müssen aber auch noch mehr darauf achten, eine wirklich langfristige Flächenplanung da hinzubringen. Flickwerk, da ein paar Meter Damm mag schön sein und ich weiß der Reiz ist immer groß, jedem das zu versprechen, was er gerne hört, nämlich selbstverständlich machen wir bei dir was, aber Flickwerk ist sicherlich keine Lösung, die auf Dauer zu einer Ver-

besserung führt. Ich ersuche Sie einfach das immer im Hinterkopf zu behalten. Dieses Thema ist zu wichtig und zu heikel, um hier politisches Kleingeld zu schlagen.

Schauen wir, dass wir wirklich eine übergreifende Lösung zusammenbringen, das wird ein Weilchen dauern. Aber ich glaube auch, als Politiker hat man die Aufgabe den Menschen auch reinen Wein einzuschenken und das auch zu sagen. Es geht nicht von heute auf morgen, weil wir das Beste für euch machen wollen. Das wäre mein Anliegen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Barbara Tausch.

Abg. Tausch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer, liebe Kollegen vom Oberösterreichischen Landtag! Das Wasser ist zum einen Freude und zum anderen Leid und dieses große Leid, das haben wir jetzt sehr, sehr schwer erleben dürfen, können, müssen. Und im Bezirk Schärding hat es uns sehr, sehr schwer getroffen, zum Einen durch die großen Zubringerflüsse, durch die Salzach vom Innviertel kommend, dann durch den Inn, der sehr viel Wasser geführt hat und dann hinein in die Donau geflossen ist. Wir sind sozusagen genau an diesem Nadelöhr und da hat es die Stadt Schärding sehr, sehr schwer getroffen. Die haben nämlich wirklich ein sehr großes Jahrhunderthochwasser gehabt im Vergleich zum Hochwasser von 2002, da war der Pegelstand 8,70 Meter. Das ist jetzt weit übertroffen worden, es wurden nämlich 10,60 Meter erreicht mit diesem Hochwasser.

Schärding ist auch die erste Stadt in Oberösterreich gewesen, die heuer im Jahr 2013 von diesem schweren Hochwasser heimgesucht worden ist und auch schwer verwüstet worden ist. Insgesamt waren es sechs Gemeinden im Bezirk Schärding. Nämlich die Gemeinde St. Florian, Schärding am Inn und an der Donau gelegen, die Gemeinde Freinberg, von wo ich herkomme, Esternberg, Engelhartzell und Waldkirchen. Diese Gemeinden hat es sehr, sehr schwer getroffen. Es wurden insgesamt 500 Häuser überflutet, 350 davon waren Wohnräume und auch viele Personen mussten evakuiert werden, 230 Personen waren es im Bezirk Schärding, davon alleine 190 in der Stadt Schärding. Ich selbst habe das miterleben dürfen in Freinberg. Es waren nicht, unter Anführungszeichen, viele, aber die einzelnen Schicksalsschläge, die man vor Ort erleben durfte, haben einen schwer getroffen. Also ich habe mit dem schwer zu kämpfen gehabt, dieses Leid zu sehen und wie kann man dort helfen?

Das Wasser zum Einen und nach dem Wasser der Schlamm, der Dreck und was dann überbleibt. Natürlich kommt dann die Situation dazu, die große Katastrophe auch, dass dann das Heizöl austritt und dann ist es auch zugleich eine Belastung der Umwelt. Man muss schon dazusagen, dieses große Leid hat auch gezeigt, dass wir wieder näherrücken in Oberösterreich, dass wir zusammenrücken und dass wir uns gegenseitig helfen. Und mit dieser großen Hilfsbereitschaft, die bei allen Institutionen gesehen worden sind, beim Roten Kreuz, bei der Feuerwehr, beim Bundesheer, die sofort zur Stelle waren, hat in Schärding gezeigt, wie wichtig es ist zusammenzuarbeiten und gegenseitig Hilfe zu leisten, dafür gebührt großer Dank, es ist nicht mit Worten auszudrücken. Mich hat eine Bürgerin gefragt, wie sie helfen kann, die ist schwer betroffen gewesen, die hat im zweiten Stock sogar das Wasser gehabt, dann hat sie gefragt: „Soll ich was zahlen?“, dann habe ich gesagt: „Nein, mit zahlen geht das nicht, nur mit dem Dank.“ Mit dem Dank alleine kann man sicher sehr viel bewirken.

Diese Betroffenen sind ja nicht nur jetzt betroffen mit dem Wasser, mit dem Schlamm. Sie müssen teilweise zwischen sechs und acht Wochen warten, dass sie wieder in ihre Wohnhäuser zurückkönnen und diese Leute brauchen jetzt auch Zeit und Zeit ist eigentlich was sehr, sehr schlimmes. Eine Bürgerin hat zu mir gesagt: „Ich möchte nur in meinem Haus schlafen, ich möchte wirklich einen Raum herrichten und drinnen schlafen.“ Das ist aber

nicht möglich, sechs bis acht Wochen warten ist wirklich eine lange Zeit und da ist es auf jeden Fall wichtig, dass der Hochwasser- und der Katastrophenschutz wirklich derartig gut durchorganisiert ist und dass erste Hilfe geleistet wird seitens der Hilfseinrichtungen, wie Caritas, bei der Gemeinde, bei den Behörden, dass sie eine Anlaufstelle haben, dass sie wissen, hier kann ich Beihilfen beantragen, hier bekomme ich die Hilfe, was seitens des Landes Oberösterreich mit dem Katastrophenschutz eingerichtet worden ist. Wo dann Hilfe auch geleistet wird. Mit diesen Maßnahmen kann man den Betroffenen einen ersten Schritt entgegenkommen, dann wird einmal ein Stück diesen Personen geholfen.

Ich möchte auf jeden Fall jetzt die Frage so stellen, was lernen wir jetzt aus dieser Hochwasserkatastrophe 2002 und jetzt aus 2013? Zum Einen lernen wir daraus, als Jahrhunderthochwasser kann man es nicht mehr bezeichnen, wir müssen versuchen mit der Natur zu leben und mit dem Hochwasser zu leben.

Es ist schon gesagt worden, die im Hochwassergebiet wohnen, die leben schon damit, die leisten derartige Vorsorgemaßnahmen, die schauen ständig. In der heutigen Zeit ist es möglich, auf Knopfdruck die Hochwasserstände zu eruieren, einfach wirklich bewusst Vorsorge zu leisten und sich bewusst zu informieren. Und da ist bestimmt eine gewisse Forderung an alle Bürger da, es wird nicht von allen so vorbildlich gehandelt, sie müssen sich ständig informieren und wenn eine Hochwassersituation eintritt, wenn die Gefahr droht, dann muss eine derartige Hilfeleistung durchgeführt werden. Natürlich ist es nicht immer möglich, gewisse Leute wurden überrascht, es ist verständlich und wir müssen versuchen, jetzt und künftig mit dieser Situation zu leben, im Baubereich, in den baulichen Maßnahmen derartige Maßnahmen zu setzen und den Wiederaufbau für unsere Heimat zu schaffen.

Eine gewisse Unterstützung seitens der Stadt Schärding, die sind an mich herangetreten, heißt auch, wir können diese Städte, die betroffenen Ländereien auch so unterstützen, dass wir den Tourismus wieder beleben. Große Auswirkungen haben nämlich Tourismusstädte wie Schärding, die sind von diesem Hochwasser sehr, sehr schwer betroffen. Sie haben gesagt: „Ihr könnt uns dadurch helfen, dass ihr wieder zu uns kommt, besucht unsere Stadt.“ Beim Aufbau jetzt sind die ersten Arbeiten geleistet, aber besucht jetzt diese Stadt. Nutzt diese Infrastruktur, geht in die Hochwassergeschäfte, kauft dort ein. Das ist ganz, ganz wichtig. Nicht Scheu davor haben, weil die jetzt eh so schwer belastet sind. Nein, dorthin gehen und einkaufen, das ist auch eine gewisse Hilfeleistung, was wir nicht vergessen dürfen.

Ein Ersuchen ist auch noch an mich herangetreten worden, es sind nämlich Pegelprognosen gefordert worden für das Donautal. Es gibt gewisse Pegelstände, die bekannt sind, aber dass man einfach gewisse Pegelprognosen auf Knopfdruck erörtern und eruieren kann ist auch etwas ganz, ganz Wichtiges. Ich appelliere an den Oberösterreichischen Landtag, dass wir alles Mögliche versuchen werden, um mit diesem Hochwasser zu leben. Wir sind in dieser Region sehr stark besiedelt, aber versuchen wir Maßnahmen zu setzen, sodass wir den Betroffenen helfen können und dass wir Künftiges vermeiden. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Erich Pilsner.

Abg. **Pilsner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich einmal auch bei allen Helferinnen und Helfern, bei allen Hilfsorganisationen, Arbeiter- und Samariterbund, Rotes Kreuz, Polizei, Rettungsdienste, alle, die mitgeholfen haben, mich bedanken für ihr großartiges Engagement. Bedanken möchte ich mich aber vor allem bei den vielen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden für ihren tollen Einsatz.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wieder einmal haben jetzt unsere Feuerwehren gezeigt, wie schlagkräftig und kompetent sie sind. Und wenn Sie sich noch erinnern können, am 13. Dezember 2012 hat sich der Kontrollausschuss sehr eingehend mit dem Rechnungshofbericht des Feuerwehrwesens beschäftigt. Und zum Bericht des Rechnungshofes, über das Feuerwehrwesen, war es mir aber ganz wichtig zu betonen, dem Rechnungshof steht es zu, die betriebswirtschaftliche Dimension einer Angelegenheit zu beurteilen und darin ist er bestens befähigt und dort hat er sich auch bereits viele Verdienste für das Land Oberösterreich verdient.

Beim Feuerwehrwesen müssen aber, wenn man es betriebswirtschaftlich beurteilt, auch der Wert der ehrenamtlichen Tätigkeiten und der 10.000 oberösterreichischen Feuerwehrleute voll berücksichtigt werden. An diesem Wert sehen wir, was unsere Feuerwehren, alleine in den letzten Tagen und Wochen, geleistet haben. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, auf unsere Feuerwehren ist Verlass.

Unsere Feuerwehrleute leisten wieder perfekten technischen Einsatz. Gerade dieses Hochwasser, diese Hochwasserkatastrophe, zeigt aber auch wieder deutlich, dass es unverantwortlich wäre, Feuerwehren zusammenzulegen. Und so manche Anregung aus dem Rechnungshofbericht können wir auch da ganz sicherlich nicht unterstützen, wenn es um Maßnahmen geht, die die Feuerwehren schwächen würden.

Wenn es weniger Feuerwehren gibt, werden die Anfahrtswege noch länger, da muss man anderen Gemeinden ja nicht alle freiwilligen Feuerwehren entsprechend abziehen. Außerdem sind manche Gebiete schnell ausgeschlossen, wir haben das gesehen bei diesem Hochwasser. Wenn dort keine Feuerwehr mehr ist, dann ist es auch sehr schwierig, ihnen auch zu helfen und das ist sicherlich problematisch.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Vielen hätte nicht so rasch geholfen werden können, wären nicht die Ortskundigen, die erfahrenen Feuerwehren sofort zur Stelle gewesen, um Hilfeinsätze auch logistisch und Ortskundig zu leisten, um Mannschaftstransporte zu organisieren oder Geräte und Sandsäcke dorthin zu bringen, wo sie dramatisch notwendig sein würden.

Gleichzeitig konnte trotzdem der normale Einsatzbetrieb aufrechterhalten werden. Wichtig waren auch die Mannschaftstransportfahrzeuge und Kommandofahrzeuge, zum Transport der Mannschaft und Einrichtungen der Abschnittsleistungen und Meldestellen. Mangelware waren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Logistikfahrzeuge zum Transport von Geräten und Sandsäcken und dergleichen mehr. Hier wird das Konzept der Kleinlöschfahrzeuge-Logistik aus dem Vorschlagspapier, Zukunft Feuerwehr, in die richtige Richtung gehen. Darum ist es klar, und für uns ein klares Bekenntnis, ein Ja zum vorgeschlagenen und vorgezeigten Papier Zukunft Feuerwehr. Wir haben das Papier ja bereits diskutiert und es ist ein wichtiges Papier, das es jetztendlich gilt, auch im Feuerwehrgesetz umzusetzen.

Was mir auch aber noch ganz wichtig ist, und der Kollege Schaller hat es ja auch betont, die Debatte um die Entgeltfortzahlung, die ja jetzt gestern auf Bundesebene diskutiert worden ist. Hier kann noch nicht das letzte Wort gesprochen sein, hier heißt es noch entsprechende Initiativen zu setzen. Mit uns wird die Feuerwehr einen Verbündeten finden und ich glaube, gemeinsam können wir hier viel erreichen. Ich danke allen Helferinnen und Helfern. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Kollege Johannes Peinsteiner.

Abg. **Peinsteiner**: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Zuschauer auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Kollegin Martina Pühringer vom Bereich Traunsee gesprochen hat, Reitsamer vom Bereich Ischl, die Kollegin aus Ebensee, die Sabine, von Ebensee, komm nun ich dran im Reigen der Salzkammergütler.

Das Wasser kommt irgendwo her und das kommt in der Regel von oben. Auf der einen Seite vom Inneren Salzkammergut, auf der anderen Seite vom Wolfgangseegebiet. Auf der einen Seite die Traun, auf der anderen Seite die Ischl. Betroffene zittern, wenn eine Welle kommt. Die Welle ist bisher nicht gekommen, heuer hat die Welle sehr viele erwischt. Auf der einen Seite vom Inneren Salzkammergut, weil am Grundsee die Schleuse geöffnet werden musste, auf der anderen Seite vom Wolfgangsee, weil dort der Stausee im Schwarzensee geöffnet werden musste, der normalerweise nicht zu öffnen ist. Und es kam ein Drittes dazu, dass in der Nacht, so um Mitternacht haben wir das letzte Mal nachgefragt, auf den Bergen so etwa 60 Zentimeter Schnee gelegen ist, der dann auch noch zergangen ist.

Und in Bad Ischl hat sich das Ganze, also zuerst schon in Ischl, dann in Ebensee, hat sich das Ganze aufgetürmt, vom Inneren Salzkammergut die Traun, die richtig angesprungen ist, dann der Rindbach dazu, der verkleuste und dann noch der See mit etwa 2,5 Meter, der aufgestiegen ist. Und dann sind die Ebenseer abgesoffen, also da ist es richtig von drei Seiten gekommen, das hatten wir bisher noch nicht.

Am Wolfgangsee war es so, wie ich schon erwähnt habe, der Schwarzensee musste geöffnet werden, er hat dann Holz gebracht, ein riesen Ausmaß, hat den Schwarzensee verkleust, weil einfach durch alle Täler das Holz mitgenommen wurde, der ist dann kreuz und quer übergegangen. Wir hatten einen Wasserfall in einer Länge von etwa 300 Metern auf beiden Seiten. Zu den Häusern sind wir nicht mehr gekommen, in die Gummistiefel ist es oben schon hineingeronnen, obwohl ich die großen Fischerstiefel angehabt habe und da ist es halt so richtig rund gegangen.

Wir haben von den Häuselbauern dann den 0,4er Sand geholt, uns ausgeliehen, den haben wir dann wieder zurückgebracht, um das Notwendigste zu retten. Inneres Salzkammergut, Obertraun, Koppentraun, ist angesprungen. Der Koppen selber wurde vermurt, etwa 100 Keller und eine Brücke in Hallstatt. Ich war mit den Leuten in den Orten immer in Verbindung, telefonisch und mit Fotos. In der Hallstatt haben bei den Bootshütten nur mehr die Dächer herausgeschaut, stellenweise. Ich habe mit den Fischern telefoniert, weil mein Sohn da oben Fischer ist, die haben mit Gewalt und Feuerwehr dann das Boot noch unterm Dachstuhl hinaus gedrückt, das große, sonst wäre die Hütte aufgeschwommen. Das Boot ist eh aus Stahl, das hätte es ausgehalten, aber es wäre halt dann untergegangen.

Und ein Phänomen, das ganz massiv aufgetreten ist, der See ist, so wie 2002, in Hallstatt übergegangen und das Grundwasser hat diesmal massiv angedrückt. Das heißt vorm See hat man sich geschützt und dann hat bei allen Fugen das Wasser herausgedrückt, in den Geschäften, in den Häusern, die Seestraße überschwemmt, und so weiter.

Bad Ischl ist schon gekommen, die Traun ist nicht so schlimm gewesen wie die Ischl, die Ischl war ja angesprungen durch den vielen Schnee. Und der Schwarzensee, wenn der nicht geöffnet worden wäre, dann wäre der Damm gebrochen, dann wäre es noch eine größere Flutwelle geworden. Mit den Klauswärtern, kennen wir eh alle, sind wir natürlich gleich in Verbindung gewesen, die Wehrbetriebsordnungen sind peinlichst genau eingehalten worden, damit es ja keinen Schuldigen gibt, weil die Schuldigkeiten sind natürlich dann gleich verteilt

worden, und so weiter. In Ischl sind das Parkhaus der Kaisertherme und der Hubertushof ziemlich in Mitleidenschaft gezogen worden, und so weiter.

Wir haben ständig die Pegelstände beobachtet, ich habe mir die Pegelstände auch immer wieder abgespeichert, wie schnell sie angesprungen sind. Am Wolfgangsee, wir sind die Ersten da oben nach der Wasserscheide, also bei uns kommt halt der See 1,2 bis 1,3 Meter heraus, dann schwimmen die Bootshütten und dann kommt es halt zu den Häusern, aber mit Sandsäcken ist sehr sehr viel möglich.

Und das Interessante ist, die Chinesen können damit umgehen, oder Entschuldigung, es waren Japaner. Die sind angereist mit Handgepäck, aber ohne Gummistiefel, knietief im Wasser, das Handgepäck in der Höhe und haben dahergelacht mit den kleinen Schritten. Die sind in Japan das gewohnt durch Wasser zu gehen. Wenn sie nass sind, dann sind sie eben nass, also das war ganz lustig anzuschauen, wie da auf der Promenade dann unsere Gäste angereist sind.

Wir haben auch ständig das Flugwetter beobachtet, das war ein interessantes Phänomen. Also es ist eh oft so, dass bei den Alpen sich einfach die Regenfälle angehängt haben und da drinnen war es dann gelb und rot und violett, und es hat auf allen Ebenen so richtig geschüttet und wir haben es halt wirklich in allen Ebenen abbekommen.

Wir waren dann aber auch hurtig unterwegs nach Linz, wir waren ja mit dem Salzkammergut letzte Woche in Linz und haben gelagert gehabt 20 Wägen, Ausstellungswägen, am Urfahr- anermarktgelände. Und wie ich dann den Radio aufgedreht habe, sagt er, Urfahr- anermarkt- gelände ist zu räumen. Ich habe mir dann den Pegel angeschaut, bei 6,50 Meter wird der Urfahr- anermarkt geflutet und wir waren schon bei 8,50 Meter. Jetzt sind wir dann Richtung Bad Ischl, Bad Ischl gesperrt, Weißenbachtal gesperrt, mit zwei Autos sind wir herunterge- fahren über Mondsee, da ist es gerade noch gegangen, und dann Richtung Linz, die Susi Wegscheider hat uns durch die Polizei durchgelotst, damit wir raus können und es ist dann der ÖAMTC noch eingesprungen und LOOS und wir hatten in einer Stunde die Wägen dann einfach mitten in der Stadt aufgestellt. Wir hatten sie gerettet, ansonsten wären da 150.000 Euro wahrscheinlich in Budapest zu holen gewesen.

Ein wesentlicher Punkt ist heute schon angesprochen worden, die Wartung der Bäche. Wir sind es dann wieder durchgegangen, die Bäche sind zum Teil um 75 bis 80 Zentimeter her- ausgewachsen. Wenn wir die jetzt nicht räumen, dann hat nächstes Mal nichts mehr Platz. Das Wasser nimmt schon etwas mit, aber es wird so nicht funktionieren. Also wir werden partiell räumen und auch dort und da, wir haben mit den Fischern natürlich das Problem und auch mit dem Wasserrecht, aber es wird uns nichts übrig bleiben, als dass wir trotzdem die Bäche partiell dort räumen, dass einfach wieder ein Platz für ein Wasser dazu kommt. Wir haben schon in der Gemeinde, da haben wir gestern gekämpft mit der Feuerwehr noch, zusätzliche Pumpen angekauft, durch diese vielen Keller. Und es springen durch das Grund- wasser so viele Keller an, mit ein paar Zentimetern. Unsere großen Pumpen gehen aber gerade auf vier bis fünf Zentimeter hinunter. Jetzt haben wir Bodensaugplatten-Pumpen an- gekauft, einmal zehn, damit jede Feuerwehr ein paar hat, dass man die kleineren Schäden, wo oft Wohnräume drinnen sind, zumindest halbwegs im Trockenen haben.

Ein Phänomen, das mir persönlich seit fünf bis zehn Jahren auffällt, dass offensichtlich durch die Klimaänderungen die partiellen Starkregenniederschläge ganz massiv werden. Das heißt, wenn der Tiefenbach übergeht, kann es sein, dass der Russbach, der 1,5 Kilometer weiter ist, trocken ist, wenn wir schon warten, was daherkommt und umgekehrt. Also das

haben wir früher nicht gehabt. Wenn, dann war einfach überall ein Regen da und das ist jetzt massiv zu beobachten.

Wir müssen auch verstärkt Schutzwasserbauten machen, primär auch um Muren zu verhindern, haben schon einige gemacht, einige sind in Planung, weil wir auch oberhalb des Ortes immer wieder beobachten, nach den starken Regenfällen, dass wir dort und da wieder Klüfte haben mit fünf bis zehn Zentimeter Breite, wo einfach die Böden sich schon bewegen.

Ich danke allen, fraktionsübergreifend, dass wir gemeinsam eine Erklärung machen. Und wer schuld ist, ob wir schuld sind, oder warum schuld ist, oder weil halt die Klimaänderung sowieso nach 500 Jahren wieder kommt, ist egal. Wir müssen damit zu Recht kommen, wir müssen zusammen helfen, um unsere Bevölkerung zu schützen. Herzlichen Dank an alle, die dabei sind. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Maria Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ja ich bin auch überwältigt von der großen Hilfsbereitschaft und dem großen Zusammenhalten der Menschen, und das muss auch in Zukunft bestmöglichst unterstützt werden, auch von Seiten der Politik.

Wir müssen uns bei den Hochwässern eingestehen, einen hundertprozentigen Schutz wird es nie geben und die Wissenschaftlerin, die renommierte Wissenschaftlerin, Frau Kromp-Kolb, sagt auch, wir müssen von neuen Dimensionen in Zukunft ausgehen, am Ende wird die Natur stärker sein. Und ich denke auch, danach haben wir in der Politik unsere Maßnahmen auszurichten, unsere Schutzmaßnahmen, aber auch unsere gesetzlichen Richtlinien, die wir erlassen.

Ich möchte noch kurz etwas auf das Innviertel eingehen, weil ich ja aus Ried im Innkreis komme und auch besonders die Stadt Schärding, aber auch der Bezirk Braunau ja vom Hochwasser stark betroffen war. In Schärding ist das Wasser besonders angestiegen, es kam auch viel Wasser aus Bayern. Und Schärding ist sehr schwierig vor einem Extremhochwasser zu schützen, es sind lediglich Schutzmaßnahmen, die einem HQ30 Hochwasser entsprechen, dort möglich.

Ich freue mich und es beruhigt auch, dass Rudi Anschober zugesichert hat, dass Schärding oberste Priorität hat beim Weiterbau der Schutzmaßnahmen. Seit 2009 wurde an der Umsetzung dieser Maßnahmen intensiv gearbeitet, 2011 wurde auch der erste Bauabschnitt fertig. Aber eben wie schon gesagt, das entspricht nur einem dreißigjährigen Hochwasser, weil dort eben einfach nicht der Platz gegeben ist, dass der Inn sich dort entsprechend auch ausdehnen könnte und dort auch viele denkmalgeschützte Gebäude, die denkmalgeschützte Altstadt, sich befindet.

Die Fluten stiegen dieses Mal noch höher als 2002 und deswegen eben die Altstadt von Schärding vollkommen unter den Fluten. Auch in Wesenufer war es ziemlich dramatisch. Weder Experten noch Einheimische hielten es für möglich, dass nach dem Bau des Donaukraftwerkes hier wirklich so ein dramatischer Pegelstand kommen wird. Es war ein Pegelstand, der höher war als das Jahrhunderthochwasser aus dem Jahr 1954. Im Bezirk Braunau war es besonders schlimm, im Gemeindegebiet von Ostermiething, in Ettenau, hier war das Wasser auch bis 2,5 Meter hoch. Es mussten hier sehr sehr viele Häuser evakuiert werden, die Menschen alle weg gebracht werden.

Aber es wurde auch im Innviertel schon sehr sehr viel investiert für den Hochwasserschutz. Wir haben heute schon gehört, dass die Hochwasserrückhalteanlage von Teichstätt in Lengau mit einer Million Kubikmeter Rückstauvolumen zur Gänze gefüllt war. Und dadurch konnte wirklich dort in den Ortschaften Munderfing, Mattighofen und Schalchen eine große Katastrophe verhindert werden. Auch in der Ortschaft von Reichsdorf und Mauerkirchen hat sich der Hochwasserschutz bestens bewährt. Auch das Rückhaltebecken Sonnleiten mit über 400 Kubikmeter Speichervolumen war ebenfalls komplett gefüllt und schützte auch entsprechend Mauerkirchen.

Im Bezirk Ried war es diesmal nicht so schlimm. Wir haben auch Rückhaltebecken, die Ried schützen, die waren etwa zu einem Drittel gefüllt und bei uns entsprach das Hochwasserereignis nur etwa einem fünf- bis sechsjährigen Ereignis. Ich wohne direkt mit Blick auf eine Brücke, die über dem schon reißen Bach der Breitsach geht und das Wasser erreichte eine Höhe bis fünf Zentimeter unterhalb der Brücke. Und die Leute hielten immer wieder mit ihren PKWs an auf der Brücke und mir kam vor, als ob sie das nicht für möglich hielten, dass wirklich das Wasser nicht die Brücke und den ganzen Park auch überschwommen hat, so wie es eben früher immer vorkam. Hier waren auch diese Rückhaltebecken, die im Oberlauf dieser Bäche angebracht sind. Ja, Dank dieser Rückhaltebecken kam es auch hier zu keinen Überschwemmungen.

2004 wurde dieses größte umfassende Hochwasserschutzprogramm in Oberösterreich gestartet, wo die naturnahe Verbauung einen ganz zentralen Raum einnimmt. Der Hochwasserschutz muss dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung gerecht werden, aber trotzdem auch den Fließgewässern den notwendigen Raum lassen.

In dieser gemeinsamen Erklärung stellen wir fest, dass niemand in Oberösterreich im Stich gelassen wird, das ist auch gut so und das wird auch in Zukunft so sein. Die Zusammenarbeit und die Solidarität aller ist notwendig, sei es beim Ankauf von Überflutungsbereichen, oder auch bei der Umsetzung eines naturnahen Hochwasserschutzes. Auch in Zukunft wird weiterhin intensiv an dem Ausbau dieser Maßnahmen gebaut, aber wir brauchen dazu auch ausreichend Geld. Und Rudi Anschober hat es heute schon erwähnt, es braucht auch Sicherheit, dass die Gelder kontinuierlich fließen und dass sich auch die Menschen, die da betroffen sind, darauf verlassen können.

Ja, ein Letztes noch, 182 Millionen wurden investiert, es wird auch in Zukunft viel investiert werden, zum Schutz der Menschen in unserer Region, damit beim nächsten Hochwasser entsprechend auch weniger Schäden sind. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Eva-Maria Gattringer.

Abg. **Gattringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir haben jetzt schon von vielen Regionen in Oberösterreich gehört, wo Hochwässer in den letzten zwei Wochen gewesen sind. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ich komme aus der Region Urfahr West, UWE, und in unserer Region hat es besonders die Gemeinden Ottensheim, Walding, Goldwörth und Feldkirchen erwischt, wie man so sagt. Als gebürtige Ottensheimerin bin ich mit dem Hochwasser groß geworden. Jahrgang 1959, hört man natürlich immer wieder von dem Hochwasser 1954, dem großen Hochwasser. Man schaut sich als Kind die Hochwassermarken an und staunt, wenn man da herunter steht und da oben ist eine Hochwassermarke, dass es das überhaupt gibt, dass an der Stelle das

Wasser so hoch fließen könnte. Man hört von den Eltern, die sagen, ja wie wir das Haus damals 1956 gebaut haben, haben wir herausbauen müssen einen Meter, damit wenn das Hochwasser wieder so kommt wie 1954, das Haus nicht überschwemmt wird. Natürlich hat man immer in unserer Region reagiert auf das Hochwasser. Irgendwie haben die, die immer schon da waren, mit diesem Hochwasser auch leben können.

Wie das Kraftwerk Ottensheim gebaut worden ist, hat man dann gesagt, naja so was wie 1954 wird es sowieso nimmer geben, weil jetzt haben wir ja nach Aschach auch noch das Kraftwerk Ottensheim, jetzt wird alles reguliert und das wird auch für die Bevölkerung ein großer Sicherheitsfaktor sein. Aber schon 2002 wurde uns vor Augen geführt, dass wir in unserer Region der Naturgewalt Wasser nicht gewachsen waren, dass die Bäche der Region und die Donau nicht so beherrschbar sind, wie wir uns das vorgestellt haben als Bevölkerung.

Aber es wurde 2002 sofort reagiert. Man hat Hochwasserschutzbauten errichtet und diese auch zielstrebig zu Ende gebaut, auch gegen Schwierigkeiten, es waren nicht alle damit einverstanden bei uns in Walding. Ich bin mir sicher, der Herr Bürgermeister Eidenberger wird dann noch darauf eingehen, dass die Menschen nicht alle mit Begeisterung dem zugestimmt haben. Aber letztendlich wurde es umgesetzt und war eine große Beruhigung für die Bevölkerung. Es wurden auch Rückhaltebecken errichtet, um den Sturzbächen vorzubauen. Wir haben das alles miterlebt 2002. Alles wurde vorbildlich erledigt.

Aber die Donau hat uns 2013 eines anderen belehrt. Da kommt die Donau mit ihrer Unbeherrschbarkeit mit hohem Wasser und zum Schluss hat uns dann noch ein großer Regenbruch, ein Wolkenbruch von doch sehr hohem Ausmaß, ein Starkregen, wie so gesagt wird, unvermutet und kurzfristig die Menschen in Notsituationen mit Muren und Wassereinbrüchen in den Häusern gebracht, wo man gar keine Vorkehrungen hat treffen können, weil es unvermutet gekommen ist.

Das Hochwasser 2013 der Donau war ein Donauhochwasser. Das ist ein Hochwasser der anderen Art. Ein viel gewaltigeres Hochwasser als wie 2002 das der Rodel. Binnen Kürze versanken Ottensheim, Walding, Goldwörth und Feldkirchen. Breite Landstriche gingen unter Wasser mit Feldern, Häusern, Firmengebäuden, Straßen und Freizeitanlagen mit schrecklichen Auswirkungen. Die Menschen waren zum Teil auch nicht im Geringsten auf so ein Hochwasser vorbereitet. Es hat immer geheißen, 2002 haben wir das Ganze gut im Griff gehabt und jetzt wird das sicher genauso gut gelingen, wir haben ja alles getan.

Der erste Lichtblick in dieser schlimmen Phase der Angst auch bei den Menschen waren hier unsere freiwilligen Feuerwehren. Es wurde ja wirklich schon oft erwähnt jetzt bei den ganzen Reden der Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld. Aber so eine exakt und perfekt funktionierende Konstruktion wie die freiwillige Feuerwehr, so etwas ist wirklich einzigartig. Das muss man gesehen haben, wie die Feuerwehrezüge aus dem ganzen Mühlviertel und auch aus Gemeinden von der anderen Donauseite sozusagen zu uns hergefahren sind in die Region, um zu helfen. Das war wirklich ganz beeindruckend. Aber trotzdem konnte die Feuerwehr trotz der ganzen Maßnahmen, die gesetzt wurden, die Menschen nicht davor bewahren, dass sie vom Hochwasser bedrängt wurden und die Häuser, nicht nur die Keller, sondern auch die Wohnräume in den Fluten versanken. Dadurch dass das Wasser unerwartet hoch gestiegen ist, haben es viele Menschen nicht geschafft, ihre Wohnräume in Sicherheit zu bringen und die Wohnräume wasserfrei zu halten. Es ist nicht mehr gelungen.

Und ich möchte Ihnen da ein Gefühl in Erinnerung rufen oder auf ein Gefühl aufmerksam machen, ich glaube das Schlimmste im Leben eines Menschen ist es, was jetzt in Bezug auf ein Hochwasser passieren kann, wenn er sagt, ich habe versucht alles zu retten, aber jetzt muss ich mein Haus aufgeben. Ich glaube, das ist ein Gefühl, in das man sich nur schwer hineinversetzen kann, aber jeder kann es nachvollziehen, was das bedeutet, ein Haus aufzugeben.

In dieser Situation haben sich aber die Menschen bei uns auch viele Fragen gestellt. Wie gibt es das, dass das Wasser so schnell kommt? Was ist da passiert? Viele, viele Fragen sind aufgetaucht. Und ich bin dem Herrn Landeshauptmann sehr, sehr dankbar, dass er bemüht ist um absolute Aufklärung, warum genau das Wasser in unserer Region gestiegen ist. Weil einfach viele Vermutungen auch im Raum gestanden sind. Sind da die Kraftwerke Schuld? Oder was ist da jetzt schuld daran, irgendwelche Verbauten? Keine Ahnung. Auf jeden Fall ist es gut und richtig und sehr, sehr wichtig für die Bevölkerung in der Region UWE, in diesen Gemeinden, dass das lückenlos aufgeklärt wird, weil dann kann man sagen, das sind die Gründe und dann kann man sich auch dem stellen und dafür sorgen, dass das beim nächsten Mal, und nachdem es ein hundertjähriges Hochwasser wieder einmal war, hoffe ich doch, dass das in hundert Jahren erst wieder ist, dass bis dahin das Prozedere oder das Ganze hinterfragt ist und geklärt ist.

Ja, das Wasser hat sich wieder zurückgezogen und für die Menschen in den Regionen beginnt jetzt die wahre Arbeit. Da gibt es unterschiedliche Zugänge. Ich war mit dem Herrn Landeshauptmann in unserer Region, war aber auch mit unserem Wirtschaftslandesrat Michael Strugl in der Region unterwegs, denn wir haben sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir haben viele Betriebe, die auch vom Hochwasser betroffen waren. Kleinere Betriebe, nichts Großes, aber kleinere Betriebe, die eine gesunde Substanz haben und Arbeitgeber in der Region sind. Und ich bin sehr froh, dass es hier viele Angebote gibt, nicht nur für die Bevölkerung, die betroffen ist, sondern auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer, dass hier rasch geholfen wird, denn es geht ja auch um Arbeitsplätze. Und wenn man da hinkommt zu einem Unternehmer, und der sagt dann, jetzt haben wir eh alles getan und jetzt retten wir unsere Sachen, aber ich habe ja da auch einen Lehrling. Was tu ich jetzt mit dem? Und ich hab jetzt da fünfzehn Mitarbeiter. Was tu ich denn, bis das alles trocken ist, bis wir wieder produzieren können? Was machen wir da? Und es ist einfach ein gutes Gefühl, wenn unser Landesrat Dr. Michael Strugl dann direkt mit dem AMS das abklären kann, wie da der Unternehmer vorgehen kann. Es gibt auch Sicherheit.

Man muss ja den Menschen auch Mut machen, denn wir haben auch Situationen erlebt, wo die gesagt haben, ja jetzt ist schon das zweite Hochwasser da. 2002 habe ich alles verloren und jetzt 2013. Ich habe die Kraft nimmer, dass ich den Betrieb noch einmal aufbaue. Ich kann einfach nimmer. Ich habe 800.000 Euro dort und dort hinein investiert 2002 schon. Ich bin am Ende, materiell und auch psychisch, physisch.

Da sind wir gefordert, dass wir Mut machen, dass wir den Menschen auch wieder einen Horizont geben. Viele, die wirklich in der schlimmen Situation ganz verzweifelt waren, fassen wieder Mut, weil die Bevölkerung zu ihnen steht. Ich habe zum Beispiel von einer Bäckerin von Ottensheim ein Mail gestern gekriegt. Sie hat gesagt, wie ihr da ward, habe ich nicht einmal mit euch reden können, weil ich den Kopf nicht bei der Sache gehabt habe. Aber jetzt haben alle gesagt, tu weiter, mach wieder weiter und jetzt fange ich am Sonntag wieder an mit dem Gartenbetrieb. Drinnen kann ich noch nichts machen, aber im Garten fang ich schon an. Und unterstützt mich bitte dabei, dass ich das auch schaffe, dass ich mein Haus wieder in Betrieb nehmen kann.

Da sind wir alle gefordert. Da ist das Land Oberösterreich gefordert, da ist die Wirtschaft auch gefordert mitzuhelfen und diese Menschen auch zu unterstützen, denn wir brauchen auch Arbeitgeber und Arbeitsplätze, damit die Menschen sich auch wieder was aufbauen können.

In der Situation wollen die Menschen klare Antworten haben. In so einer Situation wollen die Menschen Sicherheiten haben. Und ich möchte auch den Herrn Landeshauptmann aus den Pressekonferenzunterlagen zitieren: Für die Betroffenen ist eine rasche und unbürokratische Hilfe das Wichtigste. Und mit der Auszahlung der Gelder aus dem Katastrophenfonds sind die Menschen im Ort und können dort helfen, wo es notwendig ist. Und da müssen wir einfach dafür sorgen, dass die Menschen einfach auch darauf bauen können, dass das auch wirklich passiert.

Es freut mich, dass es in den betroffenen Gemeinden Informationsveranstaltungen geben wird, weil ich habe auch gesehen, die Verunsicherung und die Unsicherheit und das Nichtwissen von Zugängen ist sehr, sehr groß bei den Menschen, die gerade damit beschäftigt waren, dass sie alles retten haben müssen oder nimmer gerettet haben, was ihnen gehört. Und da sind die Gemeinden wirklich die beste Anlaufstelle.

Und ich möchte mich abschließend bei jenen bedanken, die da wirklich Großartiges geleistet haben und mithelfen, dass die Menschen wieder Sicherheit im Leben gewinnen können. Das sind zum Einen einmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Gemeinden, die da großartige Arbeit leisten, aber auch auf den Bezirkshauptmannschaften oder auf der Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung muss ich jetzt ganz konkret sagen. Der Krisenstab, der dort eingerichtet ist und der immer vor Ort war und mit unserem Bezirkshauptmann immer mitgeholfen hat, dass das wirklich gut abgewickelt wird. Ein herzliches Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. (Beifall)

Auch dem Roten Kreuz mit allen haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Die machen nämlich nicht Dienst nach Vorschrift dort, sondern die leben mit den Menschen mit und nehmen sich der Anliegen an und schauen, dass es hier zu raschen Lösungen kommt. Und ich muss wirklich sagen, ohne dem Roten Kreuz, ohne den Samariterbund wären wir wirklich in der Situation in unserer Region sehr aufgeschmissen gewesen.

Die Freiwillige Feuerwehr habe ich schon erwähnt, die da wirklich bis zur Erschöpfung sich eingebracht hat und das muss man auch sagen, was mich auch sehr beeindruckt hat, das war die Koordination von dem Ganzen, wie zusammen gearbeitet wurde. Weil hin und wieder heißt es dann, naja da ist so viel gestritten worden und war so viel Eifersucht. Da muss ich ganz ehrlich sagen, zumindest bei uns habe ich das nicht beobachtet. Es haben alle super zusammen gearbeitet, alle Hilfs- und Rettungsorganisationen, alle die daran beteiligt waren, da Gutes zu tun, auch die Koordination der freiwilligen Arbeit war ganz toll, denn das war bei uns teilweise ein Problem. Wir haben so viele Helfer gehabt. Und wie koordiniert man die Helfer? Und das Rote Kreuz hat das sehr vorbildlich gemacht. Es hat auch viele Menschen gegeben, die sind zum Beispiel mit den Autos in die Krisengebiete reingefahren, haben dort geparkt, weil sie ja helfen wollten. Die waren dann fast beleidigt, wenn man gesagt hat, ihr müsst heraußen bleiben, ihr müsst euch hineinfahren lassen. Das sind halt so Sachen, da hat man oft so kleine Widerstände, aber letztendlich ist es darum gegangen, den Menschen zu helfen und es ist gut umgesetzt worden.

Ja, auch ein großes Dankeschön den Straßenmeistereien und den Mitarbeitern dort. Ich sage absichtlich die männliche Form, weil ich glaube, recht viele Mitarbeiterinnen haben sie

nicht. Die Straßenmeistereien mit den Mitarbeitern haben wirklich also gerade bei diesen kleinen Straßen, wo es so viel zu tun gegeben hat, aber auch bei den großen Straßen. Die B127 war schwer vermurt. Was das für eine Arbeit bedeutet, dass man diese Straße wieder zum Gehen bringt, das ist ein großartiger Arbeitseinsatz. Und das muss nämlich auch rasch geschehen, weil wir wollen ja alle den ersten Tag wieder nach Linz fahren. Ist auch selbstverständlich. Danke dafür.

Ja, wir haben viel lernen dürfen aus 2002 aus diesem Hochwasser. Wir haben und werden auch wieder viel lernen aus dem Hochwasser 2013. Ich habe für mich ein paar Sachen mitgenommen, auf die ich aufmerksam machen möchte und die man dann vielleicht in einen weiteren Plan einfließen lassen könnte.

Zum Beispiel war ein Thema die psychologische Betreuung der Kindergartenkinder, unserer Jüngsten. Bei uns waren ja wirklich viele Privathäuser betroffen, wo Familien mit Kindern sind. Und es war wirklich erfreulich, dass ich im kurzen Wege, und da möchte ich zwei danken, und zwar unserer Landesrätin Mag. Hummer und auch der Caritas für Kinder und Jugendliche, die die psychologische Betreuung der Kindergartenkinder perfekt und ganz kurz organisiert hat. Denn wenn Kinder einmal weinend im Kindergarten sitzen, weil sie so Angst haben, dass sie nicht mehr nach Hause fahren können, dann ist es eine traurige Sache und da muss man den Kindern wieder Stabilität geben, aber auch die PädagogInnen unterstützen, dass sie da richtig und gut mit den Kindern arbeiten können.

Und eine Sache wünsche ich mir noch für unsere Region. Wenn die B127 gesperrt ist, kein Schleichweg mehr nach Linz arbeitet und wir nur mehr über Gramastetten fahren können und sich der gesamte Verkehr von uns und vom Mühlviertel über den Pöstlingberg hinunterwältzt nach Linz, dann muss man einmal überlegen, vielleicht gibt es doch eine Möglichkeit, dass man da sozusagen eine definierte Ausweichstrecke hat, wo nicht am Ende zwischen Gramastetten und Linz eine einzige Kolonne steht, weil gefahren ist sie nicht mehr. Aber diesen Aufgaben wird man sich stellen können und müssen und da bin ich guter Dinge, dass wir das schaffen werden.

Ja, wir können uns nur vorbereiten und uns bemühen, als Land Oberösterreich den Schutz so gut wie möglich auszubauen. Mit diesem Initiativantrag sind wir, glaube ich oder bin ich überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Erich Pilsner.

Abg. **Pilsner:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist ja schon viel gesagt. Und der Kollege Höckner hat den Bezirk Eferding, von dem wir beide kommen, schon erwähnt, wie die Situation sich dort vorgefunden hat. Das Eferdinger Becken ist natürlich wirklich für uns eine katastrophale Situation, haben wir dort vorgefunden. Ich denke mir, es ist ganz wichtig, dass jetzt ordentliche Hochwasserprojekte auch für das Eferdinger Becken zugesagt werden.

Ich möchte mich beim Landeshauptmann bedanken für seine Zusagen, möchte mich auch bedanken beim Kollegen Anschöber, aber auch bei der Kollegin Bures, die ja vor kurzem auch im Bezirk Eferding war und in Alkoven bei einem kleinen Pressegespräch auch konkret ihre Unterstützung zugesagt hat.

Was mir ganz wichtig war, was der Landeshauptmann heute erwähnt hat, dass jetzt eingefordert wird und klargestellt wird die Rolle der Kraftwerke oder des Kraftwerkes. Das ist wirk-

lich ein Problem bei uns im Eferdinger Becken. Das ist ein Thema und da wollen die Leute auch entsprechend Aufklärung.

Ein weiterer Punkt, wir haben ja 2002 den Unterausschuss Hochwasser eingerichtet und ich war dort dabei. Und ich kann mich noch gut erinnern, wie dramatisch dort diese Gespräche waren und was sich dort alles abgespielt hat. Ich denke mir, es ist wichtig und es wäre notwendig und die Kollegin Jahn hat es ja bereits eingefordert, dass wir auch zu diesem Thema jetzt 2013 wieder einen derartigen Unterausschuss einrichten. Weil ich glaube, es zahlt sich aus, dass man dort die vielen Maßnahmen auch bespricht. Vor allem geht es darum, dass wir auch die Interessen der Gemeinden entsprechend einbringen. Unser Wunsch ist oder der Wunsch vieler Bürgermeister aus meiner Region ist es, hier konkret sich einzubringen, hier mitzumachen und hier entscheidend auch ihre Beiträge entsprechend einzubringen. Ich sage nur, die Gemeinden Alkoven, Aschach, Popping und viele andere Gemeinden mehr hat es ja massivst betroffen und ich denke mir, hier ist es wichtig, auch hier die notwendigen Schritte zu setzen.

Was noch ganz wichtig ist, ist die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen, die habe ich ja schon erwähnt, und vor allem die Bürgermeister möchten ein besseres Frühwarnsystem. Hier glaube ich, sollte man auch nachjustieren. Ich glaube, hier gibt es auch noch Handlungsbedarf.

Mein Dank gilt nochmals allen Hilfsorganisationen, allen Rettungsorganisationen. Ich sage Danke für ihre Unterstützung. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Letzte zu Wort gemeldet hat sich Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Zu Beginn dieses Jahres, als in Steyr der Neujahrsempfang durch den Herrn Bürgermeister stattgefunden hat, hat er, und da möchte ich ihn jetzt zitieren, wortwörtlich in seiner Ansprache gemeint, reflektierend auf das Jahr 2012: Einer Katastrophe galt es am 12. August zu gedenken. Exakt zehn Jahre davor hat unsere Stadt ein Jahrhunderthochwasser heimgesucht. Die Wassermassen haben in den Tagen zwischen 12. und 15. August 2002 mehr als 1.000 Häuser beschädigt, Brücken zertrümmert und Straßen verschlammt. Mehr als 3.000 Steyrerinnen und Steyrer waren direkt von der Überflutung betroffen. Aber er hat auch gemeint, zweiter mindestens ebenso wichtiger Aspekt neben der Hilfsbereitschaft, die in diesen Tagen damals angelaufen ist, war, dass die Katastrophe der Anstoß zur Planung des erfolgreichen Hochwasserschutzprojektes für unsere Stadt war, das im Frühjahr 2011 endgültig abgeschlossen werden konnte. Zitatende.

Warum erwähne ich das? Ich denke, dass gerade eine Stadt wie Steyr, und wir haben es jetzt auch in diesen Tagen wieder erlebt, dass wir mit einem Hochwasser konfrontiert gewesen sind, aber hier ganz klar gesagt worden ist, dass wir mit einem blauen Auge davon gekommen sind, natürlich jetzt die Meinung vorherrscht, dass vielleicht in Steyr das gar nicht so schlimm gewesen wäre. Nein, es war nicht so schlimm wie 2002. Und ich möchte auch nicht verhehlen oder auch nicht sagen, dass wenn ich mir jetzt so die Schäden anschau, wir haben damals Schäden gehabt in der Stadt im Ausmaß von ungefähr 5,7 Millionen Euro. Jetzt sind wir bei ungefähr 1,2 Millionen Euro, die auch Stadtrat Spöck mittlerweile gesagt hat, denke ich, dass es gerade dieser Hochwasserschutz auch gewesen ist und ich betone auch ganz bewusst, der dazu beigetragen hat, dass wirklich dort, wo viele Kräfte zusammengeholfen haben, was Vernünftiges passieren hat können. Es hat zwölf Millionen Euro gekostet, und davon hat die Stadt weit über zwei Millionen Euro selbst übernommen. Also die eine

oder andere Maßnahme zu 100 Prozent, zum Teil zu 85 Prozent, aber auch zu 100 Prozent selbst bezahlt, weil das Geld sonst nicht in diesem Ausmaß oder nicht so schnell gekommen wäre, wie wir es in Summe gebraucht haben, damit 2011 diese Maßnahmen auch abgeschlossen werden konnten.

Ich glaube, da kann man gar nicht genug Hochachtung davor haben, was hier die öffentliche Hand gemacht hat und es war nicht einfach das durchzusetzen. Ich kann mich damals noch erinnern an die Diskussionen, als es die Exkursionen auch zur TU Wien gegeben hat, wo dieses Modell Steyr dargestellt wurde und ich sage es jetzt auch ganz bewusst, dass es als „Normalsterblicher“ schwer verständlich ist, dass so etwas wirklich funktionieren kann, dass die Aufweitung der Enns, das Rückhaltebecken sozusagen die Aufweitung der Himmlitzer Au, dort wo die Steyr also massiv rein tritt, die eine oder andere Maßnahme dann in Summe gesehen wirklich soviel und besonders die Ennseintiefung, wo man ja 2,7 Meter reingegangen ist und wo ich jetzt dem Naturschutz einmal wirklich explizit sagen möchte, der Naturschutz denkt auch nach, was okay ist und was nicht okay ist und in diesem Falle ist es auch gelungen, die entsprechende Ennseintiefung zu erreichen, sodass also Steyr dieses Mal mit diesem so gesagten blauen Auge davonkommen kann.

Ich möchte es aber auch nicht vergleichen mit 2002 und das will ich auch ganz bewusst sagen, weil ich schon glaube, dass es nicht vergleichbar ist mit 2002, weil 2002 was anderes gewesen ist, was man dieses Mal nicht gehabt hat und dass bei den mit den Gesprächen mit den Bürgermeisterinnen und dem Bürgermeister der Umlandgemeinden immer wieder erwähnt worden ist, wir waren froh, dass es so kalt gewesen ist und dass ein Gros davon als Schnee heruntergekommen ist und nicht als Wasser und wir wüssten auch nicht wirklich, was es bedeutet hätte, wenn so wie 2002 es bis in die hohen Lagen hinauf durchgeregnet hätte und nicht als Schnee dort liegen geblieben wäre und erst später gekommen ist.

Und dieses eine oder andere Ausmaß spüren wir ja in der Region immer noch, besonders wenn wir uns jetzt in Großraming auch den Pechgraben anschauen, der noch immer im Gange ist und zu rutschen droht und wo die eine oder andere Maßnahme auch gesetzt werden muss.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Hochwasser hat uns eines gezeigt und darum warne ich jetzt mittlerweile schon sehr davor, dass wir dieses Wort des Jahrhunderthochwassers immer wieder in den Mund nehmen, weil es doch die Menschen auch in Sicherheit wiegt, ab einen gewissen Zeitpunkt wieder, wenn so ein Hochwasser länger entfernt ist, dass ein Jahrhunderthochwasser nur einmal im Jahrhundert kommen kann und die Realität ist aber, dass es elf Jahre später schon wieder da sein kann und dass in manchen Bereichen das Jahrhunderthochwasser sozusagen höher gewesen ist als es letztes Mal war.

Aus diesem Grunde glaube ich auch, dass wir den Umgang damit auch in unserem Sprachgebrauch anders gestalten müssen, als nur von Jahrhunderthochwassern zu reden, es war auch möglicherweise 2013 kein Jahrhunderthochwasser.

Auch mit dieser Realität müssen wir uns auseinandersetzen und aus diesem Grund warne ich wirklich sehr davor, dieses Wort überzustrapazieren.

Natürlich ist es klar und darauf möchte ich auch replizieren, auch wenn Steyr mit einem blauen Auge davon gekommen ist, dass es klar sein muss, dass es Schäden gegeben hat und das gewisse Bereiche wieder betroffen gewesen sind, die offensichtlich schwer oder gar nicht geschützt werden können, aber dass, und das wurde auch mittlerweile von mehreren

Kolleginnen und Kollegen angesprochen, uns auch klar sein muss, dass man das nicht nur einmal hinbauen kann, sondern das bedarf einer ständigen Wartung, weil dort wo jetzt, also Gott sei Dank, das Wasser sich verlaufen hat können, weil die Enns aufgeweitet worden ist, weil die Himmlitzer Au ist, weil es Eintiefungen gegeben hat, das ist jetzt wieder angefüllt.

Das ist auch Realität, das ist ein Naturgesetz und das heißt, es wird auch wieder nötig sein und zwar bald wieder nötig sein, dass wir diese Maßnahmen wieder in den ursprünglichen Zustand zurückführen, weil wir ja nicht wissen, wann die nächste Katastrophe kommt und wir hier dann wieder schlechtere Bedingungen hätten und schlechtere Ausgangslagen.

In diesem Sinne können wir uns wirklich bei allen nur bedanken. Es hat in Steyr hervorragend funktioniert. Wir haben und das sage ich auch ganz bewusst, einen neuen Bezirksfeuerwehrkommandanten, für den war das sicherlich die Feuertaufe, die er da bestehen hat müssen.

Es haben alle Kräfte bestens zusammengearbeitet, auch wenn es weh getan hat zuzuschauen, was wieder passiert ist, aber ich denke, wir werden alle gemeinsam dieses Schicksal auch wieder meistern. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landtagsabgeordneter Eidenberger.

Abg. Dipl.-Päd. **Eidenberger:** Geschätzter Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich zuerst entschuldigen, wenn es mir nach elf Einsatztagen, an denen ich fast nie zum Schlafen gekommen bin, sehr schwer fällt, konzentriert und strukturiert die Situation der Katastrophe in unserer Region darzustellen.

Ich möchte es aber trotzdem auf keinen Fall verabsäumen, mit meiner persönlichen, wenn auch kritischen Wortmeldung, einen ersten ungeschminkten Beitrag für eine positive Bewältigung des katastrophalen Hochwassers beitragen zu können.

Das Wesentliche: Militär, Feuerwehren, Rettungsorganisationen, Polizei, Team Österreich und die tausenden Helfer haben Unvorstellbares geleistet. Sie sind in der Region die echten Helden, denen wir vertrauen, zu denen wir aufschauen, zu denen wir Danke sagen.

Das Zweite, genauso wichtig: Wir alle in der Donauregion oberhalb von Linz fühlen mit den Menschen im Machland und wir freuen uns, ganz ehrlich, dass sie nicht überflutet wurden. Wir wissen, wovon wir reden.

Nie zuvor wäre es aber so leicht gewesen, die Betroffenen rechtzeitig, ehrlich, ordentlich zu warnen. Fast alle haben heute SMS, E-Mail, Telefon, Radio, Fernsehen. Unverständlicherweise gab es aber noch nie so wenig und vor allem so viele irreführende und falsche Informationen.

Dabei bekomme ich seit Jahren bei jedem kleinen Regenereignis eine SMS auf mein Handy, dass in meiner Gemeinde in zweieinhalb Stunden etwas zu erwarten sei.

Vor Jahrzehnten zeigte man da schon mehr Verantwortung. Da gab es bei einem herannahenden Hochwasser zu fixen Zeiten im Radio ordentliche Durchsagen der Pegelstände und die Bevölkerung wusste damit umzugehen.

Wenn ich aber um 24.00 Uhr anrufe und mich erkundige, wie die Pegelstandsentwicklung für die kommende Nacht sei und man sagt mir, der Scheitel sei überwunden, die Pegel hätten sich stabilisiert und es könnte sogar sein, dass man in den Morgenstunden einige Zentimeter weniger Wasser vorfinden könnte und es kommt dann, zweieinhalb Stunden später, zu einem Zeitpunkt, wo die Donau bereits fünf Kilometer breit war, ein verzweifelter Anruf, bitte, holt mich, ich habe genau drei Zentimeter, dann saufe ich ab, dann hab ich dem nicht sagen können, klettere auf das Dach und warte, bis wir Hilfe bringen können, denn bei der Nacht gibt es keinen Hubschrauber, gibt es kein Boot. Daraufhin erklärt er mir, dass er eine Massivdecke über sich hätte, er hätte keinen Dachstuhl, er könne irgendwann einmal in die Fluten steigen.

Wir alle sind alles andere als Hydrologen. Es klingt aber schon extrem nach Verhöhnung, wenn uns ein Verantwortlicher der Via Donau im Fernsehen erklärt, dass dieses massive unnatürliche Ansteigen in dieser Zeit, wo uns eigentlich ein beruhigender Pegelstillstand gesagt wurde, daher rühre, dass das Gewicht der schon vorhandenen Hochwassermassen das Grundwasser heraufgedrückt habe.

Wir haben in dieser Zeit absolut nichts vom hoch gelobten Frühwarnsystem bemerkt. Gibt es das überhaupt? War es ausgeschaltet? War es kaputt? Wer ist für diesen Dilettantismus verantwortlich, die Kraftwerke bitte nicht!

Dass partout am 3. Juni, in der heißen Phase, nachts um 2.30 Uhr, als die Flut kam, zufällig der einzige Online-Pegel zwischen Staatsgrenze Passau und Linz ausfiel und während der ganzen Katastrophe in den darauffolgenden Tagen nicht wieder repariert oder instand gesetzt wurde, kann man niemanden erklären.

Auf 88 Flusskilometern mit drei Donaukraftwerken die betroffene Bevölkerung mit nur einem Pegelstand abzuspeisen, während im angeblich strukturschwachen benachbarten Niederbayern auf einer ähnlich langen Strecke zwischen Regensburg und Passau gleich zehn Online-Pegel errichtet sind, nährt manche Vermutung.

Wer ist dagegen, dass die Pegelstände von Engelhartzell und Wilhering inklusive Wasserdurchflussmenge online übertragen werden? Und wenn der Leiter der „Landesabteilung für strategisches Controlling“, welch verfängliche Bezeichnung, sagt: Ein kleineres Hochwasser als Testlauf für die Funktion des Damms wäre durchaus wünschenswert gewesen, aber jetzt läuft halt dieser Test unter Vollgas, dann kann man sich vorstellen, wie diese Aussage in der Bevölkerung interpretiert werden könnte. Ich lege größten Wert darauf, dass wir niemand beschuldigen, wir verlangen aber eine qualitätvolle, sachliche, objektive Aufarbeitung der gesamten Ereignisse, eine professionelle Gesamtanalyse und damit verbunden die garantierte Verbindlichkeit, um für künftige Hochwasserereignisse wirksame Gegenstrategien entwickeln zu können.

In der Bevölkerung der gesamten Region hat sich nämlich einhellig der Eindruck verfestigt, dass man ihre Region im Tauschweg für eine andere Region zum größten Retentionsbecken Oberösterreichs gemacht hat, dass man den Hochwasserverlauf durch einen gesteuerten Staubetrieb auf einen konstanten Wasserstand für den Pegel Mauthausen regelte.

Die Pegelstände im Machland und die Pegelgrenzwerte für den neuen Damm konnten, und das zeigen uns zwei Gutachten, die ich unabhängig voneinander bekommen habe, eindeutig nur deswegen gehalten werden, weil zumindest im Staubereich zwischen dem Kraftwerk Aschach und dem Kraftwerk Asten ein bislang nicht gekannter Rückstau erfolgte. Es wird

daher sicherlich nicht genügen, dem hydrographischen Dienst die alleinige Schuld zu geben. Auch wenn er zwei Tage zuvor, welch Wahnsinn, von einem höchstens fünfjährigen Ereignis sprach.

Was wir auch für die Zukunft lernen sollten: Hochwasser ist keine Marketing- oder PR-Veranstaltung. Die Glaubwürdigkeit mancher Erscheinung hatte ihre Grenzen.

Ein Großteil unserer Bevölkerung hat fast alles verloren. Geht man, ohne genau hinzuschauen, durch die Straßen in der Katastrophenzone, ohne Fotografen, so steht man vor schönen Häusern, die in Wahrheit aber nur mehr vier Wände haben, eine Haustür und fünf Fenster. Keine Möbel, keine Türstöcke, kein Estrich. Seit gestern Nachmittag sind mir persönlich drei Fälle von Betroffenen bekannt, die inzwischen im Wagner-Jauregg-Krankenhaus behandelt werden müssen.

Es ist Wahnsinn, mit hohen Investitionskosten Maßnahmen zu setzen, die nur zu einer Hochwasserverschiebung und damit zu neuen Problemzonen führen. So nach der Methode, tausche Machland gegen Eferdinger Becken. Nun beginnt der Katastrophe zweiter Teil. Die Stromgeneratoren, wie auch die Hochdruckreiniger sind weitgehend verstummt. Die Soldaten und die Feuerwehrler sind abgezogen. Die hunderttausenden Tonnen Sperrmüll wurden raschest in Rekordzeit entfernt.

Die darauffolgenden Wolkenbrüche, sie haben die Landschaft rücksichtsvoll gewaschen. Zurück bleiben schwerst traumatisierte Leute in ihren Ruinen, die absolut nicht wissen, wie es weitergehen soll.

Und es bleiben sehr, sehr viele Fragen. Fragen, wie zum Beispiel: Ab wann wird das Rede- und Versammlungsverbot der Kraftwerksmitarbeiter wieder aufgehoben? Wer ist berechtigt de facto, den Letztbefehl für Handlungen auf der Kommandobrücke für das Öffnen und Schließen der Schleusen zu erteilen? Wer war über die Konsequenzen dieser Maßnahmen informiert? Welche zusätzlichen Vorkehrungen wurden für die geopferten Regionen getroffen? Schlafen diejenigen, die letztendlich für dieses unsagbare Martyrium einer ganzen Region mitverantwortlich sind, jetzt besser oder schlechter, als diejenigen, deren Häuser zerstört wurden und das gesamte Hab und Gut verloren? Fragen über Fragen, wer den Mut zur Beantwortung hat, mache den Anfang. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Pühringer.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist kein Zweifel, es gibt tragische Schicksale im Rahmen dieses Hochwassers. Es steht außer jeder Diskussion.

Es ist auch kein Zweifel, dass für die Opfer jetzt alles getan werden muss, auch was die psychologische Betreuung anlangt. Es ist kein Zweifel, dass jede Hilfe und Vorsorgeüberlegung, die ernsthaft in die Diskussion eingebracht wird, den entsprechenden Stellenwert haben muss.

Aber auch in dieser tragischen Situation bitte ich die nötige Sorgfalt bei der Wahl der Worte zu wählen. Tausche Machland gegen Eferdinger Becken, das ist ein Zynismus der Sonderklasse, der so nicht stehen bleiben kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hier angegriffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mögen, das kann ich, der ich auch kein Hydrologe bin, Fehler gemacht haben, das kann ich nicht beurteilen.

Es mögen Fehler passiert sein. Wahrscheinlich sind Fehler passiert. Denn wo Menschen arbeiten, noch dazu in der Krisensituation, wird es immer wieder Fehler geben und ich kann vor diesem hohen Haus nur eines sagen, wir werden in genauen Analysen mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern all diesen Vorwürfen genau und exakt seitens der Regierung nachgehen.

Das ist überhaupt keine Frage. Alles wird korrekt mit der nötigen Sorgfalt aufgearbeitet, ohne aber dass wir zuerst Unterstellungen machen.

Ich gehe davon aus, dass keiner der betroffenen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter bewusst in einer solchen Situation Fehler machen will. Wenn Fehler passieren, ist das tragisch, das ist keine Frage, und unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gehört natürlich denen, die daraus einen Schaden haben.

Sämtliche Leute, die auch hier in der Debatte angeschuldigt werden, ob das von der Via Donau ist, ob das vom hydrographischen Dienst ist, haben an den Tisch zu kommen und haben Rede und Antwort zu stehen.

Das ist überhaupt keine Frage. Wir wollen nichts unter den Tisch kehren, denn wir wollen für andere Situationen daraus die entsprechenden Lehren ziehen. Das wird die Politik korrekt veranlassen.

Herr Kollege Eidenberger, noch einmal, es kann nicht dein Ernst sein, dass irgendwer nach dem Motto "tausche Machland gegen Eferdinger Becken" in dieser Krisensituation gehandelt hat. Das war ganz sicher nicht so, davon bin ich überzeugt.

Wenn Fehler passiert sind, dann sind sie passiert, aber nicht weil man bewusst Fehler machen wollte. Ich sage das, weil die angegriffenen Mitarbeiter hier im Plenum nicht die Möglichkeit haben, sich zu Wort zu melden.

Ich habe das Gros der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen hektischen Tagen hier im Haus in der KRIMA, in der Einsatzzentrale bei der Feuerwehr oder sonst wo erlebt, die Tag und Nacht gearbeitet haben und mit großem Einsatz und mit großem Engagement ihr Bestes geben haben. Wenn Fehler passiert sind, und das schließe ich überhaupt nicht aus, dann haben wir korrekt das zu analysieren und aus den Fehlern zu lernen, denen, die womöglich Leidtragende aus diesen Fehlern sind, aus diesen Fehlhandlungen sind, denen haben wir bestmöglich zu helfen. Das ist unser Auftrag in einer solchen Situation. (Beifall)

Dritter Präsident: Ich darf nochmals Herrn Landtagsabgeordneten Eidenberger ans Mikrofon bitten.

Abg. Dipl.-Päd. **Eidenberger:** Danke für die Möglichkeit, in aller Kürze antworten zu dürfen. Herr Landeshauptmann! Ich habe niemanden beschuldigt, ich habe bewusst Formulierungen gewählt, wo ich sage, „man kann sich des Eindrucks nicht erwehren“ usw. Das möchte ich ganz vorneweg stellen. Mir liegt es fern, in so einer Situation kleinkariertes, parteipolitisches Kapital herausschlagen zu wollen. Vielleicht genieße ich auch ein bisschen mehr Glaubwürdigkeit, wenn ich sage, dass ich nichts mehr werden möchte; ich werde wahrscheinlich bei

der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren, ich mache das aus persönlicher Überzeugung. Ich bin bei dir, wenn du sagst, Fehler werden dort gemacht, wo Menschen arbeiten, überhaupt keine Frage! Einmal hat man einen besseren Tag, einmal hat man einen schlechteren Tag, es kann immer etwas passieren. Nur: Worauf ich hingewiesen habe, das ist jetzt keine Anschuldigung, sondern das sind einfach ganz biedere Beweise. Ich habe mit hochdekorierten gerichtlich beeideten Sachverständigen gesprochen, parallel dazu habe ich mir die ganzen Kurven der diversen Pegelstände während des ganzen Ereignisses vom Internet kopiert; es gibt keine hydraulischen Gesetze, die erklären könnten, wie in der heißen Phase über 40 Stunden der Pegelstand in Mauthausen gleich bleiben konnte, im Unter- und Oberligabereich treten Phänomene zu Tage, dort haben wir schon extremes Abnehmen der Flüsse, dort haben wir das und das, dieses Zusammenspiel, genau um das geht mir es jetzt, da möchte ich jetzt genau qualitativ, objektiv, sachlich aufarbeiten ohne Emotionen aber auch ja nicht, dass das eine oder andere vertuscht wird.

Ich komme aus dieser Region und kenne fast alle Hochwasseropfer persönlich. Da wird das Schicksal dann doppelt so schwer ertragbar. Ich werde sicher keine Ruhe geben! (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Vertuscht wird ganz sicher nichts!") Das habe ich nicht gesagt. Hat mir doch der Herr Landesrat angeboten, eine objektive Aufarbeitung durch Fachleute aus Kassel zu veranlassen. Ich habe eine weitere Geschichte heute angeboten bekommen, wo sich auch, wie ich glaube, ein wertvolles Institut dafür bereit macht, vergleichen wir dann die Ergebnisse, es soll und darf so etwas nicht mehr vorkommen. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte einen Blick aufs Mühlviertel und aus meiner Sicht auf die letzten Tage machen. Wenn man sich das Mühlviertel anschaut, dann haben wir sehr, sehr viele Flüsse, gerade auch im Unteren aber auch im Oberen Mühlviertel, große und kleine Mühl, Rodl, Naarn, Aist, Ranna, Gusen usw. und im Süden auch noch begrenzt von der Donau. Das heißt, wir sind ein wasserreiches Land, eine wasserreiche Region, auf die wir auch stolz sind, immer wieder sind wir natürlich auch betroffen und bedroht von Hochwassern.

Wenn wir noch den Blick auf 2002 zurück machen und schauen, was war da, welche Bereiche waren da überflutet? Ich erinnere mich noch, ich bin gerade vom Urlaub zurück gekommen, Schwertberg versinkt, eine Firma mit zig Arbeitsplätzen versinkt. Auf den ersten Blick nur eine kleine Warnung, die Kläranlage in Pregarten ist überflutet, wenn man Pregarten dann sonst noch gesehen hat, dann weiß man, dass es nicht nur die Kläranlage war, sondern viele, viele andere Bereiche.

Auf der B127 konnten wir auch nicht Richtung Saurüssel fahren, weil hier auch die Rodl über die Straße gekommen ist. Genau auf diese Begebenheit damals wurde, wie schon gesagt, vieles aufgesetzt, es wurden viele HQ30-, HQ100-Zonen verändert, weil man gemerkt hat, die Wettersituation, die Regensituation, die Situation mit wasserführenden Flüssen hat sich verändert.

Wir haben ein umfangreiches Programm gestartet, es wurde heute schon oft gesagt, ich möchte es einfach noch einmal in Erinnerung rufen. Schwertberg war eines der ersten, es hat auch dieses Mal gewirkt, der Hochwasserschutz eines Objektschutzes aber auch, das ist das, was am mühsamsten ist, wirklich Aufweitungen, Retentionsflächen zu schaffen, um hier nachhaltig mehrere Regionen zu schützen. Genau so auch in Walding, Rottenegg, ich erinnere mich an die Eröffnung des Hochwasserschutzprojektes, wo eine Aufweitung passiert ist,

wo ein Objektschutz bei einem Haus gemacht wurde, wo es gemeinsam mit dem Kraftwerk hier Veränderungen gegeben hat. Die haben gewirkt, ich weiß, das ist kein Trost für all diejenigen, die heuer überflutet wurden, es macht mich und auch die Personen dort sicher, dass die Maßnahmen, die wir gemeinsam mit den Experten erarbeiten, auch greifen. Da ein Danke an all die Experten, die genau diese Projekte mit Bürgerbeteiligung, mit Einbindung der Gemeinden, mit dem Land Oberösterreich, mit dem Bund hier so umfangreich in den letzten Jahren erarbeitet haben. Nicht nur den Blick auf den Machland-Damm zu werfen, sondern auch viele kleinere Projekte. Es wurde heute auch schon angesprochen, viele Auffangbecken, die gemacht wurden, die Großes geleistet haben in dieser Zeit. Das tröstet und hilft nicht den jetzt Betroffenen, was aber tröstet und hilft, und vor allem auch die Zuversicht wieder stärkt in den Regionen, war diese enorme Hilfsbereitschaft, die Welle der Hilfsbereitschaft, die gekommen ist, in allen Bereichen.

Wenn ich denke Niederranna, das erste, was abgesoffen ist war das Feuerwehrhaus, die haben geschaut, dass sie das, was sie gebraucht haben herausbekommen haben, dann haben sie den Leuten, den Menschen geholfen, den Betrieben, den Gaststätten an der Donau, damit die noch was retten können, was noch zu retten war.

Auch in vielen Bereichen Ottensheim, Goldwörth, Walding, es hat der Bürgermeister schon vieles angesprochen. Ich weiß, wie belastet all diejenigen waren, vom Bürgermeister angefangen bis über den ganzen Krisenstab bei den Bezirkshauptmannschaften usw., den Feuerwehren, was da alles an Emotionen war. Ich kann vieles verstehen. Wenn man in Ottensheim steht, ich war dort auch zwei Tage in einem meiner Möglichkeiten entsprechenden Hilfeinsatz, dass das Hochwasser bei der Fähre um 1,30 Meter höher war als wie 2002. Wenn man dann die Berge an Schlamm gesehen hat, dann weiß man, das ist nicht vergleichbar. Da gebe ich allen Recht, das ist ein Donauhochwasser gewesen, und nicht eines das aus den Zubringerflüssen Gusen, Rodl usw. hervorgebracht wurde. Hier war es ganz klar, man hat das auch gespürt in der Bevölkerung neben der Feuerwehr, die als erste dort war und das Rote Kreuz, Bundesheer usw. aber auch viele Privatpersonen, die einfach einmal eine Schaufel, einen Besen und Putzeimer genommen haben und gesagt haben, so, wir wollen helfen. Ich weiß, es war oft nicht ganz einfach, weil die alle so schnell wie möglich helfen wollten, sich dann oft zurückgewiesen gefühlt haben, wenn sie oft nicht gleich in den Einsatz gekommen sind, oft war es notwendig die Feuerwehr arbeiten zu lassen, dann erst anzufangen, um die ärgsten Schäden noch zu beseitigen.

Von Ottensheim hat mich sehr schnell ein Anruf, eine SMS von einer Jugendgruppe ereilt, die sofort alles organisiert haben. Direkt am Ortsplatz, am Marktplatz ein Hilfszelt, wo alles zusammen laufen kann in Abstimmung mit der Feuerwehr, dass sich die Feuerwehr nicht darum kümmern muss, um die, die einfach helfen wollen. Es wurde eine Küche aufgebaut, ein Provisorium von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bis zu 200 Menschen dort mit warmen Essen verköstigt haben, das Essen haben wir teilweise in der Küche gemacht oder das haben uns die Leute gebracht, das haben wir dort aufgewärmt. Das Bundesheer war zum Beispiel auch froh, die haben gesagt, nach drei Tagen bekommen wir das erste Mal was Warmes zum Essen, das war auch für die ganz wichtig. Das alles war möglich, das war möglich, weil die Leute zusammen gehalten haben, weil sie miteinander da etwas gemacht haben.

Es war der Kindergarten offen, das ist schon gesagt worden, es war alles da, wenn jemand gesagt hat, ich brauche das und das, dann haben das die Leute organisiert, die haben gesagt, wir schicken euch jemanden. Ich war in der Hofmühle putzen, weil die haben überhaupt nicht mehr ausgesehen bei den Fenstern, die haben gesagt, tut uns die Fenster weg, wir

wollen wieder ein ansehnliches Haus, damit wir einen ersten Schritt machen können in eine Normalität, ich glaube, das war einfach ganz wichtig.

Das Cafe Casagrande ist schon angesprochen worden, Isabella war am zweiten Tag, wie ich dort war noch verzweifelt. Sie hat gesagt, ich mache nicht mehr auf, ich tue das nicht mehr, mittlerweile, du hast es gesagt, es steht heute schon auf der Homepage, sie macht wieder auf, weil die Leute gesagt haben, wir haben die Kaffeemaschine gerettet, wir haben die Teigmaschine gerettet, wir stellen dort eine Budel auf, nur damit du wieder ein Stückchen Normalität leben kannst, dir ein paar Euro dazuverdienen kannst, weil die steht ohne ihre Existenz da. Da sind Existenzen weg, alleine in Ottensheim von drei Betrieben, alle anderen kenne ich nicht so gut, ich bin in Ottensheim mehr daheim, weil meine Tochter dort wohnt.

Der Damm bei der Schlosswiese, am Montag am Abend hat es geheißen, alle Keller trotzdem ausräumen, schauen was irgendwie sein kann, wenn der Damm nicht hält. Da wirklich ein Dank an alle Landesbediensteten, an die Fachexpertinnen und Fachexperten, die sofort gekommen sind, die sind mit dem Geologen hingefahren, haben geschaut, was ist zu machen, dann war sofort ein Caterpillar da, dann war der Schotter da, damit man den Damm noch retten kann. Wenn der bricht, dann sind viele Wohnungen überschwemmt, viele neue Wohnungen, neue Häuser überschwemmt. Das war wirklich ein getimtes Abstimmen, Rudi, du warst dort, hast es dort vor Ort gesehen, die Leute haben gesagt, Gott sei Dank waren die Geologen so schnell da und haben die nötigen Maßnahmen in die Wege geleitet, mit Feuerwehren usw. Da sieht man, es hat wirklich alles ineinander gegriffen, es haben alle, das ist auch schon gesagt worden, geschaut, was ist zu tun, was müssen wir als Nächstes machen? Ich denke helfen ist eines, die finanzielle Unterstützung ist das Wichtige, auch damit die wieder aufbauen können. Aber auch das Mut machen, zu sagen, wir stehen hinter euch. Ich habe von vielen gehört, alleine, dass es geheißen hat, wir machen eine Studie, was können wir alles tun in Ottensheim, was können wir tun im Eferdinger Becken? Es hat ihnen soviel Zuversicht gegeben, dass sie gesagt haben, wir packen es wieder an, wir können nicht einfach warten auf das nächste Hochwasser, wir wollen nicht einfach zuschauen, wir wollen ja nicht weggehen. Es hat ja wirklich geheißen, ja wir vertrauen der Politik, wenn wir es jetzt wirklich konkret angehen.

Wir müssen genau hinschauen, was kann man besser machen, was waren die Fehler, dass die Vorhersagen in vielen Bereichen schneller eingetroffen sind oder höher waren als in anderen Bereichen? Was kann besser gemacht werden, wie müssen wir unsere Hochwasserzonen verändern, was hat sich aus diesen Erkenntnissen wieder ergeben? Es ist ja schon gesagt worden, Schuldzuweisungen helfen nicht wirklich, Fehler von Menschen, die arbeiten, können passieren. Ich glaube, wichtig ist es darauf zu schauen, und ein Dank an die Hydrographen und an alle, die in den Kraftwerken, ich weiß selber, mein Vater und mein Großvater haben sehr lange im Kraftwerk Aschach gearbeitet, was das für eine Anspannung ist, die Listen, diese ganze Wehrbetriebsordnung, die ja genau festgelegt worden ist, genau festgelegt wird, wann ist was zu machen, die es auch verantwortungsvoll machen. Wo ich mir bewusst bin, dass die auch keine ruhige Minute gehabt haben und nicht schlafen haben können, weil sie wirklich auch das Beste unterstützend wollten für alle, die dort helfen und die Betroffenen dort.

Es ist die Abfallentsorgung schon angesprochen worden, wenn man gesehen hat, am zweiten Tag ist schon ein riesengroßer Schredder da gewesen, man hat das ganze Material weggegeben, man hat das Holz zerschreddert, weil wenn du das siehst, jeden Tag vorbeigehst, wo deine Möbel am Haufen liegen, wo deine ganze Einrichtung vom Kaffeehaus liegt, dann glaube ich, wird die Verzweiflung noch größer, da hat alles ineinander gegriffen, das

war kein Thema. Wir müssen jetzt auch noch mit den ExpertInnen schauen, was müssen wir verändern, wie können wir auch eben solche Dämme reparieren usw.? Ich glaube, die Menschen brauchen Mut und Zuspruch, sie brauchen auch, das ist auch der Appell an uns alle, auch wieder manuelle Hilfe beim Einräumen und beim Aufbauen. Das ist schon gesagt worden von der Kollegin Tausch, die Leute können jetzt sechs bis acht Wochen nicht in die Häuser, es muss jetzt alles geputzt werden, es muss alles ausgemalt werden, es muss wieder alles eingeräumt werden, auch da braucht es wieder Hilfsdienste. Ich glaube, gerade da sollen wir drauf schauen, dass wir auch das wieder organisieren, dass die Menschen da unterstützt werden.

Wichtig ist natürlich auch, dass man die schon fast fertig gestellten Projekte weiter zieht. Wie viele Punkte alleine bei einem Projekt wie an der Aist, im ganzen Aist-Gebiet, wo ein Gemeindeverband unter der Führung des Bürgermeisters aus Gutau mit den betroffenen Anrainern schaut, wie können wir mit den Experten einen wirksamen, nachhaltigen Hochwasserschutz machen? Was da alles bedacht werden muss, da sieht man, dass das nicht Projekte von heute auf morgen zum Umsetzen sind, aber eben zügig mit den Betroffenen auch vereinbart werden. Hier, glaube ich, ist das Fenster, jetzt die restlichen Menschen, die gesagt haben, das brauchen wir alles nicht, wirklich zu überzeugen, ja wir müssen schnell handeln, wir müssen auch das Dank der 15a-Vereinbarung bekommene Geld schnell hier umsetzen, damit diese Projekte gemacht werden.

Eines ist mir schon auch noch ganz wichtig, das sind kleine Maßnahmen, das kann ein jeder im eigenen Haus selber machen, zum Beispiel die Öltanks. Ich bin durch Alkoven gefahren oder bei Alkoven vorbei gefahren, da habe ich gemerkt, dass immer noch Ölschlieren auf der Straße und auch teilweise in den Häusern gewesen sind. So schnell wie möglich umsteigen und weg vom Öl, die, die erst eine Ölheizung gemacht haben, dann müssen die die Öltanks unbedingt ins Erdgeschoß geben, um so sicher wie möglich vor dem Hochwasser zu machen. Das war eben genau das, dass so viele Öltanks aufgeschwommen sind, weil sie halb-leer waren, dann eben auch die Leitungen gebrochen sind und ausgeronnen sind.

Es ist schon gesagt worden, wir brauchen klare Regelungen für Umwidmungen und Widmungen in HQ30-Zonen, aber auch für rechtsverbindliche Möglichkeiten für Rückwidmung. Wer zahlt das? Das haben wir im letzten Unterausschuss in der letzten Periode sehr heftig diskutiert, wie geht man damit um, wenn man draufkommt, es ist ein Baugrund gekauft worden, wer ist da verantwortlich, wenn wir rückwidmen? Ich glaube, wir müssen rückwidmen, wir müssen hier eine faire und eine saubere Lösung finden, weil die Entschädigungen dann nachher der Allgemeinheit kosten, aber auch den Betroffenen, um's Ganze mehr, als wenn man hier auf etwas verzichtet.

Ich möchte noch anschließen beim Kollegen Pilsner, der gesagt hat, wir müssen wieder einen Unterausschuss gründen, damit die Gemeinden mitreden können. Damit die Gemeinden mitreden können, brauchen wir keinen Unterausschuss, da müssen wir genau das machen, was wir in den letzten Jahren vorgezeigt haben, Projekte gemeinsam aufzusetzen mit Gemeindeverbänden zusammen, damit eben alle eingebunden sind, damit es hier auch zu einer sehr nahen Beziehung vor Ort kommt. Wenn die Leute wissen, da tut einer nicht mit, dann kann ich den Druck in der Region eigentlich am meisten aufbauen, ich glaube, das ist eigentlich das, was in dem einen Antrag angesprochen worden ist. Wie können wir einen Druck auf diejenigen machen, die sagen, wir brauchen das alles nicht? Das geht eben mit gemeinsamen Gemeindeverbänden, wo eben solche Hochwasserprojekte gemacht werden.

Ich möchte einfach abschließend wirklich einen Dank an alle sagen, vor allem auch die vielen, die man nicht sieht, die diese Projekte gemacht haben in den letzten Jahren, die jetzt die ganzen Untersuchungen machen, die jetzt auch die Schäden erheben, draußen sind und wirklich oft konfrontiert sind mit sehr viel Emotionen, teilweise auch mit sehr vielen Schuldzuweisungen, was alles nicht gepasst hat. Wir müssen auch dort hinschauen, was hat gepasst, was können wir daraus lernen aus diesen Hochwasserschutzmaßnahmen der letzten Jahre, was können wir vom jetzigen nützen an Erfahrungen, um einen besseren Hochwasserschutz auch für diese Bereiche, die jetzt überflutet wurden, erreichen? Nicht auf Kosten von anderen, sondern wirklich gemeinsam die ganze Strecke der Donau. Wir haben es gesehen von Passau weg bis runter nach Niederösterreich, es verschiebt sich vieles, wir müssen gemeinsam schauen und gemeinsam entwickeln, nur so bekommen wir wirklich einen nachhaltigen Hochwasserschutz für ganz Österreich oder eben auch in Europa, wenn man sich die anderen Bilder aus Deutschland anschaut. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schillhuber.

Abg. **Schillhuber:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Mitglieder des Landtags! Das Hochwasser hat mehrere Auswirkungen, das Donau-Hochwasser bringt die Überflutungen, die vielen Niederschläge haben auch in unserer Region zu einer der größten Rutschkatastrophen Oberösterreichs geführt, nämlich Österreichs geführt, es ist die zweitgrößte nach dem Gschlifgraben. In der Gemeinde Großraming rutschen derzeit zirka 50 Hektar Richtung der Ortschaft, und es sind insgesamt dort 15 Häuser gefährdet, eines ganz besonders. Das heißt, dass Hochwasser nicht nur Wasser im Fluss bedeutet, sondern auch in der Landschaft gravierende Auswirkungen haben kann. Derzeit sind in Großraming 40 Bundesheersoldaten, elf Bagger, 30 Lastwägen und die kleine Feuerwehr Brechgraben dort in dieser Ortschaft im Einsatz, weil die genau vor Ort wissen, was dort zu machen ist und wie die Sicherheit der Bürger dort gewährt wird. Das heißt, wir müssen nicht nur auf das Wasser in den großen Flüssen aufpassen, sondern wir müssen auch diesen Menschen, die durch Regenfälle, durch Aufweichungen des Unterbodens gefährdet sind, in Zukunft Sicherheit geben, damit solche Rutschungen womöglich nicht passieren.

Ich darf allen, die ihren Einsatz dort bringen, recht herzlich danken, dass das so funktioniert. Die Frau Präsident hat schon vorher darauf hingewiesen, was in der Stadt Steyr passiert ist. Es ist wirklich wahr. Wenn sich Gemeinde, Stadt, Land Oberösterreich bemühen Hochwasserschutz auszubauen, dann sieht man, dass das erfolgreich ist. Die Frau Präsident hat die Masse und das alles genannt. Ich möchte einen Punkt sagen. Um 1,70 Meter ist bei derselben Menge das Wasser dieses Mal tiefer gewesen. Um 1,70 Meter sind viele Wohnungen, Häuser verschont geblieben. Das heißt, dass unsere Beamten in Oberösterreich ordentlichen Hochwasserschutz planen und das haben wir in Steyr jetzt ganz genau erlebt. Die Bezirkshauptmannschaft und alle Mitarbeiter, die Mitarbeiter der Straßenmeisterei und die Mitarbeiter der Güterwegsmeistereien in unserer Region haben dafür gesorgt, dass der Verkehr aufrecht geblieben ist, dass die Straßen wieder rasch repariert wurden und das ist vor allem in einem bergigen Gebiet wie dem Bezirk Steyr ganz wichtig und ist erfolgreich gelungen. Danke dafür. (Beifall)

Dritter Präsident: Mir liegt jetzt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der gemeinsamen Erklärung betreffend die Hochwasserkatastrophe 2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wobei ich feststelle, dass für den Beschluss eine einstimmige Annahme erforderlich ist. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass die gemeinsame Erklärung einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 887/2013, das ist der Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Natur- und Landschaftsschutz betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Oö. Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2013). Ich bitte Herrn Abgeordneten Ing. Mahr über die Beilage zu berichten.

Abg. Ing. Mahr: Beilage 887/2013, Bericht des Ausschusses für Wohnbau, Natur- und Landschaftsschutz betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Oö. Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2013). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 887/2013.)

Der Ausschuss für Wohnbau, Natur- und Landschaftsschutz beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Oö. Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2013), beschließen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile Herrn Ing. Mahr das Wort.

Abg. Ing. Mahr: Danke. Zu dieser Novelle möchte ich vielleicht überblicksmäßig einige wichtige und interessante Aspekte sagen. Ein Punkt ist die Berücksichtigung von Alimentationszahlungen im Bereich der Wohnbeihilfe nicht nur jetzt beim Leistenden, sondern auch beim Empfänger oder bei der Empfängerin. Gleiche Regeln für Waisenrente. Ein weiterer Punkt ist die Fördervoraussetzung für Personen, die nicht den Österreichern gleichgestellt sind, das heißt Einkommen nicht nur kurzfristig, sondern auch über einen längeren Zeitraum erzielen können. Die Klarstellung, das Förderdarlehen auf verschiedenen Arten verrechnungsseitig abgewickelt werden können, wenn die Belastungen des Förderungswerbers gleich bleiben. Die Geltung von Einkommensgrenzen bei Sanierung, wenn die Objekte oder Teile davon neu vermietet oder verkauft werden. Die Ausweitung der Möglichkeiten für den vorzeitigen Baubeginn, Möglichkeiten nachträglicher Zustimmung und die Regelung, dass Träger der gesetzlichen Sozialversicherungen, Finanzbehörden, Magistrate, Gemeinden und Träger der bedarfsorientierten Mindestsicherung jene Auskünfte erteilen müssen, die zum Zweck der Feststellung der Förderung notwendig sind. Soweit einmal ein globaler Überblick.

Ich möchte ganz gerne einmal auf die finanziellen Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften eingehen. Die halten sich relativ gering. Es ist lediglich ein LD 14-Posten als Mehraufwand. Die Einsparungen auf der einen Seite sind aber durch die Anrechnung der Unterhaltsleistungen bei der Wohnbeihilfe als Einkommen von geschätzten 2,4 Millionen Euro und durch die Voraussetzung des Mindesteinkommens bei der Wohnbeihilfe von etwa 1,2 Millionen Euro. Diese Einsparungen sind natürlich nicht budgetwirksam, sondern weil sie ja für Zwecke der Wohnbauförderung zielgerichtet wieder eingesetzt werden. Was bedeutet das für die Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft sprich der Damen und Männer? Die Regelung, wonach Voraussetzung für den Bezug von Wohnbeihilfe ein bestimmtes Mindesteinkommen ist, trifft nicht die sozial benachteiligten Personen, weil diese zum Beispiel der Bezug einer Mindestsicherung als Einkommen sowieso zu werten ist. Vielmehr sind von dieser Regelung jene Personen erfasst, deren familiäres Umfeld so gut situiert ist, dass ein Wohnen ohne Erzielen von eigenen Einkommen ermöglicht wird.

Es gibt natürlich dann auch für Studierende Sonderregelungen. Studienbeihilfen, das sind ja diese Beihilfen im Sinne des Paragraph Studienförderungsgesetz für im gemeinsamen Haushalt lebende Studenten soll nicht bei der Berechnung des Haushaltseinkommens berücksichtigt werden, weil diese zur Abdeckung der durch das Studium verursachten finanziellen Belastungen dienen. Völlig klar.

Weiters werden die Einkünfte aus einem verpflichtenden Praktikum der Lehrlingsentschädigung gleichgestellt und nicht ins Haushaltseinkommen eingerechnet, detto für die Waisenrente. Eingerechnet werden sollten hingegen natürlich die Einkünfte aus Feriertätigkeiten dem Einkommen, weil diese ja nichts anderes oder nicht anders zu bewerten sind wie die Einkünfte aus sonstigen kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen.

Drittstaatsangehörige, ein weiterer Punkt. Personen, die in Österreich fünf Jahre, sprich 60 Monate hier sind, sollen davon mindestens 36 Monate oder drei Jahre lang Einkünfte erzielen und erst dann sollen sie berechtigt sein, eine Wohnbauförderung zu bekommen.

Die Wohnbauförderung, sei es jetzt die Errichtungsförderung, die Sanierungsförderung oder die Wohnbeihilfe ist ja keine Kernleistung als solches der Sozialhilfe. Die Anforderungen dieser Richtlinie betreffen die Kernleistungen, die in Oberösterreich durch das Oberösterreichische Mindestsicherheitsgesetz ja abgedeckt sind.

Ein wesentlicher Punkt erscheint mir auch noch aktuell die Berechnung der Wohnbeihilfe bei einem Förderungswerber, der Alimentationszahlungen an nicht in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Kinder leistet, der nämlich bis 162 Euro pro Kind beim Einkommen abgezogen bekommt. Beim Empfänger werden diese jedoch beim Einkommen nicht berücksichtigt. Durch diese Gesetzesänderung soll sowohl der eine als auch der andere berücksichtigt werden. Wir finden das sozial gerecht. Der Bezug von Waisenrenten sollte so wie der Bezug von Unterhaltszahlungen für Kinder angerechnet werden zum gemeinsamen Haushaltseinkommen. Diese Bestimmungen sind notwendig, sind erforderlich, weil die Wohnbeihilfe als Subjektförderung im Gegensatz zu den Objektförderungen eine soziale Hilfe darstellt, deren soziale Treffsicherheit einfach verbessert werden musste. Summa summarum glaube ich, dass diese Novelle sozial ausgewogen ist. Dass diese Novelle eine Basis legt dafür, dass das Land Oberösterreich auch in Zukunft 2000 geförderte Wohnungen finanzieren kann. 2000 geförderte finanzierte Wohnungen bedeuten nicht nur sozial für jene Leute Arbeit, die im Bau- und Baunebengewerbe beschäftigt sind. Es bedeutet auch, dass der Dienstgeber seine Aufträge hat und dass diese Leute einfach damit rechnen können, auch in Zukunft einer geregelten Arbeit nachzugehen. Somit ist glaube ich das Wohnbauressort und der Wohnbaulandesrat ein Garant dafür, dass für viele Menschen Arbeit das höchste Gut ist und dass sie wissen, dass sie einen sicheren Arbeitsplatz haben. Ich würde Sie daher ersuchen, dieser Novelle zuzustimmen. (Beifall)

Dritter Präsident: Wird dazu das Wort gewünscht? Ich erteile Herrn Abgeordneten Makor das Wort.

Abg. **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor nunmehr gut dreieinhalb Jahren hat Landesrat Haimbuchner das Wohnbauressort übernommen. Wir alle haben seine Ankündigungen und auch Vorhabensberichte, Pressekonferenzunterlagen, was da eben sozusagen zu erwarten sei, noch mehr oder weniger gut in Erinnerung. Auch zurzeit ist seitens der FPÖ im beginnenden Vorwahlkampf Richtung Nationalratswahl in großen Lettern von gerechten Mieten die Rede und die FPÖ als selbsternannte soziale Heimatpartei die Rede. Also günstiger Zeitpunkt, um einmal über diese dreieinhalb Jahre eine kurze Bilanz zu ziehen.

Der Status quo, was den Wohnungsmarkt in seiner Breite in Oberösterreich betrifft stellt sich zur Zeit jedenfalls so dar, dass laut Mieter- und Immobilienpreisspiegel der Wirtschaftskammer, also wir behaupten eine eher für Sozialdemokraten unverdächtige Quelle, wenn man sie zitiert, wir in diesen Jahren eine überdurchschnittliche, ganz dramatisch überdurchschnitt-

liche Entwicklung bei den Mietpreissteigerungen hatten, die ganz deutlich über den durchschnittlichen Lohnsteigerungen liegt und auch ganz deutlich über der Inflationsrate liegt. Das heißt, und natürlich ist das nicht nur eine Entwicklung, die wir ausschließlich in Oberösterreich haben, aber gerade im Zentralraum und in den Städten ist und wird auch festgehalten, ist die Entwicklung, was die Mieten betrifft in Oberösterreich, in den letzten Jahren als dramatisch anzusehen.

Das Ergebnis ist das, dass mittlerweile ein Viertel der Haushalte in Oberösterreich die Hälfte oder mehr als die Hälfte ihres Einkommens für den Erhalt ihres Wohnraums ausgeben müssen. Das ist, wenn man sich die Lebenssituationen der Familien der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher anschaut, eine dramatische Entwicklung.

Gleichzeitig haben wir in diesen Jahren festzustellen, dass es einen zusätzlich gestiegenen Wohnraumbedarf gibt. Das heißt, auch in der bereits zitierten Studie des Amtes der Landesregierung wird darauf hingewiesen, dass trotz der Wohnbauleistung der vergangenen Jahre und Jahrzehnte die Nachfrage und auch der Bedarf an Wohnraum stetig gestiegen ist. Jene, die tatsächlich primär Wohnraum suchen, in den letzten Jahren nicht gesunken, nicht gleich geblieben, sondern ebenfalls angestiegen sind. Gleichzeitig haben wir notorisch niedrige Wohnbaubudgets. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Debatte beim Budgetlandtag vergangenen Jahres erinnern. Die Budgets für den Wohnbau in Oberösterreich liegen seit 2010 teils deutlich unter den Budgets, wie sie noch in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 waren. Wo die Budgets in einer Größenordnung von über 300 Millionen Euro relativ konstant gehalten wurden. In den letzten Jahren mit 275, 253 und veranschlagte für heuer 289 Millionen Euro das Auslangen gefunden hat. Gleichzeitig ist in diesen dreieinhalb Jahren sehr viel über Reformen im Wohnbaubereich diskutiert worden. Wenn man dann genauer analysiert, was denn die Substanz dieser Reformen in den letzten beiden, in den letzten drei Jahren war, so kommt man im Wesentlichen auf Kürzungen und Reduzierungen, die sich teils dramatisch bei den Betroffenen auswirken. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Novelle der Wohnbeihilfenverordnung 2012 erinnern, wo bereits durch die Reduktion des maximal anrechenbaren Wohnungsaufwandes von fünf Quadratmeter es pro Person zu schmerzhaften Einbußen für rund 20.000 Haushalte gekommen ist. Da reden wir von Beträgen, die in die mehreren hundert Euro pro Jahr gehen können. Da sind die Betroffenen nicht irgendwelche gut verdienenden Menschen in Oberösterreich, die derartige Reduktionen so mir nix dir nix verschmerzen können. Sondern betroffen von den Wohnbeihilfenreduzierungen und ich bin erst bei der von 2012, sind jene in unserer Gesellschaft, jene in Oberösterreich, die wir auch nicht im Stich lassen sollten. Jene in Oberösterreich, die auf Grund eines sehr geringen oder minimalen Einkommens sich den Aufwand für ihre Wohnungen nicht mehr leisten können.

Nächste Reform war dann die Reduzierung maßgeblicher Bestimmungen bei der Barrierefreiheit. Das war die Oberösterreichische Eigentumswohnungs-Verordnung 2012. Dann hat es die Wohnhaussanierungs-Verordnung I und II gegeben, bei der die Förderung des nachträglichen Lifteinbaus insofern verschlechtert wurde, weil Subventionen Dritter in Anrechnung gebracht wurden bei den Berechnungen, wie denn die Förderung ausschaut. Mit dem Ergebnis, dass der nachträgliche Lifteinbau de facto sich gegen Null orientiert und auch nicht mehr gemacht werden kann, weil er nur möglich war, weil manche Gebietskörperschaften, das waren die Städte, was dazugezahlt haben, weil es sonst auch nicht finanzierbar gewesen wäre.

Dann haben wir die Neubauverordnung 2012. Wo es zu massiven Verschlechterungen beim betreuten Wohnen gekommen ist. Nämlich jene der Finanzierung. Was de facto, ohne dass

es im Gesetz dezidiert geschrieben werden musste, zu einem Aus für das betreute Wohnen gekommen ist. Und so, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht es nunmehr mit der heutigen ersten Wohnbauförderungsgesetz-Novelle weiter. So geht es weiter, weil für manche Betroffene in Oberösterreich wird es böses Erwachen im kommenden Jahr oder in den folgenden Monaten geben. Wenn sie spätestens bei der nächsten Antragstellung drauf kommen, was denn durch diese Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes und der daraus resultierenden womöglich Änderung oder wahrscheinlichen Änderung der Verordnung auf sie zukommt. Es haben heute in der Früh das Frauenbündnis "8. März", das weit über die sozialdemokratischen und Grünen Frauen hinaus geht, auch im Landhauseingang darauf aufmerksam gemacht, dass es unzumutbar, ungerecht und unfair und letztendlich eine eiskalte Kürzung ist, wenn die Alimentationszahlungen zukünftig als Einkommen oder als Einkommensbestandteil dazugerechnet werden, weil das zu massiven Kürzungen bei diesen Alleinerziehenden, in der Regel sind das Frauen, aber es können auch Männer sein natürlich, führen wird. Wir sprechen da vor allem in speziellen Fällen von Reduzierungen von 960 Euro jährlich, das denen ganz, ganz bitter in ihrem persönlichen Budget abgehen wird. Die letztendlich vor einer hoffnungslosen Situation stehen werden, weil sie im nächsten Jahr nicht wissen werden, wo diese rund 1.000 Euro letztendlich herkommen werden. Ich finde es zynisch, dass auch im Reformpapier und auch bei den erläuternden Bemerkungen des Gesetzes eigentlich klar und präzise und mathematisch korrekt geschildert wurde, dass davon 2.500 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher betroffen werden, denen 2,4 Millionen Euro zu dem, was sie im Vergleich bisher bekommen haben, weggenommen, ersatzlos gestrichen wird.

Es ist dem Grunde nach unfassbar, dass man derartiges mir nichts, dir nichts machen kann. Ebenso bei den Studierenden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Jenen, die kein Stipendium beziehen und jenen, die nicht berufstätig sind, also in der klassischen, zwar unscharfen, aber klassischen Analyse jene Studierenden des Mittelstandes wird im Vergleich zu den bisherigen Regelungen, sofern sie bisher Wohnbeihilfe bekommen haben zur Bestreitung ihres Wohnungsaufwandes, die Hälfte dieser Wohnbeihilfe genommen und was wird das Ergebnis des Ganzen sein?

Wenn sie es sich nicht leisten können, werden sie zusätzlich arbeiten gehen müssen und wir beklagen dann auch in dem selben Kreis da herinnen wieder, dass die Studien um ein, zwei, drei Semester länger sein werden müssen und wer denn das alles letztendlich zu bezahlen hat, denn volkswirtschaftlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird das wohl keinen Sinn machen.

Und das Dritte, und dabei handelt es sich meiner Meinung nach nur noch um eine symbolische Politik, weil mit tatsächlichen Einsparungen hat das nichts mehr zu tun. Ich will ja nicht sagen, dass es sich um eine Bösartigkeit handelt, aber die Ferialjobs von Kindern bei Wohnbeihilfenempfängern als Einkommen dazu zu rechnen, das bedeutet in der Zukunft, dass genau bei jenen Familien, wo man schauen will, dass sich die Kinder aus der Sozialsituation lösen können, wo es gut ist, wenn die in einer Oberstufe zum Beispiel Ferialjobs machen oder auch Ferialjobs machen müssen, damit sie sich irgendetwas selber leisten, einen Mopedführerschein oder irgend eine Kleinigkeit, oder dass sie auch einmal fort fahren können.

Das ist doch die Situation bei so vielen Familien, die nicht so begütert sind, dass halt die Kinder dann in den Ferien einen Monat arbeiten gehen, damit sie sich dann irgend eine Kleinigkeit leisten können. Genau bei denen würde es dann so sein, dass beim Ansuchen im nächsten Jahr diese 700 oder 800 Euro, weiß Gott, was die in ihrem Ferialjob großartig be-

kommen, als Einkommen dazu gezählt werden und das genau bei jenen Grenzfällen dann auch eins zu eins reduziert als minimierte Wohnbeihilfe ankommen wird.

Na gute Nacht. Das kann doch nicht wirklich Sinn und Absicht des Gesetzgebers sein, dass man für diese paar Spezialfälle da derartige Eingriffe macht und quasi auf das Gehalt der Kinder, das ist ja nicht einmal ein Gehalt, auf diesen Aushilfsjob der Kinder zurück greift und dadurch die Wohnbeihilfe reduziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Besonders zynisch finde ich es, wenn das dann damit argumentiert wird, dass nur durch diese Einsparungen, und für uns Sozialdemokraten sind es eiskalte Einsparungen, wenn nur durch diese Einsparungen die zukünftige Wohnbau- bzw. Neubauleistung aufrecht erhalten werden kann, weil es ja so auch nicht stimmt. Und wir haben bei der letzten oder vorletzten Landtagssitzung schon einen Disput über die von dir selbst vorgelegten Zahlen gehabt.

Trotz all dieser Einschnitte der letzten Jahre hast du zu verantworten, dass im Mietwohnbaubereich die niedrigsten Neubauquoten zu verantworten sind. Im Jahr 2010 mit 1.261 Wohnungen. Das ist in dem Jahrtausend noch nie vorgekommen, dass man so wenige Mietwohnungen errichtet hat und es wird nur, (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Es gibt halt keine Eigentumswohnungen mehr! Kein roter Bauträger baut Eigentum!") es freut mich, wenn es Eigentumswohnungen gibt, aber es wird unbestritten sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Rote Bauträger haben kein Eigentum mehr!") Und darum geht es sozusagen. Wenn es darum geht, die Wohnraumsicherung gerade für die Leute, die es am aller notwendigsten haben, wirst du mit Eigentumswohnungen schwer tun, sondern wird es um Mietwohnungen gehen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Die Roten haben keinen Antrag mehr für Eigentumswohnungen eingebracht!")

Du hast es auf jeden Fall zu verantworten, dass dies, (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Merke ich mir vor! Ich muss es mir aufschreiben!") Herr Landesrat, wir wollen alle jenen, die sich eine Eigentumswohnung leisten können und die die kaufen können, vergönnen wir sie gerne. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Die werden es sich auch nur leisten können mit Hilfe einer Förderung!")

Freut mich, aber das kann nicht zulasten des Mietwohnbaus gehen und damit indirekt verursachen, dass der Druck im Kessel auf die Mieten noch erhöht wird, weil die Nachfrage einfach nicht mehr annähernd gedeckt werden kann. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Wirtschaftspolitischer Unsinn!") Du kannst es selbst erklären. Du hast die wenigsten Mietwohnungen gebaut. Um das kommen wir leider nicht herum. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Der aktuelle Markt ist mietentechnisch völlig uninteressant!")

Für dich, ja. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Nein, es gibt ein Angebot an Wohnungen und gleich, ob es Mietwohnungen sind oder Eigentum, die Wohnungen stehen zur Verfügung!") Ich bin noch am Wort, das ist das Problem. Ich halte es nur für bedauerlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, und markant für den Wohnbaureferenten, dass er die Wirkungen und Ursachen von Mieten, die sich ganz radikal unterscheiden bei geförderten gemeinnützigen Wohnbauträgern oder im privaten Wohnungsmarkt nicht differenziert.

Das ist schon markant, weil dann erkennt man genau die Zusammenhänge nicht, wie sich denn langfristig Mieten entwickeln, unterschiedlich, ob es privat vermietete Wohnungen sind

oder nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines steht jedenfalls fest. Die Sozialdemokratie kann und wird dieser Wohnbauförderungsgesetznovelle nicht zustimmen.

Wir werden ihr nicht zustimmen, weil es eiskalte, unzumutbare Einschnitte in einem ganz, ganz großen Ausmaß und Umfang sind, dem wir niemals so zustimmen können. Im Gegenteil. Der Zugang, Herr Landesrat, kann aus unserer Sicht nur jener sein und die Zukunft im Wohnbau, dass man durch vermehrte Wohnbautätigkeit und ganz egal ob Miete oder Eigentum, aber bei der Miete bist du säumig. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: "Jetzt ist es plötzlich egal!") Weil du da zu wenig gemacht hast. Durch zusätzlichen Wohnbau, wo wir auch eine zusätzliche Finanzierung brauchen. Das haben wir ja auch nicht verhehlt. Unser Antrag für Sonderwohnbauprogramme, für zusätzliche 1.000 Wohnungen liegt ja im zuständigen Unterausschuss.

Durch zusätzlichen Wohnbau, durch zusätzliche Mietwohnungen in erster Linie, kann man den Druck am Wohnungsmarkt so wegnehmen, dass die Mieten zumindest nicht mehr in dieser Dimension steigen, wie sie sich zurzeit darstellen. Und dann wird es, wenn es auch noch gelingt sozusagen die Einkommen halbwegs wieder in das Lot zu bringen, wird es auch gelingen den Umfang der Wohnbeihilfenauszahlungen zu reduzieren, weil die Leute womöglich gar nicht mehr darauf angewiesen sind. Aber es einfach zu kürzen bei stetig steigenden Mieten, das ist sarkastisch und findet nicht unsere Zustimmung. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mag. Stelzer.

Abg. **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Ich habe ja ein gewisses Verständnis dafür, zumindest polittaktisch, wenn sich jene Fraktion, die zwar Jahrzehnte lange den Wohnbaureferenten gestellt hat, aber sich in dieser Periode entschieden hat, weil sie das Ressort selbst nicht mehr führt, auch bei keinen Reform- und Erneuerungsschritten im Wohnbau mitzumachen, dass man sich dann herbeireden muss, wo da die Argumente liegen.

Ich möchte jetzt gerade auf meinen Vorredner eingehen und ein paar Fakten zum Thema Wohnen in Oberösterreich auch sagen, weil zum Beispiel der Immobilienpreisindex, der hier genannt wurde, wie bekanntermaßen sich ja "nur" auf den frei finanzierten Wohnungsbereich bezieht. Dort liegen wir bei 6,04 Euro im Schnitt pro Quadratmeter. Man höre und staune, das rot geführte Wien liegt um mehr als 50 Prozent darüber bei 9,11 Prozent und weil wir schon bei Wien sind.

Es hat auf Wiener Ebene ein konkretes Angebot zum Thema Vergünstigung des Lebens, auch beim Wohnen, gegeben. Auf Bundesebene, wo beispielsweise der Vizekanzler Spindelegger vorgeschlagen hat, reden wir doch über einen Art Gebührenstop. Schauen wir uns an, warum gerade in den großen Städten wie in Wien und Linz die Gebühren das Wohnen neben den Mietpreisen um ein Vielfaches teurer machen. Reden wir doch darüber.

Da gibt es ohne Diskussion ein glattes Nein heute noch dazu pikanterweise vom Sozialminister, der von der SPÖ gestellt wird. Also so viel zum Thema, wo ihr redet und wo ihr handelt. Das sind einfach zwei paar Schuhe und das ist leider ein totaler Widerspruch. (Beifall) Und das sage ich auch deshalb, weil wir im Unterausschuss durchaus einige Ideen von euch diskutiert haben. Da ist es darum gegangen die öffentliche Hand möge doch zum Beispiel Grundstücke zur Verfügung stellen oder man soll das zumindest überlegen, damit dann dort der dringend geforderte Wohnungsbau passieren kann.

Da würde ich nur empfehlen einen Blick in die Landeshauptstadt Linz zu werfen. Da ist ein riesen Areal wohnungstechnisch entwickelt worden, was ja durchaus Sinn macht. Ehemals hat das Frachtenbahnhof geheißen, dann ist entgiftet worden und so weiter und sofort und jetzt heißt es grüne Mitte. Was ist da passiert? Die Stadt Linz, also die öffentliche Hand, hat die Grundstücke angekauft und hat dann aber die Grundstücke nicht im Sinne von Baurechten oder irgendwas zur Verfügung gestellt, sondern hat gesagt, wer dort bauen will, der soll gefälligst die Grundstücke zuerst kaufen.

Also wurde gesagt: Wohnbauträger, leg das Geld für den Grund auf den Tisch und dann kannst du auch noch darauf bauen. Also wieder so ein typisches Beispiel, wo ihr etwas sagt und wo dann das Gegenteil dort getan wird, wo ihr Verantwortung trägt. Was auch nicht ganz zusammen passt, ist die angeblich notorische Unterdotierung des Wohnbaus und da wird ja immer auch gesagt, gerade im Zentralraum ist das so schlimm.

Ich habe ja aus jüngster Zeit eine Meldung des Linzer Bürgermeisters gehört, wo er wörtlich sagt, das war im heurigen Jahr: "Wir können mit der Anzahl der jährlichen Neubauten zufrieden sein". Zitat Ende. Zieht Bürgermeister Franz Dobusch Bilanz. Also wenn gerade dort, wo angeblich der heiß umfodetste Wohnungsmarkt ist, der zuständige Bürgermeister sagt, wir können mit dem Neubau zufrieden sein, dann dürfte er zumindest eine andere Ansicht haben, als ihr das in der Landtagsfraktion habt.

Und jetzt möchte ich noch einmal zur Geschichte kommen, weil natürlich immer und jederzeit auf öffentlicher Ebene gesagt werden kann, ich will mehr Geld, weil dann kann ich mehr machen. Da brauche ich kein besonders vernunftbegabter Mathematiker sein, um dieses Argument nachvollziehen zu können. Aber bekanntermaßen hat es eine Wirtschaftskrise gegeben, die dazu geführt hat, dass die öffentlichen Haushalte stagnieren und wenn man es in der Indexierung weiterrechnet, dass die rückläufig sind und daher war nicht nur das Wohnbaubudget, sondern waren alle Budgets betroffen, aber ich glaube, das brauche ich ja nicht hier besonders sagen.

Nur wenn man dem Vorredner zuhört, glaubt man fast, der hat diese Diskussion nicht mitgemacht, sondern wir haben im Wohnbaubudget zumindest gesagt die Mittel, die der Bund ehemals unter Wohnbau den Ländern zur Verfügung gestellt hat, die gehen auf jeden Fall in das Wohnbaubudget, also quasi eine Zweckwidmung die es rechtlich eigentlich nicht mehr gibt.

Die sind immer eins zu eins jedes Jahr an den Wohnbau gegangen und wir haben uns halt bemüht, unter diesen Prämissen trotzdem im geförderten Bereich eine hohe Bauleistung zu schaffen. Und es gibt eine vergleichende Studie aller Zusicherungen im geförderten Wohnungsbau, damit ich das auch noch dazu sage, das ist ja bekannt, im geförderten Wohnungsbau, über den sozialen Wohnbau reden wir hier ja, weil es ja um das Wohnbauförderungsgesetz geht.

Dort haben wir Mietpreise, die wir auch verordnet haben. Das darf ja höchstens 3,65 Euro pro Quadratmeter sein und zurzeit, wenn man so ein bisschen durch die Landschaft schaut, liegt man, glaube ich, deutlich darunter, bei 3,20 Euro ungefähr pro Quadratmeter im sozialen Wohnbau, Finanzierungsmiete beim Einzug, das ist also weit weg von jenen Werten, die auch der Kollege Makor hier genannt hat. Das gilt also nicht für den sozialen Wohnbau, was er da meint.

Aber, wenn man den sozialen Wohnbau vergleicht, da gibt es die letzte Studie aus dem Jahr 2011 und da können wir uns gemeinsam freuen, denn da steigt das Land Oberösterreich als jenes Land aus, das die meisten Zusicherungen im geförderten Wohnbau gibt, nämlich mehr als ein Fünftel aller geförderten Wohnbauszusicherungen in ganz Österreich. Um es konkret zu sagen waren es im Jahr 2011 5.630 Förderzusicherungen und das ist deshalb bemerkenswert, weil im Ballungsraum Wien, in der Bundeshauptstadt, die Vergleichszahl dazu deutlich darunter liegt. Deutlich, nämlich nicht einmal bei 2.500 Förderzusicherungen.

Also wir haben mehr als doppelt so viele Zusicherungen, liegen damit an der Spitze aller Bundesländer, trotz des von euch so viel gescholtenen Budgets. Ich sage das gerade deswegen, weil wir es gut gestalten und wir liegen auch bei den Förderungen, bei den Beihilfen, die wir zusätzlich geben für Leute, die sich nicht einmal den geförderten Wohnbau zur Gänze leisten können, auch bei den Wohnbeihilfen, nach wie vor im Spitzenfeld Österreichs.

Also anhand der Zahlen, die wirklich da sind, die die Fakten sind, kann man sagen, in Oberösterreich wird gerade auch beim geförderten Wohnen soziale Verantwortung ernst genommen und auch umgesetzt. Ich gebe zu und ich weiß, dass auch wir, die wir hier ja wie bekannt ist dieser Reform zustimmen, auch die Weisheit nicht mit dem Löffel gegessen haben.

Auch wir werden wahrscheinlich das Eine oder Andere nicht richtig sehen, aber wir sind wenigstens nicht von der Fraktion, die immer alles besser weiß, sondern die täglich versucht es ein bisschen besser zu machen für die Menschen und das heißt eben auch Verantwortung zu übernehmen. (Beifall)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, dann möchte ich auch erinnern, dass diese Reformschritte dazu geführt haben, dass in der Wohnbeihilfe mit Beginn des heurigen Jahres eine Verbesserung für mehr als 10.000 Wohnbeihilfenbezieherinnen und -bezieher stattgefunden hat. Für die, die es wirklich am aller, aller dringlichsten brauchen, für die Ausgleichszulagenrichtsatzbezieher. Und vor allem für die Mehrpersonenhaushalte, sprich Mehr-Kinder-Familien, wo wir durch eine Nachbesserung mehr als vier Millionen Euro wieder zusätzlich dort hin gegeben haben, um Hilfe dort auch direkt zu geben. Das zeigt mir, dass hier wirklich sehr verantwortungsvoll gehandelt wird, weil wir uns durch die Reformschritte eben Spielraum für derartige Maßnahmen dann schaffen.

Und wie bekannt ist ja diese Wohnbaureform mit dieser Gesetzesnovelle und dann darauf aufbauend den Verordnungen, die es dazu geben soll, ein Schlussstein in der Wohnbaureform, die dazu führt, dass wir auch in Zukunft Jahr für Jahr bei der Bauleistung so weit vorne bleiben können, weil es natürlich darum geht, vielen neuen, zusätzlichen sozialen Wohnbau dazu zu bekommen. Und in dieser ganzen Reform muss man auch sehen, dass wir vor kurzem eine Baurechtsreform beschlossen haben, die auch gerade im geförderten Wohnbau dazu führen wird, dass wir ein klein wenig mit den Baukosten herunter kommen

Aber auch das hilft und wird natürlich helfen. Und mit der heutigen Reform, ich möchte es antippen, sind auch ein paar Dinge beschlossen oder werden beschlossen, die uns helfen werden, den Spielraum zu erhalten.

Das Erste ist der Rechnungshof, und ich glaube ich persönlich habe das schon öfter hier gesagt, er hat uns eigentlich auch bei der Kontrolle der Wohnbauförderung fast gescholten, weil wir beim Zugang zum gesamten System der Wohnbauförderung sehr großzügig sind. Das hat damit zu tun, wie wir unsere Einkommensgrenzen gestalten und wir und ich für mei-

ne Fraktion stehen jedenfalls dazu, dass wir diesen Zugang auch so breit halten, weil es eben auch eine Unterstützung und eine Förderung für breite Kreise der Bevölkerung sein soll.

Aber dann muss natürlich schon erlaubt sein auch festzuhalten, was ist Einkommen? Und das wird eben bei der heutigen Reform beschlossen. Was wird alles als Einkommen gewertet? Es ist ja nicht unbekannt, dass sich das auch um die Alimentationszahlungen bei geschiedenen Ehen, wo das dann zugesprochen wird, handelt. Übrigens eine Regelung, die wir gemeinsam in diesem Haus auf Vorschlag des Sozialreferenten sogar bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung beschlossen haben, dass dort die Alimente als Einkommen angerechnet werden und das vollziehen wir hier nach.

Und das nicht mit Freude, niemand hat eine Freude, wenn du vorher ein System hast, das noch mehr möglich macht, wenn du dann da und dort natürlich zurücknehmen willst. Das soll man gar nicht anders nennen, aber es ist aus meiner Sicht ein gerechter Ansatz. Ein gerechter Ansatz deshalb, weil derjenige, der Alimente zahlen muss, sich das einkommensmindernd anrechnen lassen kann und damit sozusagen den Zugang zur Wohnbeihilfe bekommt, aber wenn der, der es ausgibt, das sich anrechnet, dann ist es gerecht und dann ist es logisch, dass dort, wo die Alimentationszahlung ankommt auch ein Teil des Einkommens sein muss, weil das ja nicht auf dem Weg von hier nach dort ins Nirwana verschwunden sein kann.

Und ich möchte noch eines dazu sagen. Ich nehme das sehr ernst, auch die ganzen Fälle, die uns da mittels Aussendungen und so weiter dargestellt wurden seitens der sozialdemokratischen Fraktion. Das Schockierende ist nur und ich sage das noch einmal für eine Fraktion, die das Wohnbaurecht geführt hat, dass kein Einziges dieser Beispiele gestimmt hat und geschweige denn richtig gerechnet worden ist, denn, nur damit man die Größenordnungen kennt, wir reden hier davon, dass Alleinerziehende, wenn man das so nennen will, mit Kindern unter folgenden Fällen erst in die übermäßige Anrechnung dieser Alimentationszahlungen kommen, wenn folgende Grenzen überschritten werden.

Und ihr habt Beispiele gebracht mit Einkommen von 800 Euro bei Teilzeitkräften oder 1.200 Euro bei Vollzeitbeschäftigten. Ein Erwachsener plus zwei Kinder hat das gewichtete Haushaltseinkommen, das gerechnet wird als Beihilfenobergrenze von 1.443 Euro, also jenseits all dessen, was ihr als Beispiele gebracht habt. Daher kann dieses Beispiel gar nicht betroffen sein und wenn man einen Erwachsenen mit drei Kindern nimmt oder eine Erwachsene, dann liegt diese Grenze bei über 2.000 Euro pro Monat. Und ihr redet, dass Fälle betroffen sind mit 1.200 Euro oder 800 Euro. Das ist Stimmungsmache zum Einen. Es ist aber unverantwortlich, weil hier einfach mit Falschheiten agiert wird, die eigentlich in der Politik, in diesem Land nicht mehr üblich gewesen ist in den letzten Monaten und Jahren. (Beifall)

Und sehr geehrte Damen und Herren! Das wir dann auch noch näher erläutert werden, auch von unserem Kollegen Csar. Es stimmt, wir haben eine Anrechnungsgeschichte bei den Drittstaatsbürgern, die also fünf Jahre bis jetzt schon hier sein mussten. Da geht es dann auch darum, wie lange soll hier gearbeitet werden? Und wir haben einen Grundsatz verwirklicht in diesem Gesetz, jemand der kein Einkommen hat und daher theoretisch eigentlich auch gar keine Miete zahlen kann, weil er ja nichts hat, der soll, wenn er schon keine Miete zahlen kann auch eigentlich keine Beihilfe für diese Miete bekommen. Aber wir haben einen Sonderfall für Studierende geschaffen. Und das möchte ich deshalb sagen, weil das Land auch mit Unterstützung des Bundes mit einem riesigen Aufwand, und man schaue nur in den Auhof oder man schaue zur Fachhochschule, Studentenheime Sonderzahl gebaut hat. Und

ich stelle einfach in Abrede, dass es irgendeinen Sprössling oder eine junge Dame oder einen jungen Herren einer Familie in Oberösterreich gibt, der am Standort Oberösterreich studieren will, der sich das Wohnen nicht leisten könnte, weil es zum Beispiel keinen passenden hochqualitativen Studentenheimplatz gäbe. Das wird massiv unterstützt und gefördert, das habt Ihr leider vergessen in eurer Argumentation zu sagen.

Aber selbst die, die sagen, ich will nicht im Studentenheim sein, sondern ich organisiere mir das in einer WG, auch die bekommen in Zukunft ja noch eine gesonderte Wohnbeihilfe, wie wir letztlich im Unterausschuss gemeinsam, zumindest was die, die es beschließen werden anlangt, besprochen und dann letztlich auch ausgearbeitet haben. Für uns, sehr geehrte Damen und Herren, ist es so, dass wir wissen, dass Änderungen, Neuerungen, Reformen natürlich ungemütlich sind und auch dazu führen, dass manche etwas nicht mehr ganz in der Form bekommen wie sie es bisher gewohnt waren, aber sie führen in Summe dazu, dass wir weiterhin hoffentlich an der Spitze bleiben, was die Errichtung des sozialen Wohnbaus in der Neubautätigkeit anlangt, dass wir hoffentlich weiterhin an der Spitze bleiben, was die Beihilfentätigkeit anlangt und dass wir deswegen dort an der Spitze bleiben, weil gerade der Wohnbau ein riesiger Arbeitsplatzmotor ist, wenn ich an die Baufirmen und an die Vielen, die rundherum beim Wohnbau tätig sind, denke. Und aus dieser Verantwortung heraus stimmen wir dieser Novelle zu. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sie die Frau Abgeordnete Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ja das Belastungspaket dieser Wohnbauförderungsnovelle ist unsozial und trifft aus unserer Sicht wirklich die Falschen. Denn es trifft jene Menschen, die ohnehin schon wenig haben, die das Geld, das sie zur Verfügung haben, direkt für ihre Lebenshaltungskosten brauchen, das heißt direkt investieren. Und jenen Menschen nimmt man hier etwas weg. Und es sind vor allem auch viele Menschen, die schon an der Armutsgrenze gemeinsam mit ihren Kindern leben.

Es wird vor allem 2.500 Alleinerziehende, meistens Mütter, in Oberösterreich treffen. Für sie wird sich sicher die Situation massiv verschärfen. Studierende wird es treffen in einem Bildungsland Oberösterreich und vor allem jene, weil es ist ja in Zukunft ein Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze notwendig, damit man überhaupt eine Wohnbeihilfe erhält. Und jene Studenten, die Vollzeit studieren, für die wird es oft schwer sein, daneben noch ein Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze ein ganzes Jahr lang zu erwerben. Und vor allem auch jene, die gerade keine Studienbeihilfe mehr erhalten, diese wird es hier treffen.

Weiters trifft es auch Menschen aus den Drittstaaten, die zu uns kommen, die nicht aus dem EWR-Raum sind. Sie müssen ohnehin schon fünf Jahre ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben und jetzt kommt noch dazu, (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Dass sie arbeiten auch müssen!“) dass sie 36 Monate nachweisen müssen. Das heißt sie zahlen bereits drei Jahre ein, sie zahlen bereits drei Jahre diesen Wohnbauförderungsbeitrag ein, erhalten aber keine Wohnbeihilfe. Das ist einfach ungerecht. Besonders trifft es da bei den Drittstaatsangehörigen zum Beispiel Frauen, die sich von ihren Partnern trennen müssen, weil es einfach nicht mehr miteinander geht. Sie haben keine Sozialversicherungsjahre nachzuweisen, wenn sie ausziehen. Und sie, ja wenn sie dann überhaupt eine Arbeit erhalten, müssten dann weitere drei Jahre arbeiten, damit sie eine Chance haben eine Wohnbeihilfe, damit sie überhaupt ansuchen können darum.

Es wird auch sicher eine weitere Hürde sein für Jungakademiker und Jungakademikerinnen aus Drittstaaten. Es ist ohnehin so in Österreich, dass nur jeder fünfte Jungakademiker aus einem Drittstaat bei uns bleibt. Es sind ohnehin schon die Einkommenshürden sehr hoch, damit sie nach dem Studium bei uns eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Da sind massiv auch die Einkommensgrenzen erhöht worden. Und dass sie jetzt zusätzlich auch auf eine Wohnbeihilfe noch weitere drei Jahre warten müssen, das ist sicher für diese Menschen noch eine zusätzliche Hürde in Österreich zu bleiben. Und ich denke mir, das ist ja volkswirtschaftlich völlig die falsche Entwicklung, wenn wir diese Menschen, die bei uns studieren, dann wieder nach Hause schicken.

Besonders trifft es auch Asylwerber und Asylwerberinnen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Wohnbeihilfe für Akademikerinnen und Akademiker!“) Sie müssen warten, sie müssen ohnehin fünf Jahre warten und das Asylverfahren dauert, wir wissen es, bei den Altfällen dauert das Asylverfahren oft acht Jahre und länger. Aber sehr häufig dauern die Asylverfahren zwei Jahre, drei Jahre, länger. Und in dieser Zeit dürfen sie nicht arbeiten. Und wenn sie jetzt aber mindestens diese drei Jahre nachweisen müssen, so müssen die noch länger als fünf Jahre warten, bis sie entsprechend, obwohl sie schon gearbeitet haben und eingezahlt haben, bis sie entsprechend um Wohnbeihilfe bei uns ansuchen können.

Der August Wöginger, der Finanzsprecher der ÖVP, (Zwischenruf Abg. Stanek: „Sozialsprecher!“) hat auch betont, ich glaube im Mittagsjournal war das, dass die Steuerleistung von Ausländer/innen in Österreich 800 Millionen ist. Und er sagt auch, wir brauchen diese Menschen als Fachkräfte in der Produktion, im Tourismus und im Gastgewerbe. Und wir sollten diesen Menschen bei uns Heimat geben und sie nicht ausgrenzen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Der im Gastgewerbe arbeitet, der kriegt keine Wohnbeihilfe!“) Ich frage mich auch gerade bei dieser Maßnahme, ob das überhaupt, also diese Wartezeit mit den 36 Monaten, finanziell etwas bringt oder ob das ausschließlich eine Schikane ist. Ja, weitere Verschlechterungen bei der Wohnbauförderung: Anrechnung von Waisenrenten und heute auch schon gesagt, Anrechnung der Feriarbeit auch zum Beispiel von Schülern und Schülerinnen zum Familieneinkommen.

Ja, dieses Belastungspaket können wir keinesfalls mittragen. Ich denke mir, damit will die FPÖ gerade ja den kleinen Mann und die kleine Frau aus dem Sozialsystem rauskatapultieren und offenbar eine Zweiklassengesellschaft und Ghettos haben. Das ist absolut rückschrittlich, das ist unsozial und das ist nicht im Sinne jener Menschen, die ohnehin mit sehr wenig Geld auskommen müssen und das lehnen wir Grüne entschieden ab. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Buchmayr.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen im Oberösterreichischen Landtag! Ja, ich kann mich meiner Kollegin Maria Wageneder nur anschließen. Diese Novelle ist ein Belastungspaket, das dem Selbstverständnis einer solidarischen Gesellschaft eigentlich komplett widerspricht. Diese Maßnahmen treffen in erster Linie Menschen die bereits jetzt schon großen Belastungen, vor allem finanziellen Belastungen ausgesetzt sind und deren Situationen werden sich durch dieses Paket teilweise sicher noch weiter verschärfen.

Ich greife aber in meiner Wortmeldung jetzt zu diesem Gesetz, zu dieser Gesetzesnovelle, nur einen Punkt und eine Personengruppe heraus, nämlich die Situation für die alleinerziehenden Menschen. Und wir wissen, dass die AlleinerzieherInnen, jetzt mit großem i gesprochen, ja zu einem ganz, ganz großen Anteil Frauen sind, Frauen, die hier betroffen sind.

Denn künftig wird, wie sie wissen, der Kindesunterhalt bei der Berechnung der Wohnbeihilfe ins Haushaltseinkommen eingerechnet und damit wird die Lage der Alleinerzieherinnen und der Alleinerzieher natürlich noch prekärer und der finanzielle Druck noch größer.

Schon jetzt sind 36 Prozent der Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher armutsgefährdet. Und diese neuen Regelungen sind da natürlich noch verstärkend und noch verschärfend in dieser ohnehin schon sehr schwierigen Situation. Und ich möchte bei diesem Punkt auch wirklich ganz, ganz stark und ganz eindringlich darauf hinweisen, dass es hier dann in weiter gehendem Maße ja um Kinderarmut geht. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass die Unterhaltszahlungen ja tatsächlich Zahlungen für die Kinder sind, tatsächlich zum Wohle der Kinder, für die Kinder und ausschließlich für die Kinder gedacht sind und das natürlich die Kinderarmut weiter verschärft. Und das ist sicher etwas, da bin ich überzeugt davon, dass das hier herinnen ganz sicher niemand haben will.

Mit dieser Regelung, mit diesen Regelungen werden viele Alleinerzieher/innen aus dem Genuss der Wohnbeihilfe ausgeschlossen, was man eigentlich als grobe Verantwortungslosigkeit, als grobe gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit bezeichnen kann. Angesichts der Tatsache, wie gesagt, dass die Alleinerzieherinnen zur größten Gruppe der armutsgefährdeten Menschen hier bei uns zählen. Und wie auch die Caritas Oberösterreich befürchtet, sie haben das sicher alle gelesen, ich zitiere: „Die angestrebte Treffsicherheit wird damit in tragischer Weise erreicht. Es werden mit Sicherheit die Schwächsten in unserer Gesellschaft getroffen.“ Wir wissen, dass jährlich rund plus/minus 750 alleinerziehende Menschen die Beratungsstellen der Caritas aufsuchen, noch mehr vor allem Frauen, Alleinerzieherinnen suchen Frauenberatungsstellen, die es ja glücklicherweise über ganz Oberösterreich gestreut gibt, auf, weil sie tatsächlich in prekäre finanzielle Notlagen kommen. Und immer öfter haben sie tatsächlich Probleme ihre Wohnkosten zu bestreiten.

Über 40 Prozent des Einkommens müssen Klienten, Klientinnen der oberösterreichischen Caritas derzeit fürs Wohnen berappen. Und ich denke, hier dann auch noch einzuschneiden, ist wirklich schon ein ganz, ganz massiver Schritt. Angesichts eben auch der stetig steigenden Wohnkosten den Sparstift genau bei den Menschen anzusetzen, die ein ohnehin sehr geringes Einkommen haben und damit ihre Kinder auch versorgen müssen, ist nicht nur unmenschlich, sondern ist auch kurzsichtig gedacht, sehr kurzsichtig gedacht. Denn gerade in Krisenzeiten an sozialen Standards zu schrauben, das gefährdet schlussendlich die Stabilität einer gesamten Gesellschaft und ich denke, das dürfen wir nicht zulassen.

Nochmals zum Stichwort Kinderarmut, denn ich denke das ist hier wirklich ein Punkt, der uns allen sehr, sehr wichtig ist. Und ich möchte es nochmals betonen, vor allem im Zusammenhang mit den Unterhaltszahlungen, die ja, ich wiederhole es, wirklich dezidiert ausschließlich für die Kinder gedacht sind. Also keine Alleinerzieherin, die die Unterhaltszahlungen bekommt, meint, das sei ein Geld, das für ihren persönlichen Einsatz gedacht ist, sondern es ist tatsächlich Geld, das ausschließlich für die Kinder da ist.

Ja mit diesen Reformen sind noch mehr Kinder von Armut betroffen. Und diese Kinderarmut, die schleppen die Kinder ja mit ihr weiteres Leben lang, das wissen wir ja. Und ich denke, das gilt es tatsächlich zu verhindern. Und da ist es auch an uns, das politische Augenmerk auf diese Familien, auf diese Kinder zu richten. Denn es gibt kaum ein größeres Armutsrisiko, das wissen wir aus Studien, als alleine ein Kind aufzuziehen. Ich habe da eine Zahl für Sie, 27 Prozent der Alleinerziehenden in Österreich sind armutsgefährdet. 27 Prozent, das ist fast ein Drittel der alleinerziehenden Menschen, sind akut von Armut betroffen. Als Vergleich, Familien mit drei Kindern, die nicht aus einer alleinerziehenden Person bestehen,

sind zu 16 Prozent von Armut gefährdet. Und ich denke, das ist doch eine sehr für sich sprechende, sehr deutliche Zahl. Das heißt im Umkehrschluss natürlich, wer etwas gegen Kinderarmut tun will, wer etwas gegen Kinderarmut unternehmen will, muss also die Gruppe der alleinerziehenden Menschen ganz besonders berücksichtigen.

Zum Argument der Gleichstellung, warum eben auf Seiten der Leistenden eingerechnet wird, rein formal klingt es logisch, aber alleinerziehende Frauen oder alleinerziehende Männer, aber wie gesagt es sind in erster Linie alleinerziehende Frauen, sind im Alltag ganz, ganz enormem Alltagsstress ausgesetzt, ganz enormen Belastungen ausgesetzt. Und auch das zu mindern und hier zu unterstützen, ist eine ganz wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Und ich denke mir jeder, jede von Ihnen, die wir hier sitzen, die Kinder haben, wissen, was das bedeutet, Kinder aufzuziehen und kann sich vorstellen, wenn man es nicht selbst erlebt hat, aber kann sich sicher vorstellen, was es bedeutet, das alleine organisieren zu müssen. Und ich denke mir, dadurch erklärt sich die Widerlegung dieses Arguments von selbst.

Ja in diesem Sinne schließe ich mich meiner Vorrednerin Maria Wageneder an. Wir werden dieser Novelle unsere Zustimmung nicht geben. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Auch ich möchte noch einmal Stellung nehmen zu dem Thema, gerade was die Alleinerzieherinnen und die Anrechenbarkeit der Unterhaltszahlungen für Kinder betrifft. Weil und das muss ich jetzt schon ehrlich sagen, es mich schon sehr eigenartig anmutet, dass jetzt plötzlich behauptet würde, dass hier die Berechnungen nicht stimmen würden. Ich drehe das Ganze einmal um und beginne mit der Aussage von Herrn Landesrat Haimbuchner, der sich das ja überlegt hat und uns auch ganz klar mitgeteilt hat, dass er sich immerhin 2,4 Millionen Euro Einsparungen durch diese Maßnahme errechnet hat oder erhofft und dahingehend auch klar argumentiert, dass da ungefähr 2.500 Haushalte davon betroffen sind, wo alleinerziehende Personen mit Kindern leben. Jetzt gehe ich schon davon aus, dass der Herr Landesrat uns die Wahrheit gesagt hat und er auch nicht nur eine Maßnahme setzt, die dann nicht eintreten wird, sondern auch schwarz auf weiß beweisen möchte, dass das so auch umgesetzt wird. Also ist es Realität, dass 2.500 alleinerziehende Haushalte davon betroffen sind. Und wenn ich 2,4 Millionen Euro durch 2.500 Haushalte oder Personen dividiere, dann kommen 960 Euro heraus. Soweit kann ich auch rechnen und muss man uns nicht unterstellen, dass wir hier nicht richtig rechnen könnten. (Beifall)

Und 960 Euro Einsparungen im Jahr sind 960 Euro. Und das ist ein Batzen Geld, wenn man es in Schilling umrechnet, weil wir da vielleicht immer noch mehr Bezug dazu als zu diesen 960 Euro haben. Und diese Maßnahme oder auch diese Einsparungsmaßnahme ist nie bestritten worden, sondern ist Fakt. Das soll also auch so umgesetzt werden. Und bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das jetzt plötzlich so argumentiert wird und ich bin da neugierig auf die Berechnungen vom Kollegen Csar, wenn das alles nicht zutreffen würde, weil das so nicht der Fall ist, wer sind dann die 2.500 Haushalte? Sind das Millionärinnen, alleinerziehende Millionärinnen oder was auch immer? Also die kenne ich nicht in Oberösterreich. Und ich würde wirklich bitten, dass wir hier bei der Realität bleiben. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Und ich möchte auch eines erwähnen, weil das Ganze immer so hingestellt wird, als ob das einige wenige Frauen wären da herinnen im Oberösterreichischen Landtag, die sich dagegen auflehnen und sagen, das kann so nicht sein. Und man möge bitte berücksichtigen, dass

das unmittelbar in die Armut führt. Jetzt schon sind 30 Prozent der Alleinerziehenden arm oder an der Armutsgefährdung. Mit dieser Maßnahme bitte beschleunigen wir nur das Tempo. Das muss uns allen mitsammen klar sein. Das Tempo in Richtung Armut wird damit also ganz wesentlich beschleunigt.

Und das ist nicht eine Erfindung, sondern wir haben das auch entsprechend nachgerechnet. Und das ist nicht nur eine Überlegung die ein paar politische Frauen angestellt haben, weil das auch unsere Aufgabe ist, wir haben auch die Kontrolle dahingehend durchzuführen, sondern wir sind wesentlich mehr. Da gibt es sehr wohl die Einsprüche auch der katholischen Frauen, da gibt es die Einsprüche bitte der katholischen Betriebsseelsorgerinnen und Betriebsseelsorger, die sich auch Gedanken darüber machen, weil die auch tagtäglich mit dieser Materie konfrontiert sind. Da geht es zum Beispiel, wo das soziale Wohnservice Wels dabei ist, die wissen auch, klarer Fall, was sich in Wels abspielt, was sich in den Haushalten abspielt und wo die Armutsgefährdung liegt. Da ist das Frauenhaus Linz dabei. Bitte die Kolleginnen, die im Frauenhaus tätig sind, egal in welchem, die wissen schon was los ist und was Realität ist. Es ist das österreichische Frauenforum Feministische Theologie mit dabei. Also ich denke, wenn man schon immer so tun möchte, dass das einige wenige da in diesem Kreis sind, die möglicherweise die Überlegungen anstellen und da jetzt dem Landesrat oder wem auch immer Unrecht tun, dann muss ich das ganz massiv verbreitern, weil das Bündnis 8. März ist also schon eine sehr breit aufgestellte feministische Bewegung in Oberösterreich, wo es ganz klar darum geht, dass wirklich Themen, die uns alle betreffen, wirklich übergeordnet, überkonfessionell und überparteilich gemeinsam diskutiert werden und auch gemeinsame Forderungen, die ganz klar im Raum stehen, auch gesagt und umgesetzt werden. Und ich glaube, dass man das nicht so behandeln kann und nicht so sehen kann, wie es hier gesehen wird.

Und eines hätte ich auch noch gerne dazugesagt. Es wurde vorhin oder immer wieder auch in der Diskussion davor argumentiert, dass ja rechtens sein muss, was auch wo anders rechtens ist, zum Beispiel, dass diese Alimentationszahlungen beim Heizkostenzuschuss angerechnet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben wir nie abgestritten, das ist auch Realität, das wird dort auch angerechnet. Aber ich lade euch jetzt alle dazu ein, das können wir beim nächsten Mal schon wieder ändern. Das können wir alle, wenn wir das wollen, wenn wir das gemeinsam beschließen wollen, dann können wir das ändern und diese Anrechnung herausnehmen. Dann denke ich, ist genau das gerechtfertigt, was ich mir dann auch erwarte, was auch bei der Wohnbeihilfe gemacht wird. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Und dieses Geld dazu wird im Vorwärts-Verlag gedruckt?“) Mein lieber Herr Landesrat, ich weiß schon, wer auf dem Geld sitzt, und den werden wir alle auch davon überzeugen müssen. Ich weiß, dass du es alleine auch nicht schaffen wirst und auch der Landeshauptmann-Stellvertreter nicht, sondern wir werden halt auch den Finanzreferenten davon überzeugen müssen, dass dafür das Geld da sein muss. Und wenn wir das gemeinsam wollen, dann geht es. Da haben wir, glaube ich, mittlerweile zu wenig von unserem Selbstverständnis als Landtagsabgeordnete und könnten also auch sehr wohl auch Politik machen und tatsächlich Weichenstellungen stellen.

In dem Sinn würde ich wirklich noch einmal bitten, und es ist für uns absolut unrealistisch diese Maßnahme zu unterstützen, weil wir wissen, wo es hingehet. Die 2,4 Millionen Euro sind Fakt, das wurde nie widerlegt und ist immer ganz klar behauptet worden. Es sind 2.500 Alleinerziehende, die davon betroffen sind, mit einer durchschnittlichen Kürzung von 960 Euro, das ist für viele mehr als ein Monatsgehalt. Der Realität müssen wir uns stellen. Und ich glaube nicht, dass irgendjemand jetzt ruhigen Gewissens sich hinsetzen kann und sagen kann, das macht mir nicht aus, wir beschließend das. Danke! (Beifall)

Präsident: Danke Frau Präsidentin. Zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Affenzeller. Bitte!

Abg. **Affenzeller:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Internet! Ich bleibe dabei, wenn Sie mir die Frage stellen, was ist in unserer Gesellschaft das Wichtigste und damit was ist auch das Wichtigste in der politischen Arbeit? Dann gebe ich als Sozialpolitiker die eindeutige Antwort, für jene Menschen da zu sein, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind, für jene Menschen da zu sein, die es im Leben nicht sehr leicht haben. Und das können Gruppen sein. Das können Menschen sein, die eine Beeinträchtigung haben, das können Menschen sein, die aus ihrer Heimat flüchten haben müssen, das kann die ältere Generation sein, das können Menschen sein, die einen Schicksalsschlag erleiden haben müssen, durch einen Todesfall kann die Situation über Nacht völlig anders sein, auch Menschen, die das Schicksal mit dem Hochwasser erleben mussten und insbesondere meine Damen und Herren, auch Menschen mit geringem Einkommen. Mit geringem Einkommen können Menschen sein, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und insbesondere auch Alleinerzieherinnen, Studierende oder Ferialarbeiterinnen und Ferialarbeiter.

Und meine Damen und Herren, heute mit Mehrheitsbeschluss hier im Oberösterreichischen Landtag passiert genau das Gegenteil, und ich sage Ihnen ganz ehrlich aus dem Herzen heraus, das macht einen Sozialpolitiker, wie ich einer immer war in allen meinen politischen Funktionen sehr, sehr traurig. Und ich glaube auch, dass eigentlich jeden sozial denkenden Menschen aller Parteien, egal von welcher Ecke, dies sehr traurig machen müsste. Wo bleibt hier die heute schon sehr oft richtigerweise angesprochene Solidarität, wenn eisalter Sozialabbau, zum Beispiel ganz klar auf 2.500 Alleinerzieherinnen stattfindet? Und Kollege Stelzer, Klubobmann Stelzer, ich weiß schon, in solchen Situationen redet man sehr gerne über andere Bundesländer wie Wien zum Beispiel. Wenn es dort so ist, würde ich das genau so kritisieren, damit wir uns da im Klaren sind. Nur man muss halt alle Parameter berücksichtigen (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Fahrt gleich protestieren hinunter!“), man müsste dann berücksichtigen, wie die Einkommenssituation in Wien ist und viele, viele andere Dinge. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Da verdient ein Postler mehr!“)

Meine Damen und Herren, der Herr Landeshauptmann von Oberösterreich sagt bei vielen seiner Reden, dass drei Grundsätze, drei Dinge für ihn sehr wichtig sind. Da sagt er immer als Erstes, Oberösterreich soll ein Land der Arbeit sein. Ich unterstreiche das tausendprozentig, das ist richtig, füge allerdings hinzu, es soll auch ein Einkommen geben, mit dem man das Auskommen hat. Als Zweites sagt er immer, Oberösterreich soll ein Land sein mit geistiger Weite. Und ich weiß schon und ich unterstreiche das auch hundertprozentig, was hier gemeint ist, nicht Engstirnigkeit, sondern geistige Weite im kulturellen, im gesellschaftlichen Sinn. Nur hier ist für mich schon die Frage erlaubt, ob es geistige Weite ist, wenn man Menschen, die ein geringes Einkommen haben, gewissen Bevölkerungsgruppen die Wohnbeihilfe kürzt? Diese Frage ist erlaubt. Es soll jeder für sich selbst beantworten, ist das wirklich die geistige Weite, die wir meinen? Und als dritten Punkt sagt er immer dazu, Oberösterreich soll ein Land der sozialen Wärme sein.

Meine Damen und Herren, hier würde ich empfehlen die Reden umzuschreiben. Ich glaube nicht, dass es gerechtfertigt ist, wenn da eine Alleinerzieherin wo sitzt, wenn so wie bei der ersten Novelle, wo also insbesondere den Pensionistinnen und Pensionisten etwas gekürzt worden ist, wenn der hört, Oberösterreich ist ein Land der sozialen Wärme, wo wir ganz genau wissen, dass ihm einiges aus seiner Tasche herausgezogen worden ist. (Beifall)

Meine Damen und Herren, und ich sage ein Beispiel insbesondere in Richtung ÖVP. Was wird sich ein Betroffener denken, der in der Zeitung liest, dass der Generaldirektor der Raiffeisen International, ich glaube Herr Stepic heißt er, ich weiß es jetzt nicht ganz genau, fünf Millionen Euro im Jahr 2012 verdient hat. Der hat dann ein schlechtes Gewissen gehabt und hat zwei Millionen Euro meines Wissens laut Zeitungsberichten freiwillig zurückgezahlt. Also drei Millionen Euro hat er im Jahr 2012 verdient. (Zwischenruf Abg. Ing. Mahr: „Weißt du zufällig vom Elsner das Einkommen?“) Was wird sich ein betroffener Mensch denken, eine Alleinerzieherin, der jetzt 900, fast 1.000 Euro gekürzt werden, wenn sie das in der Zeitung liest. Meine Damen und Herren, der verdient im Jahr mehr, als hier im gesamten eingespart wird bei der Wohnbeihilfe, und das betrifft mehr als Tausende Menschen, und das ist ein Problem. (Unverständliche Zwischenrufe)

Meine Damen und Herren, Sie können noch so dazwischen schreien, Millionäre werden geschützt, Menschen mit geringem Einkommen zieht man das Geld aus der Tasche. (Beifall) Und ich möchte eine sehr ernste Frage stellen. Wir haben in diesem Landtag, sie ist leider nicht anwesend, auch eine Frauenlandesrätin. Wo ist der Aufschrei der Frauenlandesrätin? Liebe Kolleginnen, wo ist die Solidarität der Frauen hier im Oberösterreichischen Landtag, wenn wir hören, dass 2.500 Alleinerzieherinnen davon betroffen sind. Die Kollegin Hummer hat vor kurzem plakatiert bzw. in einem Inserat gesagt, Frauenförderung muss auch für Alleinerzieherinnen spürbar werden. Meine Damen und Herren, wo ist hier der Aufschrei der zuständigen Landesrätin?

Damit möchte ich ein paar Bemerkungen zu den einzelnen Parteien und dann zur Koalition noch abgeben. Die FPÖ plakatiert leistbares Wohnen. Heißt das wirklich für euch kürzen auf allen Ebenen? Und ich sage, was der Kollege Makor schon angeschnitten hat, zu sagen, ich muss für euch die Wohnbeihilfe kürzen, um mehr Spielräume für das Wohnbaubudget zu bekommen, das ist wirklich Zynismus gegenüber jenen Betroffenen, die 1.000, 1.200 oder 1.500 Euro Einkommen haben, die müssen das Wohnbaubudget jetzt retten, das du schlecht verhandelt hast mit dem Finanzreferenten. Das kann es doch nicht sein. Also dieser Zynismus, dieser Zynismus, sagt es einfach offen, ihr wollt den Leuten das nicht vergönnen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Du unterstützt mich das nächste Mal bei den Verhandlungen!“)

Also ich muss zur FPÖ noch die Bemerkung sagen, seit 2009 seid ihr zuständig für dieses Referat, (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Ist einmal was weitergegangen!“) ich habe von der FPÖ nichts anderes erwartet. Wir haben also in vielen Bereichen sozialpolitische Diskussionen, wo ich ganz ehrlich sage, da fehlt die soziale Kompetenz und die soziale Verantwortung grundsätzlich, das fehlt grundsätzlich und das bedauere ich sehr, weil immerhin wird ja auch plakatiert, dass man für den kleinen Mann und für die kleine Frau da ist.

Zur ÖVP: Ich könnte jetzt viele Zitate bringen, nicht von mir, sondern von dem Herrn Küberl, von vielen Leuten, die von den ÖVP noch Christlich-Soziale sind. Ich frage bei dieser Entscheidung, was ist vom christlich-sozialen Gedanken wirklich übrig geblieben? Und ich brauche jetzt keinen Vortrag halten, was das heißt, christlich-sozial. Und ihr werdet, glaube ich, in den nächsten Tagen spüren, weil das merkt man an den Rückmeldungen, dass viele Christlich-Soziale aus den Organisationen sich melden werden und sagen, sie verstehen nicht, was Schwarz-Blau letztendlich angerichtet haben mit diesem Beschluss.

Und damit noch eine Bemerkung zur Koalition von Schwarz-Grün. Die Frage muss schon erlaubt sein, was ist diese Koalition in Wirklichkeit noch Wert? Jedes Mal, wenn es heikel

wird, wenn man nicht einer Meinung ist, dann gibt es jetzt den sogenannten koalitionsfreien Raum. Was ist diese Koalition noch Wert? Gibt es die Koalition wirklich noch oder ist das ausgemacht, dass immer dann, wenn es brenzlich wird, dann ziehe ich mich zurück? (Zwischenruf Abg. Mag. Buchmayr: „Das fragt man sich beim Bund auch oft!“)

Und liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich schätze sehr, dass ihr nicht zustimmt. Nur das Zustimmen ist eine Sache, die andere Sache ist, ihr seid mir sehr, sehr ruhig. Ich würde mir in der Öffentlichkeit ein bisschen mehr Power erwarten in dieser, glaube ich auch für euch, wichtigen Sache. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Bauer ist bei der SPÖ!“) Und ich muss dazusagen, ich erinnere mich an die Jahre 1997 bis 2003, da hat es noch eine andere Koalition gegeben, nämlich eine Schwarz-Rote. Und wenn es der SPÖ damals nicht gelungen ist, die ÖVP davon zu überzeugen, was die Grünen für richtig gehalten haben, sind wir genau so kritisiert worden. Also da muss ich euch wirklich an das erinnern und diese Kritik muss erlaubt sein, bitte wo ist euer Aufschrei, wo ist wirklich der Widerstand, wo habt ihr versucht, den Koalitionspartner ins vernünftige Boot zu bringen, dass er mitfährt mit euch, zu einem richtigen Ufer? Das ist mir zu wenig passiert. (Beifall)

Meine Damen und Herren, damit zum Schluss kommend. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass Sie mit diesem eiskalten Sozialabbau in Lebens- und Familiensituationen eingreifen? Ist Ihnen bewusst, dass Sie damit viele Menschen in die Armutsfalle, und einige Vorrednerinnen und Vorredner haben das schon angesprochen, treiben? Wahrscheinlich nicht, weil sonst würden Sie nicht diesen Weg gehen. Ich möchte zum Schluss nur einen Satz aus einem Leserbrief zitieren zum Hochwasser, der mir sehr gut gefallen hat. „Schön, wenn das Land Einigkeit demonstriert, das braucht das Land.“

Meine Damen und Herren, es wäre schön, wenn wir diese Grundsatzeinigkeit in sozialen Fragen auch hier im Sozialbereich in Oberösterreich hätten. Heute passiert eiskalter Sozialabbau, heute ist ein rabenschwarzer Tag für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in Oberösterreich. Ich bedauere das zutiefst. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Dr. Peter Csar.

Abg. HR Dr. Csar: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer vor den Bildschirmen und allenfalls auch hier noch im Saal! Ich versuche die Diskussion etwas zu versachlichen, nach dem emotionalen Vortrag vom Kollegen Affenzeller. Oberösterreich ist ein Land der Arbeit, sehr wohl, schauen wir nur einmal auf die Arbeitslosenquote. Wir können wirklich stolz sein, dass wir in Oberösterreich noch um einiges besser dastehen als andere Bundesländer. Wir sind auch ein Land der geistigen Weite, das wird uns sicher keiner abstreiten. Und wir sind auch ein Land der sozialen Wärme und daher diskutieren wir auch für eine zukunftsorientierte Orientierung und Ausrichtung des Förderungssystems hier in Oberösterreich, weil wir es auch nachhaltig für die wirklich sozial Bedürftigen sichern wollen.

Daher haben wir auch die Diskussion begonnen und in den Ausschüssen intensiv beraten, was hier am besten gemacht werden kann, damit das Fördersystem auch zukunftsorientiert ausgerichtet werden kann. Ich möchte hier nur auf zwei Punkte eingehen, nicht auf die ganze Novelle, sondern auf die Punkte des studentischen Wohnens und auf den zweiten Punkt der Drittstaatsangehörigen, die auch eine Wohnbauförderung erhalten.

Der erste Punkt: Für das Fördersystem ist es für uns wichtig, dass wir das Bundesland Oberösterreich als soziales Bundesland auch absichern. Das Absichern heißt für uns aber

auch, dass wir uns an Zielen orientieren. Wir möchten ein zielorientiertes Fördersystem haben. Es muss auch so sein, dass wir wirklich sozial bedürftige Menschen in Oberösterreich damit unterstützen. Wir haben deswegen eine Wohnbauförderung, die es ermöglicht, dass im Jahr durchschnittlich 2.500 Wohnungen und mehr als 3.000 Eigenheime gefördert werden und darüber hinaus noch mehr als 11.000 Sanierungsprojekte auch finanziert werden. Darüber hinaus haben wir auch ein sehr gutes und funktionsfähiges Studentenheimsystem in Oberösterreich. Allein über 4.000 studentische Heimplätze in Oberösterreich sind bei uns errichtet, in Linz gibt es mehr als 3.700. Und das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Studenten hier in Oberösterreich günstig wohnen können.

Und damit wir aber auch ein faires System mit der Wohnbauförderung hier in Oberösterreich haben, müssen wir uns auch anschauen, wie wir dieses System finanzieren bzw. wie wir dieses System auch umsetzen bei allen jenen Studenten, die sich eine Wohnung mieten. Und da brauchen wir ein treffsicheres System, ein nachhaltiges System und ein faires System, denn es kann nicht sein, dass Familien, die sich Gott sei Dank Wohnungen leisten können, ohne dass die Studenten dafür etwas verdienen müssen, dann auch noch die volle Wohnbeihilfe bekommen. Daher auch die Diskussion, daher auch Lösungsvorschläge und daher auch unsere Zustimmung zu der bevorstehenden Novelle. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass dann, wenn jemand über der Geringfügigkeitsgrenze dazu verdient, sehr wohl auch die Wohnbeihilfe zur Gänze erhalten soll. Darunter wird es eine verminderte Wohnbeihilfe geben und das ist nur fair und billig. Gerade im Vergleich mit jenen Studentinnen und Studenten, die auf Heimplätzen bzw. in studentischen Heimen untergebracht sind. Denn dort gibt es keine direkte Förderung für diese Heimgebühren. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Fairness. Der Vergleich macht uns sicher. Und es wird immer gefragt, was die anderen machen. Das ist ja schon recht und gut, aber blicken wir etwas hinüber über den Tellerrand, schauen bei den anderen Bundesländern, denn wir brauchen das Rad auch nicht neu erfinden. Und da haben andere Bundesländer, Steiermark und Kärnten, schon sehr wohl ähnliche Regelungen, so wie wir sie jetzt in Oberösterreich beschließen werden.

Wien ist aber anders, das ist heute auch schon angeschnitten worden, der SP-Bürgermeister Häupl hat hier auch eine eigene Regelung, die ist viel, viel strenger. Hier wird von den Studentinnen und Studenten ein Mindesteinkommen von mehr als 700 Euro pro Monat verlangt und erst dann wird eine Wohnbeihilfe gewährt. Also da sind wir noch weit davon entfernt. Da sind wir mit der sozialen Wärme um einiges besser unterwegs als in Wien.

Das neue System, das heute beschlossen werden soll, ist ein System, das auch zukünftig absichert, dass die Wohnbeihilfe auch möglich sein wird. Eine Wohnbeihilfe, die vorausschauend ist, die einfach, transparent, aber eines auch ist, und zwar gerecht. Wir möchten damit auch die Treffsicherheit für alle jene, die wirklich die Wohnbeihilfe brauchen, auch erhöhen.

Der zweite Punkt, die Drittstaatsangehörigkeit, die Wohnbauförderung für Drittstaatsangehörige wird heute auch neu geregelt. Denn schon bisher galt, dass man unbedingt fünf Jahre in Oberösterreich seinen Wohnsitz haben muss und seinen Lebensmittelpunkt haben muss, um eine Wohnbauförderung zu erhalten. Neu ist nun, dass man mindestens 36 Monate arbeiten muss, das heißt aber auch Steuern abführen muss und dann auch erst eine Wohnbauförderung als Drittstaatsangehöriger erhält. Das ist sachlich gerechtfertigt, denn es ist so, was ich zuerst von einer Vorrednerin nicht gehört habe, dass man vorher eine Vorleistung erbringen muss und erst nach drei Jahren dann die Wohnbauförderung erhält. Es ist bei keiner anderen Einrichtung so, dass ich ab Stichtag, wo ich einzahle, sofort etwas bekomme, nicht einmal beim Pensionssystem, da muss ich zuerst ein Leben lang einzahlen, dass ich später

einmal eine Pension ausgezahlt bekomme. Ähnlich ist es bei der Wohnbauförderung. Jeder Arbeitnehmer zahlt solange er arbeitet Wohnbauförderungen, irgendwann bekommt man eine Wohnbauförderung oder eine Wohnbauhilfe oder man bekommt überhaupt keine mehr. Aber das ist unser soziales System, dass hier eingerichtet ist, das gut funktioniert, auf das wir aber auch stolz sind. Es gibt auch einen Solidaritätsgedanken bei uns in Oberösterreich, in ganz Österreich und der sich auch bewährt hat.

Diese Erwerbstätigkeit von 36 Monaten ist aber nichts Grausliches oder etwas Tragisches, denn auch andere Bundesländer haben hier auch diesen Weg beschritten und es wird auch dort schon gemacht. Wir bekennen uns auch dazu, dass man die 36 Monate Erwerbstätigkeit einfordert, verlangt und auch davon ausgehen kann, dass entsprechende Steuerleistungen erbracht worden sind. Und dementsprechend heißt das, dass wer in das System einzahlt, auch davon etwas bekommen soll. Dieses Gebot der Fairness ist gut, dieses Gebot der Fairness möchten wir auch in Oberösterreich umsetzen und es ist der richtige Weg, denn wir alle müssen mit dem Geld, das uns der Steuerzahler überantwortet hat und anvertraut hat, verantwortungsvoll umgehen. Mit diesen Schritten sind wir es auch unseren Oberösterreichern und Oberösterreichern schuldig, eine verantwortungsvolle Politik zu setzen. (Beifall)

Präsident: Danke, Herr Dr. Csar. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Petra Müllner, bitte sehr.

Abg. **Müllner:** Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Gesetzesvorschlag, der uns da vorliegt, ist nicht nur frauenfeindlich, er ist auch familien- und vor allem jugendfeindlich. Die ÖVP und die FPÖ behaupten sehr gerne, dass sie alles für die jungen Menschen in Oberösterreich tun, aber dass das eigentlich nur leere Worthülsen sind, sieht man, wenn man sich die Taten heute anschaut. Fakt ist, dass hier nämlich fast ausschließlich auf Kosten junger Menschen gespart wird. Erstens, die Kinder von Alleinerzieherinnen oder Alleinerziehenden, und da trifft es nicht nur Kinder von geschiedenen Eltern, sondern es trifft auch Kinder, wo ein Elternteil gestorben ist. Das wird nämlich und das wurde noch nicht angesprochen, die Waisenrente ja auch miteinberechnet. Und das sind Kinder, die sowieso schon zur armutsgefährdenden Gruppe zählen und denen wird hier noch einmal das Leben zusätzlich schwer gemacht.

Zweitens, Studierende bekommen nur mehr volle Wohnbeihilfe, oder haben nur mehr dann Anspruch auf volle Wohnbeihilfe, wenn sie Studienbeihilfe beziehen oder über der Geringfügigkeitsgrenze verdienen. Das heißt, Studierende, die nur geringfügig arbeiten oder sich zu hundert Prozent auf ihr Studium konzentrieren, werden vom hundertprozentigen Anspruch ausgeschlossen. Wir halten das für nicht fair und auch nicht für vernünftig, da sich ja die Dauer des Studiums dann verlängert und das kann ja auch nicht der Sinn sein, was wir damit erreichen wollen.

Und drittens, und das ist für mich völlig absurd und verwerflich, Familien, die Anspruch auf Wohnbeihilfe haben und wo die Tochter oder der Sohn einen Ferienjob annimmt, damit er sich vielleicht ein Moped verdienen kann oder Geld verdienen kann für den Führerschein oder vielleicht für den ersten Urlaub oder einfach um sein Taschengeld ein bisschen aufzubessern, da wird dieses Geld, das dieser junge Mensch verdient in den Ferien zum Haushaltseinkommen dazugerechnet und das fehlt dieser Familie dann im Endeffekt wieder beim Haushaltseinkommen, noch dazu ein Jahr später. Ja, abgesehen davon, dass das jugend- und familienfeindlich ist, ist es in diesem Fall sogar auch noch massiv leistungsfeindlich. (Beifall)

Die SPÖ will anders als ÖVP und FPÖ diese Verschlechterung für unsere jungen Menschen in Oberösterreich nicht und wir werden deshalb dieser vorliegenden Novelle auch nicht zustimmen. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete Müllner. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Herwig Mahr.

Abg. Ing. Mahr: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Makor, ich frage mich ja wirklich, ob du das wirklich alles glaubst was du uns da erzählst, das ist ja sagenhaft grundsätzlich. Ich möchte einmal, nachdem da ja einige Punkte richtig zu stellen sind, auf eines darauf hinweisen, jawohl, Landesrat Haimbuchner hat seit dreieinhalb Jahren das Ressort, seit dreieinhalb Jahren beschäftigt er sich damit, die Versäumnisse, die die SPÖ in den letzten Jahrzehnten im Wohnbauressort versäumt hat, zu korrigieren. Das ist die tatsächliche Situation. Das muss einmal klargestellt werden. (Beifall)

Ihr hättet ja die Möglichkeit gehabt, Entscheidungen zu treffen, und Ihr hättet sie auch in den letzten dreieinhalb Jahren gehabt, für das seid Ihr von uns immer aufgefordert worden, aktiv mitzutun. Bis jetzt gibt es außer kritischen Anmerkungen überhaupt nichts. (Zwischenruf Abg. Makor: „So etwas hätten wir nie gemacht!“)

Na gut, ich weiß, dass die Sozialdemokratie ihre Sachen immer ein bisschen anders sieht, weil die Frau Müllner, der Herr Affenzeller, aber auch die Frau Präsidentin sagt, 162 Euro Alimentationszahlungen, Haushaltseinkommen, Einkommensermittlung, im Sinne eines wirtschaftlichen Einkommensbegriffes, zählen zum Einkommen alle zur Deckung des Lebensbedarfes bestimmten Leistungen, wie zum Beispiel Arbeitslohn, allfällige Abfertigungszahlungen, Witwen- und Waisenpension, einschließlich allfällige Ausgleichszulagen, Zusatzrente, erhaltene Unterhaltszahlungen, Alimente, Unterhaltsvorschüsse, Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und und und. Wisst ihr, wo das steht, meine Damen und Herren von der SPÖ? Das steht beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit. Wer ist da der Chef, meine Damen und Herren? Das was für die anderen gelten muss, muss für euch genauso gelten. Und eines ist aber bitte schon klar, wenn auf der Seite drüben 162 Euro in Abzug gebracht werden, dann kann ich nicht einfach so tun, wie wenn sie nicht kommen würden. Es ist ein Einkommen und jede Form des Einkommens ist zu berücksichtigen. Da bin ich eins zu eins dabei. (Beifall)

Ich möchte nur dazusagen, da ist ja alles pfui Teufel in SPÖ-geführten Bundesländern, wo die Alimentationszahlungen ein Vielfaches sind, da wird nicht geschimpft. Ich möchte übrigens nur dazusagen beim Heizkostenzuschuss. (Zwischenruf Abg. Mag. Jahn: unverständlich) Frau Kollegin, lassen Sie mich ausreden, ich habe Ihnen auch zugehört, wenn Sie etwas gesagt haben. Bei den Alimentationsverzichten bei ihrem Landeshauptmann-Stellvertreter gibt es von Null bis drei Jahre 186 Euro, von drei bis sechs Jahre 238 Euro, 306 Euro von sechs bis zehn Jahre, von zehn bis fünfzehn Jahre 351 Euro und von fünfzehn bis neunzehn Jahre 412 Euro und von neunzehn bis achtundzwanzig Jahren 517 Euro wird bei euch gerechnet. Wir haben gesagt, 162 Euro und nicht mehr. Da ist es pfui Teufel, aber bei euch ist es gut und der Herr Sozialreferent ist ja auch nicht gerade den ersten Tag in seinem Amt.

Ich möchte aber auch noch sagen, zum Beispiel beim Kollegen Affenzeller, dir glaube ich es ja wirklich, dass du sehr sozial eingestellt bist, das vermittelst du, das glaube ich dir auch, aber wenn du heute einen Stepic kritisierst mit fünf Millionen Euro, gebe ich dir recht, das ist zuviel. Weißt du, was der Elsner verdient hat? Das würde mich dann nämlich auch interes-

sieren. (Unverständlicher Zwischenruf) Da habt Ihr aber nie etwas gesagt, weil ja der Herr Bundeskanzler derzeit so auf den Wohnbau abfährt, sagt ihm doch einmal er soll nach Oberösterreich kommen, wir erklären ihm, wie sozialer Wohnbau funktioniert, dann braucht er nicht ununterbrochen herumrennen da draußen.

Und Frau Kollegin Buchmayr, eines muss ich sagen, du hast, Maria, in einem Recht, das habe ich schon immer gesagt, eine junge Familie muss heute vierzig Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnungen auslegen, das ist eindeutig zu viel und da gebe ich dir hundertprozentig Recht. Ich habe schon einmal das Beispiel von mir gebracht, im Jahr 87 waren es 15 Prozent, heute eine Familie vierzig Prozent. Aber dann bitte und das predige ich auch schon drei Jahre in diesem Haus hier herinnen, dann schauen wir, ob es wirklich notwendig ist, dass im sozialen Wohnbau diese Standards notwendig sind. Ich will euch jetzt nicht mehr aufzählen, was im sozialen Standard und im sozialen Wohnbau alles verbaut wird, das hast du in einer geförderten Eigentumswohnung nicht, das hast du nicht in einem privaten Haus, aber im geförderten Wohnbau hat man das. Und da habe ich auch noch nie die SPÖ gehört, dass sie sich einmal mit mir eine Baustelle angeschaut hat und dann schauen wir einmal, welche Leistungen wir streichen und kürzen könnten, ohne dass wir die Bevölkerung treffen, ohne dass wir der Bevölkerung irgendetwas wegnehmen, da habe ich noch keinen von den Damen und Herren der SPÖ gesehen. Ich kann nur eines dazusagen, wenn es heißt, Kollege Makor, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen. Wenn zum Landesrat die SPÖ geführten Wohnbaugenossenschaften kommen und sagen, bitte ich möchte aber Eigentum, ich werde dem Landesrat das nächste Mal empfehlen, die Sachen halt dann nicht mehr zu fördern. Seid nicht böse, ob Eigentum gefördert, ich bin ein Verfechter von gefördertem Eigentum oder Mietwohnung. Wir fördern relativ, wir versuchen relativ gerecht diese zu fördern, aber zu sagen, dass ein historischer Tiefstand unter Landesrat Haimbuchner ist, weil mehr Eigentumswohnungen gefördert werden als Mietwohnungen ist schlichtweg eine Sauerei. Aber Kollege Makor, das ist ja so, im Ausschuss. (Zwischenruf Abg. Mag. Jahn: unverständlich) Frau Kollegin Jahn, bitte lassen Sie mich einmal ausreden, ich bin ja auch höflich und lasse Sie ja auch ausreden. Es ist ja unwahrscheinlich, Sie müssen immer dazwischen reden, es ist sagenhaft. Herr Kollege Makor, darum sage ich, ich glaube ja selbst nicht, dass du das alles glaubst, es entspricht ja zu großen Teilen jetzt nicht so wie du es interpretierst, sondern du weißt ganz genau, der Wohnbau, das Wohnbauressort ist seit drei Jahren in hervorragenden Händen, wird hervorragend geführt und viel Zeit und viel Geld muss derzeit noch aufgewendet werden, um die Verfehlnisse deines Vorgängers oder eurer Vorgänger zu korrigieren. (Beifall)

Präsident: Danke, zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Haimbuchner, bitte schön.

Landesrat **Dr. Haimbuchner:** Herr Präsident, hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist natürlich vollkommen bewusst, wie eine Debatte zur Wohnbauförderung in diesem hohen Landtag abläuft. Die SPÖ hält also die Reden, die sie vor drei Jahren schon gehalten hat, die sie vor zwei Jahren gehalten und vor einem Jahr und jetzt kommt halt wieder die gleiche Rede, irgendwie ist das schon ein bisschen eine einschläfernde Retroschlafwagen-Politik.

Da kommt eigentlich nichts mehr Neues und ich habe ja heute gewartet, ob neue finanzpolitische Geniestreiche hier erfolgen, aber ich bin wieder zu dem Ergebnis gekommen, ich bin halt ein Realist und ihr seid, wie sagt man in Linz, Swaptisten ungefähr. Das ist ja auch interessant, dass ihr so viel Erfahrung auf einmal in der Finanzierung, in der ganzen Budgetgestaltung habt, nachdem ihr bewiesen habt in Salzburg das vollkommene Abhausen, und in Linz, wo man vollkommen daneben agiert hat, wo man überhaupt nicht weiß, wer hat ir-

gendwo etwas genehmigt, aber da hättet ihr auf einmal die Weisheit gefunden. Das ist halt interessant, aber ich bin trotzdem froh, dass ich mit vielen Sozialdemokraten ja eine gute Gesprächsbasis habe, mit euren Bauträgern funktioniert das ja gar nicht so schlecht. Übrigens die Beantragung nach Eigentumswohnungen, Mietkaufwohnungen, Mietwohnungen erfolgt nach Bedarf, das wird entsprechend geprüft, es gibt auch eine statistische Erhebung in Oberösterreich. Ihr tragt ja dort zum Teil Verantwortung in diesen Genossenschaften, habt dort verschiedene Positionen, Vorstandspositionen, SPÖ-Mitglieder, Aufsichtsräte, die ihr dort stellt, die SPÖ-Mitglieder sind, Gewerkschaftsmitglieder, ihr habt das ja auch sehr schön aufgeteilt. Dann bringt euch dort ein bisschen ein, sagt dann vielleicht dem Vorstand, also den Aufsichtsräten wir wollen nicht mehr, dass Eigentumswohnungen gebaut werden, weil wir wollen nur, dass es abhängige Mieter gibt in diesem Land. Ich kann mit dem nichts anfangen, aber wenn das euer Modell ist, dann finde ich das interessant. Ich werde das mit dem Verband der Gemeinnützigen einmal erörtern, denn wenn das die SPÖ hier im Landtag sagt, eine Partei, die durchaus, und das bestreite ich ja nicht im Wohnbau, ja auch Erfahrung hat, dann muss ich dieser Angelegenheit einmal vertieft auch nachgehen.

Interessant ist auch, dass auch außerhalb des Bundeslandes Oberösterreich man gespannt und mit Interesse und mit Sympathie auf die Maßnahmen auch blickt, die in Oberösterreich getroffen werden. Weil wir hier schon mit Hausverstand auch agieren, mit beiden Beinen auch am Boden agieren, wo die Bauleistung auch funktioniert. Einige tausend Wohneinheiten, man kommt, wenn man alle Förderungen zusammenrechnet über den Wohnbau, was den Neubau betrifft, dann kommt man auf circa sechs- bis siebentausend Wohneinheiten. Das ist immer abhängig auch von den Häuslbauern und das können wir nicht ganz steuern. Zwölftausend Wohneinheiten, die saniert worden sind auch im vergangenen Jahr, das sind sehr, sehr stolze Zahlen und da bin ich wirklich zufrieden, dass wir das so zustande bringen. Und wir haben wie gesagt, auch einige gute Reformen absolviert, ob es jetzt die Sanierungsförderung ist und lieber Kollege Makor, die macht ihr auf einmal schlecht, die Sanierungsförderung, wo wir wirklich, wo sogar der Rechnungshof sagt, das ist eine fast zu gute Förderung, da kommt ihr her und sagt, das ist eine Verschlechterung. Also bitte, ich ersuche hier um Erklärung. Bei den Lifteinbauten, die ewige Thematik, es hat hier eine Rechnungshofkritik gegeben, wo man gesagt hat, das kann nicht sein, dass es Doppelförderungen gibt und wo man die nicht anrechnet und deswegen ist auch hier diese Rechnungshofempfehlung auch so umgesetzt worden.

Auch in der Eigenheimförderung, ich glaube, da sind wir führend in Österreich, was die Häuslbauer betrifft. Wir haben hier einen guten Zugang, wo man sich das Hausbauen Gott sei Dank noch, ich sage wirklich noch leisten kann, weil das natürlich mit der Immobilienkrise oder mit der Staatsschuldenkrise zusammenhängt und da ist ja auch der Hase im Pfeffer, warum das Wohnen auch immer teurer wird. Das hängt natürlich mit der lockeren Geldpolitik der EZB zusammen und ich empfehle Ihnen, dass Sie da vielleicht einmal ein paar Wirtschaftszeitungen lesen, ich kann Ihnen gerne ein paar Artikel auch entsprechend kopieren, wo ihr doch führend dafür verantwortlich seid für die Sozialisierung der Schulden in Europa. Und deswegen steigen auch die Immobilienpreise, deswegen steigen auch die Preise und ich finde es ja lustig, wenn die Frau Kollegin Jahn darüber lacht und sie lacht nämlich gerade den Bürgermeister der Stadt Linz aus, weil wenn die eigene Linzer Immobilien Gesellschaft teuer den Grund verkauft, dann an die eigene rote Wohnbaugenossenschaften verkauft und ihr regt euch dann auf, dass das Wohnen teurer wird, obwohl die Belastungsobergrenze nach WFG mit 3,65 Euro begrenzt ist und die nicht einmal erreicht wird in Oberösterreich, also da sage ich Ihnen eines, da schauen Sie einmal nach Wien, nach Salzburg, die würden uns die Füße küssen, wenn es dort auch so eine Belastungsobergrenze gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, die würden uns die Füße küssen. Aber das wollen Sie halt

nicht hören, weil es darf nicht sein und es kann nicht sein, wie es so schön heißt, was nicht sein darf.

Und ich verstehe natürlich, dass Sie gesehen haben, dass Sie sich wohnpolitisch in das Out katapultiert haben und jetzt wollen Sie hier halt ein bisschen einen Zinnober machen. Stellen Sie ein paar Kartons auf in der Früh vor einem Landhaus, aber glauben sie mir, vor einem Kartonagen-Event fürchte ich mich wirklich nicht. Und wenn ihr ein paar Kartons verwenden wollt, dann bitte machen Sie das, dann gehen Sie zu einer Papierfabrik und dann brauchen Sie eine ganze Tranche für die Stadt Wien oder für Salzburg, denn dort gibt es eine Situation, die unerträglich ist, dass Sie da mit Kartons aufmerksam machen wollen, so nach dem Motto das wären Geschenke und das in die Lächerlichkeit ziehen, das finde ich ehrlich gesagt eine Zumutung. Denn wenn Sie glauben, dass es einem Politiker eine Freude macht zuzusagen ich muss Kürzungen vornehmen, weil das System erstens anders nicht mehr finanziert ist und zweitens, weil man auch entsprechende Reformen machen muss, dann frage ich mich, warum nie das Gespräch gesucht worden ist von manchen Organisationen, die Sie aufzählen, das ist doch nur Politaktionismus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Und ihre Berechnungsbeispiele, ich habe sie alle da, alle die Sie angeführt haben, die sind alle falsch. Und da können Sie sagen was Sie wollen, die sind von der Wohnbauabteilung nachgerechnet worden und das ist keine freiheitliche Vorfeldorganisation. Das Beispiel Ablinger, 28.11.2012, stimmt einfach nicht. Behauptung von Herrn Makor, 2.12.2012, stimmt ganz einfach nicht, dann haben wir das Beispiel, das Sie immer wieder bringen, mit einem Jahreseinkommen von 12.200 Euro, drei Kinder, wo Sie immer wieder sagen mit einer Wohnnutzfläche, da würde man hunderte von Euros verlieren, wissen Sie, dass man hier 15 Euro verliert. Ja, das ist ein Einschnitt, das ergibt sich aber aufgrund der Obergrenze der 300 Euro, dadurch ergeben sich diese 15 Euro. Es tut mir leid, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie, es stimmt einfach nicht, was Sie sagen und Sie machen Aktionismus und Sie glauben, ganz einfach, dass man mit einem Aktionismus alleine seriöse Politik machen kann, das geht eben nicht. Und das ist eben der Unterschied, schauen Sie, ich gehöre einer anderen Politikergeneration an, ich bin nicht bei der Gewerkschaft oder bei der Kammer groß geworden, sondern auch ich habe mir meine Lebensgrundlage selbst natürlich auch erarbeiten müssen. Und da sage ich Ihnen schon eines, es kann nicht sein, dass hier eine Politik gemacht wird, zu Lasten der nachfolgenden Generationen, das kann ganz einfach nicht sein. Denn Sie haben ja das auch erkannt in den 80er Jahren, dass das nicht funktionieren kann.

Und da sage ich Ihnen nur ein Beispiel, da hören Sie mir gut zu, lernen Sie Geschichte, hat ja einmal der Sonnenkönig von eurer Partei gesagt. 1988 Wohnbeihilfe, 67,4 Millionen Euro, Reduzierung bis 1991 auf 35 Millionen Euro, von 1988 umgerechnet 67,4 Millionen Euro bis 1991 auf 35 Millionen Euro. Das sind offizielle Zahlen, das haben Sie gemacht. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer: „Stimmt nicht!“ Zwischenruf Abg. Makor: „Stimmt nicht!“) Sie sagen immer, das stimmt nicht. Das sind Zahlen aus einem Ressort, das von Ihnen geführt worden ist. (Unverständliche Zwischenrufe) Das sind die Zahlen, die ganz einfach so sind.

Von 2002, 52,5 Millionen Euro bis 2010, da haben wir 85,1 Millionen Euro gehabt, das war plus 62 Prozent. Sie wissen, es waren zwei Wahlen dazwischen, 2002 auf 2003 und 2008 auf 2009 und das waren Wahlzuckerl. Sie wissen das, Sie begründen es immer gerne anders, aber es waren Wahlzuckerl. Und der Vergleich macht mich natürlich immer sicher.

Salzburg, SPÖ-dominiert geführt gewesen, auch das Wohnbauressort, vom Kollegen Blachfellner, den ich persönlich sehr geschätzt habe, elf Millionen Euro Wohnbeihilfenbudget, elf Millionen Euro. Jetzt müssen Sie sich einmal vorstellen, Oberösterreich ist zweieinhalb Mal so groß wie Salzburg. Sie regen sich auf, dass wir ungefähr bei den Ausgaben, das ist immer schwer zu schätzen, zwischen 70 und 75 Millionen Euro in Zukunft beim Rechnungsabschluss haben werden und in Salzburg haben sie elf Millionen Euro und Oberösterreich ist nur zweieinhalb mal größer. Wissen Sie, wie viele, nach Ihren Grundsätzen, in Salzburg? Sozialdemokratisch geführt, würde das eine Wohnbeihilfe bedeuten von zirka 27 bis 30 Millionen Euro im Budget. Das ist einfach nicht seriös, was Sie tun.

Und ich unterhalte mich gerne mit Ihnen ganz sachlich über die Probleme, die es natürlich auch gibt aufgrund der budgetären Situation. Aber das, was Sie machen, und wo Sie dann auch noch von den Grünen von der Kinderarmut sprechen, da sage ich Ihnen schon, das ist eine Lade, wo Sie hineingreifen, das sollten Sie sich gut überlegen. Denn diese Geschichte, Kinderarmut, finde ich auch interessant, weil das müssen Sie dann in Wien kritisieren. Das müssten Sie in Wien kritisieren, wenn dort Rot-Grün alle Alimente anrechnet. Wir machen das mit 162 Euro, das ist ein Kompromiss und Sie rechnen in Wien alle Alimentationszahlungen ein. Und auch in den anderen SPÖ-geführten Bundesländern werden hier zur Gänze diese Alimente eingerechnet.

Aber bei uns gibt es dann ein Frauenbündnis, das aggressiv gegenüber dem Herrn Landesrat auftritt, wo man nicht einmal spricht, wissen Sie? Und das finde ich auch traurig in einer Demokratie. Sie sprechen immer vom Miteinander, und man muss miteinander reden. Gerne hätte man einen Termin auch mit mir vereinbaren können und wir hätten die Sachlage erörtern können, mit allen Vorfeldorganisationen, die da auch vertreten sind. Aber das wollen Sie nicht, denn Sie wollen einen Aktionismus und Sie sagen, das ist halt eiskalt.

Wenn in der Steiermark der Herr Schrittwieser, der SPÖ-Landesrat, sagt, ich musste gegensteuern, sonst hätte es in zwei Jahren gar nichts mehr gegeben. Wohnbeihilfe, größter Brocken, 24 Millionen Euro werden dort eingespart, bei der Behindertenhilfe 22 Millionen Euro, bei der Jugendwohlfahrt zehn Millionen Euro, dann sage ich Ihnen schon, das ist einfach unseriös, was sie machen. Und was verteuert das Wohnen? Es sind die Gebühren in jenen Städten, die von Ihnen beherrscht werden.

Da gibt es eine Aufstellung, habe ich übrigens auch, über Wohnbauträger, was in Wien der Fall ist, in Linz, in Leonding, in Traun, in Wels und so weiter. Dort sind die Kostentreiber zu Hause und das ist ja auch logisch beim Wohnen. Weil wenn man eine Belastungsobergrenze hat, beim Erstbezug, von 3,65 Euro, dann sagt ja doch ein Jeder, das ist doch verkraftbar, das ist doch vertretbar, das ist doch keine teure Miete. Wir sind auch nicht bei 3,65 Euro, wir sind bei 3,20 Euro. Kollege Stelzer hat hier Recht.

Und dann rechnen wir uns das einmal aus, wo hier die zusätzlichen Kosten entstehen. Das hat natürlich mit Verwaltungsabgaben etwas zu tun, das hat mit Betriebskosten etwas zu tun und eben auch mit Gebühren etwas zu tun. Und dafür sind Sie verantwortlich und da müssen Sie sich halt etwas überlegen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist halt nicht meine Aufgabe.

Und dann glaube ich, dass es wichtig ist, den Menschen die Wahrheit zu sagen. Und die Wahrheit ist eben, dass wir nicht mehr Geld ausgeben können als wir einnehmen. Jeder gibt gern mehr Geld aus, oder macht halt, so wie Sie das gerne machen in Wahlkampfzeiten,

irgendwelche Geschenke und im Nachhinein kommt man drauf, das ist halt sehr, sehr schwer zu finanzieren. Und das ist nicht mein Weg.

Ich trage Verantwortung in diesem Land, ich trage Verantwortung für die Menschen in diesem Land, ich trage Verantwortung für Mieterinnen, für Mieter, auch für Häuselbauer, ich trage aber auch Verantwortung für jene Menschen in diesem Land, die im Baugewerbe, im Baunebengewerbe ihr Geld verdienen. Und wenn man sich hier die Entwicklung anschaut der vergangenen zehn Jahre, bei einer Indexsteigerung von 25 Prozent Verbraucherpreisindex und im geförderten Wohnbau sind es 40 Prozent Baukostenindexsteigerung gewesen, nein, im geförderten waren es 46 Prozent und im normalen Baubereich waren es 40 Prozent, dann sage ich immer, dann muss man hier entgegensteuern, da muss man auch bei den Normen etwas tun.

Und da ersuche ich Sie, dass Sie mich unterstützen. Das ist eine, würde ich einmal sagen, relativ unideologische Angelegenheit, wo man einmal sagen kann, schauen wir, dass wir beim österreichischen Institut für Bautechnik etwas unternehmen, dass dort nicht die Lobbyisten das große Sagen haben, sondern dass man sich überlegt, brauchen wir wirklich 6.000 ÖNORMEN, die sich zum Teil inhaltlich widersprechen und die für irrsinnige Kosten sorgen?

Und wenn dann die Grünen anfangen mit Kostensteigerungen, dann schauen wir uns den Ökostrom an, kann man alles ganz genau, auf den Cent, ausrechnen, was das mehr kostet. Der ganze Klimaschutzwahnsinn, es ist wirklich so, was der kostet, das können Sie sich ausrechnen, bringt zum Teil überhaupt nichts, bringt überhaupt nichts. Es ist auch jetzt herausgekommen, was die Energieausweise betrifft, dass bei einem Passivhaus grundsätzlich mehr Energie verbraucht wird als im Energieausweis drinnen steht, aber bei einem Niedrigenergiehaus grundsätzlich weniger Energie verbraucht wird, weil es im Energieausweis drinnen steht. Darüber müssen wir uns auch unterhalten, das ist eine Frage, ich sage jetzt einmal, auch der Seriosität, dass wir sagen, wir schreiben nicht irgendwo etwas hinauf, sondern wir machen hier gute Politik und orientieren uns auch daran.

Wir haben in der Wohnbaureform vieles bis dato zustande gebracht, wo uns andere Bundesländer auch beneiden, wir haben einige kleine Erleichterungen gemacht. Ich weiß schon, das ist nicht die große Welt, aber der vorzeitige Baubeginn bei Wohnhäusern mit mehr als drei Wohneinheiten, da kommt man den Bauträgern, oder auch den Eigentümern schon auch entgegen, wenn sie etwas tun mit dem Sanieren, das wollen wir ja auch alle, auch bei der Klarstellung, dass Förderdarlehen unterschiedlich verrechnet und abgewickelt werden können. Ich finde auch, das ist sehr wichtig, damit wir auch hier flexibel in der Zukunft sind. Und bei der Wohnbauhilfe ein gewisses Leistungsprinzip, meine sehr verehrten Damen und Herren, das darf man sich schon erwarten.

Ich bin ja überhaupt der Meinung, dass man grundsätzlich Drittstaatsangehörigen keine Wohnbauhilfe ausbezahlen sollte, es hat auch Anträge gegeben, würde ungefähr acht Millionen Euro ausmachen, aber ich weiß natürlich, dass Sie da eine andere Auffassung vertreten, das darf also alles nicht sein. Na gut, dann muss man wo anders sparen. Es ist genau dieser Betrag, es ist genau dieser Betrag. Und wenn ich sage, 60 Monate sollte man einen Hauptwohnsitz haben und 36 Monate soll man ein Einkommen nachweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch wirklich mit Augenmaß, das ist doch etwas Vernünftiges, das ist doch nicht etwas, wo man sagt, wir stürzen die Leute in eine Armut.

Und die Beispiele, Frau Kollegin Wageneder, wirklich die Beispiele. Wo Sie sagen, da hat jemand studiert und dann kriegt er keine Wohnbeihilfe. Wenn ein Drittstaatsangehöriger in

Österreich studiert, dann denke ich mir, dass er gut studiert, dass er hier sein Leben gestalten möchte und dass er so studiert und gut studiert, dass er dann auch einen entsprechenden Arbeitsplatz hat, wo er auch etwas verdient, weil sonst ist da etwas schief gelaufen.

Also die Fälle, die Sie erwähnen, da muss ich mich tatsächlich ein wenig fragen, ob die wirklich so realitätsnah sind. Und wir können auch nicht alles regeln. Wenn Sie sagen, was tun wir mit Drittstaatsangehörigen, die zu uns kommen und dann lässt sich die Frau scheiden, oder lässt sich der Ehegatte scheiden. Ja bitte, wir können nicht jedes Problem auf dieser Welt lösen. (Zwischenruf Abg. Wageneder: „Aber die zahlen ja genauso ein, warum sollte man ihnen nichts geben?“. Unverständliche Zwischenrufe.)

Und ich sehe das auch nicht ein, denn wir müssen uns schon auch vergegenwärtigen in diesem Land, wenn hier gesprochen wird, ein paar Millionen da, ein paar Millionen dort, wir geben alles aus. Es gibt auch Bürger in diesem Land, die das erarbeiten müssen, die das auch zahlen müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall)

Und es kann einfach nicht sein, dass man diese Menschen, die das auch bezahlen, völlig außer Acht lässt. Das kann es doch bitte nicht sein. Und der Vergleich, Frau Kollegin Jahn, der macht uns sicher. Sie haben nicht demonstriert beim Herrn Kollegen Ackerl, trotz steigender Energiepreise sinkt dort jedes Jahr das Budget für den Heizkostenzuschuss und dort werden die Alimente zur Gänze angerechnet. Da müssten Sie ja ein Sit-in machen, beim Kollegen Ackerl, Sie müssten ja mit Kartons, mit Geschenkkartons, müssten Sie ja das ganze Büro verkartonieren, mehr oder weniger, beim Kollegen Ackerl. Aber das passt Ihnen natürlich nicht, dass man Ihnen da die Wahrheit sagt.

Dann, die Vergangenheit natürlich auch und Gerechtigkeit, natürlich kann es nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass eine junge Familie, die zusammen lebt, ob verheiratet oder nicht verheiratet, zusammen lebt, zwei Kinder hat, eine bestimmte Wohnfläche zur Verfügung hat, keine Wohnbeihilfe bekommt, aber sobald man getrennt wohnt, gibt es für beide eine Wohnbeihilfe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ungerecht. (Beifall)

Das ist ungerecht. Und ich bin ein Mensch und ich stehe dazu, ich stehe zu meinen politischen Aussagen, ich präferiere die Ehe, die Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau mit Kindern. Das präferiere ich und das sind die Grundlage und das Fundament unserer Gesellschaft. Das ist mir das Wichtigste.

Und wenn Sie sagen, Sie setzen sich eher für Feministinnen ein, dann ist das Ihr demokratisches Recht, dann ist das in Ordnung. Das ist ihr demokratisches Recht, aber ich nehme auch hier mein Recht wahr, für die Familien in diesem Land auch einzutreten, (Beifall. Zwischenruf Abg. Mag. Buchmayr: „Was ist mit Alleinerzieherinnen?) diesen Staat auch letztendlich zu erhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und ich merke natürlich am Pegel der Zwischenrufe, dass ich heute wieder einmal da durchaus auch Recht habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme Verantwortung wahr in allen Bereichen. Und ich sage Ihnen jetzt noch ein Beispiel. Bei uns im Büro hat es eine Anfrage gegeben einer Frau, die es wirklich nicht leicht hat, die von ihrem Mann verlassen worden ist, wo der Mann auch Alkoholiker war und so weiter. Die hat angefragt bei der Stadt Linz, die hat angefragt bei der Volkshilfe und so weiter. Diese Frau hat sich bei uns im Büro gemeldet, sie hat gesagt, es hat sich niemand von Ihrer sozialdemokratischen Organisation angenommen.

Die erste Rückmeldung unverzüglich hat es vom Büro Haimbuchner gegeben. Das ist der kleine Unterschied. Sie tun immer wieder Wasser predigen und trinken dann letztendlich Wein. Und Ihnen geht es überhaupt nicht um die Probleme der Menschen in diesem Land, sondern Sie sagen ganz einfach, wir wissen es eh, dass wir es finanziell schwer haben, wir wissen ganz genau, dass die Wohnbeihilfe ausufert, wir wissen dass das Budget sehr eng ist, schließen, sind überall dabei, bei den ganzen Finanzrahmen, die beschlossen werden, sind bei allen Bankenhaftungen mit dabei, sind auch mit dabei, wenn es um die Geldflut geht der europäischen Zentralbank, Ihre hohen Nadelstreifsozialisten sind da dabei, aber da möchten Sie auf einmal volkswirtschaftlich gescheit daher reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so funktioniert Wohnbaupolitik nicht. Ich bin froh, dass wir heute hier seriös, vernünftig, mit beiden Beinen am Boden, Politik machen und deswegen freue ich mich auch auf die nächsten Jahre, weil wir das, glaube ich, gut machen, hier gut zusammenarbeiten, auch mit der Abteilung. Und ich sage Ihnen schon, die Härtefälle verlieren wir nicht aus den Augen und wenn es Hilfe bedarf, dann gibt es auch die entsprechende Hilfe. Dafür garantieren wir im Land Oberösterreich und alles andere wird auch bei uns vernünftig gemacht. Und der Vergleich macht uns sicher. Auch hier sind wir in Oberösterreich Spitze, das darf man betonen.

In diesem Sinne weiterhin gute Zusammenarbeit, gute Wohnbaupolitik, wer halt zusammenarbeiten will. Jeder ist eingeladen, wer halt nicht will, dem kann ich halt, leider Gottes, nicht helfen. So ungut ist es bei mir im Büro gar nicht. Sie können gerne einmal vorbeischauchen, wir können ordentlich miteinander reden und umgehen. Alles Gute. (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. (Zwischenruf Abg. Makor: „Doch!“) Entschuldigung. Bitte Herr Abgeordneter Makor.

Abg. **Makor:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem sehr emotionalen Plädoyer unseres Wohnbaulandesrates, dass zukünftig nur mehr Wohnbauförderung für kirchlich Verheiratete oder womöglich auch standesamtlich Verheiratete gewährt werden soll, wieder zurück zu den Fakten.

Und es ist und bleibt, und die Zahlen, Herr Landesrat, sind die Zahlen aus den Wohnbauberichten des Landes Oberösterreich, ergänzt um eine Landeskorespondenz vom 3. Jänner 2012, die Ihnen nicht fremd sein sollte, weil Sie sie ja selber gegeben haben. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Ich kann euch auch nicht helfen, wenn es euch nicht passt, dass Eigentum gebaut wird!“)

Nein passt, ich will es dir ja gerade erklären, ich will es dir gerade erklären. Die Zahlen, die ich dir jetzt präsentiere, zeigen in jedem Fall eines, dass die Sozialdemokratie, dass man ihr vieles vorwerfen kann, wenn man ihr nicht gut gesonnen ist, aber eigentumsfeindlich würde ich angesichts der Zahlen mir nicht behaupten zu argumentieren.

Unser, und damit will ich es richtigstellen, unser Anliegen und Argument war, dass wir im Bereich der Mietwohnungen ein größeres Defizit sehen, das heißt nicht, dass wir uns gegen Eigentumswohnungen oder gar gegen Eigenheime aussprechen.

So, und nun zu den Zahlen. Bleiben wir kurz bei den Mietwohnungen. In den Jahren 2010, 2011 und 2012, das sind jene Jahre, die du zu verantworten hast, darüber brauchen wir, glaube ich, nicht diskutieren, da gibt es keinen Widerspruch, sind 1.261 im Jahr 2010, 1.898 im Jahr 2011 und 1.789 im Jahr 2012 errichtet worden. Das sind die Zahlen aus den offiziell-

len Wohnbauberichten des Landes und ich hoffe sie stimmen, aber man muss davon ausgehen. Das macht eine durchschnittliche Bautätigkeit bei den Mietwohnungen von 1.649.

So und jetzt sollte man es mit irgendwas vergleichen. Und dann ist es immer relativ, macht man die letzten drei Jahre, da hat es ein Sonderwohnbauprogramm, (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Sie können das eh gerne vergleichen mit den Zusicherungen!“) jetzt hörst du auch einmal zu, da hat es ein Sonderwohnbauprogramm gegeben. Tun wir es nicht, machen wir einen Langzeitvergleich, machen wir es zwischen 2000 und 2009. Und siehe, es waren 1.881 Mietwohnungen, die errichtet worden sind. Das heißt jährlich, jedes Jahr, um 260 Mietwohnungen weniger in den drei Jahren, wo du es zu verantworten hast. Kann ja passieren. Ich sage nur, dramatisch sinkende Leistung.

Und jetzt zu den Eigentumswohnungen. Die Eigentumswohnungen haben sich wie folgt entwickelt: 2010 450, 2011 641, 2012 591. Das macht, sage und schreibe, 561 Eigentumswohnungen durchschnittlich jährlich. So und mit was vergleichen wir es wieder? Das kann man alles relativ sehen. Du kannst es dir aussuchen, aber vergleichen wir es mit einem Langzeitschnitt, damit man ja nicht in den Verruf käme, dass es da irgendwelche Sonderwohnbauprogramme gegeben hat. Im Langzeitschnitt der sozialdemokratischen Verantwortung von etwa 1990, ich kann dir andere Zahlen auch noch sagen, 1990 bis 2009. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Von etwa, das sollte man schon genau wissen!“) 1990 bis 2009, ich erinnere, 561 waren es bei dir jährlich, waren es 720.

So eigentumsfeindlich ist die Sozialdemokratie, dass sie jährlich 200 Eigentumswohnungen mehr gebaut hat in einem Langzeitschnitt, im Vergleich zum Anderen. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Da habt ihr ja den Zinsenzuschuss mitgerechnet, ich kenne euch ja!“) Und ich will mit dir ja darüber gar nicht streiten, weil ich glaube, dass es sowohl als auch notwendig ist, Miet- und Eigentumswohnungen in einem gesunden Verhältnis zu errichten, keine Frage und das steht außer Streit, steht völlig außer Streit. Das ist im besten Fall eine Unterstellung, wenn du Gegenteiliges behauptest.

Wir orten halt nur, dass gerade im Zentralraum die Frage oder die Nachfrage nach Mietwohnungen halt eine wesentlich höhere ist, als jene nach Eigentumswohnungen. Und das hast du zu verantworten, dass diese Wohnbauleistung gesunken ist, teils dramatisch gesunken ist. Ich kann es dir sogar noch von der Sanierung sagen, wenn du es wissen willst. Selbst da ist es dramatisch gesunken. Durchschnitt von 2000 bis 2009, ich nehme extra den langen Schnitt, weil sonst sagst du wieder, da war ja Sonderprogramm dabei, 14.486 durchschnittliche Sanierungen pro Jahr. Ja zurzeit, das letzte Jahr waren es etwas unter 12.000, aber in den drei Jahren, die du zu verantworten hast, 13.500. Wieder um 1.000 weniger. (Zwischenruf Landesrat Dr. Haimbuchner: „Ja, irgendwann einmal wird ja fertig saniert sein!“) Also alles im Bereich des Wohnbaus rückläufig. Das ist eine Bilanz, die du zu verantworten hast, die für den Wohnbau und für die Mieten sich negativ auswirken werden und daher können wir das nicht befürworten.

Und abschließend, wie das in anderen Bundesländern geregelt ist, ist mir relativ egal. Wenn eine Regelung dazu führt, dass wir Alleinerzieherinnen zusätzlich belasten und in die Armut treiben, dann lehne ich das ab. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung, meine Damen und Herren.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 887/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 888/2013. Das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaft EZ 230, GB 45304 Holzheim, im Ausmaß von 11.340 m² im Stadtgebiet von Leonding.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Kommerzialrat Alfred Frauscher über die Beilage zu berichten.

Abg. KommR **Frauscher**: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beilage 888/2013, Bericht des Finanzausschusses betreffend die Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaft EZ 230, GB 45304 Holzheim, im Ausmaß von 11.340 m² im Stadtgebiet von Leonding. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 888/2013.)

Der Finanzausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: Die Landes-Immobilien GmbH wird ermächtigt, die Liegenschaft EZ 230, GB 45304 Holzheim, im Ausmaß von 11.340 m², zu einem Kaufpreis von 3.180.000 Euro an die LAWOG, Garnisonstraße 22, 4021 Linz, zu veräußern.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne darüber die Wechselrede und erteile Herrn Abgeordneten Kommerzialrat Alfred Frauscher das Wort.

Abg. KommR **Frauscher**: Sehr geehrter Herr Präsident! Nur mehr zwei Sätze. Ja, ich habe eh schon gesagt, das Grundstück ist die Tennisanlage Holzheim. Der Preis wurde auch von einem gerichtlich beeideten Sachverständigen ermittelt und von der LAWOG auch so akzeptiert. Das Umwidmungsverfahren der Liegenschaft in Bauland befindet sich in der Stadtgemeinde Leonding bereits in der Umsetzungsphase. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt mir eine weitere Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Hans Karl Schaller vor. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Schaller**: Kurz und bündig gibt es Zustimmung. Warum ich mich zum Wort gemeldet habe, hängt ein bisschen mit dem zusammen, es gibt eigentlich auch positive Beispiele, wie man mit dem Ganzen umgehen kann. Wie das damals war, hat es also sofort, weil das ist ja ein toller Ort, dort wo die Tennisanlage ist, Bürgerversammlungen gegeben. Es hat auch Druck gegeben. Man wollte dort eigentlich, dass die Fläche nicht genutzt wird. Das Positive an der ganzen Geschichte, man hat sich zusammengerauft, man hat sich dazu bekannt, dass man dort sowohl Eigentum als auch praktisch Mietwohnungen hinbaut. Und das Schöne an dem Ganzen ist dann auch noch, dass man gesagt hat, und wir brauchen dort sowieso eine Infrastruktur und es wird jetzt ein Kindergarten auch noch hingebaut. Also ich glaube, eine ganz tolle Geschichte. (Beifall)

Präsident: Danke dem Herrn Abgeordneten für die Wortmeldung, besonders für die Kürze dieser Wortmeldung. Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 888/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 889/2013, das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landarbeitsordnung 1989 geändert wird (Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2013). Ich bitte Frau Abgeordnete Ökonomierätin Annemarie Brunner über diese Beilage zu berichten.

Abg. ÖkR **Brunner**: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Beilage 889/2013, Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landarbeitsordnung 1989 geändert wird (Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2013). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 889/2013.)

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landarbeitsordnung 1989 geändert wird (Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2013), beschließen.

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten für den Bericht und ich darf ihr das Wort erteilen.

Abg. ÖkR **Brunner**: Sehr geehrter Herr Präsident! In dieser Novelle geht es im Wesentlichen um Anpassungen, wie vorhin schon gesagt, an die Landarbeitsordnung. Diese Richtlinie stellt eine Gleichbehandlung bei Leiharbeit sicher und es regelt die überlassenen bzw. verliehenen Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Dieses Überlassen bzw. Verleihen von Arbeitskräften ist auch zeitlich begrenzt mit sechs Monaten, wo aber auch die Überlassung verschiedener Arbeitskräfte von Betrieb zu Betrieb nicht länger sein darf als sechs Monate und es stellt auch den Zugang zu den Wohlfahrtseinrichtungen ganz sicher, die es in Oberösterreich gibt, sei es Kinderbetreuungseinrichtung, Gemeinschaftsverpflegung und das gesamte öffentliche Verkehrsmittel. Leiharbeit ist nur innerhalb der Landwirtschaft gültig, also nicht von Landwirtschaft zu Gewerbe oder von Gewerbe umgekehrt. Das geht nur innerhalb der Landwirtschaft. Es ist eine gute Alternative, die es gibt. Gegenseitiges Helfen hat ja bei der Landwirtschaft Tradition und es sind alles Verbesserungen für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir stimmen dem zu. Eine kleine Anmerkung. Ich weiß, dass die FPÖ dem nicht zustimmt. Es kann mir das gar nicht vorstellen, wo es um Verbesserung für Arbeitskräfte geht. Danke schön. (Beifall)

Präsident: Danke schön, Frau Abgeordnete Brunner. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Roswitha Bauer. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorlage der Oö. Landesregierung zur Landarbeitsordnung ist ein alljährlich wiederkehrendes Ritual, das aber, wie es die Annemarie Brunner schon gesagt hat, sehr wichtig und auch notwendig ist, weil es immer wieder Verbesserungen und gesetzliche Absicherungen für die Landarbeiter bringt. Vor allem geht es um die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und im Wesentlichen sind damit bundesgesetzliche Vorgaben zu erfüllen und daher ist auch die Landarbeitsordnung daran anzupassen.

Bei der vorliegenden Novelle handelt es sich um die Angleichung und Gleichbehandlung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mit jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die fix im jeweiligen Betrieb angestellt sind. Unter anderem geht es dabei um die Gleichstellung, Annemarie hat es eh schon gesagt, wenn es betriebliche Einrichtungen vor Ort gibt, wie zum

Beispiel bei der Verpflegung, bei Kinderbetreuungseinrichtungen oder auch bei betrieblichen Beförderungsmitteln.

Allerdings ist dabei zu beachten, dass nur jene Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben unter diese Novelle der Landarbeitsordnung fallen, wenn der überlassende Betrieb und der beschäftigende Betrieb derselben Branche angehören. Also wenn zum Beispiel ein gewerbsmäßiger Gartenbaubetrieb einer Gärtnerei eine Leiharbeiterin, einen Leiharbeiter vermittelt, dann fällt das unter diese Landarbeitsordnung. Also Leiharbeitskräfte von gewerblichen Leiharbeitsunternehmen an land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind davon nicht betroffen. Die fallen nämlich unter das Arbeitsüberlassungsgesetz.

Erwähnen möchte ich noch, dass diese Überlassung von Arbeitskräften bis maximal zur Höchstdauer von sechs Monaten gesetzlich erlaubt ist. Auch wenn es hier mehrere Wechsel von Arbeitskräften geben sollte, so sind diese zusammenzuzählen, damit diese sechs Monate nicht überschritten werden können und auch Missbrauch verhindert wird.

Das was hier für Leiharbeitskräfte ausverhandelt wurde, wie zum Beispiel der Urlaubsanspruch, die Einhaltung kollektivvertraglicher Regelungen, Lohnzahlungen oder auch welche Ansprüche bei grenzüberschreitender Überlassung bestehen, wobei hier unterschieden wird zwischen Arbeitskräfte innerhalb und außerhalb des EU- und EWR-Raumes, das alles passiert in erster Linie zwischen Landwirtschaftskammer und Arbeiterkammer in gutem sozialpartnerschaftlichem Einvernehmen und das ist auch gut so.

Gerade unsere Sozialpartner sind immer wieder Garanten dafür, dass sie zum Beispiel in schwierigen Zeiten durch gemeinsame Verhandlungen zum Wohle aller entsprechend gegensteuern können. Österreich hat nicht zuletzt deshalb die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 mit einem blauen Auge überstanden, verglichen jetzt mit anderen Ländern, weil die Regierung zusammen mit den Sozialpartnern Maßnahmen gesetzt hat, die das Schlimmste verhindert haben. Und gerade unsere gelebte Sozialpartnerschaft ist es, um die uns viele Länder beneiden und die Österreich zu dem gemacht hat, was wir heute sind, eines der reichsten, wohlhabendsten und sichersten Länder der Welt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie gesagt, bei dieser Regierungsvorlage geht es um Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, speziell bei Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft, um rechtliche Absicherungen zwischen Arbeitnehmer/innen und Arbeitgebern und seitens der SPÖ-Fraktion werden wir ganz entgegen der FPÖ dieser Vorlage zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet, er ist der vorläufig letzte gemeldete Redner zu diesem Thema, ist Herr Abgeordneter Ing. Wolfgang Klinger. Ich erteile es ihm.

Abg. KommR **Ing. Klinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer! Liebe Frau Kollegin Annemarie Brunner, ich könnte es mir jetzt relativ einfach machen und sagen, naja wir stimmen dem Ganzen deswegen nicht zu, weil uns die ganzen Verbesserungen nicht weitreichend sind. Aber so einfach will ich es mir nicht machen. Es gibt da ganz andere Gründe noch dazu.

Es fällt uns auch deswegen nicht leicht, weil zum Beispiel die Stellungnahme des ÖGB in ihrer Hauptaussage klarmacht, dass klare gesetzliche Regelungen, wonach finanzielle Aufwendungen für die Beschäftigung von überlassenen Arbeitskräften unter Personalaufwendungen zu verbuchen sind und keinesfalls unter Sachaufwand, erstens. Es fällt uns auch

deswegen nicht leicht, weil die Stellungnahme des Bundeskanzleramtes, Verfassungsdienst schreibt: Die Pflicht sowohl des Überlassers als auch des Beschäftigers, die Arbeitskraft zu Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu fördern, ist relativ unbestimmt. Es fällt uns auch deswegen nicht leicht, weil es da heißt in der Stellungnahme der österreichischen Rechtsanwälte: Ausdrücklich offen bleiben Betriebspensionsansprüche.

Aber zum letzten Teil, warum wir dem Ganzen nicht zustimmen können, wir haben uns in diesem Haus geeinigt darüber, dass wir alle Gesetze, die wir beschließen, auch dahingehend überprüfen, ob sie wirtschaftlich sinnvoll sind oder ob sie etwas kosten werden. Und wenn da die Stellungnahme der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt lautet: Das im Landarbeitergesetz vorgeschlagene Sonderarbeiterüberlassungsrecht im Umfang von immerhin 70 Absätzen, von denen zahlreiche von den Landarbeitsordnungen der Länder auszuführen sein werden, steht in befremdlichem Kontrast zu den medial transportierten Aussagen betreffend Sparbemühungen und Schritten Staats- und Verwaltungsreform.

Und das ist der Grund, warum wir dem nicht zustimmen. Wir wissen auch, dass wir grundsätzlich vom Staat die Pflicht hätten, das auszuführen. Ich glaube aber, dass es hier sehr wohl angebracht wäre, das Ganze zurück an den Start zu bringen und noch einmal durchzuarbeiten. In diesem Sinne wird die Freiheitliche Partei diesem sehr teuren neuen Beschluss nicht zustimmen können. (Beifall)

Präsident: Danke. Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zu Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 889/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Danke. Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 890/2013, das ist der Bericht des Verkehrsausschusses betreffend die Genehmigung der sich aus der Finanzierung der von der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH in den Jahren 2013 bis 2017 zu errichtenden Durchbindung der Straßenbahn Gmunden als StadtRegioTram nach Vorchdorf bis 31. Dezember 2030, der sich aus der in den Jahren 2013 bis 2015 vorgesehenen Beschaffung von 11 Neufahrzeugen für die drei Meter-spurbahnen der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH im Wege der Bestellung der Verkehrsleistung ab dem Jahr 2016 sowie der sich durch die Zurverfügungstellung von Landesmitteln in Höhe von 5 Mio. Euro für die Realisierung der ersten Bauetappe (Verlängerung der Lokalbahn vom Seebahnhof bis zum Klosterplatz) in den Jahren 2013 und 2014 ergebenden Mehrjahresverpflichtungen sowie die Ermächtigung der Oö. Landesregierung zur Übernahme einer Landeshaftung für die für diese Bau- bzw. Beschaffungsmaßnahmen von der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH abzuschließenden Finanzierungsgeschäfte. Ich bitte Herrn Abgeordneten Erich Pilsner über die Beilage zu berichten.

Abg. **Pilsner:** Sehr geehrter Herr Präsident! Beilage 890/2013, Bericht des Verkehrsausschusses betreffend die Genehmigung der sich aus der Finanzierung der von der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH in den Jahren 2013 bis 2017 zu errichtenden Durchbindung der Straßenbahn Gmunden als StadtRegioTram nach Vorchdorf bis 31. Dezember 2030, der sich aus der in den Jahren 2013 bis 2015 vorgesehenen Beschaffung von 11 Neufahrzeugen für die drei Meterspurbahnen der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH im Wege der Bestellung der Verkehrsleistung ab dem Jahr 2016 sowie der sich durch die Zurverfügungstellung von Landesmitteln in Höhe von 5 Mio. Euro für die Realisierung der ersten Bauetappe (Verlängerung der Lokalbahn vom Seebahnhof bis zum Klosterplatz) in den Jahren 2013 und 2014

ergebenden Mehrjahresverpflichtungen sowie die Ermächtigung der Oö. Landesregierung zur Übernahme einer Landeshaftung für die für diese Bau- bzw. Beschaffungsmaßnahmen von der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH abzuschließenden Finanzierungsgeschäfte. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 890/2013.)

Der Verkehrsausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge

1. die sich aus dem beabsichtigten Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung bzw. von Verkehrsdienstverträgen, mit denen sich das Land Oberösterreich verpflichtet, der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH die zur Finanzierung

a) der Errichtung der Durchbindung der Straßenbahn Gmunden als StadtRegio Tram nach Vorchdorf sowie

b) für die Beschaffung von StadtRegioTram-Fahrzeugen

benötigten Mittel bis zu einer Höhe von insgesamt höchstens 52 Mio. Euro (Basis Kostenschätzung vorausvalorisiert auf 2015) bis längstens 31. Dezember 2030 in 15 gleich hohen Jahresraten zuzüglich allfälliger sich aus einer Fremdfinanzierung der Baumaßnahmen ergebenden Zinsen zur Verfügung zu stellen, und

c) der durch die Zurverfügungstellung von Landesmitteln in Höhe von 5 Mio. Euro für die Realisierung der ersten Bauetappe (Verlängerung der Lokalbahn vom Seebahnhof bis zum Klosterplatz) in den Jahren 2013 und 2014 ergebenden Mehrjahresverpflichtungen in Höhe von insgesamt höchstens 57 Mio. Euro (Basis Kostenschätzung vorausvalorisiert auf 2015) genehmigen;

2. die Oberösterreichische Landesregierung ermächtigen, für die von der Stern & Hafferl Verkehrs GmbH zur

a) Errichtung der Durchbindung der Straßenbahn Gmunden als StadtRegioTram nach Vorchdorf

b) für die Beschaffung von StadtRegioTram-Fahrzeugen abzuschließenden Finanzierungsgeschäfte bis zu einer Höhe von höchstens 52 Mio. Euro (Basis Kostenschätzung vorausvalorisiert auf 2015) zuzüglich Zinsen zur Konditionenoptimierung eine Haftung mit einer Laufzeit von längstens bis 31. Dezember 2030 zu übernehmen.

Präsident: Ich danke Herrn Abgeordneten Pilsner für den Bericht und ich darf Frau Landtagsabgeordnete Sabine Promberger das Wort erteilen.

Abg. **Promberger:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Ja, es freut mich natürlich besonders, dass wir heute diesen Beschluss fassen können und es eine Durchbindung der Straßenbahn geben wird. Es ist ja nicht nur, glaube ich, aus verkehrstechnischer Sicht, so wie die Situation jetzt ist, nicht wirklich attraktiv. Man kann vom Bahnhof bis ins Ortszentrum oder ins Stadtzentrum von Gmunden fahren, hat dann einen langen Fußweg zurückzulegen und kann dann erst wieder beim Seebahnhof einsteigen und nach Vorchdorf weiterfahren.

Wir sehen, in Gmunden da ist der Bauplatz immer weniger. Die Leute siedeln einfach in die Umlandgemeinden ab, arbeiten aber natürlich weiterhin in Gmunden. Auch für diese wird es eine Erleichterung sein. Sie können somit auf das private Fahrzeug verzichten. Sie müssen nicht unbedingt mit dem Auto fahren und können öffentlich die Verbindung nutzen, aus Gschwandt, auch Vorchdorf oder auch als Kirchham.

Ein weiterer Aspekt, glaube ich, für den Schulstandort Gmunden ist es auch eine wichtige Entscheidung, weil die Schülerinnen und Schüler dann auch diese komplizierte Anreise nimmer haben. Und ich weiß, es gibt verschiedenste Gründe, warum man einen Schulstand-

ort auswählt. Sehr oft sind es die Freundinnen, Freunde oder Geschwister, aber natürlich ist auch die Erreichbarkeit kein unwesentliches Argument für oder gegen einen Schulstandort.

Durch die Anbindung wird es auch gelingen, die Traunbrücke zu sanieren, was natürlich auch der Stadtgemeinde Gmunden wesentlich an Kosten erspart, weil da das Land auch nochmals einen wesentlichen Beitrag leistet. Und es geht auch um die Radfahrer und um die Fußgänger und auch für diese soll es eine Lösung geben über die Traunbrücke, die auf alle Fälle besser ist als die jetzige Situation, die wir haben. Auch die Wirtschaftsbetriebe in Gmunden werden davon profitieren, weil der Standort einfach attraktiver wird.

Ja, alles in allem, auch für den Tourismus glaube ich eine wesentliche Erleichterung. Wir haben ja gerade vor kurzem den Spatenstich für die Grünbergseilbahn gehabt. Und es sind ja viele Touristen bei uns, die nicht unbedingt mit dem Auto kommen und auch für die ist es möglich dann mit der Bahn anzureisen und problemlos dann zur Grünbergseilbahn, so sie dann fährt, zu kommen.

Also auf allen Linien sicher ein gutes und gelungenes Projekt, zu dem man nur gratulieren kann und für die Stadt Gmunden sicher eine wesentliche Erleichterung, aber auch für die Nachbargemeinden. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete Promberger. Ich darf Frau Abgeordneter Martina Pühringer das Wort erteilen.

Abg. Pühringer: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Zum Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen Land Oberösterreich und Stern & Hafferl der Straßenbahn Gmunden als StadtRegioTram. Ich freue mich heute besonders über das reden zu dürfen, weil von dem redet man jahrzehntelang. Manche behaupten, man spricht seit die Straßenbahn gegründet wurde 1894 von dieser Anbindung, dass man vom Bahnhof in Gmunden bis zum Bahnhof nach Vorchdorf fahren kann. Ob das stimmt, kann ich nicht beweisen.

Die Straßenbahn Gmunden hat ja auch eine Besonderheit, in dem sie weltweit eine der steilsten Straßenbahnen ist. Sie hat eine fast zehnpromzentige Steigung und diese Gleiskörper, das war eine Herausforderung für die, die das jetzt gemacht haben, dieser Gleiskörper, der Schienenbau wurde von 2002 bis 2009 schon verbessert und erneuert.

Warum freut mich das? Weil es für die Stadt Gmunden eine Erfüllung ist. Meine Kollegin Sabine Promberger hat schon gesagt, es wurde lange gefordert und jetzt wird es endlich umgesetzt. Und ich stehe auch nicht an, Ihnen Herr Landesrat, dem dafür zuständigen Referenten, sehr herzlich Danke zu sagen und dass Sie das jetzt umgesetzt haben, auch der Firma Stern & Hafferl, aber auch dem Verein Pro Gmundner Straßenbahn, den es seit 1989 gibt, und die wirklich vehement und mit großer Überzeugungskraft an dieses Projekt geglaubt haben. Und darum freut mich das ganz besonders.

Wie schon gesagt, es werden hier 52 Millionen Euro als Finanzierung zur Verfügung gestellt und am 31.12.2030 soll das ausfinanziert werden. Und ein erster Schritt sind jetzt fünf Millionen Euro, und zwar ist der erste Schritt, dass man vom Seebahnhof bis zum Klosterplatz diese Traunseebahn ausbaut und das freut mich.

Wir haben heute schon viel von Umwelt geredet, von Umweltschutz und Katastrophenschutz und von Umweltmaßnahmen. Jetzt weiß ich schon, und so weit bin ich realistisch, dass diese

Straßenbahn, diese RegioTram von Gmunden bis Vorchdorf nicht jetzt uns vor Katastrophen schützen wird, aber wir haben oft nur ein Lippenbekenntnis, dass wir sagen, weg vom Auto, ja zu den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Und das ist hier in Gmunden jetzt kein Lippenbekenntnis, sondern es wird eben mit dieser Finanzierung, mit allem vorher gesagten, umgesetzt und das ist toll und darüber freue ich mich und es ist eine Verdoppelung der Fahrgäste hier bei der Potenzialanalyse eben die Verdoppelung der Fahrgäste und ich bin von dem überzeugt, dass das nur eine Annahme ist. (Präsident: "Vielleicht könnte man den Nebengeräuschpegel wieder in jene Dimensionen bringen, dass die oder der sprechende Abgeordnete auch entsprechend seinen Möglichkeiten nachkommen kann, Danke!")

Es wurde ja im Ausschuss von den Freiheitlichen Kollegen bezweifelt, ob diese Potenzialanalyse stimmt und ich bin mir dessen sicher, dass sie stimmt und ich behaupte, dass das eine Verbesserung wird, dass die Verdoppelung der Fahrgäste sicher überschritten wird, weil, wenn man im Viertelstundentakt von Gmunden nach Engelhof kommt und im Halbstundentakt bis Neuhub und in einer Stunde nach Vorchdorf und das regelmäßig, wirklich ein Angebot ist, so wird dies angenommen.

Ganz wichtig ist für mich auch die Wirtschaftskraft in der Region. Wir haben hier im Bereich, im Salzkammergut, im nördlichen Bereich große Firmen und wir haben hier die Stadtgemeinde Laakirchen mit fast 10.000 Einwohnern und hier sind große Firmen, wie Miba, Papierfabriken und viele mehr und es wird auch ein weiterer Schritt sein müssen, diese Stadt an diese Bahn anzuschließen und dann wird die Frequenz noch steigen, weil das sichert eben die Verlagerung vom Autoverkehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel für alle Pendlerinnen und Pendler, wenn man das anbietet.

Also das ist ein weiterer Schritt und das ist ein Weg auch in die Zukunft, um eben Umweltschutz, nicht nur über Umweltschutz zu reden, sondern das auch umzusetzen. Und zusammenfassend ist hier die Beurteilung, die untersuchte Durchbindung der Gmundner Straßenbahn zur Traunseebahn und die damit geschaffene Stadtregionalbahn zwischen Gmunden und Vorchdorf stellt eine hoch effektive Maßnahme der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Gmunden dar und davon bin ich überzeugt, die Politik, die Politikerinnen und Politiker werden an dem gemessen, nicht was sie sprechen, sondern an dem gemessen, wie sie handeln. Ich bitte um Ihre Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Abg. Martina Pühringer. Zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Ulrike Schwarz. Bitteschön.

Abg. **Schwarz:** Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Präsident! Als nicht Salzkammergutlerin darf ich auch zur RegioTram, StadtRegioTram reden. (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Darfst mitfahren!") Und ich werde auch mitfahren. Ich bin ja demnächst einmal, noch nicht in der Durchbindung, aber immerhin in Vorchdorf dabei.

Ja, mit dieser heutigen Finanzierungszusage geht nicht nur ein langer Prozess weiter, sondern vor allem kommt die Gmundner StadtRegioTram endlich auf Schiene.

Ich glaube, es ist schon gesagt worden, es ist ein ganz wichtiges Projekt für Gmunden direkt, aber natürlich auch für die ganze Region. Es wird auch das Zentrum von Gmunden, die Bezirkshauptstadt angebunden an die anderen Ortschaften. Es ist eigentlich alles schon gesagt

worden und es ist eine wesentliche Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes in der Region, aber insgesamt auch ganz Oberösterreich.

Das heißt, wieder ein kleines Gebiet wird verbessert und werden eben auch die Menschen unabhängiger vom Auto. Ich glaube, das wollen wir eigentlich Alle.

Die Straßenbelastung ist sehr groß, das sehen wir. Wir sehen das auch in den derzeitigen Zählungen, vor allem auch, was jetzt im Bus fährt und wir wissen alle, weder für Pendlerinnen noch für Schülerinnen ist der Bus das attraktive Verkehrsmittel, sondern eine Schienenverbindung, eine Bahn ist hier wesentlich beliebter. Wird auch mehr angenommen. Das wissen wir. Bis zu einem Drittel mehr Fahrgäste, wenn man nur den Bus weg tut und einen Zug nimmt, aber hier haben wir ein viel größeres Potenzial und das ist alles bewiesen worden und es tut auch mir leid, nämlich auch nach meiner Reaktion in der Presse, dass es immer gerade hier um eine Kostennutzenrechnung geht.

Ich frage mich, ob das die FPÖ auch in anderen Projekten immer anstellt. Ich glaube, jeder Kilometer, der neu gebaut wird, so wie es dort ist, aber gleichzeitig wird auch mit dem Geld die bestehende Schiene attraktiviert, neue Garnituren angeschafft, zusätzliche Garnituren angeschafft, um eben den Takt einzuhalten. (Zwischenrufe Abg. Ing. Mahr und Abg. Makor: Unverständlich)

Die Wohnbaudiskussion haben wir schon vorbei, Herr Kollege Mahr und Kollege Makor. (Heiterkeit) Wir sind jetzt gerade beim Verkehr, passt auch gut dazu, es ist auch ein wichtiger Standortfaktor für eine Region, eine gute Anbindung zu haben und nicht nur gut wohnen zu können.

Also hier einfach wirklich zu sagen, ja, wir haben ein Potenzial und wir attraktivieren das, wir machen es auch barrierefrei. Da hat man auch einen Vorteil, ja, dann können auch ältere Personen, die dürfen wir auch nicht vergessen, mit dem Zug, mit der RegioTram in die Bezirkshauptstadt Gmunden kommen, weil hie und da haben sie dort auch was zu tun und hie und da kann man auch dort einkaufen gehen, auch wenn ich will, dass sie in die kleinen Orte einkaufen gehen, weil die Nahversorger brauchen wir auch.

Also hier ist ein wesentlicher Schritt gelungen. Ich glaube, es ist eine wichtige, effiziente Maßnahme und hat meine Kollegin Pühringer schon erwähnt und es ist wieder ein Baustein für einen attraktiven öffentlichen Verkehr in Oberösterreich, ein klarer Beitrag zum Klimaschutz und eben auch ein klarer Punkt für eine gute, gesicherte Mobilität für alle Menschen auch in den Regionen und daher werden wir auch dieser Finanzierung zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Abg. Schwarz, als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Dr. Cramer. Bitteschön.

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen hier im Landtag! Es ist ja kein Geheimnis, wir haben es ja bereits im Ausschuss erwähnt, wir sind gegen dieses Projekt und das nicht aus prinzipiellen Überlegungen, sondern weil wir der festen Überzeugung sind, dass der Aufwand, der hier gemacht wird, und die Kosten, die dadurch verbunden sind, einfach zu hoch sind.

52 Millionen Euro wird das ganze Projekt kosten. Sehen wir uns nur die Zahlen, die diese Analyse erbracht hat, an. Es sei dahingestellt, ob sie stimmen oder nicht, nehmen wir an sie

stimmen. (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Sie stimmen!" Zwischenruf Abg. Schwarz: "Sie stimmen!") Ja, ja sie stimmen. Okay, gehen wir davon aus. Dann sind das 750, 760 Fahrtbewegungen pro Tag. Ja, die sollten verdoppelt werden. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "1.420!") Es sind 130.000 Fahrtbewegungen im Jahr dividiert durch Dings, sind 760 Fahrtbewegungen, das kann man sich leicht ausrechnen. Wenn sie verdoppelt werden, sind das ungefähr 1.600 Fahrtbewegungen und irgendwas.

Man weiß, und das sagt ebenfalls die Studie von Stern & Hafferl, dass 80 Prozent der Fahrgäste Schüler sind. Ich frage mich, wie sollen die verdoppelt werden? Wobei bei dieser Zählung die Fahrten der Schüler mit vier Fahrten, also zwei hin und zwei zurück, gerechnet werden. (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Nein!") Das stimmt schon, das ist leider so. (Unverständliche Zwischenrufe)

Es sind hier 80 Prozent Schüler und 20 Prozent ist der Rest. Das heißt, also um diese Zahl zu erreichen von der Verdoppelung, müsste der Rest, die 20 Prozent, vervierfacht werden.

Die Strecke führt von Vorchdorf nach Gmunden und dann zum Bahnhof. Vorchdorf, das weiß jeder, ist nach Wels und nach Kirchdorf orientiert. Das heißt, die wenigsten fahren mit der Bahn nach Gmunden. (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Kirchham!") Gschwandt hat 2.600 Einwohner, Kirchdorf um die 2.000 Einwohner, also ich frage mich, wo soll das Potenzial an Menschen herkommen, die auf dieser Bahn fahren?

Das ist mir völlig schleierhaft, (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Vom Auto auf die Bahn!") das ist mir völlig schleierhaft, und dazu werden Kosten aufgewandt von 52 Millionen Euro. Es ist ein, wie heißt er geschwind, der Übergang, die Traunbrücke zu erneuern, obwohl sie noch 20 Jahre halten täte, es ist der Platz neu zu gestalten.

Ich gebe ja zu, die Gmundner haben ja an sich ganz gut verhandelt, weil 80 Prozent davon zahlt das Land, aber es sind trotzdem Steuergelder. Ich weiß nicht, wenn du es zahlst, ob es dann immer noch ein großer Gewinn wäre. Ich kann mir schon vorstellen, der Herr Bürgermeister kann sich ja die Fäuste reiben. Okay, aber letztlich zahlen wir es alle und das in Zeiten wie diesen, wo wir gerade heute Vormittag über Hochwasser geredet haben, welche Kosten damit entstanden wären. Ich rede davon, dass Gmunden Projekte hat wie die Therme, das Hotel, die nicht kommen werden und zusätzlich einen Schuldenberg von 36 Millionen Euro. Ich frage mich, wo das alles hinführen soll.

Und da macht man ein Projekt, ein Projekt von dem ich jetzt mit 100-prozentiger Sicherheit sagen kann, dass es sich nie rechnen wird. (Beifall)

Es gibt dazu Alternativen. Es gäbe dazu Alternativen, nur die hat man nicht betrachtet. Es wird heute eh beschlossen werden, davon bin ich überzeugt, das ist so, ich möchte nur deponieren, dass wir in einigen Jahren feststellen werden und dass das auch die Gemeinde Gmunden feststellen wird, dass dieses Projekt ein sehr, sehr teures war und der ökologische Nutzen ein sehr geringer war. Denn ich könnte dasselbe dadurch erreichen, in dem ich dort Stadtcitybusse fahren ließe, die mit Elektro- oder mit Hybridantrieb fahren. Ich hätte die Möglichkeit in die Dörfer zu fahren. Denn eines kommt dazu: Kirchdorf, Vorchdorf, das sind alles Flächengemeinden. Der muss zum Bahnhof hinfahren. Bitte, mit was fährt er da hin? (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Nach Kirchham und nicht Kirchdorf!") Kirchham, ja, entweder er geht zu Fuß oder er lässt sich hinfahren und dann steigt er in die Bahn und kann dann nach Gmunden zum Sepp fahren. Ach, das schau ich mir an. Das passiert sicher nicht. Wenn der Bus durch die Dörfer fährt, wäre es wahrscheinlich möglich, dass er ihn mitnimmt. Kleinere,

überschaubare Busse, die der Fahrgastzahl entsprechen. Das wäre wahrscheinlich das Vernünftigere und um vieles billiger.

Wie er technisch durch das Trauntor durchkommt, soll angeblich gelöst sein. Ich kann es mir zwar nicht vorstellen, aber das mag ja alles sein. Über die Traunbrücke fahren täglich 15.000 Autos. Es fährt die Bahn auch noch dazu, auch wenn sie breiter wird. Ich glaube nicht, dass das eine Verbesserung sein wird. Ich kann es mir nicht vorstellen, wir sind mit Sicherheit dagegen und die Zukunft wird weisen, wer Recht hat. Sollte ich mich geirrt haben, werde ich dir das sagen und sagen: Es tut mir leid, ich habe mich geirrt. Aber ich glaube nicht, dass ich mich geirrt habe. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Präsident, als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Erich Rippl. Bitteschön.

Abg. Rippl: Ja, geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen, liebe Zuhörer! Als Vorsitzender des Verkehrsausschusses freut mich, dass dieses Projekt heute, schade dass die FPÖ nicht mitstimmt, aber mehrheitlich beschlossen wird.

Aufgrund der Tatsache, dass sowohl die Strecke, als auch die Straßenbahngarnituren überaltert sind und im Zuge des Regionalverkehrskonzepts Bezirk Gmunden auch die Frage war, welche Zukunft die Straßenbahn für die Stadt Gmunden, aber auch für die Region haben soll, hat die Fachabteilung des Landes und da möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, gemeinsam mit der Stadt und mit der Region und der Firma Stern & Hafferl eine detaillierte Analyse des Ist- Zustands durchgeführt.

Und Frau Kollegin Pühringer, du hast schon gesagt, ich hab mir auch die Tafel rausgeschrieben, also seit 1894 gibt es bereits die Stadtbahn Gmunden und auch ich bin der Meinung, das hier schnellstens dieses Projekt umgesetzt werden sollte.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der FPÖ, hier geht es schon um die Sachlichkeit und auch im Gesamtverkehrskonzept, das 2008 beschlossen wurde und zur Kenntnis gebracht wurde, war ganz Oberösterreich drinnen und hier kann man nicht das eine mit dem anderen vergleichen, oder das eine mit dem anderen ausspielen, was kostet was. Ich glaube, dass dieses Projekt für Gmunden und die Region der Durchbindung ein zukunftsfähiges Projekt ist.

Ja, die Finanzierung, es stimmt, es sind 52 Millionen Euro. Es ist die Erstellung des Vorprojektes, aber auch der Neubau der Traunbrücke, das auch die Kollegin schon angesprochen hat. Ein wichtiger Faktor dazu ist, zu dieser gesamten Investition, die Traunbrücke. Hier wird eine vernünftige Durchbindung der Straßenbahn mit der RegioTram genehmigt.

Ich möchte zur Meinungsbefragung und Ablehnung hier anführen, dass bei vielen anderen Neubauprojekten in den letzten Jahren bekannt ist, das nicht von Anfang an die Akzeptanz und die Erwartung von der Bevölkerung auch teilweise mit Konflikten kritisiert wurde, aber nahezu alle Projekte haben sich erwiesen, dass letztendlich ein Erfolgsmodell daraus wurde und nicht die doppelte, sondern teilweise auch die prognostizierten Zahlen sich verdreifacht haben.

Ich möchte auf die Diskussionen gar nicht eingehen. Mir ist es wichtig und ich danke der Fachabteilung und vor allem unserem Verkehrslandesrat Entholzer für die Errichtung der StadtRegioTram Gmunden, mit den Aspekten der Modernisierung, der Durchbindung zu-

sammen mit der Verlagerung des Durchzugverkehrs und ich sage Danke für die Finanzierung und wünsche dem Projekt alles Gute. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Ing. Reinhold Entholzer. Bitteschön.

Landesrat **Ing. Entholzer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Abgeordnete! Frau Pühringer, ich darf gleich einmal vorweg sagen, schön, dass Sie mich so herausheben, aber ich möchte meinen Vorgänger herausheben, der das begonnen hat.

Ich bin der Glückliche der das jetzt in die Endphase einleiten darf, aber es war mein Vorgänger Hermann Kepplinger, der hier sehr akribisch daran gearbeitet hat und hier ein Konzept erarbeitet hat. Das ist vor einigen Jahren bereits darüber diskutiert worden. Man weiß, und Sie haben es ja erwähnt, 1894, die Straßenbahn ist doch schon etwas in die Jahre gekommen und man muss dann letztendlich irgendwann eine Entscheidung treffen.

Wenn man nichts tut, wird es ein langsames Dahinsterben werden und wenn man es nicht attraktiv macht, dann wird das einfach nicht mehr angenommen von der Bevölkerung.

Prognosen und Prognosezahlen sind immer ein gewisser Blick in die Zukunft und ich behaupte einmal, ich bin auch der Meinung, die Zahlen werden nicht stimmen. Wahrscheinlich sind wir da ein bisschen auseinander. Ich glaube nämlich, es werden wesentlich mehr werden, (Zwischenruf Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer: "Das wünschen wir ja!") weil wir das in der Vergangenheit ja auch bei einer Straßenbahnlinie 3 beweisen konnten, und wenn die Frage auftaucht, wieso Schüler mehrfach fahren sollen, dann fahren Schüler ja nicht nur als Schüler, sondern Schüler fahren auch als Kinder. Und gerade mit dem 60-Euro-Ticket erwartete ich mir, dass die Schülerinnen und Schüler auch in ihrer Freizeit diese Strecke benutzen und genauso in diesen für sie sehr nahe erreichbaren Zentralraum mit dem öffentlichen Verkehr fahren.

Es kommt ja noch etwas dazu. Ich glaube, dass wir alle miteinander das Fahren mit dem öffentlichen Verkehrsmittel auch in gewisser Weise erlernen müssen und je mehr Möglichkeiten wir der Jugend geben, festzustellen, dass das gut funktioniert, nicht nur in Wien, wo man ja immer sagt, ja ist eh klar, bei einer großen Stadt, da ist alles top ausgebaut, sondern dass es hier auch in der Region Möglichkeiten gibt, es dementsprechend umzusetzen, glaube ich, dann können wir die Jugend dazu gewinnen.

Busse statt Bahn, das höre ich auch die letzten Jahrzehnte immer wieder. Wir stellen nur fest, Busse fahren auch auf der Straße und stehen dann irgendwann im Stau und es ist so, dass wir immer wieder feststellen, dort wo wir auf schienengebundene Fahrzeuge umsteigen, dass es eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung gibt.

Was unbedingt notwendig ist und das möchte ich speziell erwähnen und das wird auch in diesem Projekt gemacht, das ist eine Erneuerung des Fuhrparks. Jeder will mit einem modernen Fahrzeug fahren. Wir sind es von unseren PKWs gewohnt, eine Klimaanlage heutzutage zu haben, einen enormen Komfort zu haben und hier müssen wir auch im öffentlichen Verkehr mithalten können.

Und diese Fahrzeuge sind ja nicht für die nächsten fünf Jahre, nicht für die nächsten zehn Jahre. Wenn ich an die jetzigen Fahrzeuge denke, die sind über 50 Jahre alt, also ich hoffe ja, dass wir nicht wieder 50 Jahre brauchen, bevor wir sie erneuern, aber die sind auf jeden

Fall für 30 Jahre wieder top Fahrzeuge, wenn man die in den nächsten 30 Jahren mit geringerem Aufwand immer wieder attraktiviert und dann glaube ich, gibt es eine gute Möglichkeit.

Es gibt auch etwas wie, würde ich sagen, Historie und Moderne. Es ist ja Gmunden nicht nur Gmunden, weil es so heißt, sondern weil es eine schöne Gegend ist, weil es Geschichte dazu gibt und ich glaube, Geschichte alleine ist zu wenig, man muss das auch mit der Moderne verbinden und das ist, glaube ich auch, hier im öffentlichen Verkehr eine Möglichkeit.

Tourismus in Gmunden heißt auch zum Beispiel ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel hier anzubieten und es werden nicht nur Schülerinnen und Schüler und nicht nur Pendlerinnen und Pendler fahren. Es wird sich der eine oder andere Japaner auch nach Gmunden verirren und der wird sehr, sehr gerne mit dieser Bahn fahren.

Wir kennen jetzt schon viele, die Abstecher machen, wenn es spezielle Bahnen gibt. Wir kennen das aus der Schweiz, wo Touristen immer wieder hinfahren und solche Bahnen besuchen und ich bin mir sicher, dass wir das auch in Österreich zusammenbringen, auch in dem herrlichen Gmunden. Wenn das Wasser zurückgeht, sehen wir wieder mit freiem Blick auf die schöne Gegend und da sind wir sehr, sehr stolz darauf.

Ich glaube, dass es ein richtiger Beitrag ist und ein zukunftsweisender Beitrag und bedanke mich jetzt schon für Ihre Zustimmung. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Landesrat. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 890/2013 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Dankeschön. Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zu den Beilagen 891/2013, 892/2013 und 895/2013. Bei der Beilage 891/2013 handelt es sich um den Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung zur Durchführung und Förderung des Aussiedlungsprojekts im Rahmen des Hochwasserprojektes Enns-Enghagen. Die Beilage 892/2013 betrifft die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine 2. Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau. Bei der Beilage 895/2013 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eine Beschleunigung des oberösterreichischen Hochwasserschutzprogramms. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden wir über diese Beilagen eine gemeinsame Wechselrede und eine getrennte Abstimmung durchführen. Ich bitte Frau Abgeordnete Maria Wageneder über die Beilage 891/2013 zu berichten.

Abg. **Wageneder:** Beilage 891/2013, Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung zur Durchführung und Förderung des Aussiedlungsprojekts im Rahmen des Hochwasserschutzprojekts Enns-Enghagen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 891/2013.)

Der Umweltausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:
1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Die gemäß Pkt. II des Berichts durch das Land Oberösterreich vorgesehene Mittelbereitstellung über den Zeitraum 2013 bis 2017 in Höhe von gesamt 1.751.807,10 Euro wird genehmigt und die Oö. Landesregierung ermächtigt, die erforderlichen Erklärungen abzugeben und Verträge abzuschließen bzw. diese Ermächtigung an Landesrat Anschöber zu delegieren.

Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Ich bitte Herrn Landesrat Max Hiegelsberger über die Beilage 892/2013 zu berichten.

Landesrat **Hiegelsberger:** Beilage 892/2013, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine 2. Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 892/2013.)

Die Oberösterreichische Landesregierung beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge

1. diese Regierungsvorlage gemäß § 25 Abs. 5 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuweisen sowie
2. den Abschluss der aus der Subbeilage 1 ersichtlichen 2. Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau gemäß Art. 56 Abs. 4 Oö. L-VG mit der aus der Subbeilage 2 ersichtlichen Begründung genehmigen.

Präsident: Danke, Herr Landesrat. Ich bitte nun Frau Klubobfrau Mag. Gertraud Jahn über die Beilage 895/2013 zu berichten.

Abg. **Mag. Jahn:** Beilage 895/2013, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend eine Beschleunigung des Oö. Hochwasserschutzprogramms. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 895/2013.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, zur rascheren Realisierung von Hochwasserschutzprojekten mit der Bundesregierung für eine Aufstockung der dazu notwendigen Budgetmittel in Verhandlung zu treten, die Bundesregierung zu ersuchen, für Darlehen, die die Gebietskörperschaften zur Finanzierung von Hochwasserschutzprojekten aufnehmen, bei der EU-Kommission eine Ausnahme von den Maastricht-Kriterien zu erwirken und im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die mit den technischen Vorbereitungen und der rechtlichen Abwicklung betrauten Behörden im Umsetzungsprozess bestmöglich zu unterstützen und ihnen alle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die für eine unbürokratische und schnelle Erledigung notwendig sind.

Zudem sind weitere aus den Erfahrungen der jüngsten Hochwasserkatastrophe heraus, notwendigen und bisher noch nicht berücksichtigten Schutzmaßnahmen zu prüfen.

Präsident: Danke, Frau Klubobfrau. Ich eröffne die gemeinsame Wechselrede über diese drei Beilagen. Ich darf Herrn Abgeordneten Wolfgang Stanek das Wort erteilen.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht des Umweltausschusses beginnt folgendermaßen: Das Donau-Hochwasserschutzprojekt Enns-Engnagen hat den Schutz vor hundertjährigen Hochwässern durch bauliche Maßnahmen sowie Aussiedelungen im Hochwasserabflussbereich zum

Ziel. Es geht dann weiter, die Projektumsetzung soll in zwei Stufen erfolgen. Stufe eins umfasst als passive Maßnahmen Aussiedelungen in Kronau, Erlengraben und Lorch im Zeitraum 2013 bis 2017. Stufe zwei umfasst aktive Hochwasserschutzmaßnahmen in Form von Schutzdämmen in den Ortschaften Erlengraben, Enghagen und Lorch im Zeitraum 2016 bis 2018. Aus den Erfahrungen des Jahres 2002, und unter der Annahme eines hundertjährigen Hochwasserereignisses hätten wir also statistisch gesehen noch mehr als 80 Jahre Zeit, um diese Projekte zu realisieren. Wie schnell die Theorie von der Natur eingeholt wird, hat sich in erschreckender Weise vor eineinhalb Wochen gezeigt. Es ist eigentlich fast schon ein Zufall, dass der Beschluss dieses Projektes heute, eine Woche nach dem nächsten hundertjährigen Hochwasser stattfindet, das allerdings eben schon elf Jahre nach dem letzten hundertjährigen Hochwasser stattgefunden hat. Es liegt auf der Hand, dass es daher ungeheuer wichtig ist, wirklich rasch zu handeln, aber es ist genau so wichtig, auch verantwortungsbewusst zu handeln. Wir haben heute während der Hochwasserdiskussion ja schon intensiv darüber gesprochen, verantwortungsbewusst handeln heißt, dass letztendlich der Schutz einer bestimmten Bevölkerungsgruppe auch wiederum nicht bedeuten darf, dass eine dahinterliegende Gruppe besonders gefährdet wird. Daher ist nicht nur der Bau von Dammaßnahmen eine Lösung, weil wir wissen, dass durch den Bau von Dämmen das Wasser schneller und letztendlich auch mächtiger wird, sondern wir müssen auch sehr, sehr genau überprüfen, welche Möglichkeiten wir finden können, dass sich das Wasser wieder ausbreiten kann, und so Druck sozusagen vom Wasser weg genommen werden kann.

Ich denke, unser aller Anliegen ist es, das haben wir heute auch sehr klar bewiesen, dass der Schutz unserer Menschen in Oberösterreich und in Österreich an erster Stelle stehen muss. Ich bitte Sie daher diesem Projekt zuzustimmen, ich bitte aber auch, dass wir alle das Augenmaß bewahren, diese ganzen Maßnahmen, die jetzt zu setzen sind, nach ordentlicher Überprüfung und Diskussion realisiert werden, damit wir nicht mit gut gemeinten Aktionen unter Umständen für weiter unter liegende Menschen wieder die große Katastrophe heraufbeschwören. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Roswitha Bauer, bitte schön.

Abg. Bauer: Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner Wolfgang Stanek hat es eh schon angesprochen, es geht bei dieser Regierungsvorlage um ein wirklich sehr, sehr wichtiges weiteres Hochwasserschutzprojekt in Enns-Enghagen. Wolfgang Stanek, wie du schon richtiger Weise gesagt hast, der Begriff des hundertjährigen Hochwassers in Theorie und Praxis geht diametral auseinander. Ich denke, das haben uns die beiden Hochwässer 2002 und jetzt 2013 wirklich eindrucksvoll und mit den schlimmsten Auswirkungen gezeigt und es ist heute in der Diskussion schon ausgeführt und geschildert worden, was da alles passiert ist.

Es gibt nun einerseits bei diesem Projekt bauliche Maßnahmen, die vorgesehen sind in Form von Schutzdämmen, die sich derzeit noch in Planung befinden. Andererseits gibt es eine Aussiedlungsaktion auf freiwilliger Basis, die ist derzeit schon im Gange, dadurch soll es ermöglicht werden, dass ein großer Bereich an der Donau als so genanntes Retentionsgebiet gesichert wird. Seitens der SPÖ-Fraktion begrüßen wir natürlich diese 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund, dem Land Oberösterreich, Niederösterreich und Wien, die ja vor kurzem von Bundesministerin Doris Bures und dem Herrn Landeshauptmann unterzeichnet worden ist und somit die Finanzierung des Hochwasserschutzprojektes Enns-Enghagen gesichert ist.

Nichtsdestotrotz gibt es noch in vielen Bereichen Handlungsbedarf, zum einen brauchen wir dringendst eine Aufstockung der finanziellen Mittel, damit wir gewisse Projekte schnellstmöglich finanzieren oder auch vorziehen können. Das haben wir ja heute in einem dringlichen Antrag bereits beschlossen, dass es dazu Verhandlungen mit dem Bund geben wird müssen. Wo wir noch dringenden Handlungsbedarf haben, das ist bei den Grundstücksablösen, die sich im Bereich von geplanten Hochwasserschutzprojekten befinden. Es kann einfach nicht angehen, wie das auch beim Hochwasserschutzprojekt Enns-Enghagen der Fall ist, dass ein einzelner Grundstückseigentümer dafür verantwortlich ist, dass bei Hochwasser hunderte Menschen, Tiere, Häuser in den Fluten versinken, dass Familien in ihren Existenzen bedroht werden, dass wieder Millionen Schäden verursacht werden und der längst fällige Hochwasserschutz nicht errichtet werden kann, weil ein Einzelner seinen Grund nicht für den Schutz der Allgemeinheit zur Verfügung stellen will. Also das kann es nicht sein, da müssen wir schauen, dass wir so schnell wie möglich zu einer Lösung kommen. Daher bedaure ich die heutige Ablehnung unseres diesbezüglichen Antrags durch die ÖVP und FPÖ und ich hoffe sehr, dass im Sinne aller vom Hochwasser betroffenen Menschen, dass die Beratungen im Ausschuss zügig vorangehen und dass man hier möglichst schnell zu einer Einigung kommt. Diese vom Hochwasser betroffenen Menschen, wo viele wirklich in ihrer Existenz bedroht sind, weil sie nach 2002, elf Jahre später wieder großteils alles verloren haben und man ihnen auch jetzt wieder versprochen hat und verspricht, dass sie nicht im Stich gelassen werden. Die haben es sich wirklich verdient, dass wir unseren Worten und Versprechungen auch Taten folgen lassen und das so rasch als möglich. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Burgi Astleitner, bitteschön.

Abg. Dipl.-Päd. **Astleitner:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Ich weiß, wir haben heute schon „intensiv“, hat mein Vorredner gesagt, lange und ausführlich über die Hochwassersituation im Land Oberösterreich gesprochen, erlaubt mir trotzdem noch ein paar Worte zur Situation im Bezirk Perg zu sagen. „Schon wieder ein Jahrhunderthochwasser, Feuerwehren und Co sind seit Tagen im Dauereinsatz nach großen Überflutungen, großes Bängen in Mauthausen und Grein, ob der Damm hält und hoch genug ist?“ Sehr geehrte Damen und Herren, das sind nur einige Schlagzeilen aus der Bezirksrundschau der vergangenen Woche im Bezirk Perg. Wir alle, das haben wir auch heute mehrfach zum Ausdruck gebracht, ob unmittelbar Betroffene oder nicht, stehen immer noch unter dem Eindruck der Bilder der vergangenen Woche, als es „Land unter“ geheißen hat, aber auch diese Woche, wenn die mobilen Dämme abgebaut werden, wenn das Ausmaß der Katastrophe und die Verwüstungen zum Vorschein kommen. Ich selber bin in Grein in die Hauptschule gegangen, ich habe Verwandte dort und ich kenne viele Menschen. Ich habe auch gestern am Abend mit mehreren gesprochen, mit solchen, die durch den Damm geschützt wurden und solchen, die nicht geschützt wurden. Auf Grein ist ja besonders geschaut worden, das wurde ja heute schon gesagt, gerade einmal zehn Monate nach der Fertigstellung des Machland-Dammes, als den Bezirk das nächste Jahrhunderthochwasser traf. Es gab lange Zeit die bange Frage und das Zittern: hält der Damm, ist er hoch genug? „Es ist ein Segen, dass die Politik Gas gegeben hat und entschieden hat, den Machland-Damm in dreieinhalb Jahren zu errichten, sonst wären ganze Gemeinden wie Mauthausen, Saxen, Mitterkirchen, insgesamt sieben Gemeinden wieder unter Wasser gestanden“, hat es geheißen.

Aber, das ist heute schon angesprochen worden von der Kollegin Jahn, ungeschützte Gebiete hat es schwer getroffen. St. Georgen an der Gusen, Luftenberg, Langenstein, auch Teile Niederösterreichs sind stark überschwemmt gewesen. Die Situation hat gezeigt, dass Hand-

lungsbedarf besteht. Daher ist es wichtig, weitere Schutzmaßnahmen so schnell wie möglich auszubauen und zu beschleunigen. Mit der zweiten 15a-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich und Wien über Vorhaben des Hochwasserschutzes im Bereich der österreichischen Donau gibt es 33,9 Millionen Euro aus Bundesgeldern. Mit dieser Maßnahme wird ein weiterer Schritt zur Sicherheit der Menschen gemacht. Den Menschen Sicherheit zu geben, hat der Herr Landeshauptmann heute Vormittag gesagt, hat oberste Priorität.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte aber auch die Gelegenheit nützen, mich im Namen der Menschen der Region im Bezirk Perg zu bedanken. Danke dem Land Oberösterreich, insbesondere dem Herrn Landeshauptmann und in meinem Fall auch insbesondere dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl. Wir hätten den Machland-Damm nicht, hätte nicht die Politik so ein Tempo vorgelegt. Ich bedanke mich auch bei Landesrat Rudi Anschober und Landesrat Hiegelsberger. Selbstverständlich auch beim Team der Bezirkshauptmannschaft Perg. Ich war auch bei einigen Krisenstabssitzungen dabei, und ich war beeindruckt von der Professionalität. Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Straßenmeistereien, bei allen Einsatzkräften, die rund um die Uhr gearbeitet haben.

Ich darf mich auch als zuständige Bezirksschulinspektorin bei den Schulleiterinnen und Schulleitern bedanken, die betroffen waren. Wir hatten Schulen gesperrt. Sie sind jetzt mit der Bitte an mich herangetreten, dass sie alle schulautonomen Tage an unseren Schulen nicht nehmen und in Absprache mit den Eltern die Kinder diese Tage unterrichten, weil sei ja viel verloren haben. Ich muss sagen, so oft man auch schimpfen mag, das gehört auch einmal gesagt: Es gibt viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter. (Beifall)

Ich bedanke mich bei allen Menschen, die anderen in dieser schwierigen Situation Hoffnung gemacht haben und möchte mit einem Zitat von einem deutschen Politiker schließen. Er hat gesagt: Wo Menschen um ihre Existenz bangen, ist ihnen mit Grundsätzen nicht geholfen. Heute habe wir gezeigt, wir gehen über die Grundsätze hinaus, wir handeln, wir tun alles, um die Katastrophen in Zukunft bestmöglich zu vermeiden, deswegen ersuche ich auch um Zustimmung zu dieser 15a-Vereinbarung. Meine Fraktion stimmt gerne zu. (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete. Als vorläufig letzte zu Wort gemeldet ist Frau Ulrike Schwarz, ich erteile ihr das Wort.

Abg. **Schwarz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Wort noch, nein mehrere Worte noch, gerade auch zum Hochwasserschutzprojekt Enghagen. Ich freue mich auch, wir sind alle sehr froh, dass wir hier einen Finanzierungsbeschluss erwirken konnten auf der Bundesebene. Es hängt auch mit vielem zusammen. Bereits im August 2012 gab es einen großen Aufschrei, als der Bund plötzlich die Mittel gekürzt hat für ausstehende Hochwasserschutzprojekte. Hier waren es gemeinsam der Landeshauptmann und Landesrat Rudi Anschober, die geschaut haben, dass wir das Geld so schnell wie möglich wieder herkriegten, dass es einfach heißt, wenn wir fertige Projekte haben, dann müssen sie so rasch wie möglich umgesetzt werden. Hier ist ein Beispiel Enghagen, Enghagen ist ja schon teilweise in Umsetzung. Ich glaube, es ist wirklich immer sehr, sehr schwer, wenn sich Menschen entscheiden müssen, wenn sie irgendwo ein Stück getrennt werden, sich zu entscheiden, ihre Siedlung, Heim zu verlassen und neu anzufangen. Ich glaube, das kann man nicht hoch genug schätzen, dass die bereit sind hier neu anzufangen. Dort, wo die Wurzeln sind, das zu verlassen, weil eben das Wasser immer wieder kommt. Das haben wir in Eitzendorf gesehen im Machland,

wie glücklich dass die jetzt sind, dass eben hier der Schutz da ist, aber im Moment kurz nachher war es klar, aber nach längerer Zeit haben sie gesagt, vielleicht hätten wir doch bleiben können.

Hier sind wir einen Schritt weiter gegangen, Enns-Enghagen ist schon bereits in Umsetzung, wie viele andere Maßnahmen auch, ich glaube, ganz dringlich ist es eben auch beim Bund weiter so wie bisher Geschlossenheit zu zeigen, mit dem Infrastrukturministerium und mit dem Umweltministerium hier an einem Strang zu ziehen mit dem Land Oberösterreich, damit eben diese Projekte für die Bevölkerung so rasch wie möglich umgesetzt werden können. Hier es wirklich so auch zu einer Beruhigung für die Bevölkerung kommt, dass sie wissen, wir lassen sie nicht im Stich. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, diese Verhandlungen auch so gut zum Ende zu bringen. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich noch Frau Abgeordnete Annemarie Brunner, ich erteile ihr das Wort.

Abg. ÖkR **Brunner:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß schon, heute ist schon alles gesagt worden, nicht von jedem aber ehrlich gesagt habe ich jetzt zehn Jahre oder elf Jahre in diesem Haus immer vom Hochwasser geredet. Ich bin auch vom Hochwasser nicht immer selbst betroffen, aber ich habe das 2002er-Jahr wirklich lange nicht aus dem Kopf bekommen und es hat mich intensivst beschäftigt, weil wenn man das einmal erleben muss und darf, muss man auch dazu sagen, weil man wird ja damit auch demütigt, wenn man so etwas einmal sieht. Wie es jetzt einfach wieder so viel geregnet hat und wieder diese Massen an Wasser gekommen sind, ich habe immer geglaubt, das kann es nicht geben. Aber die Natur können wir nicht beeinflussen. Der Mensch kann sehr viel, aber nicht alles. Der Bezirk Perg ist heute schon so oft erwähnt worden, aber wir sind in Perg wirklich mit einem blauen Auge davon gekommen. Der Damm hat gehalten. Mit äußerst auch kritischen Situationen. Wo es wirklich Menschen gebraucht hat, die Entscheidungen getroffen haben. In solchen Situationen Entscheidungen zu treffen ist nicht immer einfach, weil es kann so ausgehen und so ausgehen. 100-prozentige Sicherheit hat man in solchen Situationen nicht. Darum all diesen Menschen ein riesengroßes Danke, die dort gestanden sind und kaum geschlafen haben und wirklich im Sinne der Menschen sich eingebracht haben. (Beifall)

Tatsache ist, der Damm hat gehalten. Er hat die Bewährungsprobe bestanden und hat tausende Bewohnerinnen und Bewohner im Bezirk vor dem Hochwasser oder vor der Flutkatastrophe bewahrt. Trotzdem gibt es im Bezirk Perg Druckstellen und Problemzonen. Zum Beispiel, das ist auch heute schon ein paar Mal gekommen. Der Hochwasserschutzdamm an der Aist und die Sankt Georgener Bucht, das sind die größten Druckstellen. Bei der Sankt Georgener Bucht weiß man ja, dass dieses Projekt 2016 gebaut wird. Da sind noch ein paar UVP-Prüfungen ausständig. Bei der Aist war der Damm einfach durchlässig. Das ist jetzt nicht die Donau, sondern die Aist. Im 2002er-Jahr war ja das ganze Gebiet Richtung Industriegebiet Schwertberg, Mauthausen überflutet und dort besteht große Angst. Dort muss man natürlich schauen, dass das so schnell wie möglich saniert und gerichtet wird.

Aber auch die landwirtschaftlichen Flächen. Wir vergessen immer, dass auch die landwirtschaftlichen Flächen massiv betroffen sind. Keine Angst ich werde jetzt nicht die ganzen Zahlen nennen. Aber wir haben heuer in diesem Jahr in ganz Oberösterreich 10.500 Hektar Schadensfläche. Es war vor elf Jahren um ein Drittel weniger. Trotzdem ist heuer die Schadenshöhe um ein Drittel höher wie im 2002er-Jahr. Es hat natürlich den Grund. Wir sind jetzt mitten in der Vegetation und im 2002er-Jahr waren ja die Felder zum Großteil abgeerntet.

Der Bezirk Eferding ist ein Spezialanbaugebiet von Gemüse und besonderen Kulturen und durch das erhöht sich auch diese Schadenssumme.

Was mich schon auch erschreckt. Diese Wucht des Wassers und diese Schlammmassen. Wenn man weiß, dass auf Feldern in Schärding aber auch in Goldwörth und in Eferding diese Schlammmanlandungen bis zu zwei Meter hoch sind. Die kann man einfach nicht mehr einarbeiten. Da braucht man wirklich Maßnahmen und da brauchen auch die Bauern eine riesige Unterstützung, dass man das wieder richten kann, dass auch die Felder im nächsten Jahr wieder bebaubar sind. Es zeigt ganz klar. Dort wo es Hochwasserschutz gibt, gibt es eine relative Sicherheit. Aber die Menschen erwarten sich auch jetzt, dass die noch nicht geschützten Bereiche abgesichert werden. Wir sind auf einem guten Weg. Es gibt aber noch viel zu tun und es ist klar, es ist vom Menschen vieles machbar, aber nicht alles. Da gibt es Grenzen des Möglichen.

Zum Schluss wirklich noch ein paar Dankesworte an alle, die geholfen haben. An diese vielen Menschen, die einfach gekommen sind und haben gesagt wir helfen, wir spenden, wir packen an. Wenn man die Berichte sieht oder wenn man mit den Leuten redet, sagen sie, das ist der erste Hoffnungsschimmer. All den Organisationen, die geholfen haben, vom Roten Kreuz bis zu der Polizei, bis zu den Straßenmeistereien bis zur Freiwilligen Feuerwehr, hab ich die Freiwillige Feuerwehr schon gesagt, weiß ich nicht, aber auch den ganzen Behörden. Ohne diese Menschen wäre die Situation nicht händelbar, wenn ich das so sagen kann. Es sind trotzdem schwierige Zeiten, aber diese Menschen geben den Menschen draußen Hoffnung. Jetzt ist es wichtig, dass die rasche Hilfe über den Katastrophenfonds kommt. 30 Tage ist Meldezeit. Der nächste Schritt ist, dass die bestehenden Dämme überprüft sind, dass diese Projekte, die schon in Planung sind rasch umgesetzt werden und dass wir den Hochwasserschutzbau insgesamt beschleunigen. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede über die drei Beilagen, die bereits berichtet wurden und wir kommen nun zur Abstimmung über die einzelnen Beilagen.

Wir beginnen mit der Beilage 891/2013: Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die diesem Antrag die Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen zweitens zur Beilage 892/2013: Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dieser Beilage zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass auch diese Beilage einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über die Beilage 895/2013: Ich ersuche jene Mitglieder des hohen Hauses, die dieser Beilage die Zustimmung erteilen, ebenfalls ein Zeichen mit Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Ich darf Sie nun informieren, wie wir jene Beilage, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt ist, einer Zuweisung zuführen. Und zwar geht es hier um die Beilage 897/2013, das ist der Initiativantrag betreffend die Einführung einer verpflichtenden täglichen Bewegungseinheit in den Kinderbetreuungseinrichtungen und allgemein bildenden Pflichtschulen. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erschöpft, und ich darf Sie somit auch schließen. Ich bedanke mich.

(Ende der Sitzung: 18.07 Uhr)